

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

KNUT BORCHARDT/CHRISTOPH BUCHHEIM
Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in der deutschen Wirtschaft

JÜRGEN C. HESS/FRISO WIELENGA
Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands
Zur Debatte um die „verpassten Gelegenheiten“ im Jahr 1952

NORBERT FREI
„Wir waren blind, ungläubig und langsam“
Buchenwald, Dachau und die amerikanischen Medien
im Frühjahr 1945

MATHIAS BEER
Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden

DOKUMENTATION
Das Kabinett Scheidemann, die Oberste Heeresleitung
und der Vertrag von Versailles im Juni 1919
(Horst Mühleisen)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Klaus-Dietmar Henke, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Chefredakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 0 89/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

*Knut Borchardt/
Christoph Buchheim*

Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüssel-
branchen der deutschen Wirtschaft 317

*Jürgen C. Heß/
Friso Wielenga*

Die Niederlande und die Wiedervereinigung
Deutschlands. Ein Beitrag zur Debatte um die
„verpassten Gelegenheiten“ im Jahr 1952 349

Norbert Frei

„Wir waren blind, ungläubig und langsam.“ Bu-
chenwald, Dachau und die amerikanischen Me-
dien im Frühjahr 1945 385

MISZELLE

Matthias Beer

Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den
Juden 403

DOKUMENTATION

Horst Mühleisen

Annehmen oder Ablehnen? Das Kabinett Scheide-
mann, die Oberste Heeresleitung und der Vertrag
von Versailles im Juni 1919. Fünf Dokumente
aus dem Nachlaß des Hauptmanns Günther von
Poseck 419

NOTIZEN 483

BIBLIOGRAPHIE 49

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80.
Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1987: Einzelheft DM 18,-; Jahresabonnement DM 55,20, für
Studenten DM 43,20 (jeweils zuzüglich Versandkosten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“
sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“
(2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 41,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönli-
chen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien
hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und
verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, 8853 Wemding

Dieses Heft enthält folgende Beilagen: R. OLDENBOURG VERLAG Die Internationale Politik 1983/84
(Studienausgabe)

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang 1987

Heft 3

KNUT BORCHARDT UND CHRISTOPH BUCHHEIM

DIE WIRKUNG DER MARSHALLPLAN-HILFE IN SCHLÜSSELBRANCHEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT*

I. Einleitung

1. Schon kurze Zeit nach Verkündung des Marshallplans im Juni 1947 sind die Erwartungen in seine wirtschaftliche und politische Bedeutung von vielen Seiten bis ins Phantastische gesteigert worden. An seine Durchführung knüpften sich die kühnsten Hoffnungen – und bei den Gegnern die schlimmsten Befürchtungen. Niemand schien zu bezweifeln, daß der Marshallplan Entscheidendes bewirken werde; und in den folgenden Jahren galt denn auch als ausgemacht, daß dieser Plan ein Fundament der wirtschaftlichen Wiedergesundung Westdeutschlands gewesen sei. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, ein Gremium führender Professoren der Wirtschaftswissenschaften, drückte nur eine allgemeine Überzeugung aus, als er in einem Gutachten vom 26. Februar 1950 formulierte: „Die großzügige Hilfe des Marshallplans hat es ermöglicht, den Wirtschaftsprozess in Deutschland wieder in Gang zu bringen.“¹

Umso erstaunlicher ist es, daß die Wirtschaftsgeschichte des Marshallplans bislang nur wenig erforscht worden ist. Lediglich über die Ursprünge und die anfänglichen Konzepte des Marshallplans gibt es eine umfangreichere Literatur, insbesondere im Rahmen von Studien zur Entstehung des Kalten Krieges und zur Ausformung der westeuropäischen Integration². Es ist schwer zu verstehen, worauf

* Eine erste Fassung dieses Aufsatzes wurde im Oktober 1984 gelegentlich des von der George C. Marshall Research Foundation in Washington D. C. veranstalteten Symposiums „The Marshall Plan and Germany“ vorgelegt. Die Organisation und Leitung des Symposiums lag in der Hand von Professor Charles S. Maier, Harvard Universität. Das Gesamtprojekt, neuerlich die Rolle des Marshallplans für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands zu untersuchen, wurde von den Herren Dr. h. c. Hermann J. Abs und Dr. Kurt Birrenbach angeregt und mit Mitteln gefördert, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung stellte. Die Absicht, die Beiträge des Symposiums je in einem englischen und einem deutschen Band zu veröffentlichen, konnte bislang nicht realisiert werden. Um die Arbeit nicht veralten zu lassen und um auch in dem Jahr, in dem der Marshallplans vermutlich in besonderer Weise gedacht wird, einen wissenschaftlichen Beitrag beizusteuern, wird sie hier – aus dem Verband der übrigen Studien gelöst – abgedruckt. Die Autoren danken den Stiftern und den Teilnehmern des Symposiums für Hilfe und Anregungen.

¹ Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Göttingen 1973, S. 68 f.

² Aus der neueren Literatur siehe hierzu: U. Daniel, Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, kalter

diese Forschungslücke zurückzuführen ist. Möglicherweise hat die große Übereinstimmung hinsichtlich der ökonomisch-politischen Bedeutung des Plans für das Schicksal Westdeutschlands nicht zu intensiveren Detailstudien herausgefordert. Doch könnte damit der Mangel nur bis etwa zur Mitte der siebziger Jahre erklärt werden. Seither kann von einer übereinstimmenden Bewertung des Marshallplans nicht mehr die Rede sein.

In einer Analyse des Wirtschaftswachstums in den Nachkriegsjahren, in der er den Start des Wirtschaftswunders in das Jahr 1947 verlegte, kam Werner Abelshauer 1975 zu dem Schluß: „Die Bedeutung der Währungsreform und der Marshall-Plan-Lieferungen als Treibsätze des Starts in das ‚Wirtschaftswunder‘ der fünfziger Jahre muß relativiert werden.“³ Im Anschluß an Abelshauer erfuhr der Marshallplan auch bei anderen Autoren eine Herabstufung seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland⁴. Ihnen ist freilich auch widersprochen worden⁵. So kann inzwischen von einer „herrschenden Lehre“ hinsichtlich der Bedeutung des Marshallplans nicht mehr die Rede sein.

Allerdings bezieht sich die geschilderte Debatte im wesentlichen auf Deutungsmuster und Wertungen. Neue Tatsachen sind in ihr kaum mitgeteilt worden – und so besteht die beschriebene Forschungslücke noch immer. Es ist zu befürchten, daß sich ohne neue Ansätze zu vertiefter Forschung der offengelegte Dissens hinsichtlich der Beurteilung der Wirkungen des Marshallplans nicht überbrücken läßt. Dabei ließe sich ein Teil des Streites sicher leichter schlichten, wenn man die den Bewertungen zugrundeliegenden Tatsachenbehauptungen überprüfen würde. Hierzu einen Beitrag zu leisten, ist der Zweck dieser Studie.

Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945–52, Düsseldorf 1982; J. Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976; S. Hoffmann/C. Maier (Hrsg.), *The Marshall Plan: A Retrospective*, Boulder (Colo.) 1984; M. J. Hogan, *American Marshall Planners and the Search for a European Neocapitalism*, in: *American Historical Review* 90 (1985), S. 44–72; M. Knapp, *Reconstruction and West Integration: The Impact of the Marshall Plan on Germany*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 137 (1981), S. 415–433; C. L. Mee, *The Marshall Plan. The Launching of the Pax Americana*, New York 1984; K. Schwabe, *Der Marshall-Plan und Europa*, in: R. Poidevin (Hrsg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (Mars 1948–Mai 1950)* (= *Actes du colloque de Strasbourg* 1984), Brüssel u. a. 1986, S. 47–69; I. Wexler, *The Marshall Plan Revisited. The European Recovery Program in Economic Perspective*, Westport (Conn.) 1983.

³ W. Abelshauer, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975, S. 168; siehe auch ders., *Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 545–587, und ders., *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Göttingen 1983, S. 54–63.

⁴ Siehe u. a. E. Ott, *Die Bedeutung des Marshall-Plans für die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 4/80, 26. 1. 1980, S. 19–37.

⁵ Antikritisch zu E. Ott: W. Link, *Der Marshall-Plan und Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 50/80, 13. 12. 1980, S. 3–18.

2. Das britisch-amerikanische Besatzungsgebiet hat bekanntlich schon vor den Marshallplan-Leistungen im wesentlichen aus den GARIOA-Lieferungen und UK-Contributions bedeutende Hilfen (1945 bis 1948 etwa 2 Mrd. Dollar⁶) erhalten. Schon die Zuteilung von Hungerrationen an die Bevölkerung machte größere Einfuhren nötig, als an Devisen durch westdeutsche Exporte erbracht worden ist. Bei einem Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln, der seinerzeit auf etwa 55 Prozent geschätzt worden ist⁷, beliefen sich die Einfuhren von sogenannten Kategorie A-Gütern (vor allem Lebensmittel; außerdem Saatgut, Düngemittel, Arzneien, Treibstoff), die von den Alliierten finanziert worden sind, 1947 auf 600 Mio Dollar und 1948 auf 942 Mio Dollar⁸. In den gleichen Jahren erbrachten die Ausfuhren nur 196 bzw. 536 Mio Dollar⁹.

Man kann zwar darüber spekulieren, ob die westdeutschen Ausfuhrerlöse größer gewesen wären, wenn nicht die JEIA, das Außenhandelsmonopol der amerikanisch-britischen Besatzungsmacht, bestimmte Zwangsexporte zu relativ niedrigen Preisen abgerechnet und durch die administrative Reglementierung des Außenhandels manche Chance für verstärkten Export ausgelassen hätte¹⁰. Das bedeutet jedoch nicht, daß Auslandshilfe bei einer früheren Änderung des Exportregimes entbehrlich gewesen wäre. Erstens nämlich könnte die Auslandshilfe, und gerade die Marshallplanhilfe mit ihrer von GARIOA verschiedenen Palette der Hilfsgüter, eine der Voraussetzungen dafür gewesen sein, daß die Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung im Inneren und damit auch die Einschränkung der bürokratischen Außenhandelskontrolle möglich geworden sind, was im folgenden Abschnitt genauer untersucht werden soll. Und zweitens blieb ja Westdeutschland 1949 und 1950 weiterhin auf substantielle Zahlungsbilanzhilfen angewiesen.

Die Alternative, eine drastische Reduzierung der Einfuhren auf das Maß der durchsetzbaren Ausfuhren, hätte damals eine ganz andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – mit unkalkulierbarem politischen Gesamtergebnis – vorausgesetzt, als sie von den Deutschen und Alliierten angestrebt worden ist. Offen oder (meist) stillschweigend gehen deshalb auch jene, die inzwischen die Rolle des Marshallplans für den westdeutschen Wiederaufbau herabstufen, von der Notwendigkeit fortgesetzter ausländischer Hilfe aus. Überraschenderweise halten sie aber dennoch seinen Beitrag zum „Wirtschaftswunder“ für vergleichsweise gering. Der Hauptbeleg für diese Behauptung ist dabei das späte Ingangkommen der Marshallplan-Lieferungen.

In Abschnitt II soll gezeigt werden, daß trotz des tatsächlich relativ späten Eintreffens der ersten Marshallplan-finanzierten industriellen Rohstoffe diesen eine entscheidende Bedeutung für die Erweiterung des güterwirtschaftlichen Angebots in

⁶ Deutsche Bundesbank, Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975, Frankfurt/M. 1976, S. 341.

⁷ Einwirkungen der Besatzungsmächte auf die westdeutsche Wirtschaft, hrsg. v. Institut für Besatzungsfragen, Tübingen 1949, S. 85.

⁸ Ebenda, S. 114f.

⁹ W. Abelshäuser, *Wirtschaft in Westdeutschland* (s. Anm. 3), S. 158.

¹⁰ So auch in: *Aussichten deutscher Handelspolitik*, in: *Handelsblatt*, Nr. 51, 22. 12. 1947.

einer kritischen Phase nach der Währungsreform zugekommen ist. Um zu erklären, daß diese Lieferungen zum Gelingen der Währungsreform und zur Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung beigetragen haben, bedarf es allerdings einer genaueren Schilderung der damaligen Problemlagen und Entscheidungsabläufe sowie der Wirkungschancen der gelieferten Güter. Für die detaillierte Untersuchung ist der Textilsektor ausgewählt worden, weil er seinerzeit im „Brennpunkt des öffentlichen und damit auch des politischen Interesses“¹¹ gestanden hat und ein Hauptempfänger von Marshallplan-Hilfe in Form von Baumwollimporten gewesen ist.

3. Das zweite Instrument des Marshallplans waren die originären (und später auch die abgeleiteten) Gegenwertmittel, d. h. die von den Importeuren der ERP-Lieferungen, deren Devisenkosten kreditiert worden sind, bezahlten Kaufsummen in Mark. Schon bald nach Verkündung des Marshallplans knüpften sich an die Gegenwertmittel die größten Hoffnungen der deutschen Wirtschaftspolitiker¹². Diese Mittel schienen 1. das Problem der Kapitalknappheit und 2. das Problem der Steuerung von Investitionsmitteln an die Stellen dringendsten Bedarfs lösbarer zu machen.

In Abschnitt III wird am Beispiel der Elektrizitätswirtschaft gezeigt, welche Rolle Lieferengpässe für die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft gespielt haben und daß diese auch auf den Engpass der Kapitalbereitstellung zurückzuführen waren. Im Gegensatz zu manchen Behauptungen in der Literatur kommen wir zu dem Ergebnis, daß es zu den Marshallplan-Gegenwertmitteln angesichts der gegebenen ordnungspolitischen Grundentscheidungen zur Aufrechterhaltung von Bewirtschaftung und Preiskontrolle in der Stromwirtschaft kaum wirkungsvolle Finanzierungsalternativen gegeben hat. Wohl aber lassen sich einige Gründe für die Vermutung anführen, daß ein früherer Übergang zu marktwirtschaftlichen Regelungen auch bei der Stromversorgung Marshallplan-Gegenwertmittel für die Wiederaufbaufinanzierung in diesem Bereich weniger dringlich gemacht hätten.

4. Den hier vorgelegten Fallstudien liegt die Überzeugung zugrunde, daß die strukturellen Probleme der westdeutschen Nachkriegswirtschaft eine spezifische Betrachtungsweise erfordern. Ein, wenn nicht *das* Zentralproblem der Entwicklung waren die Engpässe der Produktion und der Finanzierung¹³. Sie definierten Leistungsvermögen und Entwicklungschancen. Analysen, die dies nicht beachten und den Wirtschaftsprozess vornehmlich mit Hilfe makroökonomischer Kennziffern beschreiben und daraus Schlüsse ableiten, vermitteln ein wirklichkeitsfremdes Bild.

Für entwickelte Wirtschaften mit freier Marktpreisbildung mag eine makroökonomische Perspektive, beruhend auf der Erfassung der Bestände und Ströme in gro-

¹¹ Textilwirtschaft am Scheideweg. Rückfall in die Bewirtschaftung, in: *Wirtschafts Zeitung*, Nr. 61, 22. 12. 1948.

¹² Siehe hierzu u. a. M. Pohl, *Wiederaufbau. Kunst und Technik der Finanzierung 1947–1953. Die ersten Jahre der Kreditanstalt für Wiederaufbau*, Frankfurt/M. 1973; Belege auch in: *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949*, Bd. 4, München 1983, S. 562, 606 u. a.

¹³ Siehe hierzu R. Salomon, *Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948–1952*, Kiel 1954.

ßen Aggregat-Ausdrücken (Sozialprodukt, Bruttoinvestitionen, Einfuhr, Ausfuhr etc.) angemessen sein. Sie setzt voraus, daß die für die Summierung der Teilmengen benützten Wertmaßstäbe (Preise) wenigstens tendenziell gesellschaftliche Wertungen ausdrücken und daß die Zusammensetzung dieser Bestände und Ströme im großen und ganzen den Bedürfnissen von Produktion und Konsum entspricht. Davon kann in der hier zu behandelnden Zeit noch nicht die Rede sein. Es ist deshalb wenig aussagekräftig, die Bedeutung des Marshallplans anhand von Kennziffern zu messen, die seine Leistungen mit einer hoch aggregierten Bezugsgröße vergleichen¹⁴. Es ist vielmehr nötig, auch und gerade für die Analyse der Wirkungen des Marshallplans in den Kern der Engpaßproblematik vorzustoßen. Das kann nur mit sektoralen und gelegentlich gar nur mit solchen Untersuchungen geschehen, die einzelne Betriebe erfassen.

II. Die Rolle der Marshallplan-finanzierten Baumwolleinfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in den Jahren 1948 und 1949

1. „Die Textilwirtschaft steht im Brennpunkt des westdeutschen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Geschehens. Die Textilwirtschaft wird das Schicksal der künftigen Wirtschaftspolitik Westdeutschlands entscheiden.“ So sagte Erhard auf einer Kundgebung des Textileinzelhandels im Dezember 1948¹⁵. Die Wirtschafts Zeitung schrieb dazu in einem Artikel über den drohenden „Rückfall in die Bewirtschaftung“: Die Äußerung „mag, wenn man die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Konsumgüterindustrie mit den Grundstoffindustrien abwägt, übertrieben erscheinen. Dennoch ist sie inhaltsschwer: sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der Kurs unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik wesentlich von den Vorgängen auf dem Textilgebiet abhängen wird. Die Textilwirtschaft steht heute neben der Lebensmittelwirtschaft im Brennpunkt des öffentlichen und damit auch des politischen Interesses.“¹⁶

Es ging um die besorgniserregenden Preissteigerungen insbesondere für Textilwaren¹⁷, die sich seit Anfang Juli ergeben hatten, als man in der Bizone die Preisbindung und große Teile der Bewirtschaftung von Konsumgütern aufgehoben hatte. Die Preiserhöhungen waren sozialpolitisch sehr bedenklich, wurden doch die Ärmern damit mehr und mehr von der Deckung ihres dringenden Bedarfs ausgeschlossen. Der Ruf nach Rückkehr zur behördlichen Preisregelung wurde jetzt immer lauter und gewann breite politische Unterstützung. An der Textilwirtschaft, oder noch

¹⁴ So aber u. a. E. Ott, Die Bedeutung (s. Anm. 4), S. 34, wo das geringe Gewicht der Gegenwertmittel suggestiv aus dem relativ geringen Anteil dieser Finanzierungsart an der Gesamtsumme der Anlageinvestitionen abgeleitet wird.

¹⁵ Gebundener Warenverkehr, in: Textil-Zeitung (TZ), Nr. 60, 11. 12. 1948.

¹⁶ Textilwirtschaft am Scheideweg (s. Anm. 11).

¹⁷ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 404: Anstieg des Preisindex der Bekleidungsüter von Juni bis Dezember 1948 + 35% (zum Vergleich Ernährung + 18%).

genauer: An der Baumwollindustrie, „wo die Dinge in sozialpolitischer Hinsicht besonders bedrohlich liegen“, wie Erhard in einem Streitgespräch mit Erik Nöbling (SPD) im November 1948 zugab¹⁸, drohte das Experiment der Marktwirtschaft zu scheitern.

2. Die Preissteigerungen signalisierten, daß das Angebot an Textilien im Vergleich zum aufgestauten Bedarf unzureichend war. Zwar sind nach der Währungsreform Lagerbestände aufgelöst worden¹⁹ und die Produktion ist stark angestiegen (s. Tabelle 1), aber nicht genug, um den Warenhunger zu befriedigen. Im Verlauf des Krieges waren ja immer weniger und 1945/46 praktisch keine Textilien über die offiziellen Kanäle bereitgestellt worden. Noch 1947 sind kaum 4 Prozent derjenigen Menge, die 1936 in Deutschland für den Verbrauch je Einwohner zur Verfügung gestanden hatte, für den zivilen Bedarf freigegeben worden. Im ersten Halbjahr 1948 sah es zwar schon etwas besser, aber noch immer trostlos genug aus, als der zivile Verbrauch an Textilien sich je Kopf auf 20 Prozent desjenigen von 1936 belief²⁰. Kein Wunder, daß sich der Wunsch nach Beschaffung von Textilwaren, als dies nach der Währungs- und Bewirtschaftungsreform möglich schien, mächtig regte²¹.

Auch die formal fortbestehende Rationierung von Textilwaren in Form des Endverbraucherpunkts änderte nichts daran, daß die plötzliche Konzentration der kaufkräftigen Nachfrage auf Textilien die Preise in die Höhe trieb. Bezugsrechte wurden nämlich sehr reichlich ausgegeben, was erforderlich schien, damit der nach der Währungsreform für die Liquidität der Betriebe notwendige Geldfluß vom Verbraucher über den Handel zur Industrie nicht ins Stocken geriet²². Doch wurden Textilien auch ohne Punkte verkauft, und wer unbedingt weitere Punkte zur Anschaffung eines bestimmten Gutes brauchte, konnte sie sich über den schwarzen Markt besorgen²³. Nachdem einmal das Geld- und Preissystem in seine Funktion getreten war, duldeten es offensichtlich neben sich keinen zusätzlichen Rationierungsmodus.

Durch den Nachfrageboom war es den Produzenten möglich, die erhöhten Kosten der Textilproduktion – die Festsetzung eines Umrechnungskurses von

¹⁸ Deutsche Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform. Abdruck der Rede Ludwig Erhards aus dem Streitgespräch mit Erik Nöbling am 14. November 1948 in Frankfurt/M., in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 18 (4/1983), S. 41.

¹⁹ Die Lage nach der Währungsreform, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 4, S. 19.

²⁰ Erster Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1950, Anhang Nr. 16; Bessere Versorgung der Textilindustrie, in: Handelsblatt, Nr. 58, 12. 10. 1948.

²¹ Vergleiche verschiedene Umfrageergebnisse: Nach süddeutschem Muster, in: Neue Textilzeitung (NTZ, Vorläufer der Textil-Zeitung), Nr. 26, 25. 6. 1948; Reactions toward Currency Reform in the U. S. Zone of Germany, in: A. J. Merritt und R. L. Merritt (Hrsg.), Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949, Urbana u. a. 1970, S. 251 f.; siehe auch: Ifo-Schnelldienst, 9. Lfg. v. 1. 10. 1948.

²² Verkaufsfreudigkeit in Württemberg, in: NTZ, Nr. 27, 2. 7. 1948.

²³ Stabilisierung in Sicht?, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 7, S. 26; Die Lage nach der Währungsreform (s. Anm. 19), S. 21.

Tabelle 1: Textilproduktion und Textilpreise im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) 1948/49

	1.48	2.	3.	4.	5.	6.48	7.	8.	9.	10.	11.	12.48	1.49	2.	3.	4.	5.	6.49	7.	8.49
1. Produktionsindex (ohne Kunstseide u. Zellwolle), arbeitstäglich (6.48 = 100)	89	105	104	108	105	100	128	147	156	164	168	172	185	199	219	226	237	224	217	235
2. Index der Erzeugerpreise (1938 = 100)						175	200	209	218	222	221	220	219	217	216	215	213	212	211	210
3. Index der Einzelhandelspreise (7.49–6.50 = 100)						107	112	118	124	130	135	135	129	124	120	116	112	108	106	104

Quellen: Zeile 1 errechnet aus: Statistische Monatszahlen, *Wirtschaft und Statistik*, N.F.1, 1949;

Zeile 2 errechnet aus: *Stat. Jb. f. d. Bundesrep. Dtl.* 1952;

Zeile 3 errechnet aus: W. Moritz, *Die Entwicklung der westdeutschen Textilindustrie seit 1948* (DIW, Sonderhefte, N.F. 29), Berlin 1954, S.23.

30 Cents für die Mark ab Mai 1948 verdreifachte die Baumwollpreise²⁴ – auf den Verbraucher zu überwälzen. Und die Händler konnten ihre Handelsspannen unverändert lassen, so daß sich die Handelsgewinne stark erhöhten²⁵.

3. Statt nun ein Mehrangebot förmlich herauszusaugen, hatten die Preissteigerungen zunächst eine tendenziell entgegengesetzte Wirkung. Angesichts der Unsicherheit hinsichtlich der Rohstoffversorgung und in Erwartung weiter steigender Preise hielten sich Textilerzeuger und -händler, nachdem sie ihren dringendsten Bedarf an Liquidität befriedigt hatten, im Warenangebot zurück. Hatte doch die JEIA einen Einkaufsstopp verfügt, nachdem, offenbar infolge des „Importbooms“ im ersten Halbjahr, ihre Dollarreserven (bei Einbeziehung ihrer Akkreditivverpflichtungen) ziemlich erschöpft waren²⁶. Erste Zeichen für eine Angebotszurückhaltung gab es bereits im Juli 1948; die Lieferfristen wurden verlängert und Kompensationen wieder verlangt²⁷. Auf den Textilmessen wurden angesichts der stürmischen Nachfrage vor allem „alte Kunden“ der Lieferanten bedient und auch das mit nur geringen Quoten von manchmal 20–30% der erstrebten Auftragshöhe oder bei Stellung von Material im Gegengeschäft²⁸. Es kam gewissermaßen zu einem „freiwilligen“ Rückfall in die Zeiten der Bewirtschaftung mit den Symptomen einer verdeckten Inflation und, bei längerer Dauer dieses Zustandes, mit einer offenkundigen Gefahr für den Erfolg der Währungsreform.

Der entscheidende Engpaß war – so sah man es jetzt allgemein – die Rohstoffversorgung der Textilwirtschaft²⁹. Die Wirtschaftsverwaltung der Bizone beschloß eine Änderung ihrer Versorgungspolitik. Sie beantragte bei den ECA-Stellen, von den für das 4. Quartal 1948 in Aussicht gestellten ERP-Geldern nicht – wie ursprünglich geplant – 65 Prozent für die Ernährungs- und Landwirtschaftseinfuhren zu disponieren, sondern nur 35 Prozent, hingegen nun 65 Prozent für die Industrie bereitzustellen, denn: „Die Lage auf dem Konsumgütermarkt erfordert eine stärkere Forcierung des industriellen Nachschubs, zumal die Industrieimporte für das 1. ERP-Quartal ganz ausgeblieben sind.“³⁰ Der Militärregierung wurde vom Chef der Zweizonen-Verwaltung, Oberdirektor Pünder, mitgeteilt: „Der Erfolg der Währungsreform hängt entscheidend davon ab, daß es gelingt, ausreichende Men-

²⁴ Siehe den Artikel: 30 Cents endgültig in Kraft, in: NTZ, Nr. 24, 11. 6. 1948.

²⁵ Weder Strukturschäden noch Störungen, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 6, S. 22.

²⁶ Baumwoll-Versorgung gefährdet?, in: NTZ, Nr. 35, 27. 8. 1948; 222,5 Mio Dollar Importverträge, in: Die Welt, Nr. 56, 13. 5. 1948; Das unzweckmäßige Importverfahren, in: Handelsblatt, Nr. 28, 29. 6. 1948.

²⁷ Die zentrale Preisfrage, in: NTZ, Nr. 31, 30. 7. 1948; Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), H. 4, S. 12; ebenda, H. 5, S. 20; ebenda, H. 7, S. 30.

²⁸ Wünsche und Möglichkeiten in Köln, in: NTZ, Nr. 39, 24. 9. 1948; über die Frankfurter Messe ebenda, Nr. 41, 6. 10. 1948.

²⁹ Siehe auch Ifo-Schnelldienst, Nr. 1, 20. 7. 1948.

³⁰ Min.-Dirig. Keiser auf der Direktoriatsitzung in Frankfurt am 24. 8. 1948. Akten zur Vorgeschichte (s. Anm. 12), Bd. 4, S. 759f.; s. auch: IfZ-Archiv, MF 260, POLAD 815/36, 21. 10. 48, Subject: Inflationary Tendencies.

gen an gewerblichen Erzeugnissen im Konsumgüterbereich zur Verfügung zu stellen und dadurch die gegenwärtigen Spannungen hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung und der Preisentwicklung zu mildern oder zu beseitigen.“³¹

4. Gewiß waren die Textilmärkte in diesen Monaten nicht der einzige Problemereich, aber sie waren ein wirtschafts- und sozialpolitisch besonders empfindlicher Sektor. Als sich die Lage zuspitzte, wurde die Auseinandersetzung sehr heftig geführt³², begleitet von Aufforderungen zu Käuferstreiks, Demonstrationen und gewalttätigen Tumulten³³. An einen Erfolg der marktwirtschaftlichen Politik glaubte man in diesen Monaten immer weniger, weil man entweder eine Preis-Lohn-Spirale und damit neuerliche Inflation und Währungszerrüttung³⁴ oder aber den Sturz Erhards befürchtete³⁵. Zweimal, am 17. 8. und 10. 11. 1948, stellte die SPD im Wirtschaftsrat, wenn auch erfolglos, den Antrag auf Abberufung des Wirtschaftsdirektors. Der Länderrat stimmte, einschließlich der der CDU/CSU angehörenden Ministerpräsidenten, am 18. 11. 1948 einer Resolution zu, die den Versuch, auf kritischen Mangelgebieten Marktwirtschaft herzustellen, für gescheitert erklärte³⁶. Selbst im Verwaltungsrat war Erhards Politik umstritten, wie der Vorschlag des Direktors für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen, ein unabhängiges Preisamt zu errichten, zeigt³⁷.

Erhard sah sich gezwungen, der öffentlichen Stimmungslage Rechnung zu tragen. Er mußte wenigstens den guten Willen beweisen, direkt wirksame Mittel gegen die Preissteigerungen und die bedrohliche Zunahme von Kompensationsgeschäften einzusetzen. Im September 1948 wurde für Textilwaren und Schuhe ein erster „Preispiegel“ veröffentlicht, der Anhaltspunkte über Normalpreise geben und damit zur Markttransparenz beitragen sollte. Er war in den Geschäften gut sichtbar auszuhängen³⁸. Gleichzeitig begann die Verwaltung für Wirtschaft (VfW), zusammen mit der Textilwirtschaft nach dem Vorbild der englischen „Utility“-Waren das sogenannte „Jedermann-Programm“ für Produktion und Verkauf preiswerter Qualitätsartikel auszuarbeiten³⁹, das im November anlief. Im Oktober trat das entsprechend einer Vorlage der VfW beschlossene Gesetz gegen Preistreibeerei in Kraft, das „unangemessene Entgelte“ unter Strafe stellte. Im Dezember kündigte Erhard gar

³¹ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4, 1983, S. 760.

³² Siehe hierzu auch G. Ambrosius, *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949*, Stuttgart 1977, S. 184 ff.

³³ Aktion gegen den Preiswucher!, in: *Der Bund* (Nordmark-Ausgabe), Nr. 17, 19. 8. 1948; Zwischenfälle in Stuttgart, in: *Die Welt*, Nr. 128, 30. 10. 1948.

³⁴ Preise-Löhne, in: *Die Welt*, Nr. 96, 17. 8. 1948; Besprechungen über Kleider und Schuhe, in: *Hamburger Allgemeine Zeitung*, Nr. 80, 13. 9. 1948.

³⁵ Preispolitische Probleme Westdeutschlands. Gefährdung des Regimes Erhard?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 331, 1. 12. 1948.

³⁶ Akten zur Vorgeschichte (s. Anm. 12), Bd. 4, S. 958, Anm. 5.

³⁷ Ebenda, S. 53 ff.

³⁸ Anordnung PR Nr. 105/48, *Mitteilungsblatt der Verw. f. Wirtschaft*, 1948 II, S. 158.

³⁹ Abschrift des Briefes der VfW an die Landeswirtschaftsämter v. 22. 9. 1948, BA Koblenz B 102/629.

die Ausdehnung des Jedermann-Programms auf 70–80% der Textilproduktion an⁴⁰. Das hätte diesen Wirtschaftszweig faktisch aus der Marktwirtschaft herausgenommen.

Höhere Preise als die der Preisspiegel wurden zum Kriterium für die Preisbehörden der Länder nachzuprüfen, ob ein Verstoß gegen das Preistreibereigesetz vorläge. Der nächste Schritt war dann der übereinstimmende Beschluß sämtlicher Preisbildungsstellen, sogenannte Grenzpreise festzulegen, deren Überschreitung in der Regel als unangemessen zu gelten hatte⁴¹. Schließlich verließ man bei der Novellierung des Preistreibereigesetzes den Grundsatz der Knappheitspreise und baute eine Klausel ein, die teilweise wieder die Kostenentwicklung zum Maßstab für die Angemessenheit der Preise machte.

5. Angesichts der geschilderten Vorgänge, zu deren Auslösern an hervorragender Stelle Entwicklungen in der Textilwirtschaft gehörten, fragt es sich, warum ein Rückfall in die Zwangswirtschaft doch ausgeblieben ist. Die Antwort ist klar. Wie Tabelle 1 zeigt, veränderten sich die Einzelhandelspreise für Textilien im Dezember 1948 im Durchschnitt nicht mehr und sanken dann im neuen Jahr kontinuierlich bis unter ihr Ausgangsniveau vom Juni 1948. „Der Umbruch der Preiskurve (fiel) sozusagen mitten in das Weihnachtsgeschäft.“⁴² Am Jahresende herrschte in der Geschäftswelt allgemein der Eindruck vor, daß die Preise ihren Kulminationspunkt überschritten hätten⁴³. Demnach stieß die systemsprengende Verschärfung der Preispolitik weitgehend ins Leere; allerdings hielt sich die VFW angesichts des Trendumschwungs auch mit unmittelbaren Preismaßnahmen zurück⁴⁴. Vom Jedermann-Programm war nicht mehr die Rede, Grenzpreise wurden nicht mehr festgesetzt⁴⁵. Im April 1949 wurde die Verpflichtung zum Aushang der Preisspiegel, im Mai auch formell die Punktpflicht für den Verkauf von Textilien an den Endverbraucher aufgehoben⁴⁶. Im Sommer 1949 schrieb die Wirtschafts Zeitung unter der Überschrift „Die uninteressanten Preise“: „Die Diskussion um die Preisentwicklung ist verstummt.“⁴⁷ Andere Probleme, wie das des Kapitalmangels und der Beschäftigung, traten nun in den Vordergrund.

Die unmittelbare Ursache für die Umkehr des Preistrends auch bei Textilien war vermutlich eine Abschwächung der Verbrauchernachfrage, die, entgegen normalen Saisoneinflüssen, sich schon vor Weihnachten 1948 abgezeichnet hat⁴⁸. Nach Ver-

⁴⁰ Die Welt, Nr. 143, 9. 12. 1948.

⁴¹ „Grenzpreise“, ein neuer Preisbegriff, in: Wirtschafts- und Finanz-Zeitung, Nr. 2, 14. 1. 1949.

⁴² Vor einer Senkung der Preise, in: Wirtschaftsverwaltung 2 (1949), S. 43; siehe auch Monatsberichte der Bank deutscher Länder (BdL), Januar 1949, S. 11 f.

⁴³ Wirtschaftspolitischer Wochenkommentar, in: Hamburger Freie Presse. Wirtschafts-Correspondent, Nr. 52, 30. 12. 1948.

⁴⁴ Preisstabilisierung als erstrebtes Ziel, in: Handelsblatt, Nr. 14, 22. 2. 1949.

⁴⁵ Keine Grenzpreise mehr, in: Die Welt, Nr. 7, 18. 1. 1949.

⁴⁶ Anordnung PR Nr. 36/49 v. 27. 4. 1949, VFWMBL 1949 II, S. 55; Anordnung Text. II/49 v. 4. 5. 1949, VFWMBL 1949 I, S. 70.

⁴⁷ Wirtschafts-Zeitung, Nr. 68, 24. 8. 1949.

⁴⁸ Monatsberichte der BdL, Januar 1949, S. 12, 24 ff.

ausgabung der Kopfbeträge und eines großen Teils der umgestellten Spareinlagen wurde nun erstmalig seit der Währungsreform die Kaufkraft der Masse der Verbraucher auf ihr laufendes Einkommen beschränkt. Auch werden die Maßnahmen des Zentralbanksystems zur Bremsung der Kreditexpansion vom November 1948⁴⁹ auf die Textilpreise mäßigend eingewirkt haben. Sie haben die Selbständigen zu einem vorsichtigeren privaten Ausgabeverhalten veranlaßt⁵⁰ und durch die Erhöhung der Lagerfinanzierungskosten den Warenfluß beschleunigt. – Ob die von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen der Preisberuhigung einen nennenswerten eigenen Beitrag geleistet haben, wird man bezweifeln dürfen. Schon das Datum des Preisumschlags Anfang Dezember dürfte dagegen sprechen, ihnen ein großes Gewicht beizumessen.

6. Doch ist mit den erwähnten Tatsachen der Preisumschlag noch nicht hinreichend erklärt. Insbesondere bei den Textilwaren kann die Preisberuhigung nämlich nicht auf einen drastischen Rückgang der Nachfrage zurückgeführt werden, welcher gleichsam eine „Überproduktion“ offenbart hätte. Die Erzeuger sahen sich auch nach dem Umschwung der Einzelhandelspreise – bei ständig steigender Produktion – einer anhaltend großen Nachfrage ausgesetzt; und die Erzeugerpreise sind von ihrem Höchststand im Oktober/November 1948 in den folgenden Monaten nur wenig abgesunken (s. Tabelle 1). „Auf dem Rohstoff- und Garnsektor überstieg in der Berichtszeit die Nachfrage noch bei weitem das Angebot. Die Nachfrage des Großhandels bei den Webereien, Wirkereien und Strickereien hielt, wenn auch aus finanziellen Gründen etwas verringert, an, bei im ganzen noch immer ungenügendem Angebot“, hieß es in einem Lagebericht im Februar 1949⁵¹.

Wenn Handel und die Bekleidungsindustrie unter Druck geraten sind, so auch deswegen, weil sie, nachdem nicht mehr relativ unkritisch alles gekauft wurde, auf überhöhten Beständen alter, qualitativ nicht mehr befriedigender Ware sitzen zu bleiben drohten. Die Neuproduktion der Spinnereien und Webereien fand hingegen reibungslos Absatz⁵². Ein Rückgang der Neuproduktion oder auch nur die Aussicht auf einen Rückgang hätte daher vermutlich, statt die Hortungstendenz abzubauen, diese auf allen Stufen verstärkt. Das Angebot wäre nicht verflüssigt worden, ein Absinken der Verbraucherpreise nicht zustande gekommen, zumal die Endnachfrage z. B. bei Meterware nach wie vor kaum gedeckt werden konnte⁵³. Um den Preisumschwung auch am Textilmarkt allein von der Nachfrageseite her zu bewirken, hätte wohl eine echte Deflationskrise mit hoher Arbeitslosigkeit herbeigeführt werden

⁴⁹ H. Möller, Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*, Frankfurt/M. 1976, S. 467 f.

⁵⁰ Auf die Senkung der Nachfrage nach Luxuswaren im Dezember verweist: Vor einer Senkung der Preise, in: *Wirtschaftsverwaltung* 2 (1949), S. 42.

⁵¹ *Wirtschaftsverwaltung* 2 (1949), S. 221. Vgl. auch: *Gesunde Textilproduktion. Die Krise rationalisiert den Verteilungsapparat*, in: *Wirtschaftsrevue*, Nr. 6, 11. 2. 1949.

⁵² *Gesunde Textilproduktion* (s. Anm. 51); *Schwarzer Peter*, in: *TZ*, Nr. 29, 13. 4. 1949.

⁵³ *Textilwirtschaft im Aufstieg*, in: *Wirtschafts- und Finanz-Zeitung*, Nr. 14, 7. 4. 1949; *Mangelware*, in: *TZ*, Nr. 35, 4. 5. 1949; *Monatsberichte der BdL*, Februar 1949, S. 13 f.

müssen, wodurch jedoch für das Gelingen der Bewirtschaftungsreform vermutlich nichts gewonnen worden wäre. Daß es anders gekommen ist, lag an der Sicherung der Rohstoffzufuhr durch Marshallplan-Importe⁵⁴.

7. Für die Versorgung mit Textilrohstoffen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes waren die Einfuhren, insbesondere die von Baumwolle, von herausragender Bedeutung. Fast die Hälfte aller in der Bizone 1948 und 1949 (Januar bis September) erzeugten Garne (einschließlich Kunstseide) stammten aus Baumwollspinnereien⁵⁵. Im Inland produzierte Baumwollgarne stellten, bei ziemlich unbedeutender Garn-einfuhr, den wichtigsten einzelnen Input der Webereien dar. 1950 waren nahezu 60% aller in der Bundesrepublik gewebten Stoffe ganz oder überwiegend aus Baumwolle⁵⁶.

Tabelle 2 zeigt, daß die Baumwollgarnerzeugung nach der Währungsreform über die Jahreswende 1948/49 hinweg bei stark steigender arbeitstäglicher Produktionsleistung ziemlich kontinuierlich zunahm. Die Produktivität des einzelnen Arbeiters und die Zahl der Arbeitsstunden wuchsen schnell⁵⁷. Dagegen fiel die Baumwollzufuhr nach Juli 1948 wegen des erwähnten Einkaufsstops der JELA zunächst steil ab. Dementsprechend verringerten sich die Rohstofflager der Spinnereien. Man kann annehmen, daß die Zahlen in Spalte 6 der Tabelle auch den Gesamtumfang der Lager einigermaßen zutreffend angeben, da die Lager Anfang 1948 nach Aufarbeitung der sogenannten OMGUS-Baumwolle, des ersten großen Postens Baumwolle nach dem Krieg überhaupt⁵⁸, wohl weitgehend aufgebraucht waren⁵⁹. Dann aber bedeutete der erneute Lagerrückgang seit September 1948, daß der für eine geregelte Produktion der Spinnereien normalerweise angesetzte Mindestbestand an Baumwolle⁶⁰, kaum daß er erreicht worden war, wieder verlorenging. Da zudem die laufenden Importe gering und ausreichende Anschlußkäufe noch nicht getätigt waren, versteht man die Aufregung in den Kreisen der Baumwollwirtschaft, die im August und September ihren Höhepunkt erreichte und zu düsteren Prognosen Anlaß gab.

⁵⁴ Ähnliches wie für die Textilbranche galt im übrigen auch für die zweite damals wegen ihrer Preissteigerungen angesichts allgemein dringenden Bedarfs ins Kreuzfeuer der Kritik geratene Branche, die Schuhindustrie, da praktisch die gesamte Ledereinfuhr und die Hälfte des Häuteimports (bei 70%iger Auslandsabhängigkeit) des 1. Halbjahres 1949 Marshallplan-finanziert waren.

⁵⁵ Statistische Monatszahlen, *Wirtschaft und Statistik*, N. F. 1, 1949.

⁵⁶ *Die Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1950*, hrsg. von der Textil-Statistik GmbH, Frankfurt/M., S. 16f.

⁵⁷ *Bessere Versorgung der Textilindustrie*, in: *Handelsblatt*, Nr. 58, 12. 10. 1948.

⁵⁸ Gespräch mit Frau Dr. Wiehenkel, ehemalige Mitarbeiterin im Textilreferat der VFW, in Garmisch-Partenkirchen am 14. 1. 1984; siehe auch Bericht der Handelskammer Bremen über die Jahre 1945/47, S. 19f.

⁵⁹ *Textil-Produktion in der Doppelzone*, in: *Wirtschaftsrevue*, Nr. 8, 21. 2. 1948.

⁶⁰ Die Angaben reichen vom 1½- bis zum 4-fachen eines Monatsverbrauchs, siehe: *Zwischen 30 Cents und ACSC-Kredit*, in: *NTZ*, Nr. 25, 18. 6. 1948; *Baumwollversorgung gefährdet?*, in: *NTZ*, Nr. 35, 27. 8. 1948; *Textil-Produktion in der Doppelzone* (s. Anm. 59).

Tabelle 2: Produktion und Rohstoffverbrauch der Baumwollspinnereien im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) (in 1000 t)

	Garnproduktion		Baumwoll-	Nettoeinfuhr	Davon: ERP-	Lagerbestands-
	gesamt	arbeits-	verbrauch	v. Baumwolle	finanziert	änderung bei
	(1)	tätlich	(3)	(4)	(%)	Spinnereien; kumuliert im Vergleich zu Jan. 48
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1.48	6,2	0,24	5,5	9,3	-	
2.48	6,5	0,27	5,7	3,3	-	3,6
3.48	7,2	0,29	6,4	5,7	-	0,5
4.48	7,7	0,3	6,8	11,5	-	-0,6
5.48	6,2	0,28	5,5	7,1	-	5,4
6.48	7,1	0,27	6,3	12,7	-	6,2
7.48	8,1	0,3	7,1	13,5	-	11,8
8.48	9,1	0,35	8,0	5,4	-	17,3
9.48	10,1	0,39	8,9	9,8	-	13,8
10.48	11,3	0,43	10,0	8,0	-	13,6
11.48	11,1	0,44	9,8	5,0	64	11,8
12.48	12,0	0,46	10,6	28,4		6,2
1.49	12,4	0,5	10,4	6,5	63	24,2
2.49	12,9	0,54	10,9	23,2		19,8
3.49	15,8	0,59	13,3	11,9		29,7
4.49	14,3	0,6	12,1	11,4	9	29,5
5.49	16,4	0,66	13,8	14,3	16	27,1
6.49	14,6	0,6	12,3	19,5	52	29,1
7.49	15,1	0,58	12,7	13,0	37	35,9
8.49	17,6	0,65	14,8	13,5	54	34,1
9.49	19,1	0,73	16,1	13,0	30	31,5

Quellen:Spalte 1: Statistische Monatszahlen, *Wirtschaft und Statistik*, N. F. 1, 1949.Spalte 2: Errechnet aus: *ebenda*.

Spalte 3: Errechnet aus Spalte 1 unter Zugrundelegung einer Abfallquote im Spinnprozeß von 15% im Jahr 1948 und von 11% im Jahr 1949 und eines Zellwollanteils am gesamten Rohstoffverbrauch der Spinnereien von 25%. Diese Anteile wurden den Verfassern in einem Brief von Herrn Reiner Ott, Industrieverband Garne e. V., Frankfurt/M., vom 29. 2. 1984 mitgeteilt.

Vgl. auch O. Pungs, Die Baumwollspinnereien im Aufschwung, in: *Baumwollindustrie, Der Volkswirt* 4 (1950), Bd. 2, Nr. 49, S. 28.Spalte 4: *Monatliche Außenhandelsstatistik des Vereinigten Wirtschaftsgebiets*, Zusammenfassende Übersichten.Spalte 5: Wertverhältnisse; *ebd.* in Verbindung mit *Das Europäische Wiederaufbauprogramm* (s. Anm. 64), S. 62 f.; JELA, *Monatsberichte April-Juni 1949*; *Status Reports bzw. Berichte* (über die ERP-Einfuhren), BA Koblenz B146/94-96.Spalte 6: Errechnet als Baumwollverbrauch (Sp. 3) subtrahiert von der Baumwolleinfuhr des Vormonats (Sp. 4), wobei die sich ergebenden Werte kumuliert wurden. Die Reihe zeigt, um wieviel sich, unter den gegebenen Annahmen, die Lagerbestände am Schluß jeden Monats im Vergleich zu Jan. 48 verändert haben. Der Lag von einem Monat zwischen Baumwolleinfuhr und Ankunft im Rohstofflager der Spinnereien ist geschätzt aus: Bremer Baumwollbörse, *Monatsberichte*. Hiernach waren von Nov. 1948 bis Jan. 1949 die monatlichen Einfuhren des Bremer Baumwollhandels immer etwa gleich groß wie die Lagerbestände in Bremen am Ende des betreffenden Monats. Im Übrigen würde sich das Ergebnis auch bei Nichtberücksichtigung eines Lags nicht grundsätzlich ändern.

Daß das in den folgenden Monaten dennoch nicht zu Einbrüchen bei der Garn-erzeugung führte, war neben der Wiederaufnahme von Baumwollimporten aus JEIA-Mitteln⁶¹ vor allem der Genehmigung und Durchführung von Baumwollkäufen aus ERP-Geldern zu verdanken, was in der Fachpresse aufmerksam verfolgt wurde⁶². Schließlich konnte man Anfang Dezember unter der Überschrift „Neue Baumwollkäufe in Sicht“ (aus ERP-Mitteln) lesen, daß „damit die Beschäftigung der Baumwollindustrie über die Wintermonate hinweg sichergestellt sei(n), eine Feststellung, die bei allen beteiligten Kreisen der Textilwirtschaft große Beruhigung auslösen wird“⁶³. Die Gewißheit, daß Nachschub kommen, dann aber die Konkurrenz wachsen werde, so daß Zurückhaltung einen Marktanteilsverlust bringen könnte, ließ die Spinnereien auch noch im November und Dezember ihre Lager radikal abbauen⁶⁴.

Bevor die ersten Rohstofflieferungen wirklich eingetroffen waren, war der Marshallplan in der Textilindustrie also schon produktionswirksam, und zwar gerade in der Zeit, als die Preisentwicklung in dieser Branche eine Schlüsselrolle für den Erfolg der marktwirtschaftlichen Politik Erhards spielte. Es ist deshalb nicht richtig, sich allein auf die tatsächlichen Liefertermine zu beziehen, um aus ihnen abzuleiten, daß die ERP-Lieferungen für die Sicherung der Währungs- und Bewirtschaftungsreform eine vergleichsweise geringe Bedeutung gehabt haben⁶⁵. Außerdem bestätigt sich, daß ohne die Marshallplan-finanzierte Baumwolleinfuhr, die in den fünf Monaten von November 1948 bis März 1949 annähernd zwei Drittel des Gesamtwerts der Baumwollimporte in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet ausmachte (Sp. 5 der Tab. 2), die Produktion der Textilindustrie keinesfalls ausgereicht hätte, den Preisrückgang für Textilien im Einzelhandel von der Angebotsseite her zu untermauern. Und schließlich lehrt ein Blick auf die Lagerentwicklung im Jahr 1949 (Sp. 6), daß, trotz weiteren Schwankens der Baumwolleinfuhr und des Marshallplan-Anteils hieran, von der Rohstoffseite her die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Produktion geschaffen waren.

⁶¹ Nötiger Sukkurs, in: NTZ, Nr. 37, 10. 9. 1948.

⁶² 95 000 Ballen US-Baumwolle, in: ebenda, Nr. 41, 6. 10. 1948; Die ECA-Baumwolle, in: ebenda, Nr. 46, 23. 10. 1948; Erster ECA-Baumwoll dampfer, in: TZ, Nr. 53, 17. 11. 1948.

⁶³ TZ, Nr. 59, 8. 12. 1948.

⁶⁴ Siehe auch: Früchte des ERP, in: Die Neue Zeitung, Nr. 39, 2. 4. 1949; Das Europäische Wiederaufbauprogramm, Amerikanische und Britische Besatzungszone Deutschlands, 1. Januar 1949 bis 31. März 1949 (Gemeinsamer Bericht der Militärgouverneure der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, Nr. 3), S. 35.

⁶⁵ So z. B. die in Anm. 3 und 4 genannten Autoren; vgl. auch die von Christoph Weisz verfaßte Einleitung zu Akten zur Vorgeschichte (s. Anm. 12), Bd. 4, S. 24 f.

III. Die Bedeutung von Gegenwertmitteln für die Sicherstellung der Stromversorgung in Westdeutschland

1. Obwohl in Westdeutschland die Stromerzeugung – anders als die Industrieproduktion – 1948 bereits das Volumen von 1936 überschritten hat und der Stromverbrauch auch von 1948 auf 1949 um 19% wachsen konnte⁶⁶, war die Versorgungslage doch noch lange Zeit schlecht. Die technische Entwicklung in den Betrieben und Haushalten war nämlich inzwischen in Richtung auf den Einsatz „veredelter Energie“ weiter fortgeschritten; und die anhaltende Kohlenknappheit veranlaßte die Verwender, zur Deckung ihres Heiz- und Kraftbedarfs wo immer möglich auf elektrischen Strom auszuweichen. Im Elektrizitätsausschuß der OEEC wurde im Februar 1949 ein Bericht angenommen, in dem bei einer erreichten Erzeugung von etwa 30 Mrd. kWh das Defizit der Bizone auf 8 Mrd. kWh geschätzt und die fehlende Leistung unter Berücksichtigung der Überalterung und Störanfälligkeit vorhandener Kraftwerksanlagen gar auf die Hälfte der einsatzfähigen 6000 MW taxiert wurde⁶⁷.

Zahlreiche Stromverbrauchsbeschränkungen wie reduzierte Frequenz und Spannung, Verbot der Benutzung bestimmter Geräte, Verlagerung von Industriearbeit in die Nachtstunden und Abschaltungen blieben auch 1949/50 bestehen⁶⁸. Im Korea-Boom, insbesondere im Winter 1950/51, wuchs sich der Mangel an Stromerzeugungskapazitäten zu einer Stromkrise aus, in der drastische Eingriffe für eine Verringerung der Spanne zwischen Bedarf und Deckung sorgen sollten. Industrielle Abnehmer mit einem durchschnittlichen Verbrauch von mehr als 2000 kWh wöchentlich hatten ab 15. Januar 1951 eine Kürzung der Stromzuteilung um ein Viertel hinzunehmen. Zwar wurde diese schematische Einschränkung bereits im Februar gemildert und am 20. März ganz aufgehoben⁶⁹, aber noch im folgenden Winter waren Stromabschaltungen nicht zu umgehen⁷⁰.

Vordergründig betrachtet waren die Schwierigkeiten vor allem durch die Kohlenknappheit der Elektrizitätswerke bedingt⁷¹. Diese war jedoch zu einem erheblichen Teil Folge des Mangels an effizienten Stromerzeugungsanlagen. Selbst 1953 mußten nämlich zur Deckung des Bedarfs noch Kraftwerke eingesetzt werden, deren Kohlenverbrauch doppelt so hoch wie der Durchschnitt lag⁷². Dabei hatten die Investi-

⁶⁶ Stat. Jb. f. d. Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 269.

⁶⁷ Bericht über Sitzungen des Arbeitsausschusses des Electricity Committee der OEEC vom 10. 2. 1949, S. 1 f., BA Koblenz Z 14/62.

⁶⁸ Memorandum über die Lage der Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland vom 28. I. 1950, S. 1, BA Koblenz Z 14/62.

⁶⁹ W. Abelshäuser, Korea, die Ruhr und Erhards Marktwirtschaft: Die Energiekrise von 1950/51, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 288 f.

⁷⁰ Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1951, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 357.

⁷¹ So H. R. Adamsen, Investitionshilfe für die Ruhr. Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948–1952, Wuppertal 1981, S. 101.

⁷² Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Jahresbericht 1953, S. 26 f.

tionen jener Jahre schon viel zur Verbesserung des mittleren Wärmewirkungsgrades beigetragen. Der Steinkohlenverbrauch der öffentlichen Kraftwerke hatte noch 1948 bei 0,66 SKE pro erzeugter kWh gelegen, betrug 1952 aber nur noch 0,52 (–21%)⁷³. Alles in allem: Bestand, Neubau und Erweiterung von Kraftwerken reichten in den ersten Jahren nach 1948 offenbar kaum aus, um mit der rasch steigenden Stromnachfrage und den Erfordernissen der Kohlenknappheit Schritt zu halten.

Daß „der Ausbau der Kraftwerksleistungen die vordringliche Aufgabe der deutschen Wirtschaft“ sei⁷⁴, war weit verbreitete Überzeugung. Ihr trugen die für die Vergabe der Marshallplan-Gegenwertmittel Verantwortlichen Rechnung. Dabei scheinen Vertreter der Militärregierung die Priorität der Elektrizitätswirtschaft als Empfänger von Gegenwertmitteln zeitweise sogar noch höher eingestuft zu haben als die deutsche Verwaltung⁷⁵. Im Ergebnis erhielt die Elektrizitätswirtschaft von den bis 1952 durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geleiteten originären Gegenwertmitteln in Höhe von 3,2 Mrd. DM ein gutes Viertel⁷⁶ und damit weit mehr als jede sonstige Branche einschließlich der anderen Grundstoffindustrien wie Kohle und Eisen, die wie die Elektrizitätswirtschaft ebenfalls der staatlichen Preisbindung unterworfen und damit nach der Währungsreform in ihren Finanzierungsmöglichkeiten eingeschränkt blieben.

2. Die folgende Analyse des Ausbaus und der Finanzierung der Stromerzeugungskapazitäten beschränkt sich größtenteils auf die Elektrizitätsgesellschaften für die öffentliche Versorgung, weil die Materiallage eine Untersuchung der Finanzierung von industriellen Eigenanlagen nicht zuläßt. In Hinblick auf unser Interesse, die Rolle der Marshallplan-Aktivitäten zu beurteilen, ist das Fehlen der Industriekraftwerke allerdings weniger bedenklich. In den einzelnen Energieprogrammen übertrafen die ERP-Kredite an öffentliche Elektrizitätswerke diejenigen an Industrieunternehmungen zum Ausbau von deren Kraftwerken nämlich bei weitem. So standen bei der KfW Ende 1952 Darlehen aus originären Gegenwertmitteln (einschließlich ca. 90 Mio DM GARIOA-Gegenwerten, aber ohne Kredite aus dem ERP-Zins- und -Tilgungsaufkommen) an öffentliche Elektrizitätsgesellschaften in Höhe von 729 Mio DM in den Büchern, für Industriekraftwerke dagegen nur knapp 50 Mio DM⁷⁷.

Kredite aus Gegenwertmitteln an die Elektrizitätswirtschaft hatten vor allem in den Jahren 1949 bis 1951 große Bedeutung (s. Tab. 3), als sie, wie noch gezeigt wird, auch am dringendsten gebraucht wurden. Zumal in den ersten beiden Jahren steigt

⁷³ Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1953, in: Elektrizitätswirtschaft 53 (1954), S. 545.

⁷⁴ Institut für Wirtschaftsforschung München, Die Industrie Westdeutschlands. Jahresrückblick, Stand, Aussichten für 26 Industriezweige, München, Februar 1950, S. 16.

⁷⁵ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik (s. Anm. 12), Bd. 5, S. 1057.

⁷⁶ M. Pohl, Wiederaufbau (s. Anm. 12), S. 200 f.

⁷⁷ KfW, Darlehenskontenblätter.

ihr Anteil an den Bruttoanlageinvestitionen mit 20 und 30 v.H. auf eine Höhe, wie sie in den Folgejahren – selbst unter Einrechnung der Kredite aus dem ERP-Zins- und -Tilgungsaufkommen und der Investitionshilfe (über mehrere Jahre verteilt ca. 250 Mio DM⁷⁸) – nie wieder erreicht worden ist⁷⁹.

Tabelle 3: Bruttoanlageinvestitionen und Kredite aus originären Gegenwertmitteln an öffentliche Elektrizitätsgesellschaften in Westdeutschland (ohne Westberlin) (Mio DM)

	1949	1950	1951	1952
1. Bruttoanlageinvestitionen	890	1150	1260	1440
2. Zuwachs der am Jahresende ausstehenden Kreditsumme aus Gegenwertmitteln gegenüber Vorjahr*	174	345	152	57

Quellen: Zeile 1: E. Baumgart, *Investitionen und ERP-Finanzierung* (DIW, Sonderhefte, N.F. 56), Berlin 1961, S. 71.

Zeile 2: KfW, *Darlehenskostenblätter* (1949 und 1950 einschließlich 14 Mio DM über die FINAG vergebener Kredite an Elektrizitätsunternehmen der Französischen Zone, die später von der KfW übernommen wurden).

* Abweichungen dieser aus den Darlehenskostenblättern ermittelten Summen gegenüber den in den Jahresberichten der KfW ausgewiesenen Beträgen ergeben sich daraus, daß die KfW-Jahresberichte einerseits die Kredite für Industriekraftwerke mit umfassen und zum anderen allein auf Kreditauszahlungen abstellen, während in der Tabelle diese mit den Tilgungen saldiert sind. – Eine weitere Zahlenreihe liefert E. Baumgart (siehe Quellenangabe zu Zeile 1), der ebenfalls auf Auszahlungen abstellt, in der Summe aber nicht zu stark von den hier aufgeführten Zahlen abweicht. – Hier wird mit den in der Tabelle angegebenen Werten gerechnet, weil den öffentlichen Elektrizitätsgesellschaften nur Kreditsummen in dieser Höhe wenigstens mittelfristig zur Verfügung standen und damit tatsächlich eine Hilfe für die Finanzierung ihrer Anlageinvestitionen darstellten.

Begünstigt wurden in erster Linie sieben große Verbundgesellschaften, nämlich die Bayernwerk AG, Energie-Versorgung Schwaben AG, Hamburgische Elektrizitätswerke AG, Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Preußische Elektrizitäts-AG (Preag), Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) und Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW). Diese haben von den am Ende des Jahres 1949 ausstehenden Darlehen allein 156 Mio DM erhalten, während andererseits als Folge der von der Militärregierung getroffenen Auswahl städtische Elektrizitätswerke in jenem Jahr noch leer ausgingen. Aber auch Ende 1952 waren von 729 Mio DM

⁷⁸ H. R. Adamsen, *Investitionshilfe* (s. Anm. 71), S. 264.

⁷⁹ Vgl. E. Baumgart, *Investitionen und ERP-Finanzierung* (DIW, Sonderhefte, N.F. 56), Berlin 1961, S. 71; KfW, *Jahresberichte* 1951 ff.

Gesamtkreditsumme 70 v.H. (= 511 Mio) an die genannten Verbundunternehmen vergeben, davon allein 241 Mio an das RWE⁸⁰. Die Verbundgesellschaften aber waren die bedeutendsten Stromerzeuger. So zeigt sich an dieser Aufteilung der an die Elektrizitätswirtschaft geflossenen Gegenwertmittel schon deren Hauptstoßrichtung, nämlich Steigerung der Elektrizitätserzeugung.

Dies bestätigt ein Blick auf die Liste der unterstützten Projekte. Abgesehen von wenigen Ausnahmen sind an Elektrizitätsunternehmen Gegenwertmittel nur zum Bau oder zur Erweiterung von Kraftwerken vergeben worden⁸¹. Investitionen ins Leitungsnetz mußten aus anderweitig zu beschaffenden Mitteln finanziert werden, meist wohl aus Eigenmitteln. Daraus darf freilich nicht geschlossen werden, daß sie weniger dringlich gewesen seien. Zwar waren die Übertragungsanlagen in der Vorkriegszeit mit einer beträchtlichen Leistungsreserve erbaut worden. Diese war jedoch bis Anfang der 50er Jahre infolge der Verbrauchssteigerungen so weitgehend ausgeschöpft, daß schon das erreichte Erzeugungsvolumen im Grunde nicht mehr gesichert verteilt werden konnte⁸². Zum Beispiel hieß es in einem Brief der VEW an das Bundesministerium für den Marshallplan: „In einigen Bezirken lassen sich Industrie und sonstige Abnehmer wegen Überlastung der Netze nicht mehr ausreichend versorgen. Es bestehen heute schon außerordentliche Schwierigkeiten, neue Abnehmer (...) anzuschließen.“⁸³

Für das Jahresende 1950 ist der Bedarf an Investitionen zur Gewährleistung der bei der erreichten Produktion als betriebsnotwendig angesehenen Reservekapazität des Leitungsnetzes mit 1,6 Mrd. DM weit höher geschätzt worden als der Bedarf an weiteren Mitteln für die notwendige Reserve der Stromerzeugungskapazitäten (0,4 Mrd. DM)⁸⁴. Das legt den Schluß nahe, daß ohne die der Elektrizitätswirtschaft zugeflossenen Gegenwertmittel die Investitionen in das Leitungsnetz einen gewissen Vorrang vor dem Ausbau der Kraftwerke gehabt hätten, mit der wohl unvermeidlichen Folge fortgesetzter und einschneidender Stromsparmaßnahmen. In einem amtlichen Memorandum über die Lage der Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland vom 28.1.1950 wurde denn auch ausgeführt, daß das Kapital aus inländischen Quellen vor allem für den Bau von Leitungen und Umspannwerken erforderlich sei⁸⁵. Ebenso charakteristisch für die Kapitalmangelsituation nach der Währungsreform, die den Elektrizitätsunternehmen gerade für

⁸⁰ KfW, Darlehenskontenblätter.

⁸¹ Projekte der Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der II. Tranche (DM 1150 Mio Programm) aus Counterpart Funds, BA Koblenz B 102/684; Projekte der Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der III. Tranche (1500 Mio Programm) aus Counterpart Funds (vorläufige Liste), BA Koblenz B 102/15924.

⁸² Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet, dem Bundesministerium für Wirtschaft erstattet von H. Krönke u. a., Frankfurt/M. 1952, S. 182.

⁸³ BA Koblenz Z 14/62, Brief vom 9.1.1950.

⁸⁴ Reservehaltung in Kraftwerken und Leitungsnetzen in der westdeutschen Elektrizitätsversorgung, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 95 ff.

⁸⁵ BA Koblenz Z 14/62.

Kraftwerksneubauten nur noch einen sehr geringen finanziellen Spielraum ließ, sind die Hinweise in den ausgefüllten Fragebögen zur Berichterstattung an die Marshallplan-Verwaltung vom Frühjahr 1949, selbst wenn man wohl eine gewisse interessegeleitete Einseitigkeit der berichtenden Unternehmen in Rechnung zu stellen hat. Man liest dort von Auftragsstrierungen aus Mangel an Finanzmitteln, von der Gefahr der Einstellung der Bauarbeiten an Kraftwerken und von Fertigstellungszeiträumen erst ab Krediteinräumung⁸⁶.

Tabelle 4 vermittelt einen ersten Eindruck von der Bedeutung der Gegenwertmittel für den Zuwachs an Engpaßleistung in der westdeutschen Stromwirtschaft. 70% der Kapazitätserweiterung der öffentlichen Elektrizitätserzeugung Westdeutschlands zwischen 1948 und 1952 sind aus originären Gegenwertmitteln mitfinanziert worden. Und bezogen auf die gesamte westdeutsche Stromwirtschaft einschließlich der industriellen Eigenanlagen waren es auch noch fast drei Fünftel⁸⁷. Die Tabelle zeigt weiter, daß in den Jahren 1946 bis 1948 der Zuwachs der in öffentlichen Kraftwerken installierten Engpaßleistung ganz überwiegend durch Reparaturen zustande gekommen ist, seitdem im Wesentlichen aber durch Neubauten. Gemessen an der Leistung versechsfachte sich das Neubaufvolumen 1949 im Vergleich zu 1948. Drei Viertel davon sind unter Mithilfe von Krediten aus Gegenwertmitteln finanziert worden. Dieser Prozentsatz steigerte sich in den Folgejahren noch, erreichte 1951 um 100 und fiel dann wieder ab auf unter 50 1953 und nur mehr 8 im Jahr 1954.

3. An dieser Stelle kann ein erster Versuch unternommen werden, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Einsatzes dieser Gegenwertmittel abzuschätzen. Eine Obergrenze für den volkswirtschaftlichen Effekt der ERP-Kredite an die Stromwirtschaft ergibt sich aus der Kumulation folgender Hypothesen: a) Ohne Gegenwertmittel wären die hierdurch mitfinanzierten öffentlichen und Industriekraftwerke nicht errichtet worden. b) Entsprechend der dann (1952) um 2400 MW verringerten Leistung hätte sich die Stromerzeugung weniger erhöht. c) Die Stromproduktivität, d. h. das Verhältnis von Stromverbrauch zu realem Bruttoinlandsprodukt, sei konstant. – Unter den genannten Bedingungen hätte das Bruttoinlandsprodukt ohne ERP-Kredite für den Kraftwerksbau 1952 nur 83 Prozent seines tatsächlichen Niveaus erreicht. Um eine Obergrenze dürfte es sich bei dieser Schätzung deshalb handeln, weil im Gegensatz zu Hypothese a) einige der aus ERP-Krediten mitfinanzierten Projekte vermutlich auch ohne solche Gelder hätten gebaut werden können⁸⁸. Wie groß das Bauvolumen ohne Gegenwertmittel gewesen wäre, ist natürlich

⁸⁶ BA Koblenz Z 8/1520–1524.

⁸⁷ Etwa 300 MW des Leistungszuwachses der Eigenanlagen sind ebenfalls aus Gegenwertmitteln mitfinanziert worden; Bericht über Sitzungen des Electricity Committee der OEEC vom 8. 7. 1949, S. 6, BA Koblenz Z 14/62 in Verbindung mit den Projektlisten (Anm. 81); s. auch Elektrizitätswirtschaft 50 (1951), S. 30.

⁸⁸ Demgegenüber erscheinen die anderen Annahmen plausibel. Eine parallele Entwicklung von Kapazitätsausbau und Erzeugungsvolumen ist wahrscheinlich wegen der fehlenden Leistungsreserven, und die gesamtwirtschaftliche Stromproduktivität ist zwischen 1950 und 1952 sogar um 6 Prozent

Tabelle 4: Installierte Engpaßleistung westdeutscher Kraftwerke (ohne Berlin) in MW

	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
I. Industriekraftwerke									
insgesamt am Jahresende	–	–	3951	–	4281	4754	5231	5567	6117
II. Öffentliche Versorgung									
1. insgesamt am Jahresende	5414	5759	5956	6282	6901	7822	8686	9094	9832
2. Nettozuwachs,									
davon durch:	336	345	197	326	619	921	864	408	738
3. Reparatur	225	342	150	68	35	25	–	–	–
4. Neubau, Erweiterung,	111*	–	49	301	574	793**	872	453	903
darunter:									
5. mitfinanziert aus origin. Gegenwertmitteln	–	–	–	ca. 230	485	805**	585	207	68

Quellen: Zeile I: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Die industriellen Stromerzeugungsanlagen 1948–1954* (Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Sonderheft 19), Stuttgart u. a. 1956, S. 9f.

Zeile II, 1–4: Die Elektrizitätsversorgung in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Elektrizitätswirtschaft*, 49ff. (1950ff.) (=jährl. statist. Bericht d. Zentral-Lastverteilung f. Elektrizität).

Zeile II, 5: Plausibelste Werte, die aus den Unterlagen zu gewinnen sind, nach: *Ebenda* in Verb. mit Projektlisten (Anm. 81); KfW, Darlehenskonto-blätter; Fragebögen (Anm. 86); Fortgangsmeldungen und Korrespondenz, *BA Koblenz B 102/681–684*; 5. und 6. Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1951, S. 43–45.

* Einschließlich 18,5 MW aus der Übernahme eines Industriekraftwerkes in die öffentl. Versorgung.

** Angaben in den genannten Quellen widersprüchlich.

nicht zuverlässig zu ermitteln. Jedoch kann man die Gesamtkosten der aus Marshallplan-Mitteln mitfinanzierten Kraftwerksbauten schätzen und hierzu dann die aus Gegenwertmitteln gewährten Kredite in Beziehung setzen. Aus Angaben über die Wiederbeschaffungswerte von Kraftwerksanlagen und über den Kapitalbedarf für die erforderlich gehaltene Zusatzleistung von Kraftwerken⁸⁹ bilden wir jeweils Mittelwerte der Kosten in DM je kW⁹⁰:

DM je kW Zusatzleistung in Dampfkraftwerken	440
DM je kW Zusatzleistung in Laufwasserkraftwerken	1640
DM je kW Zusatzleistung in Speicherkraftwerken	770

Multipliziert man die Leistung der in den Jahren 1949 bis 1952 aus Gegenwertmitteln mitfinanzierten Kraftwerksprojekte mit den so gewonnenen Durchschnittskosten je kW, kommt man für diese Projekte auf Gesamtkosten von 1340 Mio DM. Dem stehen die oben schon erwähnten 779 Mio DM ERP-Kredite gegenüber. Rein rechnerisch wäre somit mehr als die Hälfte der Leistung der Marshallplan-unterstützten Kraftwerksbauten ausschließlich aus Gegenwertmittel-Krediten finanziert worden, d. h. über 1200 MW (einschließlich industrieller Eigenanlagen). Gemäß obiger Kalkulation entspräche dem ein dadurch ermöglichter Beitrag zum Inlandsprodukt von etwa 9% des Standes von 1952.

Auch wenn man bedenkt, daß bei einer geringeren Zahl neuer Kraftwerke einige Investitionen ins Leitungsnetz ebenfalls hätten unterlassen werden können, wodurch theoretisch eventuell mehr als 1200 MW an Kraftwerksleistung allein aus deutschen Mitteln finanzierbar gewesen wären, scheint die Berechnung einen vernünftigen, möglicherweise sogar einen *unteren Wert* für den Effekt der in die Elektrizitätswirtschaft kanalisierten Gegenwertfonds anzugeben. Offenbar nämlich verfügten gerade die Verbundgesellschaften, d. h. die bei weitem wichtigsten Stromerzeuger, über die geringsten eigenen Mittel zum Bau zusätzlicher Kraftwerksleistung. Beim RWE zum Beispiel beliefen sich die Zugänge an Kraftwerksanlagen in den Geschäftsjahren 1948/49 bis 1952/53 auf insgesamt 288 Mio DM⁹¹. Die Ende 1952 ausstehende Summe originärer Gegenwertmittelkredite betrug aber allein, wie erwähnt, 241 Mio DM, die für Projekte von bis dahin 517 MW zusätzlicher Leistung eingesetzt worden waren. Hier wurde also aus ERP-Mitteln fast die gesamte neue Kraftwerksleistung des Unternehmens finanziert. Wäre sie aus Kreditmangel nicht gebaut worden, so hätten an anderer Stelle kleinere Gesellschaften deswegen gewiß nicht 250 MW mehr installiert. Das zeigt, wie unrealistisch angesichts der damaligen

gesunken. Freilich hätten der übrigen Wirtschaft – bei geringerer Verstromung – etwas größere Kohlenmengen zur Verfügung gestanden.

⁸⁹ Reserverhaltung in Kraftwerken und Leitungsnetzen in der westdeutschen Elektrizitätsversorgung, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 96.

⁹⁰ Vgl. hiermit eine andere Schätzung (Werte in derselben Reihenfolge): 450, 1400, 1000 (F. Stiegler, Investitionshilfe und Strompreise, in: ebenda, S. 25). Demgegenüber taxierte die KfW beim RWE einheitlich mit 400 DM/kW (KfW, Kreditabteilung, Akte 1546 alt 1, Vermerk v. 7. 5. 1956).

⁹¹ KfW (s. Anm. 90).

Situation vermutlich die Annahme ist, daß bei einem Fortfall der ERP-Kredite und damit der Kürzung der Finanzmittel auf die Hälfte ebenfalls auch nur die Hälfte der Kraftwerksprojekte nicht gebaut worden wäre.

4. Diese Argumentation gilt allerdings nur, wenn die Gegenwertmittel bei den Unternehmen wirklich ein Finanzierungsdefizit geschlossen haben – und dieses nicht hat mit anderen Mitteln abgedeckt werden können. Nachfolgend versuchen wir, die Höhe des Finanzierungsdefizits abzuschätzen. Anschließend (Text-Ziffern 5 bis 7) soll geprüft werden, ob nicht mehr Eigenmittel hätten zur Verfügung stehen und/oder ob nicht andere Quellen für eine angemessene Fremdfinanzierung hätten erschlossen werden können.

Zum Finanzierungsdefizit geben die Bilanzen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), die wiederum als Beispiel angeführt sei, das in *Tabelle 5* zusammengefaßte Bild. 1948/49 hätten die Sachinvestitionen, insbesondere die geringfügigen Zugänge an Kraftwerksanlagen, aus sonst zur Verfügung stehenden langfristigen Mitteln finanziert werden können. Als aber in den folgenden drei Geschäftsjahren der Zugang an Kraftwerksanlagen steil ansteigt, füllt der ERP-Kredit eine sonst klaffende Finanzierungslücke. Dagegen kann ab 1952/53 die Bruttoanlageinvestition praktisch ohne die zunächst noch weiter gewährten Darlehen der KfW finanziert werden; 1953/54 kommt es gar zu einem großen Beteiligungserwerb, der aus überschüssigen Finanzmitteln finanziert wird.

Erklärt wird der Umschwung in der finanziellen Situation des Unternehmens durch die Entwicklung der Abschreibungen. Sie schnellten von 73 Mio DM 1950/51 über 131 Mio auf 183 Mio DM 1952/53 hoch. Hierin schlagen sich, wie Zeile 5 der Tabelle zeigt, die den Grundstoffindustrien durch das Investitionshilfegesetz (IHG) vom 7.1. 1952 auf einige Jahre erneut eingeräumten Sonderabschreibungsmöglichkeiten nieder. Diese wären jedoch vermutlich genauso wirkungslos geblieben wie die allgemeine Erlaubnis für Sonderabschreibungen im § 7a Einkommensteuergesetz, die bis Mitte 1951 gültig war, wenn nicht auf Grund der Ermächtigung des § 37 IHG das Wirtschaftsministerium den Elektrizitätswerken die Festsetzung höherer Preise genehmigt hätte. Aber auch nach Auslaufen der Erlaubnis zu erhöhten Abschreibungen im Jahr 1956 kehrten die Finanzierungsprobleme nicht zurück. Einerseits nämlich blieben die Abschreibungsbeträge auf Grund der seitdem zulässigen degressiven Abschreibungsmethode relativ hoch⁹². Andererseits begannen, sicherlich auch als Folge der durch die Preisfreigaben gesteigerten Erlöskraft der Elektrizitätswirtschaft, Kapitalmarktmittel wieder reichlicher zu fließen, wie die Kapitalerhöhung 1955/56 und die erfolgreiche Unterbringung einer 75 Millionen DM-Anleihe 1958/59 beweisen.

In den Jahren 1949 bis 1952 sind aber die Kredite aus originären Gegenwertmitteln tatsächlich von ausschlaggebender Bedeutung für den Kraftwerksbau des RWE gewesen. Da sich die Situation in anderen Verbundunternehmen damals ähnlich

⁹² Vgl. auch H. Lilienfein, Die wirtschaftliche Entwicklung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Spiegel der Bilanzen 1948 bis 1955, in: *Elektrizitätswirtschaft* 56 (1957), S. 55.

Tabelle 5: Finanzierung der Anlageinvestitionen beim RWE (Mio DM)

	1948/49	49/50	50/51	51/52	52/53	53/54	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59
Sachanlagen (einschl. im Bau befindlicher Anlagen u. Anzahlungen)											
1. Zugänge / Abgänge	90	150	188	188	248	291	347	377	235	271	209
darunter:											
2. Zugänge an Kraftwerksanlagen	7	55	55	133	37	54	163	-	-	-	-
3. Beteiligungen, Zugänge / Abgänge	-	1	-	-	21	101	18	73	6	-1	61
4. Abschreibungen auf Sachanlagen insgesamt	68	68	73	131	183	212	217	201	248	213*	178*
5. davon: Sonderabschreibungen	6	9	15	86	125	146	146	93	120	-	-
6. Zusätzl. langfr. Verschuldung	13	64	70	70	69	123	50	41	-33	-21	54
7. darunter: KfW-Kredit**	9	57	65	75	45	50	-	-	-13	-16	-
8. Erhöhung des Grundkapitals	-	-	-	-	-	-	-	182	-	-	-
9. Sonstige langfristige Mittel	16	14	14	-3	25	72	53	227	32	112	24
10. Bilanzgewinn	1	4	10	12	14	19	22	39	42	54	55
11. Langfristige Mittel insgesamt, einschl. Gewinn	98	150	167	210	291	426	342	690	289	358	311
12. Dasselbe, ohne KfW-Kredit	89	43	102	135	246	376	342	690			

Quellen: Jahresabschlüsse, publiziert im Bundesanzeiger; KfW-Kreditabteilung, Akte 1546 alt 1.

* Einschließlich Abschreibungen auf Finanzanlagen.

** Ab 1951 Kredite aus originären Gegenwertmitteln ergänzt aus ERP-Zins- und Tilgungsaufkommen und der Investitionshilfe; Ende 1952 waren aber noch 80 v.H. aller Ausleihungen der KfW originäre Gegenwerte.

gestaltet hat, dürfte das für das RWE gefundene Ergebnis die Gesamtsituation der öffentlichen Elektrizitätsversorgung widerspiegeln. Demzufolge sind die Kraftwerkszubauten in den Jahren 1949 bis 1952 jedenfalls nicht aus Eigenmitteln finanzierbar gewesen.

5. Daß es sich so verhielt, lag an der schlechten Ertragslage der Verbundunternehmen in den ersten Jahren nach der Währungsreform. Diese wiederum war eine Folge der Preispolitik der Behörden aufgrund der Preisstoppperordnung von 1936. Seit 1936 ist der Kohlenpreis sukzessive auf mehr als das Doppelte erhöht worden⁹³. Der Elektrizitätswirtschaft wurde aber nur die teilweise Überwälzung dieser Kostensteigerungen gestattet⁹⁴. Da die Kohlekosten bei den Wärmekraftwerken die Hälfte der Stromerzeugungskosten ausmachten⁹⁵, war die Ertragssituation der Werke dadurch beträchtlich verschlechtert. Hinzu kamen noch Steigerungen anderer Kostenelemente, wie Löhne, Frachten, Material- und Kapitalkosten, die ebenfalls nicht an die Stromabnehmer weitergegeben werden durften⁹⁶.

Tabelle 6: Kosten und Erlöse zweier nicht an Tarifabnehmer liefernden Verbundgesellschaften 1950/51 (Pf. je erzeugter kWh)

	I	II
Erzeugungskosten	5,94	5,09
Kosten für Absatz und Verwaltung	1,81	1,97
Erlöse aus Verkauf an Wiederverkäufer	5,49	4,54
Erlöse aus Verkauf an Sonderabnehmer	5,86	3,31

Quelle: Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet, dem BMW erstattet von H. Krönke u. a., Frankfurt/M. 1952, Anlage 523.0, 523.2, 53.

Tabelle 6 verzeichnet für 1950/51 die Kosten und Erlöse von zwei nicht an Tarifabnehmer liefernden Verbundgesellschaften je erzeugter kWh. In beiden Fällen deckten die durchschnittlichen Erlöse nicht einmal die durchschnittlichen Erzeugungskosten, was in seinen Auswirkungen auf den Ertrag nur dadurch etwas gemildert wurde, daß beide Unternehmen daneben noch billigeren Strom anderweitig bezogen (für 3,84 bzw. 4,08 Pf./kWh).

Die praktische Handhabung der Preisstoppperordnung hat die Stromerzeuger

⁹³ Stat. Jb. f. d. Bundesrepublik Deutschland 1953, S. 488. Für Werke mit Kohlenstaubfeuerung waren die Kostensteigerungen noch höher, s. Gutachten über die Kosten- und Ertragslage der Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet (s. Anm. 82), S. 52.

⁹⁴ Anordnung PR 53/48 zur Änderung der Preise für elektrischen Strom vom 21. 6. 1948, VfWMBI 1948 II, S. 94. Vgl. auch Strompreise, in: Elektrizitätswirtschaft 50 (1951), S. 30.

⁹⁵ Gutachten (s. Anm. 82), S. 116.

⁹⁶ P. Reichel, Strompreisgestaltung, in: Elektrizitätswirtschaft 48 (1949), S. 33, und Strompreise (s. Anm. 94).

also zugunsten der Wiederverkäufer und Endnachfrager benachteiligt. Es nimmt daher nicht Wunder, daß, abgesehen von einer einzigen Ausnahme, von den in die zitierte Elektrizitätsenquête einbezogenen Unternehmen nur einige Stadtwerke *ohne* Eigenerzeugung ihre gesamten Kosten decken und darüber hinaus sogar Gewinne erzielen konnten⁹⁷.

Natürlich war eine Situation, die die Stromerzeuger mit Verlust arbeiten ließ, bei rasch wachsendem Strombedarf auf die Dauer nicht tragbar. Spätestens nach dem Versiegen der großen, nicht nach privatwirtschaftlichen Renditegesichtspunkten vergebenen Gegenwertmittel-Kredite für den Kraftwerksbau mußte die Ertragskraft der Erzeugerunternehmen verbessert werden. Dies geschah denn auch. Auf der Grundlage von § 37 IHG erließ der Bundeswirtschaftsminister am 26. März 1952 eine Verordnung, durch die die Preisänderungsklauseln in den Verträgen zwischen Versorgungsgesellschaften und Wiederverkäufern bzw. Sonderabnehmern wieder in Kraft gesetzt wurden⁹⁸. Dadurch wurde es der Elektrizitätswirtschaft möglich, ihre Abgabepreise veränderten Kosten anzupassen. Da der durch die Klauseln gegebene nominelle Rahmen für Preissteigerungen wegen des inzwischen verbesserten Wärmewirkungsgrades der Kraftwerksanlagen aber kaum voll ausgeschöpft werden mußte, waren die Strompreise, die Sonderabnehmern und Wiederverkäufern berechnet wurden, ab diesem Zeitpunkt praktisch frei⁹⁹. Ein Jahr später wurden dann auch noch die Grundpreise für gewerbliche und landwirtschaftliche Abnehmer nach der Tarifordnung für elektrische Energie von 1938 freigegeben¹⁰⁰. So war die Rentabilität (und damit auch die Kreditwürdigkeit) der Stromerzeuger wieder hergestellt. Und in Verbindung mit großzügigen Abschreibungsregeln gab es, wie oben schon am Beispiel des RWE gezeigt, von dieser Zeit an keine Finanzierungsprobleme in der Elektrizitätswirtschaft mehr.

Eine Alternative zu den Gegenwertmitteln hat es anscheinend also doch gegeben, nämlich die Lockerung des Preisstopps für Elektrizität zu einem früheren Zeitpunkt als 1952. Spezieller Abschreibungsmöglichkeiten für die Elektrizitätswirtschaft hätte es dann auch nicht bedurft, weil, wie erwähnt, bis Mitte 1951 generell sehr weitgehende Abschreibungserleichterungen bestanden haben. Freilich ist verständlich, warum man den Preisstopp für Strom nicht schon im 2. Halbjahr 1948 gelockert hat. 1949/50, in der Phase rückläufiger Einzelhandelspreise, wäre es aber schon denkbar gewesen, die Strompreise an die veränderten Kosten anzupassen. Für die Masse der Verbraucher wäre die Preiserhöhung vermutlich nur marginal spürbar gewesen, zumal wenn man, wie ja auch noch 1952/53, die Haushaltstarife unverändert gelassen hätte. Möglicherweise haben gerade der Einsatz der Gegenwertmittel und die

⁹⁷ Gutachten (s. Anm. 82), Anlage 53.

⁹⁸ VO PR 18/52, Bundesanzeiger (BAnz), 4. Jg., Nr. 62 vom 28. 3. 1952, S. 1.

⁹⁹ K. Sachs, Aktuelle Fragen aus dem Preisrecht, in: Elektrizitätswirtschaft 51 (1952), S. 468 ff.; ders., Strompreise und Preisänderungsklauseln im Spiegel des Preisrechts und des Währungsgesetzes, in: ebd., 53 (1954), S. 438 ff.

¹⁰⁰ VO PR 3/53, BAnz, 5. Jg., Nr. 21 vom 31. 3. 1953, S. 1 f.

dadurch erreichte vorläufige Entschärfung des elektrizitätswirtschaftlichen Finanzierungsproblems auf die ordnungspolitische Reform am Strommarkt verzögernd gewirkt.

6. Schließt man die eben skizzierte Alternative zum Einsatz von Gegenwertmitteln für den Kraftwerksausbau, die Preisfreigabe und damit die Ertragsverbesserung, aus, dann steht fest, daß ERP-Kredite eine Finanzierungslücke geschlossen und wesentlich zum Wachstum der westdeutschen Produktion beigetragen haben. Freilich bleibt noch zu überdenken, ob es für diesen Zweck nicht auch andere Fremdfinanzierungsmöglichkeiten gegeben hat.

Normale Kapitalmarktmittel standen gewiß nicht in ausreichender Menge zur Verfügung. Das erfuhren die Versorgungsunternehmen u. a., als sie nach Absprache mit der KfW versuchten, zur Abdeckung der ersten ERP-Tranche eine Anleihe in Höhe von 215 Mio DM aufzulegen. Von ihr konnten 1949 gerade 29 Mio, 1950 10 Mio und in den beiden folgenden Jahren lediglich noch geringere Summen placiert werden. Der Rest wanderte ins Depot der KfW, die dafür Buchkredite an die Unternehmen gewährte¹⁰¹. Dieser Mißerfolg bewog die Kreditanstalt, auf die Begebung weiterer Obligationen durch die Elektrizitätsunternehmen zu verzichten¹⁰².

Die Ursache dafür, daß die Elektrizitätsgesellschaften sich nicht über den Kapitalmarkt finanzieren konnten, lag nicht etwa darin, daß sie nicht die damals geltenden Zinsen geboten hätten. Die Rendite der aufgelegten Elektrizitätsanleihen war mit etwa 6,5%¹⁰³ bei 20jähriger Laufzeit¹⁰⁴ im Vergleich zu den noch umlaufenden Altobligationen sogar recht günstig¹⁰⁵. Doch kam es nicht zu großen Bestandsumschichtungen weg von den Altanleihen hin zu den Neuemissionen. Angesichts der Marktmenge wäre dies für die potentiellen Käufer von Elektrizitätsanleihen mit zu hohen Kursrisiken verbunden gewesen. Neue Emissionen konnten deshalb, auch bei relativ guten Konditionen, nur langsam untergebracht werden¹⁰⁶, weil das erstmals am Kapitalmarkt Anlage suchende Mittelaufkommen gering war¹⁰⁷.

Bei einem Gesamtabsatz von Industrieobligationen und Aktien von zusammen knapp 870 Mio DM zwischen Mitte 1948 und Ende 1952¹⁰⁸ war offensichtlich die Substitution der Gegenwertmittel durch den Kapitalmarkt rein quantitativ unmög-

¹⁰¹ KfW, Jahresbericht 1949, S. 22; Jahresbericht 1952, S. 55.

¹⁰² KfW, Vorlage vom 6. 3. 1952 für die 12. Kreditbewilligungsausschuß(KBA)-Sitzung; Vorlage vom 20. 6. 1952 für die 13. KBA-Sitzung.

¹⁰³ KfW, Jahresbericht 1949, S. 22.

¹⁰⁴ So jedenfalls beim RWE; s. Auszug aus dem Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1947/48, BA Koblenz B 102/684, S. 3.

¹⁰⁵ Stat. Jb. f. d. Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 328 f.; 1953, S. 410 f. S. auch z. B. Börsenzeitung vom 1. 2. 1952: Industrieobligationen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit mit ähnlicher Restlaufdauer notierten vielfach unter 6% Rendite.

¹⁰⁶ Monatsberichte der BdL, Juli 1949, S. 7; Nov. 1949, S. 12; Dez. 1949, S. 9 f.; Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1953, S. 19 f.

¹⁰⁷ S. H. Strathus, Der Kapitalmarkt in Westdeutschland und die Probleme seines Wiederaufbaus (Institut Finanzen und Steuern, Heft 16), Bonn 1952.

¹⁰⁸ Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1953, S. 53.

lich. Aber auch bei einer höheren Verzinsung der Wertpapiere wäre das Ergebnis, wie gezeigt worden ist, vermutlich kaum anders gewesen, ganz davon abgesehen, daß die Elektrizitätswirtschaft großenteils schon ihre tatsächlichen Zinskosten nicht erwirtschaften konnte¹⁰⁹. Eine Alternative zu den Gegenwertmitteln hat es also für sie *auf dem Kapitalmarkt* nicht gegeben.

7. Schon die Zeitgenossen haben die Frage erörtert, ob der vordringliche Investitionsbedarf nicht mit Mitteln des Zentralbanksystems hätte finanziert werden können¹¹⁰. Inzwischen hat Werner Abelshauser hervorgehoben, daß es sich bei den Gegenwertmitteln um DM-Beträge gehandelt habe, „die im Gegensatz zu den Dollar-Beträgen der Marshallplan-Hilfe auch durch Kreditschöpfung im eigenen Zentralbanksystem (. . .) hätten aufgebracht werden können“¹¹¹.

Diese Auffassung scheint sich sogar auf einen faktischen Beweis stützen zu können, nämlich auf die Tatsache, daß die Bank deutscher Länder (BdL) die KfW bei der Vorfinanzierung des Kraftwerkbaus unterstützt und zu diesem Zweck Zentralbankgeld in Umlauf gebracht hat¹¹². Doch ging es seinerzeit nur um eine Vorfinanzierung. Die Zentralbank konnte sich 1949/50 zu diesem Vorgehen berechtigt fühlen, weil die bis dahin angesammelten Gegenwertmittel tatsächlich dem binnenwirtschaftlichen Kreislauf entzogen worden waren und insoweit tendenziell ein Deflationsdruck herrschte. Der gewährte Zentralbankkredit stellte also keine Alternative zur Investitionsfinanzierung mit Gegenwertmitteln dar. Seine Bereitstellung setzte vielmehr die sichere Aussicht auf die Freigabe der Gegenwertmittel für die genau benannten Investitionszwecke voraus.

Ob ohne den Marshallplan und die vorübergehend stillgelegten Gelder aus Gegenwerten eine Zentralbankfinanzierung der Kraftwerkserweiterungen gleichermaßen unbedenklich gewesen wäre, wie es Abelshausers Ansicht zu sein scheint, ist dagegen nicht ähnlich einfach zu beurteilen. Ohne den Marshallplan hätte die Welt in so vieler Hinsicht anders ausgesehen, daß niemand behaupten kann, die denkbaren wirtschaftspolitischen Alternativen für diesen Fall mit Anspruch auf wissenschaftliche Geltung beurteilen zu können. Vermutlich hätte sich dann die marktwirtschaftliche Ordnung nicht durchgesetzt (siehe oben), wodurch Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft sowieso auf ganz andere Weise hätten ermöglicht werden müssen.

Der zentrale Gesichtspunkt, der die Verantwortlichen bewog, die theoretische Möglichkeit einer Finanzierung der dringend benötigten Investitionen aus *zusätzlichem* Kredit im engeren Sinne nicht in Betracht zu ziehen, wurde im Jahresbericht 1950 der KfW angesprochen: „Der Gedanke, zur Befriedigung des vordringlichen Investitionsbedarfs (. . .) Mittel des Zentralbanksystems heranzuziehen, erscheint

¹⁰⁹ Gutachten (s. Anm. 82), S. 169.

¹¹⁰ Siehe u. a. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft „Investitionspolitik“ v. 12. 6. 1948, Gutachtenband (Anm. 1), S. 7 ff.; KfW, Jahresbericht 1950, S. 37.

¹¹¹ Wiederaufbau vor dem Marshallplan (s. Anm. 3), S. 568 f. und ähnlich an anderen Stellen.

¹¹² KfW, Jahresbericht 1950, S. 44.

nach Lage der Dinge vor allem schon aus währungspolitischen Gründen unververtretbar. Jede Ausweitung des Geldvolumens würde angesichts der Engpässe in der Grundstoffproduktion, der prekären Situation der westdeutschen Zahlungsbilanz (...), der beträchtlichen Preissteigerungen auf den Weltmärkten und der Verknappungserscheinungen bei gewissen internationalen Rohstoffen nur dazu führen, das Preis- und Lohngefüge im Bundesgebiet zu gefährden, das Realeinkommen der breiten Schichten entscheidend zu beeinträchtigen und damit das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Geldes zu zerstören.¹¹³

Auch die Alliierten haben die Währungsstabilität in Deutschland als hohes Ziel betrachtet. Unter Hinweis auf einen Absatz des amerikanischen Economic Cooperation Act von 1948, der später ganz ähnlich auch in das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika von 1949 übernommen worden ist, hieß es in einem Brief von BICO an den Vorsitz der Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets vom 9.3. 1949: „The importance of promoting or maintaining financial stability cannot be exaggerated. The Military Governors will only approve requests for the release of counterpart funds in the light of the general economic and financial situation existing in the Bizone at the time when the requests are received.“¹¹⁴ Im Allgemeinen scheinen die Amerikaner aus Währungsgründen denn auch die Tendenz gehabt zu haben, die Gegenwertmittel eher länger als kürzer stillzulegen¹¹⁵.

Vertrauen in die neue Währung war das Schlüsselwort. Das wurde mit Blick auf die Bizone im übrigen auch ausdrücklich von der OEEC anerkannt¹¹⁶. Daß das Vertrauen zunächst nicht besonders gefestigt war, haben die Ereignisse des zweiten Halbjahrs 1948 belegt. Aber auch anlässlich der Abwertungen vom Herbst 1949 und vor allem in der Koreakrise 1950/51 kam es noch einmal zu Abhebungs- bzw. Kaufwellen mit ihrer inhärenten Inflationstendenz¹¹⁷. Ebenfalls kennzeichnend für die Labilität des Vertrauens in die DM auch noch nach 1948 war die Wertpapierscheu des Publikums. Wenn man sparte, dann in Form von Spareinlagen, die man jederzeit ohne Kursverlust verwerten konnte¹¹⁸. Schließlich signalisierten auch die freien Devisenmärkte ständige Gefahren für die Währung. Noch Anfang Mai 1951 wurde die DM in Zürich mit einem Disagio von etwa 15% gehandelt¹¹⁹.

¹¹³ Ebenda, S. 37.

¹¹⁴ BA Koblenz Z 14/146.

¹¹⁵ Gespräch mit Dr. Günter Keiser, Min.-Dir. a. D., am 10.2. 1984 in München.

¹¹⁶ IFZ-Archiv, MF 260, 11/133-3/6, BICO, ERP Secretariat, Subj.: Financial Situation of the Bizone, 7.7. 1949.

¹¹⁷ Monatsberichte der BdL, Okt. 1949, S. 5; Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1950, S. 8 f.; dass. für 1951, S. 10; 4. Bericht der Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1950, S. 9.

¹¹⁸ KfW, Jahresbericht 1949, S. 34.

¹¹⁹ DM-Notierung im Züricher Freiverkehr, in: Wirtschaftsverwaltung 2 (1949), S. 174; 5. und 6. Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1951, S. 149.

Nun hat auch Abelshäuser es als einen Vorzug der Gegenwertmittel bezeichnet, daß diese geeignet gewesen seien, „die breite Öffentlichkeit zu beruhigen, die traditionell in staatlicher Kreditschöpfung den Keim zur Inflation sah“. Die Gegenwertmittel seien in Hinblick darauf aber nur ein nützliches „Placebo“, derartige Befürchtungen seien „angesichts von Massenarbeitslosigkeit und freien Produktionskapazitäten unbegründet“ gewesen¹²⁰.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle die Diskussion über die Chancen und Risiken der vermehrten Geldschöpfung in jenen Jahren fortzusetzen. Auf jeden Fall soll aber die Gegenthese formuliert werden, daß die Befürchtungen seinerzeit nicht gar so unbegründet gewesen sind. Die Bedenken gegen eine Geldschöpfung zur Investitionsfinanzierung, zumal in den erforderlichen Milliardenbeträgen (bei einem Bargeldumlauf von 11,3 Mrd. DM Ende 1952¹²¹), waren nicht aus der Luft gegriffen. Es scheint tatsächlich nicht ausgeschlossen zu sein, daß noch am Anfang der 50er Jahre stärkere Preissteigerungstendenzen, falls sie nicht energisch bekämpft worden wären, angesichts der frischen Erinnerungen des Publikums rasch zu einer erneuten kumulativen Währungszerrüttung geführt hätten. Wären aber die Zentralbankkredite an die Elektrizitätswirtschaft nicht zusätzlich gewesen, d. h. hätten sie den Geldkreislauf nicht ausgeweitet, so hätte ja an anderer Stelle entsprechend weniger Kredit zur Verfügung gestellt werden müssen. Vorausgesetzt, dafür hätten sich die technischen (und rechtlichen) Bedingungen schaffen lassen, so wäre diese Umverteilung von Kredit zugunsten der Elektrizitätswirtschaft währungspolitisch natürlich nicht zu kritisieren gewesen. Was sie aber sonst an Veränderungen bewirkt hätte, läßt sich ohne genauere Hinweise darauf, wo an anderer Stelle die der Elektrizitätswirtschaft zufließenden Mittel eingespart werden sollten und konnten, kaum beurteilen. Bis etwa zur Jahresmitte 1951 läßt sich allenfalls *eine* Periode finden, in der möglicherweise eine etwas stärkere Geldschöpfung hätte betrieben werden können, nämlich das halbe Jahr vor Ausbruch des Koreakrieges¹²². Dem stand aber ein *anhaltend* hoher Finanzierungsbedarf für dringende Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft und anderen Grundstoffbereichen während der ganzen Zeit gegenüber. Zentralbankgeldschöpfung war also keine reale Alternative zu den Gegenwertmitteln.

IV. Schlußbemerkungen

Unsere Untersuchung unterscheidet sich von anderen über den Marshallplan im wesentlichen durch zwei Merkmale: 1. Sie konzentriert sich als „mikroökonomische“ Analyse auf zwei industrielle Schlüsselsektoren. 2. Sie sucht die Bedeutung der Marshallplan-Leistungen durch eine möglichst konkrete Betrachtung ihrer Wirkun-

¹²⁰ Wiederaufbau (s. Anm. 3), S. 569.

¹²¹ Deutsches Geld- und Bankwesen (s. Anm. 6), S. 4.

¹²² Damals forderten auch die Amerikaner von der Bundesregierung ein durch Kreditschöpfung finanziertes Investitionsprogramm; Adamsen (s. Anm. 71), S. 82.

gen unter Einschluß der Abschätzung denkbarer Alternativen darzulegen. Wir kommen zu dem Ergebnis, daß die ersten Baumwoll-Lieferungen aus Marshallplan-Mitteln, obgleich sie verhältnismäßig spät in Westdeutschland eingetroffen sind, einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Währungs- und Wirtschaftsreform geleistet haben. Sodann ist gezeigt worden, daß die Marshallplan-Gegenwertmittel den Kapazitätsausbau der Stromerzeugungsanlagen wesentlich beschleunigt und damit zu einem rascheren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion beigetragen haben.

Für die zutreffende Bewertung des Marshallplans spielt eine große Rolle, worin die entwicklungspolitischen Probleme dieser Zeit gesehen werden. Ohne daß dies hier ausführlich begründet werden konnte, gehen wir von der vielfältig bestätigten Tatsache aus, daß es in der Nachkriegszeit einen Überschuß an Arbeitskräften und ebenfalls vielfach unausgenützte Produktionskapazitäten gegeben hat. Allerdings waren die Strukturen der Produktionsmittel nicht aufeinander abgestimmt. Den Überkapazitäten in einigen Bereichen standen Engpässe in anderen gegenüber. Besonders kritisch war die Versorgung mit (in- und ausländischen) Vor- und Zwischenprodukten. Ihre Verfügbarkeit hat das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen und die Entwicklungschancen entscheidend bestimmt. Zusätzliche Lieferungen solcher Engpaßmaterialien bzw. die Kapazitätserweiterung in Engpaßbereichen waren der Schlüssel zur besseren Ausnutzung vorhandener Potentiale.

Zur Abschätzung der Bedeutung derartiger „Schlüsselprodukte“ gibt es keine standardisierten Verfahren. Ganz sicher genügt es nicht, lediglich die seinerzeit erfaßten Wertströme zusätzlicher Leistungen oder zusätzlicher Investitionen zu messen und sie etwa mit der Bevölkerungszahl (DM je Einwohner), der Höhe des Sozialprodukts oder der gesamtwirtschaftlichen Investitionssumme zu vergleichen. In einer Zeit, in der der amtlich festgelegte Wechselkurs der DM in Dollar alles andere als die Dollarknappheit spiegelte, ja Dollargüter großenteils nur im Rahmen von Hilfsprogrammen erworben werden konnten, mußten die „Schattenpreise“ dieser Güter weit über jenen liegen, die den Abrechnungen der Leistungen tatsächlich zugrundegelegt worden sind und aus denen sich ergab, daß z. B. im Jahr 1949 die Marshallplan-Lieferungen einen Wert von DM 30,- je Einwohner gehabt haben. Die Zeitgenossen haben zurecht angenommen, daß die Marshallplan-Mittel ein Vielfaches dessen bewirkt haben als das, was die Zahlenwerke auf der Basis von Rechnungspreisen zum Ausdruck bringen.

In der vorliegenden Arbeit ist nicht der Versuch gemacht worden, solche „Schattenpreise“ zu ermitteln, wohl aber einige Wirkungen der Marshallplanhilfe so konkret wie möglich zu bezeichnen. Selbstverständlich hängen die Urteile über die Rolle des Marshallplans davon ab, welche Vorstellungen man vom Verlauf einer westdeutschen Geschichte ohne den Marshallplan hat. Diese Vorstellungen erfordern unvermeidlich Spekulationen. Der Verlauf einer Geschichte, die nicht stattgefunden hat, kann allenfalls plausibel gemacht, nicht aber wissenschaftlich begründet werden. Allerdings würde die wissenschaftliche Diskussion über den Marshallplan sehr gewinnen, wenn man sich mehr als bislang der unter Wirtschaftshistorikern

inzwischen verbreiteteren Methode des „kontrafaktischen Denkens“ bedienen wollte. In diesem Fall ist tunlichst genau zu spezifizieren, welche anderen als die tatsächlich beobachtbaren Methoden seinerzeit das erkannte Problem hätten lösen können – mit welchen denkbaren Haupt- und Nebenwirkungen, mit welchen Kosten. Nur wenn die Geschichte, die nicht stattgefunden hat, weil es den Marshallplan gegeben hat, ähnlich präzise beschrieben wird wie die tatsächliche Geschichte, können die Schätzurteile fruchtbar diskutiert werden.

Wir haben in unsere Fallstudien ausdrücklich Erwägungen über Alternativen, also zur „kontrafaktischen Geschichte“, einbezogen. Aus ihnen ergeben sich die Urteile über die Bedeutung der betrachteten Marshallplan-Leistungen. Allerdings muß jede kontrafaktische Argumentation gewisse Tatsachen als gegeben voraussetzen. Es bleibt den Lesern anheimgegeben, ob sie die von uns gemachten Annahmen plausibel finden oder durch andere ersetzen wollen.

Auf eine Grenze unserer Art von Betrachtung muß aber noch ausdrücklich aufmerksam gemacht werden. Unserer sektoralen Analyse haben wir jeweils nur Annahmen darüber unterlegt, daß die spezifischen Marshallplan-Leistungen nicht erbracht worden wären. Aber die gesamte Konfiguration der Daten, die wir benutzt haben, entstammt natürlich einer durch den Marshallplan geprägten Geschichte. Ohne den Marshallplan hätte es aber nicht nur die in der 1. Fallstudie betrachteten Baumwoll-Lieferungen und die in der 2. Fallstudie betrachteten Gegenwertmittel nicht gegeben. Die ganze Geschichte Westeuropas wäre eine weitgehend andere und zahlreiche (positive) Randbedingungen unserer Fallstudien wären betroffen gewesen. Das scheint die Annahme zu rechtfertigen, daß die von uns betrachteten sektoralen Wirkungen, selbst wenn sie in diesem oder jenem Detail zu günstig ausgefallen sein sollten, in der Tendenz den wirtschaftlichen Gesamteffekt des Marshallplans eher unter- als überschätzen.

JÜRGEN C. HESS UND FRISO WIELENGA

DIE NIEDERLANDE UND DIE
WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

Ein Beitrag zur Debatte um die „Verpassten Gelegenheiten“ im Jahr 1952¹

„Die niederländische Regierung erkennt den legitimen Wunsch der deutschen Bevölkerung vollständig an, daß die Teilung ihres Vaterlandes beendet werden möge.“² In dieser Erklärung, abgegeben während einer Debatte über den Staatshaushalt im Dezember 1952, kam eine der Hauptmaximen niederländischer Deutschlandpolitik Anfang der fünfziger Jahre zum Ausdruck: Das deutsche Verlangen nach Wiederherstellung der nationalen Einheit fand offizielle Zustimmung im Haag und wurde als legitim anerkannt. Mit dieser scheinbar unmißverständlichen Feststellung beginnen indessen die Fragen erst. Galt die Zustimmung vorbehaltlos oder nur für eine bestimmte Form der Wiedervereinigung? Und wie verhielt sich diese Maxime zu den übrigen Zielsetzungen der niederländischen Deutschlandpolitik, wie zu deren Umsetzung? Hatte dieser Leitsatz nur allgemeine oder eine handfeste praktische Bedeutung? Die deutsche Frage gewann vor allem während der Frühjahrs- und Sommermonate des Jahres 1952, als die sogenannten Stalin-Noten eine rege diplomatische Aktivität zwischen Ost und West auslösten, dramatische internationale Aktualität. Da jener Notenwechsel bei nicht wenigen Zeitgenossen und später bei manchem Historiker den Eindruck entstehen ließ, der Westen und insbesondere Adenauer hätten hier eine, ja *die* Chance zur Wiedervereinigung versäumt (eine These, die in den letzten Jahren besonders von Rolf Steininger ver-

¹ In einer gekürzten Fassung wurden die vorliegenden Ausführungen anlässlich des 2. deutsch-niederländischen Historikerkolloquiums am 8. 9. 1986 in der Universität Utrecht öffentlich vorgetragen. – Wegen der Konzentration auf die deutsche Frage können hier nur einige wichtige Aspekte des Verhältnisses zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland angesprochen werden, doch sei darauf verwiesen, daß Friso Wielenga 1988 im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekts eine umfassende Studie über die deutsch-niederländischen Beziehungen von 1949 bis 1955 vorlegen wird.

Für die Genehmigung zur Einsichtnahme in wichtige Aktenbestände danken wir dem Algemeen Rijksarchief und dem Archiv des niederländischen Außenministeriums sowie dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes. Dieser Dank gilt im besonderen den Archivaren und Mitarbeitern dieser Archive für ihre vielfältige und hochgeschätzte Unterstützung.

² Handelingen Tweede Kamer 1952–1953, deel 2800, Rijksbegroting voor het Dienstjaar 1953, Hoofdstuk III, Buitenlandse Zaken, Memorie van Antwoord (2. 12. 1952), No. 14, S. 15.

treten wurde³), stellt sich die Frage, wie die internationale diplomatische Aktivität nach „Stalins Angebot“ im niederländischen Außenministerium aufgenommen und beurteilt wurde. Schon hier sei gesagt, daß das Notenduell im „Ministerie voor Buitenlandse Zaken“ große Beachtung fand. Stützen oder schwächen die einschlägigen Akten nun die These von der „verpaßten Chance“ des Jahres 1952?

Im folgenden wird zunächst die Ausgangslage gekennzeichnet, in der im Jahre 1949, während der Gründungsphase der Bundesrepublik, die niederländische Politik gegenüber dem deutschen Nachbarn konzipiert wurde. In einem zweiten Abschnitt ist dann die nähere Ausprägung der deutschlandpolitischen Linie der Niederlande 1950 und vor allem 1951 zu verfolgen. Im dritten Teil wird die niederländische Haltung zum Notenwechsel des Jahres 1952 beschrieben. Nach einem Ausblick auf die Jahre 1953 bis 1955 wird die niederländische Einstellung zur deutschen Frage abschließend noch einmal zusammenfassend charakterisiert. Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß unter der deutschen Frage hier nicht der Gesamtkomplex der die niederländische Politik beschäftigenden deutschen Probleme verstanden wird, sondern nur die potentielle Wiedervereinigung Deutschlands und alle damit verbundenen Implikationen.

1.

Die niederländische Außenpolitik der frühen fünfziger Jahre bewegte sich in einem Rahmen, der sich in den ersten Nachkriegsjahren herausgebildet hatte⁴. Der Verlust Indonesiens und die Entwicklung der westeuropäisch-atlantischen Zusammenarbeit auf dem Felde der Wirtschaft und der Sicherheit vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts bildeten Orientierungspunkte, die die Aufgabe

³ Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten*, Bonn 1985 (der Darstellungsteil dieses Bandes ist auch separat veröffentlicht unter dem Titel: *Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage britischer und amerikanischer Akten*, Bonn 1985); ders., „Die Stalin-Note vom März 1952 – eine Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands?“, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen 1985, S. 362–379.

⁴ Vgl. hierzu u. a. Samuel I. P. van Campen, *The Quest for Security. Some Aspects of Netherlands Foreign Policy 1945–1950*, Den Haag 1957; Albert E. Kersten, „Nederland en de buitenlandse politiek na 1945“, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden* Bd. 15, Haarlem 1982, S. 382 ff.; Adrian F. Manning, „Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre“, in: *VfZ* 29 (1981), S. 1–20; H. A. Schaper, „Het Nederlandse Veiligheidsbeleid 1945–1950“, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 96 (1981), S. 277–299; J. J. C. Voorhoeve, *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Den Haag 1979; zur niederländischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren siehe vor allem Horst Lademacher, „Die Niederlande und Deutschland 1945–1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen“, in: Wilfried Ehbrecht/Heinz Schilling (Hrsg.), *Niederlande und Nordwestdeutschland*. Franz Petri zum 80. Geburtstag, Köln 1983, S. 456–511.

der traditionellen Neutralitätspolitik und eine Konzentration auf den westeuropäischen Raum zur Folge hatten. Hier galt es, zu neuen Formen politischer, ökonomischer und militärischer Kooperation zu finden. War schon dies eine Aufgabe, die ein hohes Maß an konstruktiver Phantasie erforderte, so wurde sie noch zusätzlich kompliziert durch die Frage, wie Deutschland in diesen Rahmen – unter Berücksichtigung des deutschen Verlangens nach weitgehendem Abbau diskriminierender Beschränkungen wie zugleich der Beachtung des Sicherheitsbedürfnisses der Westeuropäer vor Deutschland – einzubeziehen sei.

Nun war die gleichberechtigte Integration zumindest Westdeutschlands in niederländischen Augen im Entstehungsjahr der Bundesrepublik allerdings alles andere als eine Selbstverständlichkeit: Der Schock, den der deutsche Überfall am 10. Mai 1940 ausgelöst hatte, wirkte ebenso tief wie das Trauma der Besatzungserfahrungen zwischen 1940 und 1945. Bei der Regelung einer Entschädigung für die während der Kriegsjahre erlittenen umfangreichen Schäden war noch keine Lösung gefunden, die die niederländische Seite zufriedenstellte. Wichtiger als diese offen gebliebene Rechnung waren aber, zum einen, das niederländische Interesse an der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem deutschen Nachbarn sowie, zum anderen, die Erlangung einer verlässlichen Sicherheitsgarantie. Wurde seit Anfang 1948 auch zunehmend die russische Gefahr als akuter empfunden als eine Bedrohung durch Deutschland, so hatte sich angesichts der Erfahrung beider Weltkriege und der Zwischenkriegszeit doch der Gedanke noch keineswegs durchgesetzt, Deutschland als permanent befriedet anzusehen. Das Dilemma, zugleich Sicherheit vor wie Sicherheit mit Deutschland finden zu müssen, war freilich allen westeuropäischen Staaten gemeinsam.

Wie hart wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen aufeinanderprallten und auch im Haag die Gemüter bewegten, zeigte die Diskussion über die Deutschland-Note des Jahres 1949, deren erster Entwurf im April 1949 vom Regierungskommissar für Deutschland Dr. H.M. Hirschfeld vorgelegt wurde. Das Regierungskommissariat für Deutschland hatte von 1947 bis 1950 die Aufgabe, die Deutschlandpolitik der niederländischen Regierung als interministerielle Instanz vorzubereiten; ab 1950 wurde dies Sache der Deutschlandabteilung, die im gleichen Jahr im Rahmen einer Reorganisation des Außenministeriums neu errichtet worden war. Der genannte Entwurf stammte von Max Kohnstamm, dem Stellvertreter Hirschfelds als Regierungskommissar für Deutschland, der sich in diesen Jahren zu einem der wichtigsten Deutschlandexperten in der niederländischen Bürokratie entwickelte; von 1950 bis 1952 leitete er die Deutschlandabteilung des Außenministeriums. Zur Zeit der Verabschiedung des Grundgesetzes und der Vorbereitungen für die ersten Bundestagswahlen kam es zwischen dem Regierungskommissariat für Deutschland und dem niederländischen Außenministerium, und teilweise auch im Kabinett selbst, zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten darüber, auf welche Weise Westdeutschland in das westliche Lager zu integrieren sei, vor allem aber darüber, ob der Sicherheit vor Deutschland oder der Sicherheit mit Deutschland die Priorität zuzuerkennen sei.

Kohnstamm hatte eine weitausgreifende Perspektive entfaltet⁵. Seit dem letzten niederländischen Deutschland-Memorandum aus dem Jahre 1947 hatte der Ost-West-Konflikt eine völlig neue Dimension gewonnen. Nach seiner Meinung galt es, den neuen Realitäten des Ost-West-Verhältnisses gerecht zu werden und gleichzeitig das westdeutsche Potential zur Gänze in den Westen zu integrieren. Nur so würde ein kräftiges und einhelliges Westeuropa, des amerikanischen Schutzes gewiß, der Bedrohung durch die UdSSR widerstehen können. In der kräftigen Wiederbelebung der westdeutschen Wirtschaft sah er ein Element der Stärkung Westeuropas – vorausgesetzt natürlich, diese Wiederbelebung ginge mit einer wirtschaftlichen Integration in die Staatengemeinschaft Westeuropas Hand in Hand. In politischer Hinsicht befürwortete Kohnstamm die Übertragung weitgehender Rechte auf die deutschen Instanzen sowie die Einschränkung der Besatzungsbefugnisse auf bloße Kontrollrechte. In diesem Zusammenhang hielt er es beispielsweise nicht für sinnvoll, allzu korrigierend in die Bonner Verfassungsberatungen einzugreifen, und zwar selbst dort nicht, wo die deutschen Vorstellungen auf einen Grad der Stärkung der Bundesgewalt hinausliefen, der auch ihm nicht mehr als wünschenswert erschien. Für Kohnstamm rangierte die Gewährleistung militärischer Sicherheit vor der UdSSR so hoch, daß er bereit war, nicht nur das Gebiet Westdeutschlands in die Verteidigungsplanung einzubeziehen, sondern auch dessen industrielle Kapazität in diesen Dienst zu stellen. Für ein späteres Stadium dachte er auch schon an den Aufbau eines militärischen Apparates mit Land-, Luft- und Seestreitkräften, der Teil einer westlichen Verteidigungsorganisation werden könnte. Außerdem plädierte er für eine entschiedene geistig-kulturelle Öffnung Deutschlands zum Westen hin. Auffallend wenig Aufmerksamkeit schenkte Kohnstamm den möglichen Folgen einer permanenten deutschen Teilung. Er sprach zwar von der starken Anziehungskraft, die beide Teile aufeinander ausüben würden, beschränkte sich ansonsten aber auf die Bemerkung, wichtig sei, daß Westdeutschland über die stärkere Anziehungskraft verfüge. Offensichtlich maß er dem Problem der deutschen Einigung keine handlungsbestimmende Bedeutung für die nähere Zukunft bei. Hervorgehoben sei schließlich noch, daß er das deutsche Potential unter den veränderten militärstrategischen Bedingungen für sich genommen nicht mehr für bedrohlich hielt; sollte es indessen in die Hände der Sowjetunion fallen, so wäre die Gefahr aus dem Osten wohl kaum zu bannen.

Nur vier Jahre nach Kriegsende waren dies Ansichten, die in manchem Punkt heftigen Widerspruch erregten. Es war Außenminister Stikker selbst, der in der Kabinettsitzung vom 13.6. 1949, in der die Ansichten erheblich auseinandergingen, klar zu verstehen gab, daß die Sicherheitsfrage für ihn den Vorrang habe und

⁵ Die „Nota betreffende de geallieerde en de Nederlandse politiek ten aanzien van West-Duitsland“ vom April 1949 findet sich u. a. im Archief Buitenlandse Zaken (zit.: ABZ), Departement, Geheime Stukken, 912.230, Duitsland, Nederlandse verlangens inzake geallieerde politiek in Duitsland, Nota Hirschfeld, deel 1, map 563.

Deutschland nach seiner Auffassung durchaus für Überraschungen gut sei⁶. Es stelle auf jeden Fall noch immer einen eigenständigen Gefahrenfaktor dar⁷. In der Überarbeitung des politischen Teils des Deutschland-Memorandums durch die Direktion für politische Angelegenheiten des Außenministeriums – die Meinungsunterschiede zum Regierungskommissariat traten dabei deutlich zutage – hieß es dann auch ausdrücklich, das Bewußtsein, daß ein wiedererstandenes Deutschland eine ständige reale Bedrohung für die kleinen Nachbarländer darstelle, müsse Ausgangs- und Schlußpunkt der niederländischen Politik gegenüber Deutschland sein. In erster Linie müsse es deswegen um Sicherheit vor Deutschland gehen, erst in zweiter Linie um dessen Einbeziehung in eine Sicherheitsfront gegen die UdSSR⁸. Deutschland wirtschaftlich zu stärken, so war dort weiter ausgeführt, mochte für die Wirtschaftsentwicklung der Niederlande durchaus von großer Bedeutung sein, doch seien wirtschaftliche Überlegungen stets der Sicherheitsfrage unterzuordnen; so gelte es Deutschland gegenüber möglichst große wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren und den Blick eher auf den Beneluxraum, auf England, ja selbst auf die Satelliten der Sowjetunion in Osteuropa zu richten⁹. Besonders dieser Gedanke zeigt, wie wenig bestimmend hier noch die Perspektive einer Teilung Europas war. Hauptgegner war noch immer der Gegner von gestern, der „allergefährlichste Nachbar“, wie ihn der Leiter der niederländischen Militärmission in Berlin und spätere erste Botschafter in Bonn, Vize-Admiral J. M. de Booy, nannte. Kein Wunder, daß der Vize-Admiral zu den besonders vehementen Kritikern von Kohnstamms Ausführungen zählte¹⁰. Bemerkenswert ist indessen, daß man aber auch im Lager derer, die nach wie vor in erster Linie auf die deutsche Gefahr fixiert waren, ebenfalls kein anderes Ziel als die Integration Deutschlands vor Augen hatte. Ein neues selbständiges und kräftiges Deutschland, das zu Alleingängen in der Lage sein könnte, galt es auch nach deren Ansicht unbedingt zu vermeiden. So sprach man hier ebenfalls von der „Einkapselung“, von der „Assimilation“, von der „Einschaltung“ Deutschlands¹¹. Daß dies nur auf die Bundesrepublik zielte, wurde gewöhnlich nicht besonders hervorgehoben, war jedoch eindeutig. Schon hier bürgerte sich offensichtlich jener

⁶ Algemeen Rijksarchief (zit.: ARA), Protokolle des Ministerrats, Sitzung vom 13. 6. 1949.

⁷ Vgl. auch ABZ, Aufzeichnung von Mr. Tammenoms Bakker für Generalsekretär Boon vom 23. 6. 1949 (wie Anm. 5), deel 2, map 564.

⁸ ABZ, „Nieuwe redactie van de politieke gedeelten van de nota Hirschfeld“, Juni 1949, S. 15, 17, in: Ebenda.

⁹ Ebenda, S. 16 f.

¹⁰ Am 9. 5. 1949 kommentierte De Booy in einem Schreiben an den Außenminister die Note als „unvollständig und darum gefährlich“. Seine Auffassung einer angemessenen niederländischen Deutschlandpolitik lautete, daß die Niederlande „sich so stark wie möglich machen“ müßten „gegenüber diesem noch vor kurzem feindlichen Land, einem Land, das in der Geschichte bewiesen hat, ein allergefährlichster Nachbar zu sein, und in dem nur zu wenig sichtbar wird, daß das Volk seine Mentalität wirklich verändert hat“. In: ABZ, Ambassade Archief Bonn (zit. AAB), Geheime Stukken, 912.230, Nota Dr. Hirschfeld 1949 Dl. I. Vgl. auch De Booy's Brief vom 4. 6. 1949, in: Ebenda, Dl. II.

¹¹ Z. B. in der Neufassung vom Juni 1949, S. 18 (wie Anm. 8).

Sprachgebrauch ein, der – wenn von Deutschland die Rede war – nur den Westen Deutschlands meinte.

Abgesehen von der Einschätzung, daß vorläufig mit der Teilung Deutschlands gerechnet werden müsse, finden sich auch bei den Kritikern Kohnstamms nur wenige konkrete Überlegungen zur deutschen Frage. Die Künstlichkeit der deutschen Teilung wurde ausdrücklich erwähnt. Wichtiger erschien indessen eine mögliche Instrumentalisierung der Teilung durch eine Sowjetunion, die sich als Verfechterin eines ungeteilten Deutschlands geriere und die es zudem in der Hand habe, mit erheblichen territorialen Konzessionen an der deutschen Ostgrenze zu locken¹². Angesichts der immer wieder erwähnten deutschen Neigung, sich nach Osten zu orientieren, durfte Deutschland keinesfalls die Chance zu einem neuerlichen Rapallo eröffnet werden. Gerade dann, wenn Deutschland als potentieller Gefahrenherd angesehen wurde, gab es kaum eine Alternative zu dessen Integration. Stärker als Kohnstamm dies getan hatte, unterstrichen seine Kritiker die Notwendigkeit, die Einschaltung Westdeutschlands, bei vorheriger oder zumindest gleichzeitiger Ausweitung der Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, nur etappenweise voranzutreiben. Fortsetzung der Besetzung, Beschränkung der Kriegsindustrie, das – jedenfalls vorläufige – Verbot der Remilitarisierung und der Ausbau der bundesstaatlichen Ordnung waren dabei ausdrücklich befürwortete Schritte, um Deutschland keine Gelegenheit zu Experimenten zu geben¹³. Das implizierte natürlich die Aufrechterhaltung der Teilung, doch wurde das gar nicht eigens betont, galt dies – wie wir annehmen müssen – doch offensichtlich als selbstverständlich.

Die Ausrichtung der beiden ansonsten unterschiedlichen Ansätze auf das Integrationskonzept ermöglichte es – bei aller Divergenz der Einschätzung der „deutschen Gefahr“ –, in der Praxis denselben Kurs zu steuern. Auf der Konferenz der Staaten der Westunion in Luxemburg im Juni 1949 legte die niederländische Regierung ihren Partnerländern Belgien, Frankreich, Großbritannien und Luxemburg denn auch ein Memorandum zur Behandlung Deutschlands vor, das auf genau diesen Kurs der Integration eingestimmt war. Es plädierte dafür, die unbedingt für notwendig erachtete Stärkung Westeuropas durch die Einbeziehung Deutschlands beziehungsweise zumindest – wie es explizit hieß – Westdeutschlands zu gewährleisten. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Feststellung, mittlerweile sei sichtbar geworden, „that the division of Germany will probably be prolonged for an indefinite period“. Auffälligerweise fehlte auch hier noch jede verbale Unterstützung des westdeutschen Einheitsverlangens. Um Westdeutschland mögliche Sonderwege in Richtung Osten zu versperren – die historischen Tendenzen einer östlichen Orientierung Deutschlands und die tödliche Gefahr einer Verbindung zwischen Deutschland und Rußland wurden auch hier wieder angeführt –, war seine Selbständigkeit strikt zu begrenzen: Erneut wurde auf die Notwendigkeit der Fortsetzung der militärischen Besetzung, des Verbots der Wiederbewaffnung wie der Produktion von

¹² Ebenda, S. 12 f.

¹³ Ebenda, S. 18, 21 f.

Kriegsmaterial hingewiesen¹⁴. So stand auch dieses Memorandum ganz im Zeichen des Bemühens, zugleich Sicherheit vor und zusammen mit Deutschland zu gewinnen. Der Sicherheitsaspekt in dieser doppelten Ausprägung blieb für die niederländischen Aktivitäten zur Integration Westdeutschlands in den folgenden Jahren bestimmend. Nachdem 1950 eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands akzeptiert worden war¹⁵, zeigte sich dies in besonderem Maße auch in den Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft¹⁶. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen darauf einzugehen. Vielmehr sei nun die Ausformulierung der niederländischen Haltung zur deutschen Frage im Laufe des Jahres 1951 näher betrachtet.

2.

Das Jahr 1950 hatte mit dem Schuman-Plan und dem Plevan-Plan nicht nur höchst bedeutende Vorschläge zur wirtschaftlichen und, nach dem Ausbruch des Koreakrieges, auch militärischen Westintegration der Bundesrepublik gebracht¹⁷, gleichzeitig intensiviert sich auch das Ringen beider deutscher Staaten um ihre nationale Glaubwürdigkeit. Der vehementen ostdeutschen Einheitspropaganda setzten Bundesregierung und Bundestag die Forderung nach der Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen entgegen¹⁸. Die Aufforderung des DDR-Ministerpräsidenten Grotewohl zur Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vom November 1950 wurde von Adenauer unmißverständlich zurückgewiesen. Ebenso wie in den Angeboten der Sowjetunion vom November 1950 zu Viermächteverhandlungen über Deutschland sah die Bundesregierung hierin nur propagandistische Störmanöver des Ostens, denen keine wirkliche Bedeutung zukomme.

¹⁴ ABZ, „Memorandum of the Netherlands Government“, 16. 6. 1949 (wie Anm. 7).

¹⁵ Interessanterweise war es Außenminister Stikker selbst, der auf der NATO-Ratssitzung vom 15. September 1950 die Einbeziehung Deutschlands in die westliche Verteidigung vorschlug. Daß dies auf eine Anregung Achesons hin geschah, erwähnte Stikker in seinen Memoiren indessen nicht (Dirk U. Stikker, *Memoires. Herinneringen uit de lange jaren waarin ik betrokken was bij de voortdurende wereldcrisis*, Rotterdam 1966, S. 250 f.); genannt wird dies hingegen bei Albert E. Kersten, „Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG“, in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler, *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard 1985, S. 194.

¹⁶ Ausführlich über diese Verhandlungen A. E. Kersten (wie Anm. 15), S. 191–219. In aller Klarheit schreibt Kersten über die niederländische Entscheidung, die Aufrüstung der Bundesrepublik zu akzeptieren: „Die Option erfolgte nicht aufgrund eines Nachlassens der Furcht vor Deutschland als einem gefährlichen Nachbarn, sondern weil der Kommunismus als noch größere Bedrohung angesehen wurde.“ (S. 217).

¹⁷ Vgl. Wilfried Loth, „Der Koreakrieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik“, in: Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, S. 335–361.

¹⁸ Vgl. Hans Buchheim, *Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984, S. 14; die entsprechenden Texte u. a. abgedruckt in: Heinrich von Siegler, *Dokumentation zur Deutschlandfrage*, Bd. 1, Bonn ²1970, S. 104 ff.

Die offiziellen niederländischen Beobachter waren sich keineswegs so sicher. Zwar hatte sich mittlerweile ein gewisses Vertrauen zu Adenauer zu bilden begonnen – Anfang September 1950 hatte de Booy dem Bundeskanzler noch neutralistische Neigungen unterstellt¹⁹ –, doch wurde die westdeutsche Bevölkerung nach wie vor mit äußerstem Mißtrauen beobachtet. Ihr Anfälligkeit für russische Sirenenklänge zuzuschreiben, lag gerade dann nahe, wenn man, wie es die Niederländer taten, von einem starken latenten Nationalismus der Deutschen ausging. Ungewiß war die Haltung der Sowjetunion. Denn falls sich die UdSSR tatsächlich zu einem weitreichenden Angebot verstehen sollte, um damit die westdeutsche Wiederbewaffnung zu verhindern – charakteristischerweise wurde zum damaligen Zeitpunkt ein derartiger Schritt als „ein sehr unerwartetes russisches Manöver“ bezeichnet, das indessen nicht völlig ausgeschlossen werden könne –, dann würde sich die westliche Welt allerdings in „eine äußerst unangenehme Position“ gebracht sehen²⁰. Derartige Besorgnisse wurden Anfang 1951 nicht nur intern reflektiert, sondern westdeutschen diplomatischen Vertretern gegenüber auch offen zum Ausdruck gebracht²¹. Daß der Westen „Westdeutschland aus dem Griff verlieren und dadurch zur Revision so gut wie aller seiner Pläne gezwungen werden“ könnte²², mußte in der Tat als eine höchst beunruhigende Perspektive erscheinen. Auch ein am 9. 2. 1951 erstelltes internes Memorandum, das die Schattenseiten benannte, die eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands für die Sowjetunion haben würden, vermochte wohl nur wenig zur Beruhigung beizutragen, schien doch der potentielle Gewinn für die UdSSR, nämlich Deutschland aus der westlichen Kooperation herausgelöst zu haben, nicht dadurch aufgehoben, daß ein wiedervereinigtes Deutschland durch Druck der „befreiten“ Gebiete vielleicht in Richtung Westen tendieren würde, daß ferner die Satellitenstaaten ein Zurückweichen der sowjetischen Militärmacht nicht gerne sehen würden, und daß schließlich die UdSSR selbst ein unabhängiges Deutschland zu fürchten haben könnte, das „so leicht wieder nationalistischen Wahnideen zum Opfer fallen“ könne²³. De Booy's deutlicher Hinweis in einem Bericht vom 20. 2. 1951, nach dem in breiten Schichten der westdeutschen Bevölkerung der Gedanke an die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands immer präsent gewesen sei²⁴, unterstrich noch einmal die Gefahr, die von

¹⁹ ABZ, Brief De Booy's an das Außenministerium v. 6. 9. 1950, AAB, Geheime Stukken, 921.1, Duitsland-West, Herbewapening, 1950.

²⁰ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung v. 20. 1. 1951, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, Dl. I, 1950–1954.

²¹ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung v. 7. 2. 1951, Departement Geheime Stukken, 912.2 Duitsland Oost – Duitsland West, Verhouding, Dl. I, 1951–1953. Vgl. auch die Telegramme des deutschen Generalkonsuls Du Mont vom 6. 2. und 10. 2. 1951 an die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten des Bundeskanzleramts, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Neues Amt, Abt. 2, 210–01/53, Bd. 1.

²² Wie Anm. 20.

²³ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung vom 9. 2. 1951 (wie Anm. 21).

²⁴ ABZ, Brief De Booy's an das Außenministerium v. 20. 2. 1951, AAB, Geheime Stukken, 912.231 Duits Problem Algemeen.

einem sowjetischen Schachzug ausgehen konnte. Noch gab es für den niederländischen Beobachter in jenem „nicht mehr westeuropäischen, in sich selbst zerrissenen Konglomerat teutonischer und anderer Instinkte“ nur wenige „ermunternde Farben“, blieb das Bild „verwirrt und verwirrend, ängstlich und beängstigend“, wie es in einem anderen Botschaftsbericht vom 11. 4. 1951 hieß²⁵.

Einstweilen verhielt sich der Westen in der deutschen Frage aber wenig aktiv, sondern konzentrierte sich auf die Integrationsverhandlungen; wegen der innerwestlichen Spannungen verliefen sie, vor allem auf dem militärischen Sektor, mühsam genug. Auch die Niederlande fanden sich nach Monaten der Zurückhaltung erst im Oktober 1951, als auch die USA auf den französischen Kurs eingeschwenkt waren²⁶, zu einer vollberechtigten Beteiligung an der Pariser Konferenz über die EVG bereit. Im Monat zuvor hatte die DDR ihre Propagandakampagne unter dem Motto „Deutsche an einen Tisch“ erneuert und ihre Gesprächsbereitschaft über die Abhaltung freier Wahlen signalisiert. Eine neutrale Kontrolle dieser Wahlen lehnte Ostberlin allerdings ab. Genau hierauf richtete sich aber Adenauers Vorstoß, eine UNO-Kommission möge prüfen, ob die Voraussetzungen für freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands gegeben seien. Im Haag war zu dieser Zeit wiederum mit großer Sorge registriert worden, daß die Sowjetunion den Westen womöglich zu Verhandlungen zwingen könnte, auf die dieser wahrscheinlich nicht genügend vorbereitet sei²⁷. Um so lebhaftere Begrüßung fand dann der Vorschlag zur Errichtung einer UNO-Kommission, deren Auftrag man möglichst noch erweitert wissen wollte: Sie sollte nicht nur feststellen, ob die Voraussetzungen für freie Wahlen gegeben seien, sondern auch darüber berichten, wie in Deutschland freie Wahlen abgehalten werden könnten. Was war der Hintergrund dieses allerdings gescheiterten Vorschlags? Ein besonders ausführliches, für die niederländische UNO-Delegation bestimmtes Memorandum zur deutschen Wiedervereinigung vom 13. 12. 1951 und ein schlankeres, aber immer noch 16 Seiten umfassendes „Vertrauliches Resümee über die Wiedervereinigung Deutschlands“ vom 19. 12. 1951 erlauben einen guten Einblick in die Überlegungen, die damals im niederländischen Außenministerium zur deutschen Frage vorherrschten²⁸.

Grundlage aller Überlegungen war das Konzept einer Politik der Stärke, wobei charakteristischerweise der englische Terminus Verwendung fand. Aus einer solchen

²⁵ ABZ, Brief H. A. Helbs an das Außenministerium v. 11. 4. 1951, ebd.

²⁶ Vgl. Kersten (wie Anm. 15), S. 207.

²⁷ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung vom 7. 11. 1951, Departement, Geheime Stukken, 912.2 Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, Dl. 1, 1950–1954.

²⁸ Bei dem hier zu behandelnden Text für die niederländische UNO-Delegation handelt es sich um den zweiten Teil der Note „De Hereniging van Duitsland“, betitelt „B. Duitsland tussen Oost en West“ (die vorliegende Fassung wurde am 13. 12. 1951 der niederländischen Botschaft in Bonn als vertrauliches Stück zugesandt), in: ABZ, AAB, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Hereniging van Duitsland, 1951/52; das „Vertrouwelijk Résumé no. 46“ („De Hereniging van Duitsland“) ging als geheimer Text an eine Reihe niederländischer Botschaften (die vorliegende Fassung findet sich in: ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, Dl. 1, 1950–1954).

„situation of strength“ heraus galt es, die Sowjetunion zu Zugeständnissen zu bewegen. Erst eine genaue Abgrenzung der jeweiligen Einflußzonen könne zu einer Verminderung der Spannungen führen. Der Status quo wurde jedoch nicht als Basis für eine solche Abgrenzung angesehen. Solange die Rote Armee an der Elbe und in Wien stehe, Belgrad und Athen bedrohe, könne es keine Entspannung in Europa und der Welt geben. Mindestens sei daher zu verlangen, daß die sowjetische Propagandakampagne gegen Griechenland und Jugoslawien beendet, Österreich der Staatsvertrag zugestanden und das (noch als „Russische Zone in Deutschland“ bezeichnete) Gebiet der DDR geräumt würde²⁹.

Welche Vorstellungen von einer möglichen Wiedervereinigung entsprachen nun auf niederländischer Seite der letzten dieser drei Forderungen? Da man hinsichtlich der sowjetischen Absichten im dunkeln tappte, einerseits davon sprach, die östlichen Angebote seien „als Fallstrick zu demaskieren“, man die Offerten andererseits „als Mittel zur Entspannung“ akzeptieren wollte, falls sich ein Weg in diese Richtung eröffnen sollte, standen die niederländischen Überlegungen vor allem im Zeichen eines Kampfes um die deutsche (d. h.: westdeutsche) öffentliche Meinung. Im Hinblick auf die werbende Wirkung der östlichen Vorschläge wurde der „Gegenangriff“ empfohlen³⁰. Für wie wichtig das Außenministerium eine glaubwürdige Politik des Westens hielt, unterstrich es in seiner Deutschland-Note für die niederländische UNO-Delegation mit den folgenden Worten: „Es würde katastrophal sein, sollte sich in Deutschland die Meinung durchsetzen, daß der Westen kein politisches Konzept in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands hat und diese Wiedervereinigung im Grunde genommen eigentlich gar nicht wünscht.“³¹

Um so bedeutsamer war es, klar zu bestimmen, in welcher Form eine Wiedervereinigung Deutschlands wünschenswert oder zumindest akzeptabel und in welcher Form sie unannehmbar war. Die Überlegungen dazu waren ausführlich dargelegt, doch müssen wir uns hier auf einige kurze Hinweise beschränken. Das Memorandum unterschied vier mögliche Modelle für ein wiedervereinigtes Deutschland:

1. Ein Deutschland mit außenpolitischer Handlungsfreiheit;
2. Eine Wiederherstellung des Potsdam-Regimes der Viermächtekontrolle, ergänzt durch eine gesamtdeutsche Regierung;
3. Ein zur Neutralität verpflichtetes Deutschland;
4. Ein Deutschland mit außenpolitischer Handlungsfreiheit, aber nur beschränkter Bewaffnung.

Auf entschiedene Ablehnung, da „für den Westen unannehmbar“³², traf jeglicher

²⁹ „Vertrouwelijk Résumé No. 46“ (wie Anm. 28), S. 4 f.

³⁰ Ebenda, S. 5 f.

³¹ „De Hereniging van Duitsland“, deel B, S. 19 (wie Anm. 28).

³² Angesichts ihres Gewichts sei die entsprechende Passage als Ganzes zitiert: „Es gibt keinen einzigen Grund anzunehmen, daß Rußland die Neutralität Deutschlands wirklich respektieren würde. Im Gegenteil. Die gemachten Erfahrungen und unsere Kenntnis der Denkwelt der russischen Herrscheroligarchie lehren uns, daß die Sowjetunion eine solche Neutralität auf jede Weise nutzen würde, um Deutschland ganz in die sowjetische Machtsphäre zu bringen zu versuchen. Selbst wenn

Gedanke einer Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Dahinter stand nicht nur die auch hier wieder unterstrichene Sorge, die Sowjetunion könnte ein neutrales Deutschland in ihren Machtbereich ziehen, auch Deutschland selbst erschien noch immer als viel zu bedrohlich. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Potenz müsse ihm, so glaubte man, die wirtschaftliche „Schlüsselstellung“ in Europa zufallen. Ein unbewaffnetes, neutrales Deutschland würde darüber hinaus ein Machtvakuum im Herzen Europas schaffen, von dem eine zusätzliche destabilisierende Wirkung ausgehen würde. Eine Bewaffnung des neutralen Deutschlands dagegen würde „dem unstabilen, politisch unreifen, aber potentiell mächtigen Deutschland in Europa sicher auf die Dauer eine nahezu entscheidende Stimme geben“³³. Ebenso deutlich verworfen wurde die Option der Wiederherstellung der Viermächtekontrolle, weil das praktisch auf die Neutralisierung Westdeutschlands und damit auf eine empfindliche Schwächung der westlichen Verteidigungskraft hinauslaufen würde.

Was demnach als einzige für den Westen akzeptable Vorstellung blieb, war ein Gesamtdeutschland mit außenpolitischer Handlungsfreiheit, frei z. B. auch, sich als Ganzes mit dem Westen zu verbünden und sogar Mitglied der NATO zu werden. Da die Sowjetunion eine solche Stärkung des Westens wohl kaum würde akzeptieren können, wurde als einzig denkbare westliche Konzession die Verpflichtung zur Begrenzung und Kontrolle der deutschen Wiederbewaffnung erwogen. Diese vierte Option mochte, bei großem Optimismus, als eine für die Sowjetunion vielleicht gerade noch tragbare Lösung erscheinen; sie war es indessen nicht. Ob Modell Nr. 4 für die westlichen Partner, insbesondere für Frankreich, akzeptabel gewesen wäre, wurde nicht geprüft. Schon daran wird die in erster Linie propagandistische Ausrichtung der niederländischen Überlegungen deutlich.

Es dürfte klar geworden sein, daß die geschilderten Aktivitäten gerade nicht der ernsthaften Erkundung eines Weges zur deutschen Wiedervereinigung dienten – zumal man diese angesichts der Perspektive einer möglichen Regierungsübernahme durch die SPD nach der Bundestagswahl 1953 nicht ohne Bedenken betrachtete³⁴ –, sondern auf die deutsche öffentliche Meinung zielten. Ihr gegenüber galt es, das eigene Maximalkonzept zu vertreten und alles zu tun, was dem Eindruck förderlich war, der Westen nutze alle Möglichkeiten, um die Durchführung freier Wahlen in Deutschland zu gewährleisten. Um den starken neutralistischen Tendenzen in der deutschen Öffentlichkeit entgegenzutreten, wurde darüber hinaus betont, wie wichtig wirkliche Erfolge auf dem Weg zur europäischen Einigung seien. Der eindeutige Vorrang der westlichen Integrationsbemühungen trat hier klar zutage. Diese durften dann auch um keinen Preis verzögert werden, sondern sollten nach niederländischer Auffassung in den anstehenden Verhandlungen selbst dort, wo es um schwierige

dies nicht gelingen würde, wäre Deutschlands Neutralität noch für den Westen unannehmbar, weil sie das ausschlaggebende Wort über das Machtgleichgewicht in Europa an einen unstabilen und politisch unreifen, aber potentiell mächtigen Staat geben würde.“ (Ebenda, S. 9).

³³ So lautete die entsprechende Stelle im „Vertrouwelijk Résumé No. 46“, S. 9 (wie Anm. 28).

³⁴ Vgl. ebenda, S. 7.

technische Einzelheiten ging, von einem Geist der Großzügigkeit gegenüber der Bundesrepublik getragen sein.

Adenauer durfte dort, wo er mit guten Gründen der Nationalstaatsvision eines mächtigen neutralen und wiedervereinigten Deutschlands die europäische Vision entgegenhielt, nicht im Stich gelassen werden.

Im Dezember 1951 wurde die UNO-Kommission berufen, die die Voraussetzungen für freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands prüfen sollte. Dieser Schritt wurde von der niederländischen Regierung nicht nur lebhaft befürwortet, mit ihrem Deutschlandexperten Max Kohnstamm stellte sie auch das wichtigste Mitglied des Gremiums. Neben ihm waren in der Kommission noch ein Brasilianer, ein Isländer und ein Pakistani vertreten; Polen hatte, wie angesichts der negativen sowjetischen Haltung zu erwarten, eine Beteiligung abgelehnt. Kohnstamm verhehlte nicht, daß das Manöver, der östlichen Seite in der Frage der freien Wahlen den schwarzen Peter zuschieben zu wollen³⁵, durchaus seine bedenklichen Seiten hatte. Zwar sei es höchst unwahrscheinlich, daß der Kommission der Zugang nach Ost-Berlin und in die sowjetische Zone gewährt würde, so schrieb er im Januar 1952, würde eine Einreise aber wider Erwarten doch genehmigt, dann müsse möglicherweise mit einer monatelangen Verzögerung der westlichen Integrationsverhandlungen gerechnet werden. Nach Kohnstamms Auffassung würde Adenauer, solange die Kommission tätig sei, im Bundestag keine Mehrheit für eine definitive Entscheidung zugunsten eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags finden³⁶. Doch nutzte die Sowjetunion

³⁵ Im Rückblick charakterisierte Kohnstamm den eigentlichen Zweck der Kommission mit der Bemerkung, daß es „freundlich gesagt“, das „Hauptziel“ gewesen sei, „deutlich zu machen, wie die Situation wirklich aussah“ (Interview mit Dr. M. Kohnstamm, 24. 9. 1985).

³⁶ ABZ, Memo M. Kohnstamms an den Generalsekretär v. 30. 1. 1952, Departement, 999.214.9, VN Unificatie van Duitsland, Verkiezingen 1951–1953. In seinem Bericht über die erste Sitzung der UNO-Kommission vom 15. 2. 1952 unterstrich Kohnstamm noch einmal ausdrücklich: „Niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, wie die Russen schließlich auf den Brief reagieren werden, den die Kommission zu versenden gedenkt. Ein russischer Beschluß, die Kommission in Ostdeutschland zuzulassen, würde unzweifelhaft die Entscheidung über einen deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens um Monate verzögern. Es ist vielleicht nicht undienlich, die hiesigen Vertreter Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten (die die UNO-Resolution vorgeschlagen haben) bei Gelegenheit noch einmal darauf hinzuweisen, daß man *uns* keinen Vorwurf machen muß, wenn die Installierung der UNO-Kommission schließlich unerwarteterweise zu diesem Resultat führen sollte.“ Im übrigen berichtete Kohnstamm in diesem Bericht, daß keines der anderen Mitglieder der Kommission auch nur über einiges Wissen über deutsche Angelegenheiten verfügte; ein russischer Beschluß zur Zulassung der Kommission werde daher ebenfalls wegen „der schwachen Besetzung der Kommission ein schwieriges Problem ergeben“. „Verlag eerste Vergadering der Verenigde Naties Commissie ter voorbereiding van Verkiezingen in geheel Duitsland“, 15. 2. 1952, AAB, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Hereniging van Duitsland, 1951/52. – Interessanterweise berichtete Kohnstamm am 26. 2. 1952 nach der zweiten Sitzung der UNO-Kommission (die diesmal in Genf stattfand, während die erste in Paris durchgeführt worden war), daß der Ständige Vertreter der USA in Genf ihn einige Minuten (!) vor der Versendung der Briefe an die Hochkommissare und die russischen Besatzungsbehörden mit der Mitteilung aufgesucht habe, das State Department fürchte, die Sowjetunion könnte die Einladung zu einer Besprechung mit der Kommission unter den gestellten Bedingungen annehmen und damit die deutsche Wiederbewaff-

diese Chance zur Verzögerung der westdeutschen Wiederbewaffnung nicht, der Zugang zum östlichen Deutschland blieb der Kommission versagt. Während sie in Bonn und West-Berlin mit viel Aufwand und Publizität empfangen wurde, überhäufte die DDR-Presse das UNO-Gremium mit Invektiven³⁷. Im Ergebnis war die bloße Tatsache der Etablierung einer Kommission der Vereinten Nationen gewiß von größerer propagandistischer Wirkung als der schließlich vorgelegte Schlußbericht. Der Notenwechsel des Jahres 1952 zog viel Aufmerksamkeit von der UNO-Kommission ab, zumal die westlichen Alliierten sich inzwischen bereit zeigten, auch über andere Formen internationaler Kontrolle zu sprechen.

Halten wir noch einmal fest, wo die Niederlande in den Monaten unmittelbar vor dem Notenwechsel des Jahres 1952 hinsichtlich der deutschen Frage standen. Vier Punkte sind hervorzuheben, nämlich erstens, der Primat der westlichen Integrationsbemühungen, zweitens, die hohe Sensibilität gegenüber der deutschen öffentlichen Meinung, drittens, die entschiedene Ablehnung aller Vorstellungen einer Neutralisierung Deutschlands und, viertens, die Sorge vor einem möglichen neuen Rapallo. Auf der Grundlage der Orientierung an diesen vier Punkten sollten ab März 1952 Stalins Angebote gewogen und für zu leicht befunden werden.

3.

Die Stalin-Noten des Jahres 1952 haben erheblichen politischen, publizistischen und mittlerweile auch wissenschaftlichen Staub aufgewirbelt³⁸. Mochte es Anfang der achtziger Jahre nach den Aufsätzen von Hermann Graml und der im März 1981 in Rhöndorf durchgeführten Tagung zu diesem Thema³⁹ so scheinen, als sei die These von der „verpaßten Gelegenheit“ in der wissenschaftlichen Diskussion vom Tisch, so hat Rolf Steininger mit Quellenveröffentlichungen vor allem aus britischen und

nung in Gefahr bringen. Darauf habe er dem Amerikaner mitgeteilt, „daß das State Department diese Risiken früher ins Auge hätte fassen müssen und daß es unmöglich sei, den festgestellten politischen Kurs der Kommission jetzt noch zu ändern“ (ebenda). Hier wurden die Probleme, die sich aus der rein instrumentellen Zielbestimmung der UNO-Kommission ergaben, nur allzu deutlich sichtbar.

³⁷ Interessantes Material hierüber enthalten die Berichte des bei der Niederländischen Militärmission in Berlin stationierten Botschaftsattachés K. W. Reinink v. 3. 3. und 24. 3. 1952, ABZ, AAB, 912.2, Hereniging, Oost en West Duitsland, deel II, 1952–1954.

³⁸ Für die mittlerweile umfangreiche Literatur sei auf die Angaben bei Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung?*, verwiesen. Vgl. jetzt indessen auch: Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 906 ff.

³⁹ Hermann Graml, „Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: VfZ 25 (1977), S. 821–864; ders., „Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952“, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341; Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart 1982 (Rhöndorfer Gespräche Bd. 5).

amerikanischen Archiven die Diskussion 1985 erneut eröffnet. Es ist von besonderem Reiz, hierzu auf der Grundlage niederländischer Quellen – sie werden hiermit erstmals in die Debatte eingebracht – Stellung zu nehmen. Zwar waren die Niederlande kein direkter Ansprechpartner, doch da die Beobachter und Entscheidungsträger in den verschiedenen niederländischen Botschaften und im Außenministerium die Entwicklung sorgfältig verfolgten, verspricht eine derartige Untersuchung Einblicke, die weit über die niederländische Deutschlandpolitik hinausweisen. Zusätzliches Interesse gewinnt die Analyse des niederländischen Materials dadurch, weil Den Haag sich nicht als bloßer Beobachtungsposten verstand, der die Entwicklungen im benachbarten und damals noch mit viel Sorge betrachteten Deutschland intensiv registrierte, sondern weil die Niederlande – in begrenztem Rahmen – durchaus auch eigene Schritte unternahmen.

Drei Thesen Steiningers sollen in den folgenden Ausführungen vor allem in das Licht der Haager Quellen getaucht werden: Die Westmächte seien davon überzeugt gewesen, es handle sich bei Stalins Offerte um ein ernsthaftes Angebot, bei den Westmächten habe Bereitschaft zum Gespräch bestanden, Adenauer sei es gewesen, der mit seiner Politik das Tor zur Einheit endgültig zugeschlagen habe⁴⁰. Darüber hinaus wird im Kontext der niederländischen Deutschlandpolitik zu fragen sein, auf welche Weise die bereits dargelegten Prämissen der Haager Außenpolitik die Reaktion auf die Vorschläge Stalins im einzelnen bestimmt haben.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst noch einmal, worin der Inhalt von Stalins erster Note vom 10.3. 1952 und seiner zweiten Note vom 9.4. 1952 bestand. Nur diese beiden werden ja, falls überhaupt, als mögliches Indiz für eine Öffnung der sowjetischen Politik bewertet, nicht dagegen die späteren russischen Noten vom 24.5. 1952 und vom 23.8. 1952. Die erste Note war sensationell genug. Sie schlug sofortige Verhandlungen der Großen Vier über einen Friedensvertrag mit Deutschland vor und propagierte im beigegeführten Vertragsentwurf die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands sowie den Abzug der Besatzungsmächte binnen eines Jahres. Außerdem war von der Neutralisierung Deutschlands und seiner Ausstattung mit eigenen Streitkräften (soweit sie für die Verteidigung notwendig waren) die Rede; schließlich sprach die Note nicht nur von der Gewährung demokratischer Rechte, sondern sie garantierte den ehemaligen Armeeeingehörigen und Nationalsozialisten, soweit sie nicht gerichtlich verurteilt waren, auch ausdrücklich die Ausübung ihrer politischen Bürgerrechte. Hinsichtlich der Grenzen sollten die Potsdamer Beschlüsse gelten. Über freie Wahlen enthielt der Vorschlag kein Wort. Erst die zweite Note erwähnte sie, nachdem der Westen in seiner Antwort vom 25.3. 1952 auf die Vorbedingungen freier Wahlen gepocht und auf die UNO-Kommission hingewiesen hatte; allerdings war darin eine Wahlprüfung durch eine Kommission der vier Besatzungsmächte vorgesehen. Auf den ersten Blick war dies in der Tat das

⁴⁰ Die Thesen 1 und 2 finden sich u. a. in Steiningers Artikel „Die Stalin-Note vom März 1952“, in: Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, S. 363, die These 3 in der Einleitung zum Dokumentarband (wie Anm. 3), S. 86.

Angebot eines deutschen Nationalstaats, der – sei es mit beschränkten eigenen Streitkräften – den Weg in eine garantierte demokratische Zukunft würde gehen können. Die Lancierung dieser Offerte im März 1952 hatte ihren Grund: die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die vertraglichen Regelungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten, dem später so genannten General- oder Deutschlandvertrag, standen kurz vor dem Abschluß. Damit stand auch die Besiegelung der Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis bevor. Der Einbindung des westlichen Teilstaates die Nationalstaatsvision entgegenzuhalten, war ohne Frage ein geschickter Schachzug, zumal die westdeutsche öffentliche Meinung hier tatsächlich tief gespalten war⁴¹. Aber stand damit wirklich die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung?

Betrachten wir zunächst die niederländische Reaktion. Bereits das erste interne Memorandum der Deutschlandabteilung des Außenministeriums vom 11.3. 1952 – nur einen Tag nach der Überreichung der Note Stalins erstellt – legte den Finger auf den wunden Punkt. Das Verbot, Bündnisse gegen einen der Kriegsgegner des nationalsozialistischen Deutschlands einzugehen – auf diese Weise war das Neutralisierungsgebot im sowjetischen Friedensvertragsentwurf ausgedrückt –, wurde darin als „der kardinale Punkt und zugleich auch die Erklärung für den Schritt Rußlands“ hervorgehoben. Die Sowjetunion wolle, so hieß es in dem Memorandum weiter, „offenbar alles tun, um zu verhindern beziehungsweise zu verzögern, daß Westdeutschland im Westen aufgenommen wird“. In aller Klarheit wurde der Charakter der Stalin-Note sodann als „eine gefährliche Störaktion“ beschrieben. Daß die Vorschläge der Sowjetunion ernst gemeint sein könnten, wurde dabei mit einem allgemeinen Hinweis auf die Geschichte verworfen – auch wenn diese Einschätzung sehr vorsichtig als bloße „Annahme“ gekennzeichnet wurde. Es wurde nicht verhehlt, daß die Note vom Vortag „auf den ersten Blick als ziemlich plausibel“ erscheine, doch unterstrich das Memorandum zugleich, Stalins Angebot enthalte beim näheren Hinsehen viele Punkte, die nach der Einleitung von Viermächteberatungen zu endlosen Meinungsverschiedenheiten führen würden. Zwei dieser Punkte wurden genannt, nämlich, erstens, die Verwendung des Begriffs „demokratisch“, der auch im Zusammenhang mit dem Begriff der „Organisationen“ falle (schließlich sei bekannt, welche Rolle diese „Organisationen“ in Ostdeutschland spielten), und zweitens das Problem von Umfang und Bewaffnung der Streitkräfte. Darüber hinaus verwies die erste interne Stellungnahme auf das Fehlen jeglicher Andeutung über das Zustandekommen der gesamtdeutschen Regierung und auf die Nicht-Erwähnung freier Wahlen⁴². Bemerkenswert an diesem allerersten Resümee ist, daß es von vornherein den Störcharakter des sowjetischen Schrittes so eindeutig hervorhob.

⁴¹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart 1981, S. 152.

⁴² ABZ, Memo der Deutschlandabteilung an den Außenminister, 11.3. 1952, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1, 1950–54. Auch dieses Memorandum hat wahrscheinlich der später genannte E. P. Wellenstein verfaßt.

Interessanterweise bestritt nun bereits am folgenden Tag der Chef der Osteuropaabteilung des niederländischen Außenamtes, Th. Simons, die Auffassung, daß der Vorschlag zur Schaffung eines neutralisierten Gesamtdeutschlands nicht ernst gemeint sei. Offensichtlich gab es unter den Beamten des Außenministeriums also eine unterschiedliche Lagebeurteilung. Bevor wir hieraus aber zu weit gehende Schlüsse ziehen, sei die Beurteilung des russischen Schrittes durch Simons etwas näher betrachtet und danach der Stellenwert seiner Äußerungen genauer bestimmt. Auch für Simons deutete der Zeitpunkt der Note auf sowjetische Störabsichten hin; auch er wollte dieses Motiv nicht ausschließen. Wenn er darüber hinaus aber auf die Seriosität des russischen Vorschlags glaubte setzen zu können, dann tat er dies nicht etwa aufgrund einer positiven Einschätzung sowjetischer Politik, sondern – im Gegenteil – weil er der UdSSR besonders sinistre Pläne unterstellte. Der Verlust des kommunistischen Verwaltungsapparates in Ost-Deutschland wurde in seiner Sicht mehr als wettgemacht durch die sich eröffnende Chance, ein „neutrales“ Deutschland mit den erprobten Methoden der Infiltration und Einschüchterung bearbeiten und schließlich auf Dauer an sich heranziehen zu können. Damit hätte der Krenl eines seiner Ziele in Europa erreicht, nämlich die Herauslösung des deutschen Potentials aus Westeuropa und dessen Gewinnung für den Ostblock⁴³. Daß sich angesichts dieser Einschätzung der sowjetischen Absichten nirgendwo in seinem Text auch nur eine Andeutung findet, der Westen müsse auf den russischen Vorschlag eingehen, versteht sich von selbst. Was den Stellenwert der Äußerung von Simons betrifft, so dazu nur dreierlei: Sein Memorandum war an den Chef des Europa-Direktorats adressiert, zirkulierte also auf vergleichsweise niedriger Ebene des Außenministeriums. Die erste interne Stellungnahme der Deutschland-Abteilung dagegen war an Außenminister Sükker gerichtet, hat diesem vorgelegen und offensichtlich auch seine Zustimmung gefunden⁴⁴. Ferner brachte Simons seine Theorie im Juni 1952 noch einmal vor, fand damit aber keinen Widerhall⁴⁵; dasselbe passierte im August⁴⁶. Schließlich charakterisierte ein ehemaliger Beamter des Außenministeriums im Interview Simons als eine vergleichsweise weniger gewichtige Stimme⁴⁷. All das weist darauf hin, daß wir es hier mit einer isolierten Stellungnahme zu tun haben. Die Meinung, die UdSSR wolle es tatsächlich auf die Entstehung eines neutralisierten Deutschlands ankommen lassen und habe nicht ausschließlich eine Störaktion im Sinne, wurde jedenfalls nur in dieser isolierten Weise vorgetragen. Daß auch bei anderen zunächst gewisse Fragezeichen blieben, kann

⁴³ ABZ, Memo der Osteuropaabteilung an das Europadirektorat, 12. 3. 1952, ebenda.

⁴⁴ So enthielt es den ausdrücklichen handschriftlichen Vermerk Wellensteins „durch Ihre Exzellenz gesehen“. Außerdem gingen die Formulierungen Wellensteins in verschiedene der anschließend vom Außenministerium versandten Telegramme ein bzw. lagen diese ganz auf der Linie seiner Reaktion.

⁴⁵ Vgl. das Memo von Simons vom 17. 6. 1952 (wie Anm. 42).

⁴⁶ Vgl. das Memo von Simons vom 29. 8. 1952 (ebenda).

⁴⁷ Hierbei handelt es sich um ein Interview mit dem ehemaligen Generalsekretär Dr. H. N. Boon am 11. 9. 1985.

nicht ausgeschlossen werden, doch sicher ist, daß mit jeder weiteren sowjetischen Note für etwaige Zweifel oder Unsicherheiten weniger Raum blieb.

Kehren wir zur Deutschland-Abteilung zurück. Dort verfaßte Kohnstamms Stellvertreter E.P. Wellenstein am 19.3. 1952 ein weiteres ausführliches Memorandum, das wiederum große Aufmerksamkeit verdient. Wellenstein ging zunächst auf die Reaktion in anderen westlichen Hauptstädten ein, beschrieb anschließend einige Bonner Stellungnahmen und kam dann zu der in unserem Zusammenhang bedeutsamen Folgerung: „Angesichts des hohen Reizes, den der russische Vorschlag für große Teile des deutschen Volkes hat, wird stets deutlicher, daß bald *eine möglichst positive* Antwort an Moskau gegeben werden muß.“ Erinnern wir uns. Auch in den nur wenige Monate zurückliegenden Memoranden vom Dezember 1951 war immer wieder von der Bedeutung der öffentlichen Meinung in Deutschland die Rede gewesen, die es positiv zu beeinflussen gelte. In dieser Sicht war also keine Veränderung eingetreten; im Gegenteil, schon von der zweiten Stellungnahme an stand das Ringen um die deutsche Öffentlichkeit im Zentrum der niederländischen Aufmerksamkeit. Und so blieb es auch in den folgenden Wochen und Monaten.

Wellenstein bezog sich in seiner Beschreibung der westlichen Reaktion ausdrücklich auf das „Vertrauliche Resümee zur Wiedervereinigung Deutschlands“ vom Dezember 1951. In der Bestimmung der „fundamentalsten Frage“, nämlich der nach dem Status eines einheitlichen Deutschlands, brachte er noch einmal die beiden Optionen in Erinnerung, die allein für den Westen annehmbar sein konnten. Einem Gesamtdeutschland mit völliger Handlungsfreiheit war seiner Ansicht nach der Vorzug zu geben; mit dieser Option vor Augen könne man „positiv und konstruktiv“ reagieren. Er verhehlte nicht, daß die UdSSR angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß ein solches Deutschland sich für den Westen entscheiden würde, wahrscheinlich zur Ablehnung gezwungen wäre. Für ihn stand jedoch fest: Deutschland müsse sich verbünden können, mit wem immer es wolle. Er ging auch auf die Option eines in seinen Beziehungen freien, in seiner Bewaffnung aber beschränkten Deutschland ein. Dabei hob er hervor, ein solches Deutschland müsse gerade wegen dieser Beschränkung mit anderen Ländern (das hieß: mit dem Westen) zusammenarbeiten, da es sich nicht allein verteidigen könne⁴⁸. Die beiden anderen Optionen wurden von Wellenstein nicht einmal erwähnt. Eine „positive und konstruktive“ Antwort des Westens auf der Grundlage der Neutralisierung Deutschlands oder der Wiederherstellung der Viermächtekontrolle zu geben, war angesichts der im Dezember 1951 so deutlich fixierten Prämissen in der Tat nicht vorstellbar. In diese Richtung konnte es nach niederländischer Ansicht keine Öffnung geben. Das bedurfte nicht einmal einer Erwähnung. Vielmehr galt es jetzt darauf zu achten, sich auch nicht ein Stückchen in diese Richtung ziehen zu lassen.

Jonkheer Michiels van Verduynen, der niederländische Botschafter in London, der ebenso wie seine Kollegen in Paris und Washington in den Wochen des Noten-

⁴⁸ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung an den Generalsekretär, 19.3. 1952 (wie Anm. 42). Hervorhebung im Original.

wechsels in regelmäßigem Kontakt mit den dortigen maßgeblichen Regierungsstellen stand – und wie diese ein Schwergewicht niederländischer Diplomatie verkörperte –, unterstrich die Gefahr, sich in der Beantwortung der Stalin-Note ausschließlich auf die Frage freier Wahlen festzulegen, so sehr dieser wichtigste Punkt auch herauszustellen sei. Die UdSSR könnte hier möglicherweise zustimmen, meinte er und fuhr fort: „Dann könnte doch ein wiedervereinigtes Deutschland entstehen, wonach Moskau das Zustandekommen eines Friedensvertrags auf unbestimmte Zeit verzögern könnte, mit schmerzlichen Folgen für die europäischen Verteidigungspläne.“⁴⁹ Die Sorgen, die sich auf niederländischer Seite entwickelten, lassen sich an dieser Äußerung ebenso ablesen wie die primäre Interessenlage des Haag. Experimente in der deutschen Frage mit ungewissem Ausgang waren unbedingt zu vermeiden, so lautete die Maxime, konnten sie doch der Sowjetunion die Gelegenheit bieten, die notwendigen Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland endlos hinzuziehen – das österreichische Beispiel mußte hier schrecken. Die innerwestlichen Verhandlungen hatten eindeutig den Vorrang.

Ganz in diesem Sinne richtete das Außenministerium am 25.3. 1952 an die Botschaften in London, Washington, Paris, Brüssel und Luxemburg ein Telegramm, in dem die niederländische Haltung zusammengefaßt wurde, und versah es mit der ausdrücklichen Aufforderung, die jeweiligen Regierungen davon zu unterrichten⁵⁰. Einleitend wurde der sowjetische Schritt in aller Deutlichkeit charakterisiert: „Eines der Hauptziele des russischen Vorschlags ist ohne Zweifel die Verzögerung beziehungsweise Störung der westdeutschen Integration in die westliche Welt und vor allem die EVG.“ Diese Feststellung schloß etwaige Nebenziele der UdSSR nicht aus, ließ aber keinen Zweifel daran, daß solche Ziele allenfalls von untergeordneter Bedeutung seien. Daraus folgte eine erste Empfehlung. Gerade weil dem Störcharakter des russischen Schrittes so hohe Bedeutung beigemessen wurde, sollte er „Ansporn zur Beschleunigung und Intensivierung der Integrationsbemühungen sein“. Angesichts der in jüngster Zeit wahrnehmbaren zunehmenden Unterstützung von Adenauers Politik durch die deutsche Öffentlichkeit – hier wurde auf den Ausgang der Wahlen in Baden-Württemberg verwiesen – wäre jede abwartende Verzögerung „verhängnisvoll“. Eine zweite Empfehlung folgte: „Gleichzeitig mit der Fortsetzung der Integrationsbemühungen muß aber auf positive und konstruktive Weise auf den russischen Vorschlag reagiert werden, um vor allem dem deutschen Volk zu zeigen, daß keine reale Gelegenheit durch den Westen versäumt wird, positive Schritte für die inbrünstig verlangte Wiedervereinigung Deutschlands zu unternehmen.“

Fassen wir die niederländischen Stellungnahmen während der ersten Phase – also

⁴⁹ Das Telegramm des Londoner Botschafters wurde am Tage nach seinem Eingang im Haag, mit der Unterschrift Außenminister Suijkers versehen, nach Bonn weitergesandt. Telegramm des Außenministers an die Botschaft in Bonn, ABZ, AAB, Geheime Stukken, 912.231, Duits Problem Algemeen, 1950–53.

⁵⁰ Eine Kopie ging auch an die Bonner Botschaft (ebenda).

nach der ersten sowjetischen Note – zusammen, so zeigen sich die folgenden Elemente: von Verwirrung keine Spur, vielmehr eine deutliche Ausrichtung auf die schon seit Monaten eingenommene Position; der sowjetische Vorschlag wurde vor allem als Störmanöver betrachtet; daß die UdSSR womöglich wirklich auf eine Neutralisierung Deutschlands hinielte, war nur die Ansicht eines relativ untergeordneten Sprechers; die Fortsetzung der westlichen Integration war gerade wegen des sowjetischen Schrittes zu beschleunigen, und der deutschen Öffentlichkeit galt es, einen glaubwürdigen Wiedervereinigungs-Eifer zu demonstrieren. Wie sehr man über die Haltung der deutschen Öffentlichkeit beunruhigt war, zeigte ein Botschaftsbericht aus Bonn vom 2. 4. 1952. Dem Beobachter kam die gemäßigte deutsche Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag und die mittlerweile von den Alliierten gegebene Antwort „einigermaßen unheimlich“ vor (der Verfasser gebrauchte das deutsche „unheimlich“, das auf den Leser im Haag viel eindringlicher wirken mußte als das entsprechende niederländische Wort). Es sei nicht zu sagen, welche Kräfte unter der Oberfläche brüteten⁵¹. Vor diesem Hintergrund wurden alle offiziellen deutschen Stellungnahmen besonders sorgfältig registriert. Adenauers klarer Westkurs wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, zerstreute aber nicht die Sorge über mögliche bedrohliche Entwicklungen in der deutschen öffentlichen Meinung. Ihr keinen Anlaß zum Zweifel zu geben, mußte in niederländischen Augen der entscheidende Ausgangspunkt für die Art und Weise der westlichen Reaktion auf den sowjetischen Vorstoß sein.

In der zweiten Phase der sowjetischen Deutschland-Offensive, nach der Überreichung der zweiten Note vom 9. 4. 1952, konkretisierte sich die niederländische Haltung weiter. Statt einer einfachen Information über den eigenen Standpunkt wurde nun eine ausdrückliche – und sei es informelle – Demarche der niederländischen Regierung bei den Großen Drei vorgesehen und auch unternommen. Zunächst wurde im Benelux-Rahmen über einen gemeinsamen Schritt nachgedacht, dann aber davon abgesehen, weil nur die Niederlande, aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der UNO-Kommission, von der Angelegenheit direkt betroffen waren. So blieb es bei einem selbständigen Schritt der Niederlande, über den die Benelux-Partner aber selbstverständlich informiert wurden. Am Rande sei erwähnt, daß nach der Besprechung mit Belgien und Luxemburg mit Genugtuung festgestellt wurde, daß auch die Belgier großen Wert darauf legten, bei der westlichen Politik gegenüber der UdSSR in der Frage der deutschen Wiedervereinigung äußerste Rücksicht auf die große Sensibilität der öffentlichen Meinung in Deutschland zu nehmen⁵².

Das Telegramm vom 26. 4. 1952⁵³, das der niederländischen Demarche von Ende

⁵¹ ABZ, Brief der Bonner Botschaft an das Außenministerium v. 2. 4. 1952, unterzeichnet durch Botschaftsrat Mr. H. A. Helb, Departement, 912.2, Oost Duitsland – West Duitsland, Eenheidsstreven, deel V.

⁵² Vgl. das Memo Wellensteins an den Ministerpräsidenten v. 25. 4. 1952, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, deel I, 1950–54.

⁵³ Ebenda Das Telegramm ging an die Botschaften in London, Washington und Paris (in dieser Folge aufgeführt).

April 1952 zugrundelag, enthielt neben dem Verweis auf die Mitgliedschaft in der UNO-Kommission eine zweite, sehr spezifisch auf die niederländische Situation zugeschnittene Begründung des unternommenen Schrittes. Es wurde nämlich hervorgehoben, daß die westliche Politik unbedingt auch für eine deutsche Regierung ohne Adenauer akzeptabel zu sein hatte. Denn sollte, so wurde argumentiert, nach den Wahlen von 1953 eine Regierung anderer Zusammensetzung (d.h.: unter Führung der Sozialdemokraten) auftreten und den Vorwurf erheben, es seien nicht alle Möglichkeiten genutzt worden, um mit der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung zu einer redlichen Übereinstimmung zu kommen, und daraufhin vielleicht Adenauers Politik der militärischen und wirtschaftlichen Westintegration abbrechen, dann müsse dies „höchst ernste Folgen“ für die Verteidigung und Wirtschaft der Niederlande haben. Dieser vorausschauende Blick in das Jahr 1953, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Unzufriedenheit der SPD mit der westlichen Antwort vom 25. 3. 1952, zeigt, wie wenig man sich im Haag auf eine Kontinuität der Adenauerschen Politik verlassen zu können glaubte. Wie weit die Nervosität ging, zeigt ein wenige Tage später verfaßtes Memorandum, in dem Wellenstein die Befürchtung äußerte, Adenauer könne sich zu sehr von der deutschen öffentlichen Meinung isolieren, ein Bedenken, das er durch des Kanzlers verstärkte Betonung des Wiedervereinigungszieles bestätigt sah⁵⁴.

Auf auffällige Weise empfahl Den Haag indessen nicht nur Rücksichtnahme auf die westdeutsche Opposition, sondern wollte darüber hinaus erneut alle schon bekannten Eisen zugleich schmieden: einerseits die UdSSR – falls sie sich zurückzog – wegen ihrer Unaufrichtigkeit demaskieren, andererseits eine sogenannte „konstruktive Politik“ einleiten, falls Moskau seriöse Verhandlungen wünschte, und schließlich zugleich alles tun, um die Westintegration der Bundesrepublik keinerlei Behinderung auszusetzen⁵⁵.

⁵⁴ ABZ, Memo Wellensteins an den Generalsekretär vom 1. 5. 1952. Wellenstein unterstrich hierbei, daß das bekannte Adenauer-Interview mit Ernst Friedlaender unzweifelhaft nur für den Inlandsgebrauch bestimmt gewesen sei und keineswegs eine Kursänderung eingeleitet habe. Anschließend fuhr er fort: „Daß Adenauer aber gezwungen ist, sich gegenüber dem Inland so positiv über die Möglichkeit der Wiedervereinigung zu äußern, zeigt an sich schon, daß wir leider mit unserer Furcht Recht gehabt haben, daß der Bundeskanzler sich zu sehr von der deutschen öffentlichen Meinung isoliert hatte. – Die in Deutschland signalisierte Entwicklung macht es um so notwendiger, daß die Großen Drei die russischen Noten möglichst positiv beantworten.“ Departement, 912.230, Duitsland, Wijziging Bezettingstatuut in Contractual Agreements, deel VIII.

⁵⁵ Telegramm des Außenministeriums an die Botschaften in London, Washington und Paris vom 26. 4. 1952. Die entsprechenden Sätze seien hier ausdrücklich zitiert: „Die westliche Antwort muß deswegen sowohl geeignet sein, die russische Unaufrichtigkeit zu demaskieren, falls Moskau sich zurückzieht, als auch, um eine konstruktive Politik aufzubauen, falls Moskau seriöse Rücksprache wünscht; dabei muß dafür gesorgt werden, daß die Integration Deutschlands in Westeuropa auf keinerlei Weise behindert wird.“ Zum Schluß des Telegramms hieß es zum letzten Punkt noch einmal ausdrücklich: „Übrigens dürfen durch näheren Gedankenaustausch mit der Sowjetunion unter keinen Umständen Verhandlungen über contractual agreements und EVG gestoppt oder verzögert werden. Diese Verhandlungen müssen gerade intensiver denn je fortgesetzt werden. Wenn sie einmal abgeschlossen sind, wird das die westliche Position verstärken.“ (Wie Anm. 52).

Was die UNO-Kommission anging, so sah man den Westen in eine gewisse Verlegenheit gebracht. Nicht angängig erschien es, sie wegen der sowjetischen Opposition einfach fallenzulassen. Es empfahl sich jedoch ebensowenig, starr an der Kommission festzuhalten, könnte doch in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, der Westen halte aus formalen Gründen an ihr fest, während er eine Wiedervereinigung durch allgemeine freie Wahlen überhaupt nicht wünsche. In dieser Situation präsentierten die Niederlande folgenden „Zwischenvorschlag“: Die UNO-Kommission möge einen Kodex für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland entwerfen und ihn Moskau als Ausgangspunkt für Wahlen offerieren; der Gedanke einer Viermächte-Kommission dagegen wurde strikt zurückgewiesen. Mit der Idee des Wahlkodex kam die niederländische Außenpolitik auf einen Gedanken zurück, den sie ihrer UNO-Delegation bereits im Dezember 1951 mit auf den Weg gegeben hatte: die Kommission solle die Grundbedingungen für freie Wahlen in Deutschland fixieren. Daß dieser Vorschlag in Moskau kaum Gegenliebe finden konnte, war demgegenüber zweitrangig. Entscheidend war und blieb der Eindruck, den diese Idee im Westen machte. Angefügt sei, daß der niederländische Vorstoß zwar einiges Interesse in London und Paris fand, von den USA aber unmißverständlich zurückgewiesen wurde⁵⁶.

Die Formulierung der sogenannten „konstruktiven Politik“, die gegenüber Moskau einzuleiten sei, falls es seriöse Verhandlungen wünsche, darf nicht zu der Annahme verführen, die Außenpolitik Den Haags habe tatsächlich nach einer Öffnung gesucht. Diese Haltung lag vollkommen auf der Linie früherer vergleichbarer Stellungnahmen. So wurde in dem Telegramm vom 26. 4. 1952 beispielsweise mit Nachdruck hervorgehoben, daß allein ein Gesamtdeutschland mit völliger Handlungsfreiheit akzeptabel sein könne. Als Ungeschicklichkeit wurde es dagegen gerügt, daß die erwünschte Bindung an die EVG in der westlichen Antwortnote vom 25. 3. 1952 aufgeführt worden war, weil dies in Deutschland als eine allzu beengende Vorbedingung empfunden werden könnte⁵⁷.

Die bereits angedeutete negative Reaktion Washingtons bezog sich nicht nur auf die Vorschläge hinsichtlich der UNO-Kommission. Die Amerikaner wiesen eine Rücksichtnahme auf die deutschen Oppositionsparteien strikt zurück, da dadurch nur Adenauers Politik geschwächt würde. Der geringe Spielraum des Westens wurde ebenfalls hervorgehoben: Die Integrationspolitik sei die einzige Grundlage für eine Übereinstimmung der Großen Drei, auch nur der Schein eines Abweichens davon müsse im westlichen Lager Verwirrung stiften. Die Amerikaner hatten offensichtlich die sogenannte „konstruktive Politik“ der Niederländer überschätzt. Nur so ist der ausdrückliche amerikanische Hinweis zu verstehen, das überragende Ziel

⁵⁶ Vgl. das Telegramm des Londoner Botschafters an das Haager Außenministerium vom 29. 4. 1952 und das des Pariser Botschafters vom 30. 4., ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54. Zur amerikanischen Reaktion vgl. das in Anm. 58 genannte Telegramm.

⁵⁷ Wie Anm. 55.

der sowjetischen Einheits-Offensive sei die Verhinderung der westeuropäischen Integration, jedes Eingehen auf Moskaus Angebote müsse die Integration unweigerlich auf die lange Bank schieben, „vielleicht ad calendas graecas“. All dies wurde von den Amerikanern als „tiefgreifender Meinungsunterschied“ gedeutet und mit einem Verweis verbunden. Wären die niederländischen Gedankengänge in einer offizielleren Weise übermittelt worden, dann hätten die USA dies unzweifelhaft sogar als „ein unbewußtes In-die-Hände-Arbeiten gegenüber der russischen Politik und eine Schwächung der Integrationspolitik“ angesehen. Soweit der niederländische Botschafter Van Roijen in seinem Telegramm aus Washington. Zugleich berichtete er aber von einem Gespräch zwischen den Außenministern Acheson und Stikker, das „einen anderen Geist atmete“ und offensichtlich mit dazu beigetragen hatte, daß aus der niederländischen Demarche keine größere Verstimmung zwischen beiden Ländern erwuchs⁵⁸.

Auffallend an der amerikanischen Reaktion ist vor allem, wie sehr Washington die von Den Haag empfohlene verbale Rücksichtnahme auf die deutsche öffentliche Meinung und die innerdeutsche Opposition mißdeutete. Auch im Haag hatte man schließlich nicht daran gedacht, der Sowjetunion einen Fußbreit entgegenzukommen. Wo die Niederlande Gesprächsbereitschaft signalisierten, da geschah das unter Voraussetzungen, von denen aus sich gewiß keine Brücke zu den russischen Vorschlägen bauen ließ. Ganz offensichtlich handelte es sich um ein Mißverständnis, wenn von tiefgreifenden Meinungsunterschieden gesprochen wurde. An der atlantischen Orientierung der damaligen niederländischen Außenpolitik war ohnehin keinerlei Zweifel möglich – wurde vom Haag doch beständig betont, wie sehr das Bündnis der atlantischen Ergänzung bedürfe⁵⁹. Folgen zeitigten die amerikanischen Mahnungen insofern, als die Niederlande ihre Position in der Frage des Ost-West-Ringens um Deutschland in den folgenden Monaten um einiges leiser vorbrachten⁶⁰.

Freilich minderte die Reaktion der USA die Aufmerksamkeit keineswegs, mit der das „Duell um Deutschland“⁶¹ in den Niederlanden weiter verfolgt wurde. Es würde zu weit führen, die Stellungnahmen Den Haags in den Monaten von Mai bis September in ähnlicher Ausführlichkeit zu behandeln, so reizvoll das in einigen Punkten

⁵⁸ ABZ, Telegramm des Washingtoner Botschafters Van Roijen an das Außenministerium vom 7.5. 1952 (ebenda).

⁵⁹ Vgl. hierzu u. a. auch Kersten, „Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG“, S. 199, 214 f.

⁶⁰ So hieß es beispielsweise in dem Telegramm Stickers an die Washingtoner Botschaft vom 30. 6. 1952, er habe „mit Befriedigung konstatiert“, daß mittlerweile auch die Amerikaner auf den Kurs einer Viermächtekonferenz eingeschwenkt seien – wobei ihm als Ziel dieser Konferenz wiederum vor Augen stand, „zu zeigen, daß es den Russen mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit nicht ernst ist“ –, er es jedoch für weniger opportun halte, den eigenen Standpunkt offiziell bekannt zu machen – so möge man in Washington die Haager Ansichten, falls gewünscht, als persönliche Ansicht kundtun. ABZ, AAB, Geheime Stukken, 912.231 Duits Problem Algemeen, 1950–53.

⁶¹ Diesen Ausdruck gebrauchte der Washingtoner Botschafter Van Roijen in seinem Telegramm vom 17. 4. 1952, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54.

wäre. Die Grundzüge der niederländischen Außenpolitik blieben dieselben. Lediglich ein Element sei noch ausdrücklich hervorgehoben, die große Genugtuung nämlich, mit der das Außenministerium im Juni 1952 feststellte, daß mittlerweile endlich alle westlichen Alliierten zum Gespräch mit Moskau bereit waren⁶²; wohl gemerkt, das war nach der Unterzeichnung des Generalvertrags in Bonn und des EVG-Vertrags in Paris Ende Mai 1952. Jetzt galt es nach niederländischer Ansicht, nachzustößen und der Öffentlichkeit noch vor der Ratifizierung der Verträge in aller Deutlichkeit – durchaus auch mit entsprechenden publizistischen Kampagnen – zu demonstrieren, daß es die Russen waren, die die Wiedervereinigung verhinderten⁶³. Daß die UdSSR sich solchen Verhandlungen entzog, wurde dabei zunehmend als Bestätigung dafür genommen, daß Stalin in Wahrheit überhaupt keine Wiedervereinigung durch freie Wahlen wollte. Gerade deshalb aber erachtete es Den Haag als sehr wünschenswert zu demonstrieren, „daß es keine Alternative gibt“⁶⁴.

Kommen wir nun an dieser Stelle auf die drei oben skizzierten Thesen von Rolf Steininger zurück. Daß die Westmächte den sowjetischen Schritt für ein ernst gemeintes Angebot hielten, läßt sich aus dem Haager Material nicht bestätigen. Immerhin kamen gelegentlich gewisse Unsicherheiten darüber auf, wie weit die Sowjetunion in diesem Poker zu gehen bereit war. Botschafter Van Roijen berichtete am 17. 5. 1952 von einem Gespräch mit dem amerikanischen Diplomaten Philip C. Jessup, der zwar nicht glaube, daß es Moskau mit dem Angebot freier Wahlen in Deutschland ernst meine, mit ihm, Van Roijen, aber darin übereingestimmt habe, „daß wir doch der Möglichkeit Rechnung tragen müssen, daß die Sowjetunion sich unverhofft bereit zeigen wird, um in Erwartung eines letztlich großen politischen Vorteils dieses hohe Spiel zu spielen“⁶⁵. Die gleichzeitig ausgesprochene Warnung, der Westen müsse sich auf diese Möglichkeit vorbereiten, war jedoch nicht mehr als der Ausdruck eines vagen Unbehagens vor einer etwaigen sowjetischen Überraschung. Die beiden Diplomaten erörterten auch die Wahrscheinlichkeit einer neuen sowjetischen Blockade Berlins und den Stand der westlichen Vorbereitungen für diesen Fall. Dies weist wohl ebenfalls darauf hin, für wie wenig realistisch man es hielt, daß die Sowjetunion tatsächlich Trumpfkarten in dieses Spiel einbringen würde. Nochmals sei betont: Gleichgültig, wie ernst das sowjetische Angebot eines neutralen Gesamtdeutschlands nun wirklich gemeint war, es war völlig ausgeschlossen, daß sich der Westen – so, wie die Dinge im Jahr 1952 lagen – jemals darauf eingelassen hätte; diese an sich längst bekannte Tatsache wird durch die niederländischen Akten nur noch einmal bestätigt.

Auf die Gesprächsbereitschaft des Westens werfen die niederländischen Quellen

⁶² Vgl. das Memo der Deutschlandabteilung an den Generalsekretär vom 18. 6. 1952 (ebenda) und das in Anm. 60 genannte Telegramm vom 30. 6. 1952.

⁶³ Vgl. die Memo's vom 28. 5., 5. 6., 12. 6. 1952, alle von der Deutschlandabteilung an den Generalsekretär, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54.

⁶⁴ So das Memo vom 28. 5. 1952, ebenda.

⁶⁵ ABZ, Telegramm Botschafter Van Roijens an das Außenministerium vom 16. 5., ebenda.

ebenfalls ein interessantes Licht. Die deutliche Art, in der den Niederländern nach ihrer informellen Demarche von den Amerikanern der Zeigefinger gewiesen wurde, da sie scheinbar – und dieser Schein trog wahrhaftig – zu inhaltlichen Gesprächen mit dem Osten bereit waren, zeigt, wie gering vor Unterzeichnung der Westverträge der Spielraum für eine Kontaktaufnahme war. Doch das ist nur die eine Seite. Am 12.5. 1952 berichtete Botschafter Van Roijen aus Washington, die Amerikaner hätten Ende April eine Gesprächsinitiative einleiten wollen, dabei seien die Franzosen von Anfang an zurückhaltend, die Briten eher positiv eingestellt gewesen. Diese Initiative habe so lange im Raum gestanden, bis Adenauer, nach einer anfänglich positiven Reaktion, sich ablehnend verhalten habe. Insofern bestätigt dieser Bericht Adenauers Rückzieher vom 3. Mai 1952, nach Steininger eine historische Entscheidung⁶⁶. Van Roijens weitere Berichterstattung gibt indessen allen Anlaß, in diesem Punkt zurückhaltender zu urteilen. Ausdrücklich unterstrich der Botschafter nämlich, daß die amerikanische Gesprächsabsicht deswegen entstanden sei, weil man in Washington mit Blick auf die öffentliche Meinung in Deutschland der Ansicht gewesen sei, auf Dauer ließen sich Verhandlungen zwischen den Großen Vier ohnehin nicht vermeiden, und dann sei es besser, den Russen nicht die Initiative zu überlassen. Wörtlich schrieb er am 12.5. 1952 weiter: „Schon seit geraumer Zeit war man im State Department zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es vor allem im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Deutschland auf die Dauer nicht möglich sein würde, Besprechungen zwischen den Großen Vier über das eine oder andere Thema zu vermeiden. Unter diesen Umständen erschien es wünschenswert, daß die Initiative für solche Besprechungen von westlicher Seite ausgehe; denn wenn der Sowjetunion schließlich auf diesem Gebiet die Initiative überlassen würde, könnte diese den fruchtlosen Notenwechsel dehnen und Besprechungen zu einem Augenblick und über ein Thema vorschlagen, die am besten zur Verzögerung der Ratifizierung der *contractual agreements* und der EVG geeignet wären. Als Thema für derartige Besprechungen lag die Installierung einer Untersuchungskommission über die Möglichkeit der Abhaltung von Wahlen am nächsten, da auf dem Gebiet der Wahlen die westlichen Staaten über die größte Flexibilität verfügten. Hinsichtlich der entsprechenden UNO-Kommission hat man bemerkt, daß diese ‚schlafen‘ könne, bis ihre Dienste wieder in Anspruch genommen werden können.“ Die Amerikaner, so berichtete der Botschafter weiter aus Washington, seien einigermaßen enttäuscht gewesen, diesen Vorschlag nicht bereits in die anstehende westliche Antwortnote aufnehmen zu können (sie wurde am 13.5. 1952 überreicht), sie seien aber von der Richtigkeit ihres Vorschlags überzeugt und hofften, einen entsprechenden Vorschlag in der anschließenden westlichen Note unterbringen zu können, die vermutlich nach der Unterzeichnung der West-Verträge übersandt werden würde⁶⁷. Also doch ame-

⁶⁶ Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung?*, S. 63.

⁶⁷ ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel I, 1950–54.

Dem aufmerksamen Leser kann auch in den von Steininger edierten Texten der äußerst begrenzte und eindeutig taktisch bedingte Charakter der amerikanischen Gesprächsabsicht vom April 1952

rikanische Gesprächsbereitschaft? Ebenso wie die hier so ausführlich erläuterte niederländische Bereitschaft war auch die amerikanische Haltung ausschließlich taktisch motiviert; eine andere Deutung läßt jedenfalls das niederländische Material nicht zu. Erst recht läßt sich nicht feststellen, daß Adenauers Rückzieher gar historisches Gewicht beigemessen wurde. Seine Zustimmung wäre lediglich die Zustimmung zu einem taktischen Manöver gewesen – mehr nicht.

Die Frage bleibt, ob Adenauer es in der Hand gehabt hätte, den Westen tatsächlich dazu zu bewegen, die sowjetische Kompromißbereitschaft ernsthaft auszuloten. Im niederländischen Material findet sich kein einziger derartiger Hinweis. Adenauer wurde vielmehr als bedrängter, mühsam operierender Politiker gesehen, der ständig vom Verlust der öffentlichen Zustimmung bedroht war. Als Gesprächspartner des Westens hatte er in einem mühevollen Prozeß Vertrauen gewonnen. Hätte der Kanzler im März/April 1952 in Reaktion auf die Stalin-Noten eine Öffnung nach Osten propagiert, gar mit der ernsthaften Absicht, auch die Option einer Neutralisierung einzubeziehen – was ihm persönlich völlig fern lag –, er hätte sofort jegliches Vertrauen verloren. Adenauer konnte aufgrund seiner Position nicht Wege verschütten, die es gar nicht gab. Sollte die Sowjetunion tatsächlich ernsthaft erwogen haben, die Karte der Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu spielen – mit allen Opfern, die dies für sie mit sich gebracht hätte –, für die Westmächte konnte es darauf nur eine negative Antwort geben. Gerade, daß ein Land wie die Niederlande, so sehr fixiert auf die Neutralisierungstendenzen und die Wankelmütigkeit der deutschen Öffentlichkeit, Gespräche zwar wollte, diese aber allein aus propagandisti-

nicht entgehen. Vgl. z. B. die Formulierung des Gesprächsvorschlags (Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung?*, S. 232, Anm. 1). Die Formulierung Außenministers Achesons („it is in our interest to expose Soviet insincerity at earliest possible date“) in seinem Telegramm an die US-Botschaft in London vom 30. 4. 1952 (ebenda, S. 233) findet sich in den Texten zu diesem Zeitpunkt mehrfach, so in dem Bericht des britischen Hochkommissars I. Kirkpatrick über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Hohen Kommissar der USA, Samuel Reber, in seinem Telegramm an das Foreign Office vom 2. 5. 1952 (ebenda, S. 238) und in dem Telegramm des amerikanischen Hohen Kommissars J. McCloy an Acheson vom 2. 5. 1952 („I am firmly of the opinion it is important that prior to ratification quadripartite conversations will have taken place which can clearly demonstrate the insincerity of the Soviet offer.“ Ebenda, S. 240). – Besonders wichtig ist in der Tat auch der von Steininger in seinem Kommentar nicht erwähnte Zeitplan in den amerikanischen Überlegungen. So heißt es ausdrücklich unter Punkt 6 in Achesons Telegramm an die Londoner US-Botschaft vom 30. 4. 1952, daß die Gespräche mit der Sowjetunion erst nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrags und der vertraglichen Vereinbarungen (also des Generalvertrags), aber frühzeitig in der Ratifizierungsperiode stattfinden sollten (ebenda, S. 233). Für die Vermutung, in der Befürwortung dieses amerikanischen Gesprächsvorschlags durch Adenauer und in seiner anschließenden Aufnahme in die westliche Note an die Sowjetunion hätte eine einmalige historische Chance gelegen, gibt es dann auch keinerlei Beleg, weder in den Originaltexten der Großen Drei noch in der Widerspiegelung von deren Aktivitäten in den niederländischen Quellen. Wie Steininger Adenauer in diesem Zusammenhang historisches Versagen vorwerfen kann, zumal er den taktischen Charakter des amerikanischen Gesprächsvorschlags selbst nennt, bleibt unerfindlich. In einem Gespräch *nach* Unterzeichnung der Westverträge konnte das von Steininger beschworene Ausspielen der nationalen Karte ja wahrlich nicht mehr ziehen.

sehen Gründen vorschlug, beweist noch einmal, wie groß die Kluft zwischen den Vorstellungen des Westens und der – war sie nun ernst gemeint oder nicht – sowjetischen Neutralisierungsoption gewesen ist⁶⁸.

4.

Während der letzten Phase des Notenwechsels wurde im Haag im Sommer 1952 eine neue Deutschland-Note für das Kabinett vorbereitet. Im Zuge einer weiteren Normalisierung der niederländisch-westdeutschen Beziehungen waren nach der Unterzeichnung des Generalvertrages in Bonn eine Reihe bilateraler Probleme rechtlicher, wirtschaftlicher und finanzieller Natur zu klären; davon war die hochpolitische Frage der in den Niederlanden wegen Kriegsverbrechen verurteilten Deutschen sicherlich die brisanteste⁶⁹. Über den einleitenden Passus der Note kam

⁶⁸ Angesichts der großen Bedeutung, der in der gegenwärtigen Diskussion über die inhaltliche Ausfüllung einer westdeutschen Identität (vgl. Jürgen C. Heß, „Westdeutsche Suche nach nationaler Identität“, in: Die Deutsche Frage in der Weltpolitik, hrsg. v. Wolfgang Michalka, Neue Politische Literatur, Beiheft 3, Stuttgart 1986, S. 9–50, besonders S. 37 ff.) der sachlichen Einschätzung von Möglichkeiten und Grenzen der Politik Adenauers hinsichtlich der Westintegration und der Wiedervereinigung zukommt, kann nur mit großer Besorgnis festgestellt werden, in welchem Maß Wunschdenken das Urteilsvermögen selbst eines so ausgewiesenen Historikers wie Rolf Steiningers beeinträchtigt hat. Daß der Nationalismus der frühen achtziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr nur im lunatic fringe beheimatet geblieben ist, sondern von links und rechts in die Mitte hineinzuwirken begann, ist von verschiedenen Beobachtern mit berechtigter Sorge bemerkt worden.

Bei Steinger finden sich bestimmte Elemente dieses national getönten Argumentationsstiles, beispielsweise in seiner Betonung des Primats der Wiedervereinigungspolitik ohne jede sachliche Prüfung ihrer Realisierungschancen (Eine Chance zur Wiedervereinigung?, S. 85), in dem Hinweis, eine neue Generation werde die „Lebenslüge“ der Bundesrepublik – daß die Westintegration zur Wiedervereinigung führen würde – wohl neu diskutieren (S. 87), in der Betonung von Deutschlands Mittellage in Europa in dem Sinne, daß Deutschland zu West und Ost gehöre (S. 88), in dem als Frage verkleideten Vorwurf, Adenauers Grundsatzentscheidung für den Westen sei in erster Linie eine Entscheidung „im Interesse der westlichen Sieger“ gewesen (ebenda), in der Charakterisierung des 23. Mai als eines „verfehlten“ Ersatzes für den Nationalfeiertag (ebenda), in dem Hinweis auf die Folgen der Teilung für die Bewohner der DDR (ebenda) – ohne daß Steinger an die Stelle des Appells an den Nationalismus des schlechten Gewissens auch nur einen einzigen konkreten Hinweis für die Realisierung von deren Hoffnungen zu geben vermag –, und schließlich in der nebulösen Andeutung, die Sowjetunion könne immer noch die deutsche Karte ausspielen (S. 89).

Im Hinblick auf die Aufmerksamkeit, die Steiningers Thesen in der Öffentlichkeit gefunden haben, sei mit Nachdruck unterstrichen, daß eine adäquate historische Interpretation der Entscheidungssituation jener Monate im Frühjahr 1952 nicht auf rückwärtsgewandtem Utopismus beruhen darf; dem Selbstfindungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland, zu dem – durch eine angemessene und selbstkritische Einschätzung historischer Handlungsmöglichkeiten – gerade auch Zeitgeschichtsforscher einen wichtigen Beitrag leisten können, ist durch die Erzeugung historischer Nebelbänke nicht gedient.

⁶⁹ Bis heute ist die Frage der wegen Kriegsverbrechen in den Niederlanden verurteilten Deutschen ein höchst sensibler Punkt. Auch 1986/87 wurde beispielsweise in der niederländischen Presse mehr-

es zu einem internen Gedankenaustausch, der im vorliegenden Zusammenhang von Interesse ist. Anders als die konkreten Einzelpunkte wurden diese einführenden Bemerkungen in der Kabinettsitzung vom 17.11.1952 nicht diskutiert. Wegen der wichtigen Einsichten, die diese einleitenden Passagen in die damalige Beurteilung der deutschen Frage durch die Niederlande vermitteln können, seien sie im folgenden näher erläutert.

Zwei Punkte sind besonders bemerkenswert: Einmal wird in der Note die Erwartung geäußert, daß sich die deutsche Teilung weiter verfestigen werde, andererseits bestätigt sie noch einmal die Absicht, der Sowjetunion dafür in aller Deutlichkeit die Schuld zuzuweisen. Was den ersten Aspekt betrifft, so wurde zwar gesagt, es wäre unverantwortlich, nunmehr definitiv von dem Status quo in Deutschland auszugehen, doch wurde dem im gleichen Atemzug entgegengehalten, eine nüchterne Beurteilung der sowjetischen Politik lege doch sehr die Annahme nahe, „daß von einer deutschen Wiedervereinigung auf der Grundlage demokratischer Freiheit in nächster Zeit keine Rede wird sein können“. Daß hier nur von den gleichsam innenpolitischen Merkmalen eines möglichen wiedervereinigten Deutschland gesprochen wurde, sollte dabei nicht verwirren; aus niederländischer Perspektive umfaßte das, wie eine Reihe vergleichbarer Texte belegen, durchaus auch dessen außenpolitische Entscheidungsfreiheit. Besonders drastisch waren zwei anschließende Bemerkungen. Aus der zitierten Grundannahme wurde nämlich der unzweideutige Schluß gezogen, daß, trotz aller den Charakter einer Interimsregelung hervorhebenden Merkmale, die im Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten fixierte Ordnung letztlich vielleicht einen festeren Bestand haben könnte als manches, in der Vergangenheit in ausgeklügelten Friedensvertragswerken scheinbar so festgefügte System. Im ursprünglichen Entwurf nicht enthalten, sondern aufgrund einer Randbemerkung von Außenminister Sükker hinzugefügt, finden sich dann die beiden Sätze: „Trotzdem wird man stets davor auf der Hut zu sein haben, daß Deutschland eine Gelegenheit erhält, die Wiedervereinigung mit Gewalt zu vollziehen. Die Integration der Deutschen Republik in die westliche Welt bietet dagegen die beste (und einzige) Garantie.“⁷⁰ In diesem Zusatz kam noch einmal das

fach die Frage der Freilassung der letzten beiden in Breda noch Inhaftierten diskutiert. Besonders heftig war die Reaktion, als die Regierung Biesheuvel im Jahre 1972 tatsächlich das Gnadengesuch der – damals noch – „Drei von Breda“ annehmen wollte; eine Mehrheit der Zweiten Kammer sprach sich damals dagegen aus. Vgl. H. J. G. Beunders/H. H. Selier, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945–1981*, Amsterdam o. J. (1983), S. 28 f.

⁷⁰ ABZ, „De gewijzigde verhouding van Nederland tot de Bondsrepubliek Duitsland, voortvloeiende uit de ondertekening van het Verdrag tussen de Drie Mogendheden en de Duitse Bondsrepubliek en het Verdrag inzake de EDG op 26 en 27 Mei 1952“, S. 4 f., Departement, 912.1, map 1885 (Fassung vom 12.9.1952). Die handschriftliche Hinzufügung Sükkers findet sich auf einer früheren Fassung vom 12.7.1952 (ebenda). – Wie groß das Mißtrauen von Außenminister Sükker gegenüber Deutschland war, hatte sich auch während einer Konferenz der niederländischen Botschafter im August 1951 gezeigt, als Sükker in der Diskussion am 9.8.1951 über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft folgendes feststellte: „Wenn wir hier in Europa über den Begriff Ost-West reden: Rußland im Gegensatz zur freien Welt, dann war gestern die Schlußfolgerung der Versamm-

Mißtrauen Stickers zum Ausdruck, das offensichtlich seit 1949 den konstanten Hintergrund seiner Beurteilung der deutschen Situation bildete. Gestrichen wurde aus dem Entwurf dagegen ein Satz, der gleichwohl erwähnt sei, da er die Auffassung des ursprünglichen Verfassers in der Deutschlandabteilung weiter verdeutlichen kann. Der hatte nämlich darauf hingewiesen, daß, falls sich die weltpolitische Konjunktur nicht zugunsten einer Wiedervereinigung Deutschlands verändere, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung mit den Jahren lernen werde, die Realität zu akzeptieren und sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen⁷¹.

Um die Lernbereitschaft des deutschen Volkes zu fördern, wurde die erwähnte Schuldzuweisung an die sowjetische Adresse für notwendig erachtet. In aller Klarheit wurde an dieser Stelle erneut ausgesprochen, worum es im Notenwechsel dieser Monate nach niederländischer Ansicht im Kern ging, nämlich darum, „den Beweis zu liefern“, daß die Russen die Wiedervereinigung verhinderten. Auf diese Weise würde deutlich werden, daß es zum Anschluß der Bundesrepublik an den Westen keine Alternative gab. Das Dokument verband diesen Gedanken mit der Mahnung zu einem partnerschaftlichen Verhalten des Westens und zu einem raschen Abbau aller Diskriminierungen gegenüber Deutschland. Das leitete zum eigentlichen Kern der Note über, auf den hier aber nicht einzugehen ist. Herauszustellen ist dagegen, wie deutlich diese Deutschland-Note zeigt, daß sich die niederländische Außenpolitik im Sommer 1952 auf eine lang dauernde deutsche Teilung einstellte; wie das mit der öffentlichen Befürwortung der Wiedervereinigung Deutschlands vereinbar ist, wird weiter unten noch einmal aufzugreifen sein. Doch zuvor noch kurz ein Blick auf die Grundlinien niederländischer Politik in den Jahren nach „Stalins Angebot“.

Der Wahlsieg Adenauers im Jahre 1953 wurde in den Niederlanden mit großer Erleichterung aufgenommen⁷², weil er die Stabilität des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses garantierte. Daß selbst die niederländischen Sozialdemo-

lung, daß darin eine ständige Gefahr liegt. Darin bin auch ich absolut sicher. Einer ständigen Gefahr muß also im Augenblick widerstanden werden, und es ist sicher, daß Amerika und England keine große Zahl von Divisionen für den Kontinent zur Verfügung stellen werden, also bleibt die einzige Möglichkeit, Deutschland einzuschalten. Das zieht selbstverständlich die Schwierigkeit nach sich, daß die Gefahr einer eventuellen Aggression durch Deutschland selbst entsteht.“ ABZ, „Ambassadeurs-Conferentie 1951“, Protokoll der Vormittagssitzung vom 9. 8. 1951, S. 52, Departement, 912.10, Nederland, Ambassadeursconferentie 1951, map 1818.

⁷¹ Enthalten in der Fassung vom 12. 7. 1952 (siehe Anm. 70). Botschafter De Booy hatte am 30. 7. 1952 eine eigene Fassung übersandt, die den aufschlußreichen, allerdings in der Endfassung vom 12. 9. 1952 nicht aufgenommenen Satz enthält: „Je deutlicher wird, daß die UdSSR die Wiedervereinigung verhindert, und je mehr sich Westdeutschland in die westeuropäische Gemeinschaft einlebt, desto eher würde die jetzt noch so starke Anziehungskraft der Gebiete östlich der Elbe neutralisiert werden können.“ ABZ, ebd.

⁷² Der mittlerweile als Nachfolger De Booy als niederländischer Botschafter in Bonn akkreditierte A. Th. Lamping berichtete am 10. 9. 1953 von dem „günstigen“ Resultat der Wahlen und erwartete eine „größere Stabilität“ der politischen Situation in der Bundesrepublik, charakteristischerweise mit der ausdrücklichen Hinzufügung „falls keine unvorhergesehenen Umstände eintreten“. ABZ, Telegramm vom 10. 9. 1953 an das Außenministerium, Departement, Geheime Stukken, 911.31, Duitsland West, Politieke verhoudingen en partijen, deel 1, 1946–54.

kraten den Sieg des Kanzlers begrüßten⁷³, ist nicht ohne pikante Note, entspricht aber ganz der damaligen pro-atlantischen Ausrichtung der „Partij van de Arbeid“. Ferner ist zu erwähnen, daß die nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik verstärkt um sich greifende Einheitsrhetorik bei niederländischen Beobachtern mitunter die Wiederkehr alldeutschen Spuks wachrief⁷⁴. Auch im folgenden Jahr wurde das Anschwellen der Wiedervereinigungs-Propaganda wiederholt mit Sorge registriert (so etwa die Gründung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“⁷⁵), darin jedoch kein Anlaß gesehen, die eigenen Positionen zu überprüfen. Im Sommer 1953 wurde in einer weiteren Kabinetts-Note über Deutschland noch einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Option haben müsse, sich frei mit dem Westen zu verbinden⁷⁶. Daß in diesem

⁷³ Der Sozialdemokrat F. Goedhart führte am 16. 12. 1953 in der Zweiten Kammer u. a. aus, daß der Ausgang der bundesdeutschen Septemberwahlen „einen großen Teil der Zweifel weggenommen hat, die man in vielen europäischen Ländern noch immer hinsichtlich der politischen Zuverlässigkeit des deutschen Volkes hegte“, und darüber hinaus bewiesen habe, daß auch der Neutralismus in Deutschland keinen Anklang finde (ebensowenig wie Neonazismus und Kommunismus). Ausdrücklich bezeichnete er „den großen persönlichen Sieg Adenauers“ als „einen Sieg für Europa“, dabei auf den belgischen Sozialisten Paul Henri Spaak verweisend. *Handelingen Tweede Kamer, 38 e Vergadering, 16. 12. 1953, S. 656*. Siehe dazu Friso Wielenga, „Buitenlandse politiek als splijtzwaam. PvdA en SPD in de vroege jaren '50“, in: *Socialisme en democratie* 44 (1987).

⁷⁴ Vgl. den Botschaftsbericht der Bonner Botschaft vom 3. 7. 1953, ABZ, Departement, Geheime Stukken, 911.31, Duitsland Oost, Politieke verhoudingen en partijen, deel II, 1951–54.

⁷⁵ ABZ, Memo's der Mitteleuropaabteilung (die mittlerweile an die Stelle der Deutschlandabteilung getreten war) an das Europadirektorat vom 22. 6. 1954 und 1. 10. 1954, Departement, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Verhouding, deel VII.

⁷⁶ Von Interesse ist hier besonders der Abschnitt 3 mit dem Titel „De Betekenis van een ‚Herenigd Duitsland‘ in verband met de mogelijke regeling van de Duitse kwestie bij een vredesverdrag“, Juli 1953. Hierin wurde noch einmal sehr deutlich bemerkt, daß ein neutrales Deutschland, unbewaffnet oder mit beschränkter Bewaffnung, „unannehmbar“ sei und ein wiedervereinigtes Deutschland deshalb Teil der EVG und der Europäischen Gemeinschaft werden und in diesem Rahmen auch NATO-Mitglied sein müsse (S. 9). Im folgenden wurde die eigene Position in aller Deutlichkeit abgesteckt: „Meiner Meinung nach besteht der Kern der Sache darin, daß der Westen unmöglich ohne weiteres die atlantische und europäische Zusammenarbeit (also unter Einbeziehung Westdeutschlands) opfern kann zugunsten einer ‚Entspannung‘, die mit der ‚Wiedervereinigung‘ Deutschlands gepaart ist. Mit anderen Worten, die ‚Wiedervereinigung‘ kann für den Westen *als ganzen* vorläufig noch kein Ziel an sich sein und wird notgedrungen auf die zweite Ebene verschoben werden müssen, solange die Russen nicht bereit sind, daran unter akzeptablen Bedingungen mitzuarbeiten.“ (S. 10). Diese „akzeptablen Bedingungen“ schlossen allerdings weiterhin jede Übereinkunft mit der Sowjetunion aus, beinhalteten sie doch die Inkorporation des ganzen Deutschlands in die westliche Gemeinschaft, dazu die Möglichkeit der Korrektur der deutschen Grenzen auf friedlichem Wege, den Friedensvertrag mit Österreich und selbst die Korrektur des Status der mittel- und osteuropäischen Länder, mit dem einzigen Zugeständnis der Einschränkung der deutschen Wiederbewaffnung auf den Umfang von 12 Divisionen im Rahmen eines (west-)europäischen Heeres. Alles andere habe „tödliche Gefahren“ für den Westen zur Folge. Der (im übrigen nicht namentlich genannte) Verfasser war immerhin realistisch genug, seinem extensiven Forderungskatalog die Bemerkung hinzuzufügen, daß es fraglich sei, ob die Sowjetunion geneigt sein werde, auf derartige Vorschläge ernsthaft einzugehen. Bezeichnenderweise findet sich dann als handschriftliche Randnotiz auf diesem Text noch die folgende Äußerung: „In der Tat, falls nicht Kreml vor Kollaps steht,

Zusammenhang im Kabinett eine fiktiv anmutende Diskussion darüber stattfand, ob ein Gesamtdeutschland Teil der EVG oder der NATO sein solle, sei nur am Rande erwähnt; es ist aber bezeichnend, daß der Haag seine Besorgnis vor dem zu großen Gewicht eines vereinten Deutschlands in der Auffassung zum Ausdruck brachte, eine Ausbalancierung dieses Gewichts sei nur im Rahmen der NATO möglich⁷⁷.

Als die EVG im Sommer 1954 am Votum des französischen Parlaments scheiterte, war die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO für die Niederlande kein Problem. Schließlich hätte man schon in den Jahren zuvor – wegen des Gewichts selbst des halbierten Deutschlands – die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO lieber gesehen. Die Wiedervereinigung rückte in noch weitere Ferne, als die Bundesrepublik Deutschland 1955 souverän und als NATO-Partner Mitglied des westlichen Bündnisses wurde. Eine Anfang 1955 geführte Kontroverse mit der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zeigt, wie sehr es hier nach Meinung des niederländischen Außenministeriums weiterhin Festschreibungen zu vermeiden, eines Tages vielleicht gangbare Wege offenzuhalten galt, und welche schonende Behandlung der deutschen öffentlichen Meinung noch immer für angezeigt gehalten wurde. In der Deutschlandabteilung des Außenministeriums begrüßte man es zwar durchaus, daß die bekannte Rotterdamer Tageszeitung deutlich von deutschen Wiedervereinigungssillusionen sprach, doch hielt man Bemerkungen für „unerwünscht und auch überflüssig“, nach denen sich die westliche Öffentlichkeit angesichts eines geteilten Deutschlands viel sicherer fühle als mit einem wiedervereinigten Deutschland. Ebenfalls gerügt wurde die von der Zeitung geäußerte Ansicht, daß die westeuropäischen Verbündeten der Bundesrepublik – läge es nur an ihnen – gerne einen Modus vivendi mit der Sowjetunion auf der Basis des Status quo eingehen würden. Das wurde für „absolut inakzeptabel“ erklärt, sei es doch etwas völlig anderes, eine bestimmte Situation aus praktischen Gründen vorläufig hinzunehmen, als sie durch einen Vertrag zu sanktionieren⁷⁸.

wird Moskau diese Vorschläge als ‚tödliche Gefahr‘ betrachten.“ (S. 11). ABZ, AAB, 911.1, Herein Deutschland 1953.

⁷⁷ Es war Ministerpräsident Drees selbst, der ausdrücklich feststellte: „Falls die deutsche Einheit zustandkäme und das Land frei über die Mitarbeit an einem internationalen Verteidigungssystem entscheiden könnte, dann wäre der Sprecher gegen die Aufnahme in die EVG; das vereinte Deutschland würde dann wohl in die NATO aufgenommen werden können.“ ARA, Protokoll des Ministerrats vom 3. 8. 1953.

⁷⁸ ABZ, Memo der Mitteleuropaabteilung an das Europadirektorat vom 29. 1. 1955. Vgl. auch das Memo vom 3. 2. 1955. Beide in: Departement, 912.2, Ost-Deutschland – West-Deutschland, Einheit, 1. 1. 1955–31. 7. 1955. – Die beiden Leitartikel in der NRC vom 12. und 22. 1. 1955 waren in der Tat nicht gerade schonend mit deutschen Wiedervereinigungshoffnungen umgesprungen. Ausgelöst war die niederländische Reaktion durch diverse Neujahrsreden deutscher Politiker, denen man die Mahnung entgegenstellte, das Drängen nach einer Wiedervereinigung habe irrationalen Charakter und Deutschlands Bündnispartner könnten es nicht zulassen, daß die Lunte dieser politischen Zeitbombe angesteckt werde (12. 1. 1955). Am 22. 1. 1955 wurde das Blatt noch deutlicher und erklärte – bei aller prinzipiellen Bejahung der Wiedervereinigung unter für den Westen akzeptablen Bedingungen –, 1) daß die öffentliche Meinung des Westens sich bei einem geteilten Deutschland viel sicherer fühle, als sie sich bei einem wiedervereinigten Deutschland fühlen würde, 2) daß diese

5.

Kommen wir zum Schluß, vergegenwärtigen wir uns noch einmal die wesentlichen Grundelemente der niederländischen Beurteilung der deutschen Frage in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland und verknüpfen wir sie mit einigen Überlegungen zu deren näherer Charakterisierung.

1) Bei der internationalen Behandlung der deutschen Frage nahmen die Niederlande primär die Rolle des Beobachters ein. So intensiv sie an den westlichen Integrationsverhandlungen beteiligt waren, in der Frage der deutschen Einheit waren sie kein unmittelbarer Gesprächspartner. Gleichwohl waren die Niederlande in höchstem Maße an den politischen Entwicklungen jenseits ihrer Ostgrenzen interessiert, denn alles, was sich dort vollzog, konnte, ja es mußte sich – in welcher Form auch immer – früher oder später auf die Niederlande auswirken. Mochten Sicherheitsüberlegungen auch eine ganz andere wirtschaftliche Orientierung nahelegen, an der Geographie ließ sich nichts ändern. Interessiert und betroffen, Beobachter und Objekt sein – das war indes nicht alles. Wiederholt machten die Niederlande den Versuch, ihre Stimme zu Gehör zu bringen, wenigstens in Teilbereichen in den politischen Prozeß miteinbezogen zu werden. In unserem Zusammenhang ist die niederländische Mitgliedschaft in der UNO-Kommission das deutlichste Beispiel. Hier wurde aus dem Beobachter ein Mitbeteiligter, für den es sehr darauf ankam, die Tragweite seiner Schritte genau abzuwägen. So haben die entsprechenden Abteilungen im niederländischen Außenministerium wie auch die diplomatischen Vertretun-

öffentliche Meinung – auch wenn dies eine Vogel-Strauß-Haltung sei – sich niemals für die deutschen Wünsche erwärmen werde, 3) daß daher Lippendienste am Wiedervereinigungsideal das äußerste sei, wozu die Bundesrepublik ihre Verbündeten werde bekommen können, 4) daß Deutschlands westeuropäische Bündnispartner, läge es an ihnen, gerne einen *modus vivendi* mit der Sowjetunion auf der Grundlage des Status quo, einschließlich der deutschen Teilung, annehmen würden, 5) daß es ein Erfolg der westdeutschen Politik sei, daß diese Haltung nicht Inhalt der westeuropäischen offiziellen Politik sei, 6) daß eine Wiedervereinigung auf dem Wege über Moskau nur zu einem Satellitenstatus Deutschlands führen könne und daher 7) die Wiedervereinigung nur auf Kosten der Freiheit zu erzielen sei. So sei die Entscheidung, die die Deutschen treffen müßten, zwar tragisch, aber nicht schwer, es sei denn, sie würden durch das Verlangen nach Selbstvernichtung angetrieben (welches – so konnte sich der Kommentator nicht verkneifen – keine neue Erscheinung in der deutschen Geschichte sei) – dann aber wären die Deutschen keine geeigneten Bündnispartner für den Westen. Auch aus einem weiteren langen Kommentar vom 3. 2. 1955 läßt sich die Besorgnis der führenden liberalen Tageszeitung der Niederlande ablesen, daß die Ermutigung kurzfristiger Wiedervereinigungserwartungen durch westdeutsche Politiker wegen der Unmöglichkeit ihrer Realisierung zu Frustrationen und damit zu einer gefährlichen Destabilisierung führen könnte; als angehender Bündnispartner glaubte man, ohne weiteres zu derartigen Mahnungen berechtigt zu sein. Siehe auch den zurückhaltenderen Kommentar J. L. Heldrings („De Toestand“) in der NRC vom 3. 2. 1955, in dem dieser unterstrich, daß die russische Anwesenheit in Mitteleuropa abnormal sei und eine Festlegung des Westens auf den Status quo daher nicht angehe; Möglichkeiten zu dessen langfristiger Veränderung – selbst wenn diese noch Jahrzehnte auf sich warten lassen könnten – sah er etwa im herausziehenden sowjetisch-chinesischen Konflikt (J. L. Heldring bestätigte den Verfasser die Autorschaft dieses anonymen Kommentars in einem Gespräch am 20. 10. 1986).

gen nicht bloß registriert, sondern auch gründliche eigene Überlegungen angestellt; ihnen galt die Aufmerksamkeit unserer Studie vor allem.

2) In den Jahren von 1940 bis 1945 war Deutschland für die Niederlande zu einem Trauma geworden. Zurück blieben tiefe Wunden, massive wirtschaftliche Folgeschäden, Entschädigungserwartungen und ein hohes Sicherheitsbedürfnis, dazu ein Bild der Deutschen, in dem Gewalttätigkeit mit Irrationalismus, Tüchtigkeit mit Gefühllosigkeit, Untertanengeist mit Unzuverlässigkeit eine bedrohliche Verbindung eingingen. War dieses Monstrum Deutschland auf Dauer oder nur vorübergehend geschwächt? Mißtrauen und Wachsamkeit – immer wieder Wachsamkeit – waren die Verhaltenskategorien, die es niemals zu vernachlässigen galt. Es war keine einfache Einsicht, daß es eine Existenznotwendigkeit war, gerade zu diesem Nachbarn wieder wirtschaftliche Bande zu knüpfen (und bis zu einer neuerlichen Abhängigkeit hin auszubauen), daß die Niederlande im Kalten Krieg dessen Territoriums bedurften, wenn anders ein heißer Krieg nicht sofort im eigenen Lande geführt werden sollte, daß dieses Deutschland gar als militärischer Partner gebraucht wurde, weil auf seine Soldaten und sein Potential nicht verzichtet werden konnte. Doch Nüchternheit und kühl kalkuliertes Wirtschafts- und Sicherheitsdenken ergaben, daß kein anderer Weg gangbar war. Gefühle mochten zur Distanz, zur Abwendung drängen, pragmatisches Kalkül zwang zur Zusammenarbeit. In dem behandelten einleitenden Passus der Kabinetts-Note über Deutschland vom Sommer 1952 kam diese innere Kluft klar zum Ausdruck⁷⁹. Nur die harte Notwendigkeit sei es gewesen, die die Bundesrepublik innerhalb von nur sieben Jahren zum wichtigsten Bündnispartner habe werden lassen, hieß es da, aber die Kluft, die große geistige Distanz, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber Deutschland und den Deutschen erwachsen sei, die sei auch nicht annähernd überwunden. Die Folgerung, die Bundesrepublik könne deswegen kein Bündnispartner sein wie jeder andere, war hart, aber konsequent. Die in der Note sofort anschließend ausgesprochene Mahnung aber, es gelte alle Diskriminierungen gegenüber Deutschland abzubauen, war bereits wieder Ausfluß nüchternen Kalküls. So bestimmten in diesen Jahren gefühlsmäßige Distanz und rational begründete Offenheit das Verhältnis der Niederlande zu seinem Nachbarn im Osten⁸⁰.

3) Als ein „Faß voller gefährlicher Strömungen“⁸¹ war Westdeutschland in den Augen der Diplomaten und Beamten im niederländischen Außenministerium in den Anfangsjahren der Bundesrepublik hochgradig instabil; immer wieder konstatierten

⁷⁹ Wie Anm. 70. Siehe vor allem S. 1 der Fassung vom 12. 9. 1952.

⁸⁰ Der bundesdeutsche Botschafter Mühlens charakterisierte diesen Zustand im Oktober 1954 mit der treffenden Bemerkung, daß im Haag eine „oft zwiespältige Wirklichkeit“ herrsche, „die von dem vorwärtsdrängenden Verstand und dem zögernden Gemüt bestimmt“ werde. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, NA, Abt. 3, 210–01/53, Bd. 2, Mühlensfeld an Bonn, 7. 10. 1954. Vgl. dazu auch Heß/Wielenga, „Veertig jaar na dato: voltooid Nederlands-Duitse normalisering?“, in: Internationale Spectator 39 (1985), S. 686–696, bes. S. 689.

⁸¹ ABZ, Memo der Deutschlandabteilung v. 7. 11. 1951, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1, 1950–54.

sie dort Materialismus, Nihilismus, einen latenten Nationalismus. Das Fehlen einer demokratischen Tradition in Deutschland wurde im Haag geradezu als Axiom gehandelt. Die in den Jahren vor 1933 vorhandenen, aber stets in der Minderheit gebliebenen demokratischen Strömungen und Parteien galten nicht als tragfähige künftige Ansätze für eine bessere Zukunft der Demokratie in Deutschland. Politisch vertrauenswürdige Ansprechpartner wurden nur wenige ausgemacht, aber diese galten als „kostbar“, wie ausdrücklich bemerkt wurde⁸². Anfänglich wurde selbst Adenauer noch nicht dieser Kategorie zugerechnet, erschien der erste deutsche Bundeskanzler doch als unergründlich, schlau, kalt, fordernd, berechnend⁸³. Daß Adenauer sich im Kreise der westlichen Außenminister nicht mit Schuldbekennnissen aufhielt, sondern zur Sache ging, nahm ihm Außenminister Stikker nach einer Begegnung im Jahre 1951 offensichtlich besonders übel⁸⁴. Und doch erwies sich „der Alte“ zunehmend als Hoffnungsträger, als einzig verlässliche Garantie eines akzeptablen deutschen Kurses⁸⁵; doch sein hohes Alter weckte Zweifel an der Dauerhaftigkeit dieser Garantie. Im Vergleich dazu wurden die deutschen Sozialdemokraten, vor allem wegen ihres Flirts mit dem Nationalismus, mit großer Skepsis betrachtet. Bezeichnenderweise wurde eine mögliche Schumacher-Regierung als höchst beunruhigende Perspektive empfunden. So hieß es im Dezember 1951 in der Deutschland-Note für die niederländische UNO-Delegation denn auch, Deutschland unter der Führung Schumachers würde „lästig, ja widerspenstig und dadurch gefährlich“ sein⁸⁶.

Als eine der gefährlichsten deutschen Traditionen galt dem Haag die in der deutschen Geschichte tief verwurzelte östliche Orientierung; Rapallo war da nur das Symbol. Daß Deutschland sich vom Westen abwenden und russischen Sirenenklängen folgen könnte, war – wie in anderen westlichen Ländern, vor allem Frankreich, auch⁸⁷ – damals eine ständige niederländische Sorge. Da mochte Adenauer, wie dies

⁸² Wie Anm. 5, S. 18.

⁸³ Vgl. u. a. den bereits in Anm. 25 genannten Brief der Bonner Botschaft vom 11. 4. 1951. Noch im Bericht Botschafter Lampings vom 28. 8. 1953 wurde Adenauer als „die Sphinx im Bundeskanzleramt“ bezeichnet. ARA, Collectie Stikker, 2.21.156, Inv. Nr. 59, 7 G, NATO, historical developments.

⁸⁴ Es handelte sich hierbei um ein von Adenauer angeregtes und von Stikker arrangiertes Abendessen am 3. 8. 1951, an dem die Minister und führende Beamte von acht Ländern des zu diesem Zeitpunkt in Straßburg versammelten Ministerkomitees des Europarats teilnahmen. Die kritische Bemerkung Stikkers findet sich im Protokoll der Sitzung der niederländischen Botschafterkonferenz am 8. 8. 1951, S. 28 (ABZ, Departement, 912.10, Nederland, Ambassadeurs Conferentie 1951, map 1818). Adenauers Ausführungen während dieses Abendessens wurden in einem Memo der Deutschlandabteilung vom 7. 8. 1951 zusammengefaßt; bezeichnenderweise versah Generalsekretär Boon diesen Text mit der handschriftlichen Notiz: „Fragt alles mögliche – bietet nichts.“ (ABZ, AAB, Geheime Stukken, 921.311, Intégratie, West-Europese Verdediging, 1950–51).

⁸⁵ Schon während der Botschafterkonferenz am 8. 8. 1951 nannte De Booy Adenauer als „einzige Garantie“ im damaligen Deutschland. Protokoll, S. 30 (wie Anm. 84).

⁸⁶ Wie Anm. 28, S. 6; auch im „Vertrouwelijk Résumé No. 46“, S. 7, ebenda.

⁸⁷ Vgl. u. a. Raymond Poidevin, „La France devant le danger allemand, 1944–1952“, in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.), Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht, Festschrift für Andreas Hillgruber, Köln 1985, S. 253–267, bes. S. 255.

ein Stresemann getan hatte, den Weg nach Westen weisen, was aber war nach Stresemann gekommen . . .⁸⁸? Als besonders beunruhigend wurde stets empfunden, daß die Sowjetunion die Mittel in der Hand hatte, nationale deutsche Wünsche in ganz anderem Maße zu befriedigen, als es der Westen je vermochte. Sie verfügte über den Schlüssel zur Wiedervereinigung und sie konnte sogar mit einer Korrektur der Oder-Neisse-Linie locken. Anfang der fünfziger Jahre wurde die Bundesrepublik noch keineswegs als Teil des Westens angesehen, sie erschien als hochgradig verführbar. Es mußten noch Jahrzehnte vergehen, ehe in den Niederlanden akzeptiert wurde, daß die Grenzen des Westens – auch mental – tatsächlich einige hundert Kilometer nach Osten gewandert waren⁸⁹. Der Versuch, jenen östlichen Verlockungen entgegenzuhalten, man sei in der Lage, den Weg zur einzig akzeptablen Form der deutschen Einheit zu weisen, war nicht mehr als eine einfache Überlebensstrategie. In einem gewissen Widerspruch zu der Furcht vor einer möglichen Wendung Deutschlands nach Osten stand die niederländische Auffassung, man werde wohl damit rechnen können, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland pro-westlich ausrichte. Doch das war nur eine nicht unbegründete Vermutung; sicherer Verlaß war darauf nicht.

4) Schon die große Sorge vor dem potentiellen Gewicht der Bundesrepublik allein führte zu dem Bestreben, von vornherein genügend Gegengewichte zu schaffen⁹⁰. Das hieß konkret: Sollte die stets als oberstes Ziel angesehene Integration Westdeutschlands in den Verband der westeuropäischen Staaten tatsächlich mehr Sicherheit schaffen, so durfte daraus dennoch keine gefährliche Abhängigkeit erwachsen, d. h. Großbritannien und die USA durften als Gegengewichte – Frankreich wurde für diese Rolle als nicht potent genug erachtet – nicht ausfallen. Diese Haltung implizierte jedoch keine an sich durchaus folgerichtige Ablehnung jeglichen Nachdenkens über die deutsche Wiedervereinigung. Der Status quo in Europa galt noch keineswegs als ein Faktor der Sicherheit. In einer Kabinettsitzung am 20.7. 1953 unterstrich Ministerpräsident Drees ausdrücklich die große Bedeutung der deutschen Einigung für den Weltfrieden⁹¹. Der Haag sah kein Heil in der bestehenden

⁸⁸ Auf diesen Zusammenhang wurde ausdrücklich in der Deutschlandnote für das Kabinett vom Sommer 1952 verwiesen (siehe S. 6 der Fassung vom 12.9. 1952, wie Anm. 70).

⁸⁹ In dem bereits mehrfach genannten Botschaftsbericht vom 11.4. 1951 erschien Deutschland, „dieses nicht mehr westeuropäische, in sich verteilte Konglomerat teutonischer und anderer Instinkte“, noch selbstverständlich als Teil einer anderen Welt (wie Anm. 25). Ende der siebziger Jahre dagegen stellte der bekannte niederländische Journalist Jerome L. Heldring ebenso selbstverständlich fest, daß Deutschland jetzt mit seinem größeren und wichtigeren Teil zum Westen gehöre („Niederländische Beobachter: Die Bundesrepublik – „stellvertretend“ für Europa?“, in: Johannes Haas-Heye (Hrsg.), *Im Urteil des Auslands. Dreißig Jahre Bundesrepublik*, München 1979, S. 157.

⁹⁰ Dies wurde besonders in der Deutschlandnote für das Kabinett vom Sommer 1952 unterstrichen (siehe S. 6 der Fassung vom 12.9. 1952, wie Anm. 70).

⁹¹ Im Protokoll hieß es: „Der Ministerpräsident weist in diesem Zusammenhang darauf hin, welche große Bedeutung die Einigung Deutschlands für die Erhaltung des Weltfriedens haben könne. Er hält es für wünschenswert, daß nach außen hin nicht der Standpunkt vertreten werde, daß die Vereinigung Deutschlands niemals auf Kosten der westlichen militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland gehen dürfe.“ ARA, Protokoll des Ministerrats vom 20.7. 1953.

Ordnung Europas, und die deutsche Wiedervereinigung war ein wichtiger Posten im Katalog erwünschter Veränderungen. Mit der unausbleiblichen Debatte über die Oder-Neisse-Grenze würde dann zwar wahrscheinlich ein neues Problem entstehen, doch das war eine Frage für die Zukunft. Aus niederländischer Perspektive waren es jedenfalls die Teilung Deutschlands und die ungeklärte Lage Berlins, die für die erhöhte Spannung in Europa sorgten. Wie im Falle einer Wiedervereinigung das Gewicht Gesamtdeutschlands ausbalanciert werden konnte, war ebenfalls keine aktuelle Sorge. Daß dies nur im Rahmen der NATO, nicht dagegen der EVG geschehen konnte, wurde bereits erwähnt.

5) Freilich ist nicht zu verkennen, daß die niederländische Orientierung auf eine deutsche Wiedervereinigung eine Heile-Welt-Option war. Das Beharren des Haag auf einer demokratischen Struktur Deutschlands und auf dessen freier Wahlmöglichkeit, sich als Ganzes mit dem Westen zu verbinden, waren durchaus keine perfiden Schliche, um mit – wie man wohl wußte – unannehmbaren Forderungen an die UdSSR die Wiedervereinigung von vornherein zum Scheitern zu verurteilen, dieser Kurs rührte vielmehr von den selbstverständlichen Implikationen der eigenen politischen Wertordnung und von dem ausgeprägten Verlangen nach Sicherheit her. Wenn jemand – wie der niederländische Botschafter in Bangkok, F. d'Ansembourg, in Reaktion auf das „Vertrauliche Resümee“ vom Dezember 1951 – tatsächlich einmal erklärte, es sei besser, Deutschland bliebe geteilt (apart ausgedrückt in der Wendung, es sei besser, Preußen und Deutsche blieben getrennt⁹²), so erfuhr er vom Ministerium sofort deutlichen Widerspruch⁹³. Noch wollte man dort die Hoffnung nicht aufgeben, die westliche Politik der Stärke würde die UdSSR zu Konzessionen veranlassen⁹⁴. Viel Wirklichkeitssinn sprach daraus nicht. Dies war nur ein Blickwin-

⁹² F. d'Ansembourg ging ausdrücklich von der gegenseitigen Anerkennung des damaligen europäischen Status quo als Voraussetzung einer Entspannung aus. ABZ, Brief vom 7. 1. 1952, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1, 1950–54.

⁹³ In dem Schreiben des Außenministers an den Bangkokener Botschafter hieß es zur Status-quo-Anerkennung:

„Ihre weiteren Betrachtungen bringen Sie dann zu der Schlußfolgerung, daß eine gegenseitige Anerkennung des Status quo in Europa in der Form der Verpflichtung, diesen Status quo nicht mit Gewalt zu verändern, gute Aussicht auf Entspannung bietet. Obwohl ich anerkenne, daß dieser Gedanke an sich richtig wäre, wenn im Moment von einem wohldefinierten Status quo gesprochen werden könnte, meine ich doch, daß er unter den heutigen Umständen nicht zu verwirklichen ist.

Denn wie auf S. 2 des vertraulichen Resümés bemerkt wird, ist es gegenwärtig noch nicht möglich, von einer genauen Abgrenzung in Osteuropa zu sprechen. Obendrein fehlt als notwendiges Erfordernis eine Vertrauensbasis gegenüber der Sowjetunion.

Solange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist es meiner Meinung nach nicht gut möglich, auf die von Ihnen vorgeschlagene Weise die Spannung in Europa zu verringern.

Außerdem verdient wohl unterschieden zu werden zwischen dem Akzeptieren des Status quo in einer bestimmten Periode und dem letztendlichen politischen Ziel, das man anstrebt und das sicher in diesem Fall nicht mit dem Status quo zusammenfällt.“ Zitiert nach der Entwurfsfassung vom 25. 2. 1952; versandt wurde der Brief am 3. 3. 1952, ebenda.

⁹⁴ So sehr diese Hoffnung immer wieder im Hintergrund der eigenen Überlegungen und Aktivitäten stand, so wenig läßt sich zeigen, inwieweit man tatsächliche Chancen zu ihrer Realisierung sah.

kel, doch zeigt sich darin, daß die Bekenntnisse zur deutschen Einheit keineswegs bloße Lippendienste waren – für wie bedeutsam ihr propagandistischer Effekt auch immer gehalten wurde. Freilich war es nicht immer klug und geraten, die eigenen Vorbehalte offen zu äußern⁹⁵. Auf der anderen Seite waren die niederländischen Politiker nüchtern genug zu erkennen, daß die in Europa entstandene Lage womöglich sehr lange währen würde. Ebenso nüchtern registrierten sie, daß Adenauers Wiedervereinigungsrhetorik jegliche Konkretisierungsmöglichkeit fehlte⁹⁶. Sie standen auch nicht an, Veröffentlichungen deutscher Forschungsinstitute zu den wirtschaftlichen Problemen einer Wiedervereinigung in aller Deutlichkeit als „Wunschdenken“ abzutun⁹⁷. So kann weder gesagt werden, daß die deutsche Teilung im Haag für wünschenswert gehalten wurde – wie das in breiten französischen Kreisen offenkundig der Fall war⁹⁸, noch daß sie dort als unwiderruflich angesehen wurde. Vielmehr war die deutsche Teilung aus niederländischer Perspektive ein Faktor, mit dem es auf längere Sicht zu rechnen galt. Den Haag vermied es allerdings, diese realistische Einsicht gegenüber der mit wacher Sorge beobachteten deutschen Öffentlichkeit kundzutun; dies wäre geradezu als leichtfertiges Spiel mit dem Feuer empfunden worden. So handelte man in Übereinstimmung mit den gegebenen Realitäten, unterstrich nach außen hin aber die Zustimmung zum Ziel einer deutschen Wiedervereinigung. Dem heutigen Beobachter erschließt sich diese Spannung zwischen dem nüchternen Kalkül einer realitätsnahen und gegenwartsorientierten Politik und den vagen Hoffnungen auf eine vielleicht bessere Zukunft als Charakteristikum der Deutschlandpolitik des Haag in den frühen fünfziger Jahren; dagegen vermag er dort nicht einmal Spuren für verpaßte Gelegenheiten und vertane Chancen in der deutschen Frage zu entdecken.

Möglicherweise entsprachen die Überlegungen den von J. L. Heldring in seinem erwähnten Kommentar ausgebreiteten Gedankengängen (vgl. Anm. 78). Näheres hierüber wird sich erst nach einer gründlichen Analyse der niederländischen Sowjetunionperzeption sagen lassen, die noch immer ein wichtiges Desiderat ist, während über die ersten Jahrzehnte der niederländischen Beziehungen zur Sowjetunion jetzt die beachtenswerte Studie Ben Knapens (*De lange weg naar Moskou. De Nederlandse relatie tot de Sovjet-Unie, 1917–1942*, Amsterdam 1985) vorliegt.

⁹⁵ Siehe dazu die in Anmerkung 91 zitierte Äußerung von Ministerpräsident Drees. Vgl. auch den geschilderten NRC-Vorfall vom Januar 1955.

⁹⁶ Siehe dazu z. B. den Brief De Booy vom 4. 4. 1952 an das Außenministerium, in dem er Adenauers Frage an die SPD, wie sie denn ihre Wiedervereinigungsvorstellungen realisieren wolle, an Adenauers Politik selbst richtete. ABZ, Departement, 912.2, Oost-Duitsland – West-Duitsland, Eenheidsstreven, deel 5.

⁹⁷ Botschaftsbericht De Booy vom 11. 10. 1952, S. 7, ABZ, Departement, 912.2, Oost-Duitsland – West-Duitsland, Eenheidsstreven, deel 6. Siehe in diesem Zusammenhang auch den Botschaftsbericht vom 11. 8. 1953, ABZ, AAB, 912.20, Duitse hereniging, 1951–1953.

⁹⁸ In seinem Telegramm vom 21. 3. 1952 charakterisierte der niederländische Botschafter in Paris, Baron van Boetzelaer van Oosterhout, zwei Strömungen in der französischen Politik gegenüber Deutschland, die indessen beide Deutschlands Teilung bevorzugten. ABZ, Departement, Geheime Stukken, 912.2, Duitsland Oost – Duitsland West, Eenheid, deel 1.

NORBERT FREI

„WIR WAREN BLIND, UNGLÄUBIG UND LANGSAM“
BUCHENWALD, DACHAU UND DIE AMERIKANISCHEN
MEDIEN IM FRÜHJAHR 1945

An der amerikanischen Ostküste war der 23. April 1945 einer jener glasklaren, tiefblauen Frühlingstage, an denen sich Hochstimmung fast unweigerlich einstellt. Den 18 Journalisten, die auf dem Bordsteig einer C-54 in New York zum Gruppenfoto posierten, war spannungsvolle Erwartung anzumerken. Manchen hatte der Telefonanruf aus dem War Department vor weniger als 72 Stunden erreicht, doch keiner hatte die Reise nach Europa ausgeschlagen. Schließlich war die Einladung von ganz oben gekommen: General Dwight D. Eisenhower, so erfuhren die Teilnehmer noch vor dem Start, habe die Tour persönlich angeregt.

Während einer Frontvisite im Bereich der Ersten und der Dritten Armee am 12. April 1945 hatte der Oberkommandierende der Alliierten Truppen südlich von Gotha das Konzentrationslager Ohrdruf gesehen, ein Nebenlager von Buchenwald. Eisenhower machte aus seinem Entsetzen keinen Hehl. „I never dreamed that such cruelty, bestiality, and savagery could really exist in this world! It was horrible“, schrieb er drei Tage später an seine Frau, und gegenüber George C. Marshall bekannte er, beim Anblick eines Haufens mit den Leichen von 20 bis 30 verhungerten Männern sei ihm übel geworden. Eine Bemerkung, die Eisenhower ans Ende seiner kurzen Schilderung setzte, ließ erkennen, daß sich seine Einstellung zu den Deutschen jetzt weiter verhärtete: „I made the visit deliberately, in order to be in position to give *first-hand* evidence of these things if ever, in the future, there develops a tendency to charge these allegations merely to ‚propaganda‘.“¹

Als Eisenhower diese Worte diktierte, kannte er noch nicht das Schreiben General George Pattons, der an der Besichtigung von Ohrdruf teilgenommen hatte und der den Oberkommandierenden am 15. April über die Befreiung von Buchenwald unter-

* Vorliegender Aufsatz entstand im Zusammenhang mit einer geplanten Studie „Amerikanische Deutschlandpolitik und Deutschlandperzeption 1945–55“ während meines Aufenthalts als Kennedy Fellow am Harvard Center for European Studies 1985/86; an die freundschaftliche Atmosphäre dort denke ich gerne und dankbar zurück.

¹ John S. D. Eisenhower (Hrsg.), Dwight D. Eisenhower, Letters to Mamie, Garden City 1978, S. 248, bzw. Alfred D. Chandler et al. (Hrsg.), The Papers of Dwight D. Eisenhower. The War years: IV, Baltimore, London 1970, S. 2616; die folgenden Angaben und Zitate S. 2621 und 2623; vgl. auch Dwight D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, Amsterdam 1948, S. 469f., und David Eisenhower, Eisenhower: At War 1943–1945, New York 1986, S. 762f., 770.

richtete. Bestärkt durch die neuen Informationen, telegraphierte Eisenhower am 19. April an Generalstabschef Marshall: „We continue to uncover German concentration camps for political prisoners in which conditions of indescribable horror prevail. [...] I assure you that whatever has been printed on them to date has been understatement. If you would see any advantage in asking about a dozen leaders of Congress and a dozen prominent editors to make a short visit to this theater in a couple of C-54's, I will arrange to have them conducted to one of these places where the evidence of bestiality and cruelty is so overpowering as to leave no doubts in their minds about the normal practices of the Germans in these camps.“ Innerhalb weniger Stunden kam die Antwort aus dem Kriegsministerium: Stimson und Präsident Truman hatten den Vorschlag gebilligt. Offensichtlich hielt Washington Eisenhowers Vorschlag für opportun, wenngleich zweifelhaft bleibt, ob die politische Führung auch des Generals unausgesprochene Befürchtung teilte, ohne eine gebündelte journalistische Anstrengung würde die amerikanische Öffentlichkeit die für den Tag geschriebenen Berichte der Kriegskorrespondenten als sensationslüsterne Übertreibungen abtun. Doch sprach manches für die Richtigkeit dieser Prognose.

I.

Von Beginn an hatten die amerikanischen Medien dem nationalsozialistischen Umgang mit Regimegegnern verhältnismäßig geringe Beachtung geschenkt, und von wenigen Ausnahmen (wie beim Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933) abgesehen, hielt sich die Berichterstattung über die Konzentrationslager die gesamte NS-Zeit hindurch in engen Grenzen. Genaue Beschreibungen des Verfolgungssystems gelangten eher zufällig in die US-Presse, etwa durch ehemalige politische Häftlinge, die in die Vereinigten Staaten emigrieren konnten². Ebensovienig wie die Zustände in den Konzentrationslagern zählten der Terror der Gestapo und die aggressive Politik gegen Juden und andere Minderheiten zu den bevorzugten Themen der in Berlin akkreditierten amerikanischen Korrespondenten; die deutsche Zensur und die Furcht vor der jederzeit möglichen Ausweisung bildeten offensichtlich wirksame Blockaden. Diese Hinderungsgründe entfielen zwar, als die letzten in Deutschland verbliebenen amerikanischen Journalisten, die nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 in kollektiven Arrest genommen worden waren, im Mai 1942 im Austausch mit deutschem Botschaftspersonal nach Hause zurückkehren konnten. Aber damit war auch die Beschaffung von Informationen aus und über Deutschland erheblich schwieriger geworden. Die Erlebnisberichte der ehemaligen

² Dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Gerhart Seger, der 1934 nach den USA emigrierte, gelang es, die *New York Times* für ein Interview über die Situation in Deutschland zu interessieren. Um seinen Lebensunterhalt in den ersten Monaten zu bestreiten, verschickte er Kopien des Interviews und offerierte sich als Redner; innerhalb kurzer Zeit erhielt er mehrere Dutzend Einladungen aus allen Teilen der USA. 1935–1949 war Seger Chefredakteur der deutschsprachigen *Neuen Volkszeitung* in New York; vgl. Columbia Oral History Collection, Gerhart Seger.

Korrespondenten, die nun als Bücher erschienen³, bildeten für die nächsten Jahre eine der wenigen leicht zugänglichen Möglichkeiten, sich in den Vereinigten Staaten über die Herrschaftspraxis der Nationalsozialisten zu unterrichten. Trotz ihrer unbestreitbaren Authentizität konnten diese Werke nicht wettmachen, was durch einen über Jahre hinweg zu dünnen Strom politischer Nachrichten aus Deutschland verlorengegangen war: eine klare Vorstellung von der Natur des Unrechtssystems.

Während des Krieges ließ sich dieser Strom nicht plötzlich verbreitern. Seit auch US-Truppen in Europa kämpften, konzentrierte sich das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit im Gegenteil ganz auf die aktuelle Frontberichterstattung. Die Aufnahmebereitschaft der Medien für Meldungen über NS-Verbrechen in Konzentrationslagern, und in zunehmendem Maße in den eroberten Ostgebieten, ging dadurch eher noch zurück.

Eine Untersuchung der Berichterstattung der amerikanischen Tagespresse über die NS-Judenverfolgung zeigt, daß bis Kriegsende Nachrichten über die systematischen Tötungen in den Vernichtungslagern in bestürzender Weise heruntergespielt wurden⁴. In offenkundigem Kontrast zu ihrem Nachrichtengehalt wurden solche Informationen oft nur als kurze Meldungen gebracht. So veröffentlichten die meisten amerikanischen Zeitungen zum Beispiel die ersten konkreten Berichte über die Vernichtungsmaßnahmen gegen Juden in Polen, die im Sommer 1942 von der polnischen Exilregierung bestätigt wurden, lediglich im Inneren und unter distanzierenden Überschriften.

Angesehene Blätter, darunter die *New York Times*, übten sich selbst noch im Oktober 1943 in Zurückhaltung, als die ersten Augenzeugenberichte amerikanischer Korrespondenten aus Babi Jar eintrafen; das potenzierte die besondere Skepsis, zu der sich die Reporter bei der Formulierung ihrer Artikel selbst schon veranlaßt sahen⁵. Zu einem Zeitpunkt, als die ideologische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion offiziell klar in den Hintergrund getreten war, bestand das Prinzip vermindelter Glaubwürdigkeit für Nachrichten aus dem kommunistischen Machtbereich offensichtlich fort. Das mochte politische Einstellungen der schreibenden und redigierenden Journalisten reflektieren, möglicherweise auch ihre Antizipation von

³ Besonders bemerkenswert ist die Gemeinschaftsarbeit des Berliner Redaktionsteams von United Press (UP): Frederick C. Oechsner, *This is the Enemy*, Boston 1942. Das Buch schildert ausführlich die Deportationen, die Ghettoisierung und einzelne Massaker an Juden – und konstatiert in seinem prognostischen Teil, S. 353: „The Nazi Plan is to transfer all European Jews to the East, where a permanent Jewish state will be set up.“ – Weiterhin zu nennen sind der Bericht des langjährigen Berliner Bürochefs von Associated Press (AP): Louis Lochner, *What about Germany?*, New York 1942, und die Bücher des Deutschlandkorrespondenten der *Chicago Daily News*, der Berlin allerdings schon vor dem Kriegseintritt der USA verlassen hatte: Wallace R. Deuel, *Hitler and Nazi Germany*, Chicago 1941, und ders., *People under Hitler*, New York 1942.

⁴ Deborah E. Lipstadt, *Beyond Belief. The American Press and the Coming of the Holocaust 1933–1945*, New York, London 1986; für die folgenden Angaben besonders S. 162–176 und 245.

⁵ Dan DeLuce, der im August 1944 für AP an einer Besichtigung der Überreste von Maidanek teilnahm, erklärte im Interview mit dem Verfasser am 7. 5. 1986, auch nach dem Besuch sei er gegenüber sowjetischen Angaben mißtrauisch geblieben.

Lesermeinungen; daneben ist die Existenz von antisemitischen Ressentiments bei einigen Zeitungen – wie bei anderen Reserve aus Furcht, man könne als zu pro-jüdisch gelten – kaum auszuschließen. Zur Erklärung der übergroßen Vorsicht der amerikanischen Presse in der Berichterstattung über das Schicksal der europäischen Juden sind schließlich zwei medienpezifische Faktoren zu nennen: die routinemäßige Skepsis erfolgreicher Journalisten und die gerade in den Redaktionen herausragender Zeitungen anzutreffende professionelle Obsession, unter keinen Umständen übertreibenden Darstellungen Gehör zu verschaffen.

In einem stark von den Medien mitgesteuerten politischen System wie dem der Vereinigten Staaten mußte eine unzulänglich eingelöste Berichterstattungspflicht der Tagespresse besonders drastische Konsequenzen haben. Doch zweifellos waren es nicht nur medienimmanente Gründe, die zu einer folgenschweren Fehlperzeption und Verdrängung der Realität der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie und schließlich des Holocaust führten. Unterschiedlich ansetzende Forschungsarbeiten haben in den letzten Jahren militärstrategische, technische und politische Argumente offengelegt, zum Teil auch antisemitische Ressentiments innerhalb der politischen Führung der USA⁶. Neben alledem aber scheint eine wichtige Rolle gespielt zu haben, daß viele der Schilderungen über die Todesfabriken im buchstäblichen Sinne „unglaublich“ erschienen. Namentlich Informationen, im Osten des deutschen Machtbereichs könne ein Genozid im Gange sein, überstiegen offensichtlich ebenso die Vorstellungskraft wie die Glaubensfähigkeit vieler Menschen, darunter auch Journalisten und Politiker.

Seit der Eroberung des Gebiets um Aachen im Oktober 1944 besaßen amerikanische Journalisten wieder die Möglichkeit, ihr Publikum aus erster Hand über einen Ausschnitt deutscher Realität zu informieren. Doch erst seit Ende März 1945 trafen die mit den alliierten Truppen im Westen nach Deutschland einrückenden Korrespondenten häufiger auf Kriegsgefangenen-, Fremdarbeiter- sowie auf KZ-Außenlager. Verständlicherweise war ihr Interesse an Lagern mit amerikanischen Kriegsgefangenen zu diesem Zeitpunkt besonders groß, zumal die GIs – wie etwa jene 3200, die am 3. April aus einem Lager bei Bad Orb befreit wurden – im direkten Gespräch mit den Journalisten konkrete Angaben über ihr „shocking prison life“ machen konnten⁷. Immer häufiger meldeten die Reporter nun aber auch Entdeckungen von

⁶ Zuletzt und am eindrucksvollsten: David S. Wyman, *The Abandonment of the Jews. America and the Holocaust, 1941–1945*, New York 1984 (inzwischen liegt auch eine deutsche Ausgabe vor: *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Ismaning 1986); vgl. auch Arthur Morse, *While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy*, New York 1967; Walter Laqueur, *The Terrible Secret. Suppression of the Truth About Hitler's Final Solution*, Boston 1980; Martin Gilbert, *Auschwitz and the Allies*, New York 1981.

⁷ *Chicago Tribune* vom 4. 4. 1945, S. 1; ein Folgebericht am 8. 4., S. 3 („Starved Yanks Tell of Brutal Nazi Treatment. Many Die in Labor Camps, Says Freed Captive“); Zeitungen ohne eigene Kriegskorrespondenten brachten die Berichte von AP und UP. Die Berichterstattung der *Tribune*, damals auflagestärkste Tageszeitung der Welt, dient im folgenden als Beispiel; Vergleichbares ließe sich dokumentieren für *New York Times*, *New York Herald Tribune*, *Chicago Daily News*, *Baltimore Sun*, *St. Louis Post-Dispatch* und einige andere.

Massengräbern wie etwa im „Nazi concentration camp Lager North“⁸ und von anderen Stätten nationalsozialistischer Untaten wie der „Death Factory“ in Hadamar⁹. Fast jeder dieser Augenzeugenberichte spiegelt das blanke Entsetzen der Berichterstatter und ihrer Informanten wider. Oft unter schwierigen Arbeitsbedingungen und bei begrenzten Möglichkeiten zur Recherche verfaßt, halten viele dieser ersten Reportagen in Einzelheiten oder in ihrer Deutung des Gesehenen später gewonnenen Erkenntnissen nicht stand¹⁰. Gleichwohl sind sie häufig von erschütternder Authentizität und geprägt von dem Bemühen, einem viele tausend Kilometer entfernten Publikum „schier unglaubliche“ Tatsachen nahezubringen.

Das Eintreffen in Buchenwald erlebten fast alle Beteiligten, trotz zahlreicher vorangegangener grausamer Entdeckungen, als einen Schock; auf die Konfrontation mit den Zuständen in einem großen Konzentrationslager waren die Truppen ebensowenig vorbereitet wie die sie begleitenden Korrespondenten. Edward A. Murrow, beim amerikanischen Publikum als Autor eindringlicher Rundfunksendungen aus London bekannt, beendete seine Schilderung mit dem Eingeständnis, an den Grenzen seiner journalistischen Möglichkeiten zu stehen: „I pray you to believe what I have said about Buchenwald. I have reported what I saw and heard, but only part of it. For most of it I have no words.“¹¹ Mit diesem bewegenden Appell reagierte Murrow implizit auf die vermutete Skepsis seiner Zuhörer. Offenkundig teilte er Eisenhowers Annahme, die amerikanische Öffentlichkeit müsse von der Faktizität der nationalsozialistischen Grausamkeiten erst noch überzeugt werden.

II.

Am Nachmittag des 25. April, eineinhalb Wochen nach Murrow, besichtigte die vom War Department eingeladene Journalistendelegation Buchenwald. Tags darauf empfing der Oberkommandierende die 18 Chefredakteure und Verleger, die einen Großteil der amerikanischen Presse repräsentierten¹², in seinem Hauptquartier in

⁸ *Chicago Tribune* vom 7. 4. 1945.

⁹ *Chicago Tribune* vom 10. 4. 1945, S. 2; bemerkenswert auch der Bericht, den Sigrid Schultz, in den dreißiger Jahren *Tribune*-Korrespondentin in Berlin, am 26. 4. 1945 nach Angaben einer jungen Französin über das Frauenlager Ravensbrück schrieb, das vier Tage später von der SS „evakuiert“ wurde.

¹⁰ So blieb der Unterschied zwischen Konzentrations- und Vernichtungslagern unklar, zum Beispiel in der ganzseitigen Übersicht über die bis dahin befreiten Lager, *Chicago Tribune* vom 25. 4. 1945: „Millions Die. Yank Captives Starved, Killed“.

¹¹ Alexander Kendrick, *Prime Time. The Life of Edward A. Murrow*, Boston 1969, S. 279. Vgl. auch A. M. Sperber, *Murrow. His Life and Times*, New York 1986, S. 248–253.

¹² Die Delegation bestand aus Vertretern von *New York Times*, *Washington Star*, *St. Louis Post-Dispatch*, *Minneapolis Star-Journal*, *Chicago Sun*, *Detroit Free Press*, *Los Angeles Times*, *Houston Chronicle*, *Kansas City Star*, *Fort Worth Star-Telegram* und *New Orleans Times-Picayune*, der Zeitungsketten Hearst und Scripps-Howard sowie der Zeitschriften *Saturday Evening Post*, *Collier's*, *This Week Magazine*, *American Magazine* und *Reader's Digest*.

Reims. Ben Hibbs, Chefredakteur der Illustrierten *Saturday Evening Post*, schilderte später in seiner Reportage, wie Eisenhower die Gruppe auf eine Mission zu verpflichten suchte: „He realized that Americans, being a decent people, found it hard to believe that such depravity and sadism could exist. [H]e told us frankly that, for the sake of the peace and security of the world, he hoped that some way would be found to blast this skepticism. He wanted somehow to make the American people understand what sort of savages we were dealing with.“¹³

Während Hibbs die Kriegskorrespondenten ausdrücklich in Schutz nahm und das übertriebene Mißtrauen der Leser beklagte, das sogar noch bei der *Post*-Berichterstattung über Maidanek im Herbst 1944 deutlich geworden sei, bekannten sich andere Mitglieder der Kommission in ihren Artikeln selbst zu früheren Zweifeln an der Faktizität der NS-Verbrechen. In einigen Fällen mag es sich dabei um einen journalistischen Kunstgriff gehandelt haben, der dazu diente, die eigene Glaubwürdigkeit durch eine scheinbare Angleichung an den Kenntnisstand der Leser zu erhöhen¹⁴. Häufiger aber wohl waren solche Bekundungen die Konsequenz eines Berufsethos, das Skepsis zu einem Leitprinzip erhoben hatte. Symptomatisch dafür war eine Bemerkung von Malcolm W. Bingay, dem Redaktionsdirektor der *Detroit Free Press*: „I was frankly skeptical about atrocity charges. Having lived through the first world war, I realized too many of them had been exploded as myths and I went over in the attitude of ‚being from Missouri‘.“¹⁵

Wie Bingay beriefen sich mehrere Teilnehmer der Tour auf die Greuelpropaganda des Ersten Weltkrieges, so auch Joseph Pulitzer. Unter dem Eindruck des Grauens, das sich ihm in Buchenwald darbot, schrieb der Verleger der *St. Louis Post-Dispatch* in seinem ersten Artikel aus Europa am 28. April: „I came here in a suspicious frame of mind, feeling that I would find that many of the terrible reports that have been printed in the United States before I left were exaggerations, and largely propaganda, comparable to reports of crucifixions and amputations of hands which followed the last war, and which subsequently proved to be untrue. It is my grim duty to report that the descriptions of the horrors of this camp, one of many which have

¹³ Ben Hibbs, „Journey to a Shattered World“, in: *Saturday Evening Post* vom 9. 6. 1945, hier S. 21. – Anfang der fünfziger Jahre schrieb Hibbs eine Reihe von Artikeln, die unter Eisenhowers Namen in der *Post* erschienen; Unterlagen dazu in: Eisenhower Library, Abilene/Kansas, Hibbs Papers, Box 1.

¹⁴ Viele Korrespondenten versuchten Zweifel auszuräumen, indem sie explizit darüber berichteten. Ein besonders eingängiges Beispiel dafür ist der Artikel von AP-Korrespondent Hal Boyle über einen jungen Mitarbeiter der amerikanischen Militärzensur, den die *St. Louis Post-Dispatch* am 25. 4. 1945 unter folgender Überschrift brachte: „Skeptical Censor Has to See Nazi Horrors for Self -- He's Convinced. ‚Couldn't Be as Bad as Correspondents Wrote', He Said -- Now He Will Believe Anything About the Germans.“

¹⁵ Malcolm W. Bingay, Address before a special meeting of the Economic Club of Detroit, 16. 5. 1945. Ein Exemplar der Rede, ebenso wie Arbeiten anderer Delegationsmitglieder, im Nachlaß von Joseph Pulitzer II in der Library of Congress, Washington, D. C., Box 98 (im folgenden zitiert als Pulitzer Papers).

been and which will be uncovered by the Allied armies have given less than the whole truth. They have been understatements.“¹⁶

Genau eine Woche nach ihrem Besuch in Buchenwald, dem mehrere Tage in Paris folgten, dem Ausgangspunkt aller Exkursionen, wurde die Delegation erneut nach Deutschland eingeflogen. Nach Zwischenstationen in Essen, Mannheim und Ingolstadt traf die Gruppe am 3. Mai 1945 in Dachau ein, das nur vier Tage zuvor von amerikanischen Soldaten befreit worden war¹⁷. Einen Nachmittag lang hatten die Zeitungsleute Gelegenheit, das Lager zu studieren, in dem teilweise noch chaotische Zustände herrschten. In dem Bemühen, möglichst viele der fast Verhungerten und Typhuskranken zu retten, hatte sich die Armee um die zahlreichen Toten bis dahin wenig gekümmert. Die Journalisten stießen noch auf Eisenbahnwaggons mit den Leichen von Häftlingen, die während oder nach der brutalen Evakuierung aus aufgegebenen, weil durch die vorrückende alliierte Front bedrohten, Lagern gestorben waren.

Nachhaltigen Eindruck machte auf viele Kommissionsmitglieder die als „Brausebad“ getarnte Gaskammer, deren Vorraum, wie wenige zu notieren vergaßen, noch mit einem welkenden Blumenstrauß „geschmückt“ war. Zwar fanden die Journalisten keine Evidenz dafür, daß die Gaskammer zur Tötung von Häftlingen benutzt worden war – die Frage ist bis heute nicht eindeutig geklärt¹⁸ –, unter dem Eindruck von Baracken voller Typhuskranker und Unterernährter, Leichengestank, Verbrennungsöfen, Folterinstrumenten und Einrichtungen für die sogenannten medizinischen Versuche schien ihnen das jedoch außer Zweifel zu stehen¹⁹. Fast alle Berichte enthielten eine Beschreibung der Gaskammer, zumal diese Tötungsmethode, wie man inzwischen wußte, in den Lagern in Polen eine so große Rolle gespielt hatte und Dachau diesen Vernichtungsstätten dadurch ähnlicher zu sein schien als das zuvor besuchte Lager Buchenwald.

Trotz eines im wesentlichen gemeinsam absolvierten Programms (die Gruppe teilte sich nur an dem Nachmittag in Dachau) weisen die Veröffentlichungen der Teilnehmer interessante Unterschiede auf. Nicht nur nuancierte jeder ein wenig anders; wichtiger war die Entscheidung über die anzuwendende Stilform: Sollte man das Unerhörte, dessen Augenzeuge man geworden war, seinen Lesern mög-

¹⁶ *St. Louis Post-Dispatch* vom 24. 8. 1945, S. 1.

¹⁷ Den ersten, allerdings verspätet übermittelten Bericht aus Dachau schrieb Marguerite Higgins, Kriegskorrespondentin der *New York Herald Tribune*, die das Konzentrationslager zusammen mit einem Kollegen von *Stars and Stripes* und einem amerikanischen Voraustrupp erreichte, am 29. 4. 1945; vgl. Antoinette May, *Witness to War. A Biography of Marguerite Higgins*, New York 1983, S. 87–91. In deutscher Übersetzung ist der Artikel abgedruckt bei Hermann Weiß, *Dachau und die internationale Öffentlichkeit. Reaktionen auf die Befreiung des Lagers*, in: *Dachauer Hefte 1* (1985), S. 12–38, hier S. 26 f.; Weiß erwähnt auch den Besuch der Pressedelegation in Dachau.

¹⁸ Hermann Langbein u. a. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation*, Frankfurt 1983, S. 277–280.

¹⁹ So zum Beispiel Norman Chandler, der für die *Los Angeles Times* an der Delegationsreise teilgenommen hatte, in einem Artikel für *The Bulletin of the American Society of Newspaper Editors* vom 1. 6. 1945.

lichst faktisch, als Nachrichten, präsentieren – oder war die Form der Reportage angemessener, weil sie bessere Möglichkeiten zur Kommentierung und Deutung bot? Zunächst gaben die jeweiligen Produktionsbedingungen den Ausschlag. Während Ben Hibbs von der *Saturday Evening Post* und William Chenery von *Collier's* ihre Recherchen nach Abschluß der Reise zu eindrucksvollen Magazin-Reportagen zusammenfaßten, lieferten die meisten der für Tageszeitungen arbeitenden Journalisten im Verlauf der Tour ein bis zwei Nachrichtenartikel an ihre Redaktionen. Zusätzlich gingen Meldungen über das Programm der Delegation sowie ein Namensbericht von Leonard K. Nicholson, dem Verleger der *New Orleans Times-Picayune*, durch das Pariser Büro der Nachrichtenagentur AP an die amerikanische Presse. Nicholson begann seine Reportage aus Buchenwald mit der Feststellung, der einzige Weg, um zu einem Bild von dem dort herrschenden Horror zu gelangen, führe über die Vorstellung, selbst Insasse dieses Konzentrationslagers zu sein²⁰.

Nach ihrer Rückkehr in die USA empfanden mehrere der im Tagesjournalismus tätigen Kommissionsmitglieder die Möglichkeiten ihres Mediums offenbar als unzulänglich: Leonard Nicholson, Malcolm W. Bingay, Joseph Pulitzer, Gideon Seymour (*Minneapolis Star-Journal*) und E. Z. Dimitman (*Chicago Sun*), aber auch William I. Nichols, der Herausgeber von *This Week Magazine*, das wöchentlich 6,4 Millionen Sonntagszeitungen beigelegt wurde, ließen Broschüren drucken, in denen sie neben ihren ursprünglichen Artikeln Auszüge aus ihren Tagebüchern oder vor heimischem Publikum gehaltene Reden versammelten. Darin zeigte sich erneut, wie nachhaltig die meisten durch die „Fact-finding Tour“ beeinflusst worden waren. Daß die Gruppe auch in ihrer Gesamtheit ein Bewußtsein für ihre Mission entwickelt hatte, war spätestens am Tag vor ihrer Abreise aus Paris deutlich geworden. Unter der Überschrift „Master Plan in Nazi Brutality. Convincing Proof Found, Group Reports“, verbreitete AP am 5. Mai 1945 den Wortlaut einer von allen Delegationsmitgliedern unterzeichneten Erklärung. Darin heißt es: „The evidence we have seen is not a mere assembling of local or unassociated incidents. It is convincing proof that brutality was the basic Nazi system and method. This brutality took different forms in different places and with different groups. The basic patterns varied little. [...] For these crimes the German people cannot be allowed to escape their share of the responsibility. Just punishment must be meted out to the outstanding party officeholders, to all members of the Gestapo, all members of the SS. Simple justice and the future peace of the world require that all these, by virtue of their position, be indicted as war criminals.“

Auf Unkenntnis beruhende Spekulationen über „Greuelpropaganda“ sollte es nach dem Willen der Delegation in der amerikanischen Presse künftig nicht mehr geben. Das Verbandsorgan der American Society of Newspaper Editors, offenbar angeregt durch die Berichte der Reisegruppe, widmete dem Thema in seiner nächstreichbaren Ausgabe mehrere Seiten. Gideon Seymours „Reflections on Atrocities“

²⁰ Abgedruckt in der Broschüre „The Personal Diary of Leonard K. Nicholson“, in: Pulitzer Papers, Box 97.

hoben auf der Titelseite den grundlegenden Unterschied zwischen den Konzentrationslagern und den Lagern für Kriegsgefangene hervor, den die Presse klar herausstellen müsse, um das Aufkommen jeden Zweifels an der Faktizität der NS-Verbrechen zu verhindern: „For when the American prisoners of war get back and say that they and their colleagues were fairly well treated, except for underfeeding, and that few or none of their number experienced such brutalities as have been reported from Dachau, Buchenwald, Belsen, Ohrdruf, etc., a lot of Americans are going to say, ‚Well then all those atrocities stories were bunk and propaganda.‘“²¹

In derselben Ausgabe veröffentlichte die Verbandszeitschrift mehrere Beiträge zu der Umfrage, ob die US-Presse künftig häufiger als bisher „horror pictures“ über feindliche Untaten an amerikanischen Soldaten abdrucken solle. Die Mehrzahl der Journalisten plädierte für Vorsicht; teils, um die Angehörigen der in Japan weiterkämpfenden Truppen nicht zu beunruhigen, teils aus ethischen Gründen. Für Fotos aus NS-Konzentrationslagern galten solche Erwägungen kaum. Manche Redakteure hielten es zwar für richtig, schockierende Nahaufnahmen zu vermeiden, aber fast alle sahen in den fotografischen Dokumenten wichtiges Informationsmaterial: „The story they tell could not be put into words without raising the question as to the reliability of the writer.“ Aus der Delegation, die Buchenwald und Dachau gesehen hatte, beteiligte sich niemand an der Umfrage; jedoch hätten wohl nur die Vertreter ausgesprochener Familienzeitschriften wie *Collier's* und *Saturday Evening Post*, die keine Fotos von KZ-Häftlingen veröffentlichten, Bedenken erhoben. Die meisten dagegen versuchten, ihre Eindrücke möglichst ungefiltert an die Leser weiterzugeben und durch entsprechende Fotos zu unterstützen. Besonderen Wert darauf legte Joseph Pulitzer.

III.

Schon auf dem Rückweg in die USA trug sich der Verleger der *St. Louis Post-Dispatch* mit dem Gedanken, seine Reisegefährten in einem „Atrocity Club“ zu organisieren. Zwar verfolgte Pulitzer die makabre Idee dann nicht weiter, aber es zeigte sich darin doch seine neu gewonnene Überzeugung, daß es mit einer einmaligen Berichterstattung über die Verbrechen der Deutschen sein Bewenden nicht haben könne. Wie kein anderes Mitglied der Kommission empfand Pulitzer die Verpflichtung, seine mit dem Besuch in Deutschland begonnene Aufklärungsarbeit auf verschiedenen Ebenen fortzusetzen.

Einige von Pulitzers Motiven lagen auf der Hand: St. Louis/Missouri, Erscheinungsort der von Joseph Pulitzer senior zu nationalem Ansehen gebrachten *Post-Dispatch*, war wie kaum eine andere amerikanische Großstadt von deutschen Einwanderern geprägt worden. Selbst Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens dieser Stadt, hielt Pulitzer junior es wohl für ein Gebot politischer Hygiene, aus Unwissen oder Ignoranz resultierende Tendenzen der Verharmlosung des NS-Regi-

²¹ *The Bulletin of the American Society of Newspaper Editors* vom 1. 6. 1945.

mes gar nicht erst aufkommen zu lassen. Hinzu kam zweifellos der Wunsch, die publizistische Verantwortungsbereitschaft – und damit die Bedeutung – seiner Zeitung zu demonstrieren, im lokalen Rahmen ebenso wie im (inter)nationalen. Joseph Pulitzer II, der Zeit seines Lebens im Schatten eines berühmten Vaters stand²², nahm die Reiseerfahrungen vom Frühjahr 1945 zum Anlaß, sich für eine Weile an die Spitze der öffentlichen Diskussion über Deutschland zu setzen.

Wenige Tage nach der Rückkehr aus Europa bekam Pulitzer in New York noch unveröffentlichte Filme zu sehen, die das U.S. Army Signal Corps in den Konzentrationslagern gedreht hatte²³, ebenso die für die US-Truppen bestimmte Dokumentation „Know your Job in Germany“, die vor einem seit Bismarck virulenten deutschen Militarismus und vor jeder Fraternisierung mit der deutschen Zivilbevölkerung warnte. Pulitzer drängte auf eine rasche Freigabe beider Filme für öffentliche Vorführungen. Er berief sich dabei auf die Gründe, die Eisenhower veranlaßt hatten, die Delegationen aus Mitgliedern des Kongresses und der Presse anzufordern, und fügte hinzu: „Anyone who has seen these films will have seen more than we newspaper men saw, as our inquiry was limited to two camps.“ In dem Bericht für die Titelseite der *Post-Dispatch* vom 12. Mai 1945 ließ sich der Verleger mit der konkreten Anregung zitieren, welches städtische Gebäude von St. Louis für eine Vorführung geeignet sei. Bürgermeister Aloys P. Kaufmann verstand den Wink: Er ernannte Pulitzer zum Vorsitzenden eines entsprechenden Bürgerkomitees, und schon am nächsten Tag konnte die *Post-Dispatch* melden, das Stadtoberhaupt habe Präsident Truman telegrafisch gebeten, die beiden Filme freigegeben zu lassen.

Knapp drei Wochen später – Pulitzer hatte inzwischen auch, übertragen von den ihm gehörenden lokalen Rundfunkstationen, vor dem Repräsentantenhaus von Missouri über seine Eindrücke aus Deutschland berichtet²⁴ – trafen die Filme in St. Louis ein. Die Karten für die zunächst geplanten zwölf Vorführungen im städtischen Opernhaus waren bereits im voraus vergriffen, und nach insgesamt 44 Vorstellungen zählte man 81 500 Besucher, was einer Beteiligung von deutlich über zehn Prozent der Erwachsenen entsprach²⁵. Dieses außergewöhnliche, starke Interesse und das in der Presse wiedergegebene positive Echo in St. Louis veranlaßte das War Department, das der Vorführung ursprünglich nur zögernd zugestimmt hatte, die Filme Anfang Juni zur allgemeinen Verwendung freizugeben²⁶.

²² Über Joseph Pulitzer II gibt es nur wenig Biographisches; vgl. die knappe Würdigung von Ronald T. Farrar, in: Perry J. Ashley (Hrsg.), *American Newspaper Journalists, 1920–1959. Dictionary of Literary Biography*, Vol. 29, Detroit 1984, S. 284–289.

²³ Das Material wurde auch für den später in Deutschland eingesetzten Dokumentarfilm „Todesmühlen“ verwandt; dazu Brewster S. Chamberlin, *Todesmühlen. Ein früher Versuch zur Massen-„Umerziehung“ im besetzten Deutschland 1945–1946*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 420–436.

²⁴ *St. Louis Post-Dispatch* vom 17. 5. 1945, S. 1.

²⁵ Berechnung des Verfassers nach US-Zensus 1940 und 1950; Jugendliche unter 16 Jahren durften die Ausstellung nicht sehen.

²⁶ *St. Louis Post-Dispatch* vom 7. 6. 1945. Im Mai 1945, als die Frage von Kinovorführungen in der

Begleitend zu den Filmvorführungen hatte die *St. Louis Post-Dispatch* eine Ausstellung von 25 lebensgroßen Fotos aus Konzentrationslagern organisiert. Allein am Eröffnungstag drängten 5000 Menschen daran vorbei; innerhalb von vier Wochen hatten rund 80 500 Bürger die Aufnahmen gesehen. Ab Ende Juni 1945 wurde die Dokumentation auf Veranlassung Joseph Pultizers in der Library of Congress in Washington gezeigt. Benjamin M. McKelway, der für den *Evening Star* an der Informationsreise nach Deutschland teilgenommen hatte, hielt eine Einführungsrede, der auch Mitglieder der parallelen Kongreßdelegation beiwohnten. Insgesamt verzeichnete die Ausstellung in Washington 88 000 Besucher, und die beiden Filme wurden hier vor rund 75 000 Menschen gezeigt²⁷.

Joseph Pultizers politisch-publizistischer Feldzug war damit noch nicht beendet. Im Vorfeld des Nürnberger Prozesses drängte er vehement auf eine kollektive Anklage des deutschen Generalstabs. Neben den drei anderen Gruppen, die zur Rechenschaft zu ziehen seien – Gestapo, SS, Industrie- und Finanzkreise –, müsse das Militär als am schuldigsten angesehen werden, schrieb er am 20. Mai 1945 in der *St. Louis Post-Dispatch*: „It is these professional and chronic militarists who, day in and day out, year in and year out, and long before Schickelgruber was ever heard of, have deliberately, consistently and uninterruptedly abused their position as soldiers, misled and deceived their own people, let alone the rest of the world, and plunged the world into war twice within 25 years.“ D. R. Fitzpatrick, der prominente Karikaturist der *Post-Dispatch*, stattete den Artikel mit einem grimmigen Cartoon aus, der das deutsche Militär in einer Gefängniszelle zeigte: beschäftigt mit der Planung des nächsten Krieges. Pultizers generell starke Einwirkung in die redaktionelle Gestaltung des Blattes spricht für die Annahme, daß diese und ähnliche Karikaturen auf seinen dezidierten Anregungen basierten.

Die Anweisungen des Verlegers und sein Schriftwechsel mit der Redaktion – wegen eines Augenleidens stets in Sorge um seine Gesundheit, hielt sich Pulitzer oft in Feriendomizilen weitab von St. Louis auf²⁸ – belegen, wie sehr ihn die Frage der Bestrafung der deutschen militärischen Führung beschäftigte. So versuchte er etwa, als andere Quellen offenbar keine entsprechenden Informationen lieferten, unter Einsatz seines Redaktionsarchivs die Zahl der zur Rechenschaft zu ziehenden Angehörigen von Generalstab, SS und Gestapo zu ermitteln²⁹. Im Juni 1945 bat Pulitzer sämtliche Reisegefährten um einen Bericht über ihre bisherigen Aktivitäten und um ihre Einschätzung der Frage, was für das Wachhalten der öffentlichen Meinung bis zur Verurteilung und Hinrichtung der Schuldigen getan werden müsse. Offenbar war er vom Ergebnis seiner Rundfrage nicht sehr angetan, denn das ursprüngliche Vorhaben, die Antworten zu einer Dokumentation zusammenzustellen

Presse diskutiert wurde, erklärten 83 Prozent aller Befragten, sie möchten die Filme gerne sehen; The Gallup Poll. Public Opinion 1935–1971, New York 1972, S. 505.

²⁷ Schreiben von Benjamin McKelway an Ben Reese vom 31. 7. 1945, in: Pulitzer Papers, Box 97.

²⁸ Vgl. Columbia Oral History Collection, Joseph Pulitzer, S. 185 und passim.

²⁹ Unterlagen dazu in: Pulitzer Papers, Box 74.

len, blieb unausgeführt. Stattdessen entschloß sich Pulitzer, wohl auch unter dem Eindruck der ihm nun bekanntgewordenen Broschüren einiger Kollegen, zu seinem „Report to the American People“. Als das 125 Seiten starke Heft im Herbst 1945 erschien, hatte sich Joseph Pulitzers Interesse ganz auf die „Schuldfrage“ verdichtet: „If the reader will join me in my major conclusion that the members of the German General Staff are the guiltiest of all the war criminals, that they should be promptly tried and when found guilty be sentenced and shot, I shall feel that my trip to Europe and my efforts to report what I saw have been justified.“³⁰

Zu einer so monokausalen Schlußfolgerung sah sich kein zweites Mitglied der Journalistendelegation veranlaßt, und vermutlich hätten viele, angesichts der nun allgemeinen Bewunderung für Eisenhower, gezögert, die Bitte um ein Interview zu der Frage, warum „nur einige wenige“ deutsche Militärs in Nürnberg als Kriegsverbrecher zur Rechenschaft gezogen würden, wie Pulitzer im November 1945 mit der Bemerkung zu schließen: „Let me add that I am still trying to carry out the purpose of the assignment that you gave us editors at that time.“³¹ Das war nur schwach verhüllte Kritik, denn inzwischen zeichnete sich ab, daß es zu der von Pulitzer erwarteten Anklage der gesamten deutschen militärischen Führungsschicht nicht kommen würde. Seiner Enttäuschung darüber hatte der Verleger schon am 10. September in einem Leitartikel Luft gemacht, der Eisenhower ausdrücklich in die Reihe nachgiebiger amerikanischer Militärs stellte, die statt einer Anklage eine „Exilierung“ der deutschen Generäle befürworteten³². Spätestens damit war Pulitzer auf die – eine Zeitlang moralisch verständliche, aber von der Realpolitik bald abgedrängte – Linie der „Society for the Prevention of World War III“ eingeschwenkt, unter deren Schirmherrschaft er am 22. Mai 1945 in New York gesprochen hatte³³.

³⁰ Joseph Pulitzer, *A Report to the American People* (St. Louis 1945), S. 5. Durch Charles Ross, den Pressesprecher des Weißen Hauses und früheren Washington-Korrespondenten der *St. Louis Post-Dispatch*, ließ Pulitzer ein Exemplar des Berichts direkt an Truman überreichen; Schreiben von Ross an Pulitzer vom 17. 10. 1945, in: Truman Library, Independence/Missouri, Ross Papers, Box 5.

³¹ Telegramm von Pulitzer an Eisenhower vom 16. 11. 1945, in: Pulitzer Papers, Box 74.

³² Nachträglich mit „Joseph Pulitzer“ gezeichneter Ausschnitt aus der *St. Louis Post-Dispatch* vom 10. 9. 1945, in: Pulitzer Papers, Box 74. – Als „verbrecherische Organisation“ angeklagt – und freigesprochen – wurden in Nürnberg der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht, wozu die Anklagevertretung allerdings nicht die Kommandeure der Armeekorps und der gleichgestellten Offiziere der Marine und Luftwaffe sowie die Stabsoffiziere der vier Stabskommandos und rangniedere Offiziere zählte; vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Band I, Nürnberg 1947, S. 311 f.

³³ Pressemitteilung der „Society for the Prevention of World War III“ für den 23. 5. 1945, in: Pulitzer Papers, Box 98. Eine gründliche Studie über die von dem Schriftsteller Rex Stout geführte Vereinigung ist noch zu schreiben.

IV.

Joseph Pulitzers politisch-publizistisches Engagement im Anschluß an die Deutschlandreise stach durch seine besondere Unbeirrbarkeit hervor, aber mit seinem Plädoyer für eine harte Politik stand er keineswegs allein; etliche seiner Reisekollegen vertraten im Sommer 1945 eine vergleichbare Position. In den von Pulitzer erbetteten Schilderungen ihrer „extracurricularen“ Aktivitäten bekannten sich einige der Delegationsmitglieder zu noch drakonischeren Maßnahmen: William I. Nichols, der Herausgeber von *This Week Magazine*, sprach sich für Kriegsverbrecherprozesse in einer Dimension von bis zu einer Million Verfahren aus und forderte für die Generation der 14- bis 30jährigen, die von der NS-Ideologie besonders durchdrungen sei, eine Art intellektuellen Morgenthau-Plan: „All rights of citizenship and local government should be removed from the German people at the outset.“ Ganz ähnlich äußerte sich E. Z. Dimitman von der *Chicago Sun*; eine strenge, auf bis zu 40 Jahre angelegte Besatzungsherrschaft erschien ihm unvermeidlich. Amon G. Carter, Präsident des *Star-Telegramm* in Fort Worth/Texas, prophezeite, die Deutschen würden den friedfertigen Nationen erneut an die „Kehle gehen“, falls die Amerikaner ihrer Neigung nachgäben, schnell zu vergessen und zu den Besiegten gerecht und generös zu sein: „I am confident that the German people knew what was going on. They were a party to it. [...] Any punishment the final peace terms might decree for the Germans – even the extreme of national sterilization – would not be too severe.“³⁴

In keiner der Antworten auf Pulitzers Rundfrage vom Juni 1945 lassen sich Zeichen eines seit der Rückkehr aus Deutschland milder gewordenen Urteils erkennen, hingegen viele Indizien für die nachwirkende Kraft der Reiseeindrücke. Weit über die Hälfte der Delegationsmitglieder hatte inzwischen Reden gehalten, einige vor mehr als 40 verschiedenen Zuhörerkreisen. Das größte Publikum verzeichnete dabei wahrscheinlich Stanley High, Redakteur bei *Reader's Digest*, der im Juni 1945 in der populären wöchentlichen Sendereihe „Town Meeting of the Air“ erläuterte, warum die Deutschen für die NS-Verbrechen kollektiv verantwortlich seien. Von den Vertretern der Gegenseite, dem Herausgeber der *New Yorker Volkszeitung* Gerhart Seger und George N. Shuster bedrängt, erklärte High unter Beifall der Bürger von Buffalo, New York: „I would be willing to consider as guiltless all Germans who for a minimum of five years were in concentration camps.“³⁵

³⁴ Schreiben von William Nichols vom 20. 6., E. Z. Dimitman vom 5. 7., Amon Carter vom 2. 7. 1945, alle an Ben Reese, in: Pulitzer Papers, Box 97.

³⁵ Schreiben von Stanley High an Ben Reese vom 10. 7. 1945, mit Transkript der Sendung, in: Pulitzer Papers, Box 97. Neben High diskutierte auf der Pro-Seite Bestseller-Autor William Shirer („Berlin Diary“); Shuster, Präsident des Hunter College, wurde später HICOG Land Commissioner in Bayern; zu Seger vgl. auch Anm. 2. – *Reader's Digest* (Auflage 1945: 8,7 Millionen) veröffentlichte – offenbar mit Rücksicht auf seinen Familiencharakter – keinen Augenzeugenbericht Highs, sondern nur das Kondensat eines Artikels seines Reisegefährten Malcolm Bingays, das im August 1945 unter dem Titel „It COULD Happen Here“ die Anfälligkeit auch Amerikas für politischen Radikalismus

Zwar erlauben die lückenhaften Angaben keine Rückschlüsse auf die Zahl der von den Reden der Delegationsmitglieder erreichten Menschen, aber es ist davon auszugehen, daß es sich um signifikante Gruppen handelte, zum Beispiel um die Belegschaft der *New York Times*, die Julius Ochs Adler in einer Ansprache ebenso unterrichtete wie den Princeton Club of New York³⁶. Die Wirkung solcher Auftritte vervielfachte sich, auch wenn die besondere Authentizität des gesprochenen Worts dabei wieder verloren ging, häufig durch eine anschließende Berichterstattung lokaler Zeitungen und Rundfunkstationen. Quantitativ am bedeutsamsten blieben freilich die ursprünglichen Berichte der Reisetilnehmer: Eine Schätzung auf der Basis von Auflagestatistiken ergibt, daß die Berichte der Delegationsmitglieder in rund einem Drittel der Tageszeitungen und in etwa einem Viertel der Publikumszeitschriften der USA erschienen³⁷. Hinzu kamen die durch die Nachrichtenagenturen praktisch an die gesamte Presse übermittelten Informationen vom Verlauf der Delegationsreise und die Filmvorführungen. Auf die eine oder andere Weise wurde im Frühsommer 1945 fast jeder Amerikaner mit den Nachrichten über die deutschen Konzentrationslager konfrontiert.

Wie so oft in der Kommunikationsgeschichtsschreibung, ist es auch in diesem Falle nicht möglich, den relativ einfach zu ermittelnden quantitativen Daten qualitative Informationen abzugewinnen: Auflageberechnungen erlauben per se keine Rückschlüsse auf die individuelle Verarbeitung von Informationen; sogar unter ansonsten idealen methodischen Voraussetzungen wäre die Frage nach den durch die Schwerpunkt-Berichterstattung der Journalistengruppe ausgelösten Veränderungen in der Einstellung des amerikanischen Publikums deshalb nicht zu klären. Immerhin enthalten manche Antworten auf Joseph Pultizers Rundfrage Hinweise darauf, wie Delegationsmitglieder selbst die Reaktionen ihrer Leser empfanden. Wer sich dazu äußerte, sprach von einer ganz außergewöhnlichen Menge zustimmender Leserbriefe, so zum Beispiel Ben Hibbs von der *Saturday Evening Post*: „[T]he letters about my article, which came from all over the country, were more than just the usual complimentary thank-you from readers. Most of them were intelligent, thoughtful, searching. People seem to be deeply concerned personally about the frightening problem of Germany and want to toss their own thoughts into the pot.

untersuchte. Im Juni 1945 hatte die Zeitschrift allerdings einen Auszug aus einer scharfen Anklage Emil Ludwigs gebracht („The Moral Conquest of Germany“).

³⁶ Schreiben von Julius Ochs Adler an Pulitzer vom 22. 6. 1945, in: Pulitzer Papers, Box 97.

³⁷ Die in der Delegation vertretenen Tageszeitungen einschließlich der Ketten Hearst, Scripps-Howard und Knight (letztere war repräsentiert durch einen Redakteur der *Detroit Free Press*) erzielten 1945 zusammen eine Auflage von rund 14 Millionen; die Gesamtauflage der US-Tagespresse betrug damals rund 46 Millionen. Für die Publikumszeitschriften lautete die entsprechende Relation in absoluten Zahlen 24 zu 116 Millionen. Meine Berechnung beruht auf Angaben in: N. W. Ayer & Son's Directory, Newspaper and Periodicals 1945, Philadelphia 1945; Edwin Emery, *The Press and America. An Interpretative History of the Mass Media*, Englewood Cliff³ 1972; Sidney Kobre, *Development of American Journalism*, Dubuque 1969; Theodore Peterson, *Magazines in the Twentieth Century*, Urbana 1956.

[. . .] I received only a scattering few letters from doubters, and even in most of those cases the quibbling was merely about minor details.³⁸

Hibbs' Beobachtungen werden gestützt durch eine repräsentative Gallup-Umfrage: In der ersten Maihälfte 1945, also nachdem zumindest die Tageszeitungen über die Funde der Journalistendelegation schon berichtet hatten, hielten 84 Prozent der Amerikaner die Informationen über die Massentötungen in den Konzentrationslagern für wahr, weitere neun Prozent meinten „wahr, aber übertrieben“. Nur drei Prozent erachteten die Berichte als unwahr, ein Prozent zweifelte und weitere drei Prozent waren unentschieden. Das war zweifellos ein signifikantes Ergebnis, aber auch schon im November 1944 hatten drei Viertel der Bevölkerung den Informationen vertraut³⁹. Die Steigerung auf eine fast vollständige Akzeptanz ging offensichtlich auf den gewachsenen Nachrichtenstrom zurück, ohne deshalb einfach als Resultat der durch die Kommissionsreise ausgelösten Berichterstattung gelesen werden zu dürfen. Im Hinblick auf die Befürchtungen, die Eisenhower und andere noch wenige Wochen zuvor bekundet hatten, stand nun jedoch eindeutig fest: Vermutungen, die Korrespondentenberichte aus Deutschland könnten „Greuelpropaganda“ enthalten, spielten praktisch keine Rolle mehr. Vielmehr wurde das Bekanntwerden der in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen für die öffentliche Meinung der USA im Sommer 1945 zum entscheidenden Faktor in der Diskussion über die Frage, wie mit den besiegten Deutschen weiter verfahren werden sollte. Und zweifellos ging es in erheblichem Maße auf die Informationsgebung in den Medien zurück, wenn das Verlangen nach harter Bestrafung nun für einige Zeit vorherrschte⁴⁰ und das traditionell positive amerikanische Bild von Deutschland und den Deutschen überlagerte.

Angesichts der beträchtlichen Implikationen der politisch-publizistischen Aufklärungskampagne vom Frühjahr 1945 stellt sich die Frage nach ihren Defiziten mit besonderer Schärfe. Wie bereits angedeutet, blieben die Systematik und die Dimension der NS-Verbrechen zumindest in der allgemeinen Öffentlichkeit weiterhin unerkannt. Selbst die militärische und politische Führung, die doch in anderem Maße als die Truppen und die amerikanische Öffentlichkeit über entsprechende Vorinformationen verfügte, war auf die Entdeckungen im Herzen Deutschlands nicht wirklich gefaßt. In gewisser Hinsicht traf zu, was die *Prawda* nach den ersten

³⁸ Schreiben von Ben Hibbs an Ben Reese vom 21. 6. 1945, in: Pulitzer Papers, Box 97.

³⁹ Gallup Poll, S. 504 bzw. 472.

⁴⁰ Anfang Mai 1945 antworteten auf die Frage „What do you think we should do with Germany as a country?“ acht Prozent in „positiven“ Wendungen („be lenient, rehabilitate, reeducate, encourage trade, start afresh“); 46 Prozent waren für scharfe Kontrollen, 34 Prozent für eine politische Zerstückelung und schwere Bestrafung; Gallup Poll, S. 506. – Ein Überblick zum Spektrum politischer Meinungen zu Deutschland bei Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart 1980, bes. S. 92–104; vgl. auch Charles S. Maier, *Production and Rehabilitation: The Economic Bases for American Sponsorship of West Germany in the Postwar Atlantic Community*, in: Frank Trommler und Joseph McVeigh (Hrsg.), *America and the Germans. An Assessment of a Three-hundred-year History*, Philadelphia 1985, S. 59–73.

Berichten über die Befreiung von Konzentrationslagern durch Briten und Amerikaner schrieb: Bislang hätten die alliierten Truppen nur sanfte deutsche Landschaften gesehen und kleine saubere Dorfhäuser; nun sähen sie Konzentrationslager. Aber was sei Buchenwald, fragte das Blatt, und gab die – falsche – Antwort auf die rhetorische Frage: „Es ist Maidanek, jedoch in klein. Unsere Alliierten hatten nicht gesehen was wir sahen. Nun, da auch sie gesehen haben und unser Wissen teilen, werden sie uns besser verstehen.“⁴¹ Tatsächlich aber war Buchenwald gerade nicht mit Maidanek zu vergleichen, waren die Konzentrationslager im Reichsgebiet nicht in eins zu setzen mit den Vernichtungslagern in Polen – trotz des Schreckens der Schlußphase, der die Unterschiede eingeebnet zu haben schien.

Der Schock über die Entdeckungen führte nicht selten zu faktisch falschen Schlußfolgerungen, die sich zum Teil als recht zählebig erweisen sollten. Paradoxiere Weise konnten aber auch daraus historisch-politisch richtige Einsichten erwachsen. Fast scheint es, als habe erst die Konfrontation mit einem nicht für möglich gehaltenen Grauen, dem sich die Journalisten ausgesetzt sahen, den Prozeß einer angemessenen Urteilsbildung ausgelöst, in dem freilich Fehleinschätzungen im einzelnen – etwa Pulitzers Überbewertung des „preußischen Militarismus“ – nicht ausblieben. Gleichsam auf interpretatorischen Um- und Irrwegen erschloß sich der amerikanischen Öffentlichkeit nach Kriegsende die Natur des nationalsozialistischen Unrechtsregimes.

Weitgehend unerkannt blieb zunächst besonders die Spezifik der NS-Judenverfolgung; sie kam weder in den Berichten der regulären Korrespondenten noch in den Arbeiten der Delegationsmitglieder zum Ausdruck⁴², in denen neben der Präsentation des persönlich Gesehenen vor allem die Frage der Schuld und des weiteren Prozedere aufgeworfen wurde. Statt konkret von den verfolgten rassischen, politischen und sozialen Gruppen war meist nur allgemein von „Nazi prisoners“ die Rede, und häufig genug schloß dies sogar die amerikanischen Kriegsgefangenen mit ein. Eine intellektuelle Verknüpfung der seit Ende 1944 klar vorliegenden Informationen über die Vernichtungsaktionen im Osten mit der bei Kriegsende in den Konzentrationslagern im Reichsgebiet vorgefundenen Situation fand noch kaum statt; nur ganz langsam kristallisierte sich die Realität des Genozids an den europäischen Juden heraus. Dafür gab es eine Reihe von Gründen, darunter vor allem die sozialpsychologische Belastung aus der noch uneingestandenem Erkenntnis, als Nation zu wenig zur Rettung der verfolgten Juden getan zu haben. In diesem Kontext muß auch die anhaltende Unfähigkeit der amerikanischen Medien zu einer angemessenen Interpretationsleistung gesehen werden, und gerade deshalb wog sie besonders schwer. Es sollte mehr als 20 Jahre dauern, ehe sich dieses Dunkel zu lichten begann⁴³.

⁴¹ Von mir übersetzt nach dem Zitat bei David Eisenhower, S. 766.

⁴² Das betonen in ihren jeweiligen kurzen Schilderungen des Delegationsbesuches Wyman, S. 325 ff., und Lipstadt, S. 254–257.

⁴³ Dazu ein interessanter Essay von Leon Jick, *The Holocaust: Its Uses and Abuses*, in: *Brandeis Review*, Frühjahr 1986, S. 25–31.

Wie tief das strukturelle Unwissen bei Kriegsende noch war, läßt die bereits zitierte Gallup-Umfrage vom Mai 1945 erkennen – im Hinblick auf die Fragenden wie die Befragten: „Nobody knows how many have been killed or starved to death but what would be your best guess?“, lautete die Frage, die im Durchschnitt mit „einer Million“ beantwortet wurde⁴⁴. Dieses Ergebnis spiegelte freilich auch die allgemeine Bewußtseinslage der amerikanischen Öffentlichkeit, in der die Hoffnungen auf eine baldige „Rückkehr zur Normalität“ stiegen, die aber zugleich geprägt war durch die traumatische Erfahrung von Pearl Harbor und der seit Jahren andauernden Kriegsführung an zwei weit auseinanderliegenden Schauplätzen: Als die Schreckensmeldungen über die Zustände in den NS-Konzentrationslagern kamen, war der Kampf gegen Deutschland in der Schlußphase oder schon beendet, nicht aber der Krieg gegen Japan. Das schlug sich in einer vergleichenden Umfrage vom Juni 1945 nieder, wonach 82 Prozent aller Amerikaner die Japaner für grundsätzlich grausamer („more cruel at heart“) hielten als die Deutschen. Entsprechend war nur ein Drittel der Meinung, die Deutschen hätten die Tötung und das Verhungernlassen von Gefangenen „gänzlich“ gebilligt, während das für die Japaner, gegenüber denen in der amerikanischen Öffentlichkeit ohnehin starke ethnische Vorurteile bestanden, von fast zwei Dritteln der Befragten angenommen wurde⁴⁵.

Erst im Verlauf des Nürnberger Prozesses, der in der amerikanischen Presse eine Aufmerksamkeit erfuhr wie kein anderes Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte (ausgenommen vielleicht die Berliner Blockade), begann eine systematische Verarbeitung der Informationen über die nationalsozialistische Judenvernichtung. Aber es war noch zu früh für eine publizistische (Selbst-)Kritik, deren Tenor Martha Gellhorn in einem singulären Bericht über die „experimentellen Morde“ in Dachau im Juni 1945 vorweggenommen hatte: „We are not entirely guiltless, we the Allies, because it took us twelve years to open the gates of Dachau. We were blind and unbelieving and slow, and that we can never be again. We must know now that there can never be peace if there is cruelty like this in the world.“⁴⁶

⁴⁴ Gallup Poll, S. 504. Bei der vorangegangenen Umfrage im November 1944 hatten 27 Prozent die Zahl der Getöteten auf „100 000 und weniger“ geschätzt, insgesamt 24 Prozent nannten Zahlen zwischen 100 000 und über sechs Millionen, 25 Prozent wollten nicht schätzen (die Ziffern addieren sich zu 76 Prozent, dem Anteil derer, die die Berichte für wahr hielten); ebenda, S. 472.

⁴⁵ Daß die Grausamkeiten „teilweise“ gebilligt wurden, meinten im Hinblick auf die Deutschen 51 Prozent, im Hinblick auf die Japaner 25 Prozent der Befragten. Unterschiede in der Schulbildung, so wird ergänzend festgestellt, spielten kaum eine Rolle: „The majority in all groups [thinks] that the Japanese people show instincts considerably less civilized than the German people.“; Gallup Poll, S. 508 f.

⁴⁶ *Collier's* vom 23. 6. 1945.

Miszelle

MATHIAS BEER

DIE ENTWICKLUNG DER GASWAGEN BEIM MORD AN DEN JUDEN

Unter Gaswagen ist ein besonderes Produkt des Dritten Reiches zu verstehen, nämlich ein Lastkraftwagen, auf dessen Fahrgestell ein luftdicht abgeschlossener Kastenaufbau montiert war, in dem durch das Einleiten von Auspuffgasen Menschen getötet wurden. Der Begriff ist erst später geprägt worden: „Gaswagen – das war hinterher die geläufige Bezeichnung.“¹ In den Dokumenten der Zeit begegnet man ihm nicht. Dort ist von Sonder-Wagen², Sonderfahrzeugen³, Spezialwagen⁴ und S-Wagen⁵ die Rede. In einem Schreiben vom 11. April 1942 wird aus Tarnungsgründen von Entlausungswagen gesprochen⁶.

Den insgesamt vierzehn Dokumenten zu diesem Komplex ist zu entnehmen, welche Fahrzeugtypen zu Gaswagen umgebaut wurden und welches die technischen Daten der Aufbauten waren; man lernt die Herstellerfirma kennen, erfährt von technischen Verbesserungen aufgrund der praktischen Erfahrung, vom Einsatz und

¹ Aussage von Gustav Laabs, dem Fahrer eines Gaswagens in Chelmino, vom 29. 11. 1960, Staatsanwaltschaft (StA) Bonn, Aktenzeichen (Az) 8 Js 52/60 [ZSL, Az. 203 AR-Z 69/59, Bl. 912]. Dieser Begriff wird auch in der Literatur und von Zeugen verwendet. Raul Hilberg, *The destruction of the European Jews*, Chicago 1961, S. 219, spricht von „gas van“, offenbar eine Übersetzung des deutschen Wortes. SS-Obersturmführer Walter Rauff, Gruppenleiter der Dienststelle II D (Technische Angelegenheiten) im RSHA spricht in seiner Eidesstattlichen Erklärung vom 19. 10. 1945 von „death vans“; Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (IMT) Bd. 30, Dok. 2384-PS. In der Beschreibung des IMT-Dok. 501-PS wird von Vergasungswagen gesprochen.

² Schreiben von Rauff an das KTI vom 26. 3. 1942. Kopie in der ZSL, Ordner: Verschiedenes Nr. 227.

³ Aktenvermerk vom 27. 4. 1942, Kopie in der ZSL, USA Dok. Film I, Bl. 19–25; Schreiben der Firma Gaubschat an das Referat II D 3 a des RSHA vom 14. 5. 1942, ZSL, USA Dok. Film I, Bl. 28.

⁴ Aktenvermerk vom 5. 6. 1942, Kopie ZSL, USA Dok. Film I, Bl. 9–14; Faksimile in: *Nationalsozialistische Massentötung durch Giftgas. Eine Dokumentation*, hrsg. von A. Rückerl/E. Kogon/H. Langbein u. a., Frankfurt a. M. 1983, S. 333–337. Schreiben des SS-Obersturmführers Schäfer an Rauff vom 9. 6. 1942, IMT-Dok. 501-PS.

⁵ Schreiben des SS-Hauptsturmführers Trühe an Rauff vom 15. 6. 1942, IMT-Dok. 501-PS. Das „S“ ist wohl die Abkürzung von *spezial* bzw. *sonder*. Diese Adverbien haben sich ursprünglich auf den Kastenaufbau bezogen, der eine Sonderanfertigung war. Vgl. Aktenvermerk vom 23. 6. 1942, Kopie ZSL, USA Dok. Film II, Bl. 14–16, wo von Spezialaufbauten die Rede ist. Die Verbindung mit dem Tarnwort *Sonderbehandlung*, d. h. *Töten*, IMT-Dok. 501-PS, liegt auf der Hand.

⁶ Schreiben des SS-Gruppenführers Harald Turner an SS-Obergruppenführer Karl Wolff, Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS (RFSS), vom 11. 4. 1942, StA München II, Az. 10 a Js 39/60 Anklageschrift [ZSL, Az. Sammelakte 137, Bl. 164–167].

dem Einsatzort einzelner Fahrzeuge, und es werden Dienststellen sowie Personen genannt, die mit den Gaswagen befaßt waren. So entsteht zwar ein recht genaues, aber kein vollständiges Bild, weil es Dokumente erst aus der Zeit ab 1942 gibt, als Gaswagen schon zum Töten von Menschen eingesetzt wurden⁷. Mit Hilfe der schriftlichen Quellen kann deshalb kaum etwas über die Zeit gesagt werden, in der die Gaswagen entwickelt worden sein müssen. Der Entscheidungsprozeß, der zum Bau und Einsatz dieser Fahrzeuge geführt hat, bleibt somit im dunkeln. Einen Ausweg aus dieser Lage bieten die zahlreichen seit 1945 geführten Strafprozesse. In der Bundesrepublik haben vor allem die seit der Einrichtung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg (ZSL) im Jahre 1958 eingeleiteten Verfahren unseren Kenntnisstand bezüglich der Verbrechen des NS-Regimes erweitert⁸. Allerdings ist es dem Historiker nicht erlaubt, Gerichtsurteile unüberprüft zu übernehmen, da Justiz und Geschichtswissenschaft von unterschiedlichen Zielsetzungen geleitet werden⁹. Für ihn sind in erster Linie die Zeugenaussagen von Belang, weil sie helfen, Quellenlücken zu schließen. Aber Zeugenaussagen können wegen ihrer Eigenart nur dann gleichrangig, d.h. wie Dokumente behandelt und von der historischen Forschung nutzbringend ausgewertet werden, wenn bestimmte Grundsätze beachtet werden¹⁰. Die Grundvoraussetzung ist, die Verbindung von Aussagen und quellenkritisch überprüften Dokumenten möglichst nicht aufzugeben, d.h. den wahrscheinlichen immer mit dem gesicherten Sachverhalt zu koppeln¹¹. Auch auf diese Art und Weise kann nicht jede Frage zufriedenstellend beantwortet werden. Es gibt Zeugenaussagen, die davon berichten, daß bei der Räumung von Heilanstalten für Geistesranke in Polen 1939/1940 ein hermetisch abgeschlossener Anhänger benutzt worden sei, mit der Aufschrift „Kaisers-Kaffee-Geschäft“, dem eine Zugmaschine vorgespannt

⁷ Das früheste Dokument stammt vom 26.3.1942, vgl. dazu Anm. 2. Im Aktenvermerk vom 5.6.1942 wird darauf hingewiesen, daß seit Dezember 1941 mit drei Wagen 97 000 Menschen „verarbeitet“, d.h. getötet wurden, vgl. dazu Anm. 4.

⁸ Vgl. dazu: A. Rückerl (Hrsg.), NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo, München 1977; ders., NS-Prozesse nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten, Grenzen, Ergebnisse, Karlsruhe 1971; Nationalsozialistische Massentötung, Frankfurt a.M. 1983. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank der ZSL aussprechen für die gewährte Unterstützung und die vielen Anregungen, besonders Herrn Oberstaatsanwalt Dr. A. Rückerl †, Herrn Oberstaatsanwalt A. Streim, Herrn Staatsanwalt W. Dreßen, Herrn Amtsinспекtor S. Fritschle und last but not least Frau H. Doms von der Dokumentation.

⁹ I. Arndt/W. Scheffler, Organisierter Massenmord an den Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Ein Beitrag zur Richtigstellung apologetischer Literatur, in: VfZ 24 (1976), S. 115, Anm. 20.

¹⁰ Vgl. als mustergültiges Beispiel: A. Streim, Die Behandlung der Kriegsgefangenen im Fall Barbarossa, Heidelberg 1981, S. 74 ff.

Die unterschiedliche Qualität von Dokumenten und Zeugenaussagen wird im folgenden dadurch kenntlich gemacht, daß bei jedem Zitat einer Aussage darauf hingewiesen wird.

¹¹ Dadurch erhält man z. B. die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit der Zeugen zu überprüfen. Besteht zwischen Dokument und Aussage Übereinstimmung, kann damit gerechnet werden, daß der Zeuge zuverlässige Aussagen auch für durch Dokumente nicht abgedeckte Sachverhalte macht.

war. Im Anhänger sollen Kranke mit aus Stahlflaschen eingeleitetem reinen Kohlenmonoxid (CO) getötet worden sein¹². Der Ursprung dieser Fahrzeuge kann, gerade weil Dokumente fehlen, nicht geklärt werden. Allerdings gibt es Hinweise für die Beantwortung der Frage, ob zwischen „Kaisers-Kaffee“-Wagen und Gaswagen eine Verbindung besteht. Deshalb wird zunächst auf die wenigen Zeugnisse eingegangen, die sich auf den „Kaisers-Kaffee“-Wagen beziehen und anschließend auf die Entwicklung der Gaswagen.

Mit einem auf den 1. September 1939 datierten Schreiben ermächtigte Hitler seinen Begleitarzt Dr. Karl Brandt und den Reichsleiter Philipp Bouhler von der „Kanzlei des Führers“, die „Euthanasie“ durchzuführen¹³. Mit der Erprobung geeigneter Tötungsverfahren wurde das Kriminaltechnische Institut (KTI) im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) beauftragt, das zu dem Schluß kam, am geeignetsten sei die Tötung mit Hilfe von CO¹⁴. Nachdem Anfang Januar 1940 im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg/Havel eine Probevergasung durchgeführt worden war – in einem luftdicht abgeschlossenen Raum tötete man Geisteskranke mit Hilfe von reinem CO¹⁵ –, kam dieses Verfahren auch in allen anderen „Euthanasie“-Anstalten zur Anwendung. Das notwendige CO bezog die Kanzlei des Führers aufgrund eines Gespräches zwischen dem Dienststellenleiter Brack und Widmann, Leiter des Referates V D 2 (Chemie und Biologie), getarnt über das KTI¹⁶. SS-Untersturmführer Becker holte auf Befehl von Nebe, Leiter des Amtes V (Verbrechensbekämpfung) im RSHA, die Stahlflaschen bei der IG-Farben in Ludwigshafen ab und brachte sie zu den einzelnen Anstalten¹⁷. Auch SS-Sturmbannführer Heess, Leiter des KTI, war die enge Beziehung zwischen der Kanzlei des Führers und dem KTI bekannt¹⁸.

Der „Kaisers-Kaffee“-Wagen arbeitete nach dem gleichen Prinzip wie die Gaskammern der „Euthanasie“-Anstalten. In einen Anhänger wurde mit Hilfe von Leitungen aus einer an der Zugmaschine angebrachten Stahlflasche CO eingeleitet. Er war also eine auf Räder gestellte Gaskammer¹⁹. Zeugenaussagen berichten, daß ab Dezember 1939 in pommerschen, ostpreußischen und polnischen Heilanstalten Gei-

¹² Aussage von H. H. Renfranz vom 10. 10. 1962, STA Hannover, Az. 2 Js 614/62 [ZSL, Az. V 203 AR-Z 1101/1960, Bl. 2]. Vgl. auch Nationalsozialistische Massentötung, S. 62 ff.; E. Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebenswerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1983, S. 106 ff. und 190 ff.

¹³ IMT, Bd. 26, S. 169.

¹⁴ Aussage A. Widmann, Leiter der Abt. V D 2 (Chemie und Biologie) im KTI, vom 11. 1. 1960; StA Düsseldorf, Az. 8 Js 7212/59 [ZSL, Az. 202 AR-Z 152/59, Bl. 51 f.]; Aussage von A. Becker, 20. 6. 1961, StA Stuttgart, Az. 13 Js 328/60 [ZSL, Az. 439 AR-Z 18 a/60, Bl. 1001 ff.]. Vgl. dazu auch Nationalsozialistische Massentötung, S. 46; Klee, „Euthanasie“, S. 84 f.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Aussage A. Widmanns vom 27. 1. 1959, StA Düsseldorf, Az. 8 Js 7212/59 [ZSL, Az. 439 AR-Z 18 a/60, Bl. 36 f.]; Klee, „Euthanasie“, S. 84 f.

¹⁷ Aussage A. Beckers vom 28. 1. 1960, STA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 36 ff.].

¹⁸ Aussage Walter Schades vom 12. 2. 1959, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 110 ff.].

¹⁹ Vgl. Anm. 12.

steskrankte durch das Sonderkommando Lange in solchen Wagen getötet worden seien²⁰. Der Name des Kommandos leitet sich von dem seines Leiters ab, SS-Obersturmführer und Kriminalrat Herbert Lange. Das Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers Koppe an SS-Gruppenführer Sporrenberg beleuchtet den Einsatz dieses Kommandos in Soldau:

„Das mir für besondere Aufgaben unterstellte sogenannte Sonderkommando Lange war in der Zeit vom 21. 5. bis 8. 6. 1940 gemäß der mit dem Reichssicherheitshauptamt getroffenen Absprache nach Soldau in Ostpreußen abkommandiert und hat während dieser Zeit vom Durchgangslager Soldau aus 1558 Kranke evakuiert.“²¹

Einen solchen Wagen brachte Lange entweder vom RSHA mit (dafür sprechen die Aussagen von Gustav Sorge²² und die bedeutende Rolle der Gruppe II D, Technische Angelegenheiten, im RSHA bei der späteren Entwicklung der Gaswagen²³) oder er ließ ihn in Zusammenarbeit mit dem RSHA selbst herstellen²⁴. Alfred Trenker, Stellvertretender Leiter der Stapostelle Posen, sagte aus, Lange habe ihm im Sommer 1940 erzählt, daß er öfter nach Berlin zum RSHA fahren müsse, um „Besprechungen über den geeigneten Typ von Vergasungswagen“ zu führen²⁵.

Diese Angaben deuten darauf hin, daß die Anwendung der „Kaisers-Kaffee“-Wagen auf das Sonderkommando Lange zugeschnitten war, das vermutlich den Auftrag hatte, diese Fahrzeuge praktisch zu erproben. Sie scheinen sich aber nicht bewährt zu haben (Lange äußerte sich entsprechend gegenüber Trenker²⁶), und das Sonderkommando Lange wurde bald nach dem Einsatz in Soldau beurlaubt. Ab diesem Zeitpunkt liegen keine Nachrichten über den Einsatz solcher Wagen vor.

Der Briefwechsel über noch ausstehende Zahlungen im Zusammenhang mit dem Sonderkommando Lange, der sich bis Februar 1941 hinzog, zeigt, daß auch Himmeler die ganze Angelegenheit bekannt war. Im Schreiben Koppes an Karl Wolff, Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS, vom 22. Februar 1941 heißt es, „dass im Auftrage des Reichsführers SS Sie [Wolff] die Entscheidung wegen der Bezahlung der Transportkosten treffen würden“²⁷.

²⁰ Ebenda.

²¹ Kopie ZSL, USA Dok. Bd. II, Bl. 6; vgl. auch Klee, „Euthanasie“, S. 191.

²² Dieser sagte am 7. 3. 1962 aus, daß vor 1941 ein anderer „Gaswagen“ in Sachsenhausen erprobt und hergestellt worden sei; StA Hannover, Az. 2 Js 299/1960 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 277 ff.]. Vgl. auch Rückertl, NS-Vernichtungslager, S. 268, Anm. 55.

²³ Vgl. dazu die Ausführungen S. 409 f.

²⁴ Aussage A. Trenkers vom 17. 5. 1962, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 635].

²⁵ Aussage vom 16. 5. 1961, StA Bonn, Az. 8 Js 52/60 [ZSL, Az. 203 AR-Z 69/59, Bl. 678 f.].

²⁶ Vgl. Anm. 24.

²⁷ Kopie dieses Briefwechsels in: ZSL, USA Dok. Bd. I, Bl. 90 und 98; Bd. II, Bl. 801–807. Vgl. auch Klee, „Euthanasie“, S. 190–193. Bezeichnenderweise befindet sich auf dem Schreiben ein Vermerk Wolffs, daß er in der Angelegenheit telefonisch mit Brack, einem der „Euthanasie“-Verantwortlichen, gesprochen habe.

Ausgehend vom Zeitpunkt des ersten Einsatzes ist damit zu rechnen, daß „Kaisers-Kaffee“-Wagen ab Ende 1939 bis Mitte 1940 hergerichtet wurden, und zwar unter Mitwirkung der Kanzlei des Führers und des RSHA.

Am 15. und 16. August 1941 war Himmler in Baranowitschi und Minsk²⁸ und beobachtete eine Erschießungsaktion im Bereich der Einsatzgruppe B²⁹. Der anwesende Höhere SS- und Polizeiführer Rußland Mitte, von dem Bach-Zelewski, berichtete später, Himmler sei dabei sichtbar bewegt gewesen³⁰. Danach habe Himmler eine Heilanstalt für Geisteskranke besucht und anschließend den Führer der Einsatzgruppe B, Nebe, angewiesen, nach Wegen zu suchen, um das Leiden dieser Menschen so schnell wie möglich zu beenden³¹, da er nach den Erfahrungen bei der Erschießung zu dem Schluß gekommen sei, „daß Erschießen doch nicht die humanste Art“ sei³². Darüber sollte er „einen Bericht“ einreichen. Himmler wandte sich an Nebe, da das KTI, das dem Amt V unterstand, sich schon bei der Erprobung von Tötungsverfahren im Rahmen der „Euthanasie“ ausgezeichnet hatte, so daß jetzt auf seine Erfahrung zurückgegriffen werden konnte.

Nebe war zugleich Chef des Amtes V im RSHA. In dieser Eigenschaft ließ er Anfang September Widmann mit Sprengstoff und zwei Metallschläuchen nach Minsk kommen³³. Widmann hatte diesen Auftrag mit seinem direkten Vorgesetzten Heess besprochen. Daraus geht hervor, daß außer der Belastung der Erschießungskommandos ein weiterer Grund für die nachfolgenden Experimente vorlag:

„Es ist mit Heess auch über die Anwendung von Gas zur Tötung der Geisteskranken gesprochen worden, insbesondere darüber, daß der Transport von CO-Flaschen nach Rußland unmöglich sei.“³⁴

Die CO-Flaschen wären notwendig gewesen, wenn man „Kaisers-Kaffee“-Wagen

²⁸ Dienstagebuch Bach-Zelewskis, Bundesarchiv, Sign. R 20/45b, Kopie ZSL, Findmittelschrank Nr. 37. Demnach war Himmler am 30. 7. 1941 in Baranowitschi und am 15./16. August in Baranowitschi und Minsk. Am 15. August wurde Bach hinzugezogen, so daß Himmlers Beobachtung der Erschießung wohl am ehesten auf diesen Tag zu datieren ist. Vgl. dazu auch die Aussage der russischen Ärztin N. N. Akimova, die von einem Besuch Himmlers in einer Heilanstalt im August 1941 spricht; bei A. Ebbinghaus/G. Preissler, Die Ermordung psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Dokumentation, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985, S. 188.

²⁹ Zur Einsatzgruppe B: H. Krausnick/H.-H. Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1982, S. 179 ff.

³⁰ Aussage Bach-Zelewskis in: Aufbau (New York), 23. 8. 46, S. 2. Vgl. dazu die ähnlichen Ausführungen von Karl Wolff, Adjutant Himmlers, der auch anwesend war, StA München, Az. 10 a Js 39/60 Anklageschrift [ZSL, Az. Sammelakte 137, Bl. 140 ff.]. Dort auch weitere Zeugen für den Vorfall.

³¹ Ebenda. Vgl. die Aussage von N. N. Akimova (Anm. 28).

³² Aussage Bach-Zelewskis (Anm. 30). Vgl. dazu auch die Aussage des Chemikers H. Hoffmann vom 27. 1. 59, StA Düsseldorf, 8 Js 7212/59 [ZSL, Az. 439 AR-Z 18 a/60, Bl. 28.].

³³ Aussage von A. Widmann vom 11. 1. 1960 (Anm. 14), Bl. 45 ff.; A. Bauer, Fahrer beim KTI, Aussage vom 17. 3. 1960, H. Schmidt, Mitarbeiter beim KTI, StA Bremen, Az. 6 Js 3/60 [ZSL, Az. 202 AR-Z 152/59, Bl. 135; 201].

³⁴ Aussage A. Widmanns vom 11. 1. 1960 (Anm. 14), Bl. 46.

oder Gaskammern, wie sie bei der „Euthanasie“ verwendet wurden, hätte einsetzen wollen.

Nachdem in Minsk die Sprengung eines Bunkers, in den Geisteskranke gebracht worden waren, nicht den gewünschten Erfolg gehabt hatte, wurde in der Irrenanstalt vom Mogilew, die Himmler auch besucht hatte³⁵, ein Versuch mit den von Widmann mitgebrachten Metallschläuchen unternommen. Darüber sagte Widmann am 11. Januar 1960 aus:

„Nebe hat dann am Nachmittag dieses Tages das Fenster zumauern lassen und zwei Öffnungen für die Gasleitungen aussparen lassen ... Als wir kamen, wurde zunächst einer der Schläuche, der sich bei mir im Wagen befunden hatte, angeschlossen. Der Anschluß erfolgte an einen Pkw. In den in der Mauer befindlichen Löchern befanden sich Rohrstücke, auf die man die Schläuche bequem aufstecken konnte ... Nach fünf Minuten ist Nebe herausgekommen und hat gesagt, es sei noch keine Wirkung festzustellen. Auch nach acht Minuten hatte er noch keine Wirkung feststellen können und fragte, was nun geschehen solle. Nebe und ich kamen zu der Überzeugung, daß der Wagen zu schwach sei. Daraufhin hat Nebe den zweiten Schlauch an einen Mannschafts-Lkw der Ordnungspolizei anschließen lassen. Dann hat es nur noch wenige Minuten gedauert, bis die Leute bewußtlos waren. Man ließ dann vielleicht noch zehn Minuten beide Wagen laufen.“³⁶

Auf den geschilderten Vorgang bezieht sich auch die Aussage der russischen Ärztin N.N. Akimova vom 18. November 1946, die als Datum für das Experiment den 18. September nennt³⁷. Demnach haben sich Widmann und seine Begleiter vom 13. bis 21. September in Minsk und Mogilew aufgehalten³⁸. Der Zusammenhang dieser Versuche mit dem Besuch und Befehl Himmlers geht aus einer anderen Aussage Widmanns hervor: „Nebe wollte, wie er sagte, mit mir die Sache noch einmal durchsprechen, da er an Himmler berichten mußte.“³⁹ Die beiden Experimente haben Nebe klar gemacht, daß nur die höchstwahrscheinlich auf ihn zurückgehende

³⁵ Vgl. Anm. 28.

³⁶ Wie Anm. 14, Bl. 50f. Gerald Reitlinger, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, Berlin 1951, erwähnt auf S. 144, daß 1949 in Nebes Wohnung Negative gefunden worden seien, die diesen Vorgang festhalten. Der auf einem der Bilder erkennbare Lkw gehörte laut E. J. Else, Fahrdienstleiter der K-Staffel der 1. Kompanie, Polizei-Bataillon 3, zu seinem Fahrzeugpark. Aussage vom 13. 12. 1962, StA Frankfurt a. M., Az 4 Js 1928/60 [ZSL, Az. 202 AR-Z 152/1959, Bl. 1127]. Er gehörte somit zum Einsatzkommando 8, das bei dem Versuch beteiligt war.

³⁷ Ebbinghaus/Preissler, *Ermordung*, S. 189. Die Wahrscheinlichkeit dieses Datums ergibt sich auch aus folgendem Zusammenhang: Bach-Zelewski konnte bei der abschließenden Besprechung wegen eines russischen Fliegerangriffs nicht dabei sein, der laut dem Diensttagebuch Bach-Zelewskis am 17. 9. 1941 stattgefunden hat. Vgl. auch Aussage A. Widmanns vom 11. 1. 1960 (Anm. 14).

³⁸ Diese genaue Bestimmung ist möglich, da die Zeugen die Wochentage nennen, an denen sie sich in Minsk und Mogilew aufgehalten haben. Verbindet man diese Angaben mit der genauen Zeitangabe 18. 9., ergibt sich diese Aufenthaltszeit.

³⁹ Aussage A. Widmanns vom 11. 1. 1960 (Anm. 14); weitere Aussagen in diesem Sinn: Karl Schulz, Adjutant Nebes, Aussage vom 9. 3. 1959, StA Stuttgart, Az. 13 Js 328/60 [ZSL, Az. 439 AR-Z 18 a/1960, Bl. 48]; Aussage B. Wehners vom 26. 1. 1960, StA Bremen, Az. 6 Js 3/6 [ZSL, Az. 202 AR-Z 152/1959, Bl. 57f.].

Idee⁴⁰ der Tötung mit Hilfe von Auspuffgasen praktikabel war. Aber den Einsatzgruppen, für die das neue „humanere“ Tötungsverfahren gesucht wurde, war mit einer ortsgebundenen Gaskammer, in der Menschen mit Hilfe von Auspuffgasen getötet werden konnten, nicht gedient. Sie mußten, um ihren Auftrag erfüllen zu können, mobil sein⁴¹. Aufgrund dieser Überlegungen und der bisherigen Erfahrung entstand im KTI der Plan, Gaswagen zu bauen. Einen solchen Vorschlag unterbreiteten Nebe und Heess ihrem Vorgesetzten Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD⁴². Widmann sagte dazu aus:

„Über das Ergebnis seines Vortrages in der Prinz-Albrecht-Straße hat mich Heess kurz unterrichtet. Er hat mir gesagt, es würden Wagen gebaut, in welche die Abgase geleitet würden, statt der bisherigen Verwendung von CO-Flaschen.“⁴³ Es wird deutlich, daß als Vorbild für die Gaswagen die „Kaisers-Kaffee“-Wagen gedient haben – fahrbarer, luftdicht abgeschlossener Raum –, die dem KTI bekannt waren, doch konnte man wegen der zu bewältigenden technischen Schwierigkeiten nicht einfach das reine CO durch Auspuffgase ersetzen. Es war eine Neuentwicklung notwendig, bei der Zugmaschine, Anhänger und Giftgasquelle vereinigt waren.

Der unmittelbare Vorgesetzte Heydrichs war nach dem Erlaß vom 27. September 1939 Himmler. Damit schließt sich der Kreis. Heydrich hatte vermutlich schon vorher von den Experimenten erfahren, war also in das „Geheimnis“ eingeweiht, denn sonst ist nicht zu verstehen, warum sich Nebe und Heess an ihn wandten. Heydrich war auch in der Lage, dem KTI die notwendigen technischen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Er wandte sich Anfang Oktober an SS-Obersturmführer Rauff, Leiter der Gruppe II D 3 (Technische Angelegenheiten), dessen Referat II D 3 a (Kraftfahrwesen der Sicherheitspolizei) von SS-Hauptsturmführer Pradel geleitet wurde. Dieser sagte in dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren aus, Rauff habe zu ihm gesagt: „Das ist ein Befehl von Heydrich, der ausgeführt werden muß.“⁴⁴ In diesem Sinn ist auch die Aussage Rauffs vom 28. Juni 1972 in Santiago de Chile zu verstehen: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß Pradel die Entwicklung der Gaswagen von sich aus vorgenommen hat. Er muß einen Befehl dafür entweder von mir oder einem anderen Vorgesetzten, der über mir stand, bekommen haben.“⁴⁵

⁴⁰ Aussage A. Widmanns vom 27. 1. 1959 (Anm. 16), Bl. 33f.; Aussage H. Engelmanns, Adjutant Nebes, vom 9. 1. 1961, ebenda, Bl. 617; Aussage B. Wehners vom 26. 1. 1960 (Anm. 37).

⁴¹ Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 150 ff.

⁴² Aussagen Widmanns vom 27. 1. 1959 (Anm. 16) und vom 12. 1. 1960 (Anm. 14). Die beiden Aussagen unterscheiden sich dadurch, daß für das geschilderte Geschehen verschiedene Zeitangaben gemacht werden. In der ersten nennt er als Zeit: kurz nach Beginn des Rußlandfeldzuges, in der zweiten: „kurz vor dem Rußlandfeldzug“. Diese zweite Angabe stimmt wahrscheinlich nicht, da auf die seelische Belastung der Erschießungskommandos hingewiesen wird und die großen Entfernungen in der Sowjetunion als Hindernis für den Transport der CO-Flaschen genannt werden. Diese Argumente können aber nur nach Beginn des Rußlandfeldzuges angeführt werden. Die weiteren Ausführungen werden diese Feststellung noch untermauern.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Urteil des Landgerichts Hannover gegen Pradel und Wentritt, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/1959, Bl. 419].

⁴⁵ StA Hamburg, Az. 147 Js 31/67 [ZSL, Az. II 415 AR-Z 1310/63-E 32, Bl. 545].

Wentritt, der Leiter der Instandsetzungswerkstatt im Referat II D 3 a, sagte dazu aus:

„Noch im Jahre 1941 wurde ich zum Dienststellenleiter Major Pradel bestellt. Dieser erklärte mir, daß die Erschießungskommandos im Einsatz häufig Nervenzusammenbrüche erlitten (bzw. dicht davor stünden), so daß eine humanere Tötungsart verwendet werden sollte. Dazu benötigten wir – wie Pradel ausführte – geschlossene Kraftfahrzeuge.“⁴⁶

Pradel gab Wentritt den Auftrag zu prüfen, ob es möglich sei, Auspuffgase in den geschlossenen Kastenaufbau eines Wagens zu leiten. Nachdem Wentritt diese Frage bejaht hatte, gab Pradel die positive Antwort an Rauff weiter und erhielt den Befehl, sich mit Heess in Verbindung zu setzen. Dieser erläuterte ihm, wie ein solcher Wagen umgebaut werden und funktionieren solle. Auf Befehl Rauffs besuchten dann Pradel und Wentritt die Firma Gaubschat in Berlin-Neukölln, die auf Herstellung von Kastenaufbauten spezialisiert war⁴⁷, wo sie vorgaben, Fahrzeuge zu benötigen, mit denen Leichen von Fleckfieber epidemien abtransportiert werden könnten. Es wurde vereinbart, daß das RSHA die Fahrgestelle der Firma anliefern, „die dann einen Kastenaufbau darauf setzen sollte“⁴⁸. Der Auftrag wurde unmittelbar von Rauff vergeben, wahrscheinlich in schriftlicher Form⁴⁹. Aber Pradels Versuch, Chassis zu besorgen, schlug fehl, so daß es notwendig war, daß sich Rauff einschaltete. Er sagte am 19. Oktober 1945 aus: „In so far as I can recall I only supplied 5 or 6 [chassis].“⁵⁰ Nachdem die Fahrgestelle an die Firma Gaubschat geliefert worden waren, erkundigte sich Wentritt mehrmals nach dem Verlauf der Arbeiten und holte dann den ersten Wagen persönlich ab. An diesem nahm er in der Werkstatt des Referates II D 3 a, da es sich um eine „geheime Reichssache“ handelte, folgende Veränderungen vor:

„Dort wurde am Auspuff ein Abgasschlauch angebracht, der von außen zum Boden des Wagens geführt wurde. In diesen Wagen bohrten wir ein Loch im Durchmesser von etwa 58 bis 60 mm, in Stärke des Auspuffrohres. Im Wageninneren, über diesem Loch, wurde ein Metallrohr (Auspuffrohr) angeschweißt, das mit dem von außen herangeführten Abgasschlauch verbunden war bzw. verbunden werden konnte. Bei Anlassen des Motors und nach hergestellten Verbindungen gingen die Auspuffgase des Motors durch den Auspuff in den Abgasschlauch und von dort in das im Wageninneren angebrachte Auspuffrohr, wo das Gas sich dann verteilte.“⁵¹

Den so hergerichteten Wagen brachte Wentritt auf Befehl Pradels zum KTI, wo

⁴⁶ Aussage vom 2. 2. 1961, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 260b]. Vgl. zu den folgenden Ausführungen das Urteil gegen Pradel, Bl. 418 ff.

⁴⁷ Aussage von M. Bauer, Techniker bei Gaubschat, vom 21. 3. 1961, StA Hannover, 2 Js 299/60 [ZSL Az. 202 AR-Z 152/59, Bl. 275 f.].

⁴⁸ Aussage H. Wentritts vom 2. 2. 1961 (Anm. 46), Bl. 260 d ff.

⁴⁹ Vgl. dazu die folgenden Ausführungen S. 412.

⁵⁰ IMT-Dok. 2348-PS. Die Glaubwürdigkeit dieser Aussage wird durch jene von H. Wentritt unterstrichen (Anm. 46), Bl. 260 e, der auch die Zahl von fünf bis sechs Fahrzeugen nennt.

⁵¹ Aussage H. Wentritts vom 2. 2. 1961 (Anm. 46), Bl. 260 b ff.

dem Kastenaufbau Gasproben entnommen wurden. Der Chemiker Leiding, Mitarbeiter des KTI, sagte dazu aus:

„Ich bin mal in diesen Wagen mit einer Gasmasken gestiegen, mit dem Auftrage, laufend Luftproben zu entnehmen. Diese Luftproben sind dann im Labor analysiert worden.“⁵² Weshalb diese Analysen notwendig waren, erfährt man aus der Aussage Widmanns vom 12. Januar 1960:

„Der Sinn der Analyse war übrigens festzustellen, innerhalb welcher Zeit der CO-Gehalt im Wagen 1% erreicht hat. Bei diesem CO-Gehalt tritt in kurzer Zeit tiefe Bewußtlosigkeit und dann der Tod ein. (3. Stadium der CO-Vergiftung.) Man wollte erreichen, daß das erste und zweite Stadium der CO-Vergiftung nicht erst eintrat. Das erste Stadium ist Benommenheit und Übelkeit, das zweite Stadium Erregungszustände.“⁵³

Kurze Zeit danach fand eine Probevergasung im Konzentrationslager Sachsenhausen statt (das KTI hatte dort eine Werkstatt), an der außer Heess und den beiden Chemikern Leiding und Hoffmann noch SS-Offiziere teilnahmen. Widmann war daran nicht beteiligt⁵⁴. Laut Krausnick und Wilhelm hat er sich um den 3. November in Kiew aufgehalten⁵⁵. Die Probevergasung in Sachsenhausen muß demnach zu diesem Zeitpunkt stattgefunden haben. Zu den Vorgängen in Sachsenhausen sagte Leiding aus:

„Welchem Zweck der Wagen dienen sollte, aus dem die Luftprobe entnommen wurde, habe ich erst einige Zeit später erfahren. Ich wurde eines Tages aufgefordert, mit nach Sachsenhausen zu fahren ... und dort stand ein Wagen, der dem gleich war oder ähnelte, welchen ich im Hof des Reichskriminalpolizeiamtes gesehen habe ... Die Zahl der Männer, die den Wagen bestiegen, mag vielleicht 30 betragen haben ... Die Leichen hatten, wie von uns Chemikern festgestellt wurde, das rosa-rote Aussehen, wie es für Menschen typisch ist, die an einer Kohlenoxydvergiftung gestorben sind.“⁵⁶

Über die erfolgreiche Probevergasung informierte Heess nicht nur Pradel⁵⁷, sondern verfaßte zusammen mit Widmann darüber einen Bericht, den dieser vermutlich zu Heydrich brachte⁵⁸. Damit war der Prototyp des Gaswagens geschaffen und erprobt. Die restlichen bei der Firma Gaubschat in Auftrag gegebenen Fahrzeuge wurden nun auch zu Gaswagen umgebaut⁵⁹.

⁵² Aussage vom 6. 2. 1959, StA Stuttgart, Az. 13 Js 328/60 [ZSL, Az. 439 AR-Z 18 a/1960, Bl. 39]. Diese Analyse wird auch von Widmann bezeugt (Anm. 14).

⁵³ Aussage Widmanns vom 12. 1. 1960, ebenda; vgl. auch IMT-Dok. 501-PS vom 16. 5. 42.

⁵⁴ Das sagten übereinstimmend Leiding, Hoffmann und Widmann aus.

⁵⁵ Siehe Krausnick/Wilhelm, S. 544 f. Die Zeugenaussagen nennen als Zeitpunkt des Versuchs Anfang November 1941.

⁵⁶ Aussage vom 6. 2. 1959 (Anm. 52), Bl. 40. Hoffmann schildert den Vorgang ähnlich; Aussage vom 27. 1. 1959, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 95 ff.].

⁵⁷ Siehe Urteil gegen Pradel, Bl. 427.

⁵⁸ Aussage von E. Freiwald, Angestellte beim KTI, vom 3. 9. 1959 und W. Schade vom 12. 2. 1959, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 68 f. und 181].

⁵⁹ Siehe Anm. 44.

Für den dargestellten Ablauf spricht auch die analoge Vorgehensweise im Jahre 1942. Ab April wurde im Referat II D 3 a darüber nachgedacht, wie die Gaswagen verbessert werden könnten, um ihre Tötungskapazität zu steigern und die Handhabung zu erleichtern⁶⁰. Dabei ist man in der gleichen Art und Weise vorgegangen wie bei der Entwicklung des Prototyps. Die Angelegenheit wurde zunächst intern besprochen und dann erteilte Rauff der Firma Gaubschat den Auftrag, ein Fahrzeug mit den gewünschten Änderungen zu versehen. Dieses sollte anschließend praktisch erprobt werden, und erst danach wollte man eine Entscheidung über die restlichen umzubauenden Fahrzeuge treffen⁶¹.

Geht man von dem Termin der Probevergasung in Sachsenhausen aus und berücksichtigt die notwendige Umbauzeit der Fahrzeuge von ca. acht bis vierzehn Tagen⁶² sowie die Zeit, die notwendig war, um die Fahrzeuge zum Einsatzort zu bringen⁶³, ergibt sich, daß die ersten Gaswagen erst Ende November und Anfang Dezember 1941 zum Einsatz gekommen sein können. Der erste Einsatz eines Gaswagens läßt sich im Bereich der Einsatzgruppe C⁶⁴ beim Sonderkommando 4a in Poltawa nachweisen. Augenzeugen zufolge soll dort im November 1941 ein Gaswagen beim Töten von Juden verwendet worden sein⁶⁵. Der Wagen wird wie folgt beschrieben: „Der Gaswagen war gleichzeitig [d. h. es wurden auch Erschießungen vorgenommen] im Einsatz. In ihm wurden je ca. 30 Personen jeweils befördert. Soviel ich weiß, wurden die Insassen des Gaswagens durch einströmende Abgase getötet.“⁶⁶

Für den 8. Dezember ist der Einsatz von Gaswagen durch das schon bekannte Sonderkommando Lange in Chelmno bezeugt⁶⁷. Es wurde demnach nicht nur in der Experimentierphase auf erfahrenes Personal zurückgegriffen, sondern auch beim Einsatz der Wagen. In Chelmno kamen anfangs zwei „kleinere Fahrzeuge“ zum Einsatz. Gustav Laabs, der Fahrer eines dieser beiden Wagen sagte aus:

„Später stellte ich fest, daß es sich bei diesen Fahrzeugen um amerikanische 3 t-Lastwagen handelte . . . Der Innenraum des Kastenaufbaus der Wagen war, wie ich später zu sehen bekam, 4 m lang und 2 m breit . . . In dem von mir gefahrenen Gaswagen . . . (sind) ca. 50 Menschen vergast worden.“⁶⁸

⁶⁰ Aktenvermerk vom 27. 4. 1942 und 5. 6. 1942 (Anm. 3).

⁶¹ Aktenvermerk vom 23. 6. 1942 (Anm. 5).

⁶² Schreiben Rauffs an das KTI vom 26. 3. 1942 (Anm. 2).

⁶³ Vgl. dazu die weiteren Ausführungen S. 413.

⁶⁴ Anm. 41, S. 186 ff.

⁶⁵ Aussage des Angehörigen dieses Kommandos, Lauer, StA Darmstadt, Az. Ks 1/67 [ZSL, Az. 204 AR-Z 269/60, Bl. 2390 ff.]. P. Blobel, der Leiter des Einsatzkommandos 4a, erklärte am 6. 5. 1947 in Nürnberg, ein Gaswagen sei schon im September oder Oktober 1941 verwendet worden. Diese Angabe kann nicht stimmen. Dagegen trifft seine Beschreibung auf die kleinen Fahrzeuge zu. Nürnberger Dokument NO-3824.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ L. Bednarz, Extermination Camp at Chelmno, in: German Crimes in Poland 1/1946, S. 110. Zum Sonderkommando Lange vgl. Ruckerl, NS-Vernichtungslager, S. 243 ff.

⁶⁸ Siehe Anm. 1.

Noch vor Weihnachten 1941 wurden zwei kleinere Gaswagen von Berlin nach Riga gebracht⁶⁹. Es handelte sich dabei um die beiden kleinen „Diamond-Wagen“, die im Schreiben des SS-Hauptsturmführers Trühe an Rauff vom 15. Juli 1942 genannt werden⁷⁰. Im Bereich der Einsatzgruppe D⁷¹ ist das Vorhandensein eines Gaswagens, der mit ca. 50 Personen beladen werden konnte, für Ende 1941 bezeugt⁷². Diese Zeitangaben werden auch durch die Aussagen des SS-Untersturmführers Becker bestätigt. Er kam im Dezember 1941 aufgrund einer Aussprache zwischen Brack und Himmler zum RSHA⁷³. Demnach verfolgte Himmler die Gaswagenaktion weiter. Im RSHA erhielt er von Rauff den Auftrag, in den Osten zu fahren, um den Einsatz der Gaswagen zu überprüfen. Becker sagte dazu aus:

„Er [Rauff] sagte, daß zu den einzelnen Einsatzgruppen bereits die Gaswagen unterwegs bzw. dort eingetroffen seien.“⁷⁴ Das muß kurz vor dem 14. Dezember gewesen sein, weil Becker die für diesen Tag vorgesehene Reise infolge eines Unfalls nicht antreten konnte und sich so seine Abreise bis Anfang 1942 verzögerte⁷⁵. Der geplante Termin für Beckers Inspektionsreise war aber nur dann sinnvoll, wenn erst kurze Zeit vorher Gaswagen zu den Einsatzgruppen gesandt worden waren. Es gilt demnach als gesichert, daß Gaswagen ab Ende November und im Dezember 1941 eingesetzt wurden⁷⁶. Der Höhere SS- und Polizeiführer Jeckeln sagte am 21. Dezember 1945 aus:

„Als ich im Dezember 1941 in Lötzen Himmler mündlich die Ausführung seines Befehls betreffs Erschießen der Juden des Rigaer Ghettos meldete, sagte mir Himmler, daß das Erschießen eine zu komplizierte Operation wäre. Zum Erschießen, sagte er, brauche man Leute, die erschießen können, und daß dieses auf die Leute schlecht einwirke. Daher, sagte Himmler weiter, wäre es doch am besten, die Menschen durch Anwendung von ‚Gaswagen‘ zu liquidieren, welche laut seinen Anweisungen in Deutschland angefertigt worden seien.“⁷⁷

Die sechs bisher beschriebenen Gaswagen (einer bei Einsatzgruppe C, zwei in Chelmno, zwei in Riga, einer bei der Einsatzgruppe D), die bis Ende 1941 zum Einsatz kamen, hatten zwei Merkmale gemeinsam, das äußere Aussehen und die Zahl der Personen, die darin Platz fanden⁷⁸. Es waren kleinere, 3 t-Lastwagen, mit einem

⁶⁹ Aussage des Fahrers K. Gebel vom 23. 10. 1962, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 623 f.].

⁷⁰ IMT-Dok. 501-PS.

⁷¹ Siehe Anm. 41, S. 195 ff.

⁷² Urteil gegen Drexel und Kehrner, StA München I, Az. 119 c KS 6 a–b/70, Bl. 33–36 [ZSL, Az. Sammelakte 32].

⁷³ Aussage Beckers vom 26. 3. 1960, StA Gießen, Az. 3 Js 111/60 [ZSL, Az. 2 AR-Z 311/59, Bl. 194].

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Ebenda, Bl. 195; Beckers Angaben werden durch Ohlendorf bestätigt, Einsatzgruppenprozeß Rep. 502 VI, Interrogation Nr. 167.

⁷⁶ Demnach können alle Zeitangaben, die vor diesem Datum liegen und sich auf den Einsatz von Gaswagen beziehen, nicht stimmen. Vgl. auch Anm. 65.

⁷⁷ Aussage Jeckelns vom 21. 12. 1945 (Anm. 41), S. 548.

⁷⁸ Siehe die Ausführungen 414.

Aufbau von ca. 4 m Länge, in dem dreißig bis fünfzig Personen befördert werden konnten⁷⁹. Die gleiche Beschreibung liegt für den Wagen vor, dem im Hof des KTI Luftproben entnommen wurden und der anschließend in Sachsenhausen erprobt wurde. Leiding und Hoffmann sagten übereinstimmend aus, es sei ein Dreitonner gewesen, in dem dreißig Menschen getötet wurden⁸⁰.

Laut Rauff und Wentritt sind zuerst fünf oder sechs Fahrgestelle besorgt und der Firma Gaubschat geliefert worden⁸¹. Demnach sind im Jahre 1941 zuerst sechs 3 t schwere, bis zu fünfzig Personen fassende Gaswagen hergerichtet und Ende November und im Dezember eingesetzt worden. Es sind dieses die Wagen der „ersten Serie“⁸², mit Fahrgestellen mindestens zwei verschiedener Marken, Diamond⁸³ und Opel-Blitz⁸⁴. Daß nicht nur Wagen einer Marke verwendet wurden, steht im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die es anfangs beim Beschaffen von Chassis gab⁸⁵.

Den Quellen und Zeugenaussagen ist zu entnehmen, daß auch noch größere Lastwagen, Marke Saurer, zu Gaswagen umgebaut wurden⁸⁶. Es waren 5 t schwere Fahrzeuge, deren Kastenaufbau 5,8 m lang und 1,7 m hoch war, die bis zu hundert Personen befördern konnten⁸⁷. Im Aktenvermerk des Referats II D 3 a vom 23. Juni 1942 heißt es: „L(au)t Vorgang II D 3 a – 1737/41 – sind bei Firma Gaubschat 30 Spezialaufbauten für angelieferte Fahrgestelle in Auftrag gegeben. 20 Fahrzeuge sind bereits fertiggestellt und ausgeliefert.“⁸⁸

Entsprechend der hohen Auftragsnummer muß der Auftrag Ende 1941 erteilt worden sein⁸⁹. Daß sich die gesamte Bestellung nur auf Saurer-Wagen bezog, geht aus dem Aktenvermerk vom 27. April 1942 hervor, in dem auch auf die Bestellnummer 1737 Bezug genommen wird⁹⁰. Den beigefügten Skizzen ist zu entnehmen, daß

⁷⁹ Daß die beförderte Zahl der Personen als zuverlässiges Erkennungsmerkmal für die Wagen angesehen werden kann, ergibt sich aus dem Aktenvermerk vom 5. 6. 1942 (Anm. 4).

⁸⁰ Siehe Anm. 54 und 56.

⁸¹ Siehe Anm. 50.

⁸² Diese Formulierung verwendet Becker in seinem Bericht vom 16. 5. 1942, IMT-Dok. 501-PS.

⁸³ Aussage H. Wentritts vom 2. 2. 1960 (Anm. 44), Bl. 260h; Schreiben vom 15. 6. 1942, IMT-Dok. 501-PS.

⁸⁴ Aussage H. Hoffmanns vom 27. 1. 1959, StA Düsseldorf, Az. 8 Js 7212/59 [ZSL, Az. 439 AR-Z 18 a/1960, Bl. 28]; Aussage A. Beckers vom 26. 3. 1960 (Anm. 71), Bl. 195. Weil es bei der ersten Serie nicht nur Fahrgestelle einer Marke gab, konnte Becker in seinem Bericht vom 16. 5. 1942 bei den Wagen der ersten Serie keine genauere Bestimmung vornehmen, so wie er es bei denen der zweiten Serie getan hat.

⁸⁵ Siehe oben S. 410.

⁸⁶ Schreiben an Firma Gaubschat vom 30. 4. 1942, Kopie ZSL, USA Dok. Film I Nr. 26 f.; Schreiben von Becker an Rauff vom 16. 5. 1942, IMT-Dok. 501-PS; Schreiben von Schäfer an Rauff vom 9. 6. 1942 (Anm. 4); Trühe an Rauff vom 15. 6. 1942 (Anm. 5).

⁸⁷ Aktenvermerk vom 27. 4. 1942 (Anm. 3). Die Personenzahl ist auf der Grundlage der dort angeführten Zahlen errechenbar.

⁸⁸ Siehe Anm. 5.

⁸⁹ Siehe Anm. 44 (Bl. 429).

⁹⁰ Siehe Anm. 3.

die „Vorschläge für eine Schnellentladevorrichtung“ allein für Saurer-Fahrzeuge gedacht waren. Da auch Pläne für eine solche Vorrichtung nur für diesen Fahrzeugtyp entworfen wurden – sie sollte nachträglich bei den im Einsatz befindlichen Wagen eingebaut werden⁹¹ –, ist davon auszugehen, daß sich der gesamte Auftrag über dreißig Fahrgestelle ausschließlich auf Saurer-Wagen bezog.

Bekräftigt werden diese Überlegungen durch das Schreiben Beckers an Rauff vom 16. Mai 1942. Dort heißt es: „Während die Wagen der ersten Serie auch bei nicht allzu schlechter Wetterlage eingesetzt werden können, liegen die Wagen der zweiten Serie (Saurer) bei Regenwetter vollkommen fest.“⁹²

Es fällt auf, daß Becker eine Trennung zwischen zwei Serien von Wagen vornimmt; außerdem ist die Bezeichnung „Saurer“ für die Wagen der zweiten Serie nur dann möglich, wenn alle Fahrzeuge dieser Serie gleichen Typs waren. Somit gab das Referat II D 3 a Ende 1941 an Firma Gaubschat den Auftrag, sowie dreißig Saurer-Fahrgestelle mit Aufbauten zu versehen, von denen bereits im April zwanzig ausgeliefert waren⁹³. Laut Quellen und Zeugen kamen Gaswagen der Marke Saurer erst ab Januar 1942 zum Einsatz⁹⁴, also später als die kleinen Wagen. Berücksichtigt man die notwendige Umbauzeit⁹⁵, kann der Auftrag 1737 nicht vor Dezember 1941 erteilt worden sein. Beckers Trennung bezieht sich somit nicht nur auf die Größe der Wagen, sondern auch auf den Zeitpunkt ihrer Herstellung und ihres Einsatzes.

Das bedeutet, daß am Anfang sechs kleinere Gaswagen hergerichtet und eingesetzt wurden, daß man aber schon im Dezember 1941 dazu übergegangen ist, nur noch großräumige Fahrzeuge, Marke Saurer, herzurichten, erstens weil beabsichtigt war, jedes Sonderkommando der einzelnen Einsatzgruppen mit mindestens einem Gaswagen auszustatten⁹⁶, und zweitens um die Vergasungskapazität zu steigern. Daß dieser Aspekt im Vordergrund stand, zeigt der Aktenvermerk vom 27. April 1942, in dem mehrere Möglichkeiten erörtert werden („Kippvorrichtung des Kastenaufbaues“, „Kippbarmachung des Bodenrostes“, „Aus- und einfahrbarer Rost“), um eine schnellere Entladung des „Ladegutes“ (= vergaste Personen) zu erreichen⁹⁷. Auch als sich herausstellte, daß die großen Wagen nicht bei jedem Wetter geländetauglich waren, wurde nicht daran gedacht, kleine Fahrzeuge wie am Anfang einzusetzen, sondern der Aufbau sollte nur geringfügig verkürzt werden⁹⁸.

Außer für technische Fragen war das Referat II D 3 a auch für den Einsatz der Fahrzeuge der Sicherheitspolizei und somit auch der Gaswagen zuständig. Dafür spricht nicht nur der Aufgabenbereich des Referats, sondern auch die Tätigkeit von

⁹¹ Aktenvermerk vom 5. 6. 1942 (Anm. 4).

⁹² Vgl. Anm. 86.

⁹³ Das ergibt sich aus dem Schreiben der Firma Gaubschat an Rauff vom 14. 5. 1942 (Anm. 3).

⁹⁴ Vgl. die Schreiben vom 9. und 15. 6. 1942 sowie den Bericht Beckers vom 16. 5. 1942, IMT-Dok. 501-PS. Zu den Zeugenaussagen vgl. NS-Massentötung, S. 87 ff.

⁹⁵ Siehe Anm. 62.

⁹⁶ Aussage A. Beckers vom 28. 1. 1960 (Anm. 17), Bl. 44.

⁹⁷ Siehe Anm. 3.

⁹⁸ Aktenvermerk vom 5. 6. 1942 (Anm. 4).

SS-Untersturmführer Becker⁹⁹. Auf Befehl Rauffs fuhr er zu den Einsatzgruppen, um das Funktionieren der Gaswagen zu überprüfen und auftretende Mängel zu beheben¹⁰⁰. Entsprechend eigenen Angaben war er von Mitte Januar bis September 1942 unterwegs¹⁰¹. In dieser Zeit war er in ständiger Verbindung mit Rauff und berichtete laufend von seinen Beobachtungen und seiner Tätigkeit¹⁰². Seine Berichte bildeten die Grundlage für die „technischen Änderungen“, die man bei den noch herzurichtenden Fahrzeugen berücksichtigen wollte¹⁰³. Die Einschaltung Beckers wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Gruppe Rauff nur für die Herstellung der Wagen verantwortlich gewesen wäre. Beckers Aufgabe zeigt, daß die Gruppe II D auch für den Einsatz der Wagen zuständig war. Belegt wird diese Tatsache auch durch die Quellen. Am 15. Juni 1942 wandte sich der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ostland mit der Bitte an Rauff, ihm einen weiteren Wagen Marke Saurer zur Verfügung zu stellen¹⁰⁴. Gleichzeitig forderte er, „noch 20 Abgas-schläuche mitzusenden, da die vorhandenen bereits undicht“ seien. Aus dem Becker-Bericht ergibt sich, daß der Ausfall eines Wagens per Funk dem Amt II D zu melden war und für größere Reparaturen die Fahrzeuge nach Berlin gesandt wurden¹⁰⁵. Dem Aktenvermerk vom 5. Juni 1942 ist zu entnehmen, daß in Chelumno ein Gaswagen explodiert war. Diesen Vorfall nahm Rauff zum Anlaß, neue Gasproben durch das KTI durchführen zu lassen. Auch wurden den „betroffenen Dienststellen besondere Anweisungen“ gegeben sowie kleine Änderungen an den Wagen vorgenommen, um künftig einen Überdruck im Kastenaufbau zu vermeiden¹⁰⁶. SS-Gruppenführer Harald Turner, Chef des Verwaltungsstabes beim Militärbefehlshaber in Serbien, hatte im April 1942 einen Gaswagen zur Tötung der Belgrader Juden angefordert und erhalten¹⁰⁷. Am 9. Juni wurde dieser Saurer-Wagen nach erfülltem „Sonderauftrag“ nach Berlin zurückgesandt¹⁰⁸. Nachdem an ihm notwendige Reparaturen vorgenommen worden waren, wurde er entsprechend dem Ansuchen vom 15. Juni nach Riga geschickt¹⁰⁹. Oft sind Gaswagen auf den Zwischenstationen des Weges in den Osten, z. B. in Krakau und Breslau, gesehen worden¹¹⁰. Der Leiter der Einsatzgruppe D, Ohlendorf, sagte aus, die Gaswagen hätten nicht zum Fuhrpark der Einsatzgruppen gehört, sondern seien ihnen von Berlin aus zugeteilt worden¹¹¹. Mit den Gaswagen sind auch Fahrer, die vorher in der Handhabung der Wagen

⁹⁹ Siehe oben S. 413.

¹⁰⁰ Aussage A. Beckers vom 26. 3. 1960 (Anm. 73).

¹⁰¹ Ebenda, Bl. 197 f.

¹⁰² Ebenda; vgl. dazu auch seinen Bericht vom 16. 5. 1942.

¹⁰³ Aktenvermerk vom 5. 6. 1942 (Anm. 4).

¹⁰⁴ Siehe Anm. 5; Aussage von H. Munk vom 3. 2. 1959, StA Karlsruhe, Az. 1 Js 2138/58 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/59, Bl. 499 ff.].

¹⁰⁵ 16. 5. 1942 (Anm. 82).

¹⁰⁶ Aktenvermerk vom 5. 6. 1942 (Anm. 4). Aussage A. Widmanns vom 11. 1. 1960 (Anm. 14).

¹⁰⁷ Siehe Anm. 6. ¹⁰⁸ IMT-Dok. 501-PS. ¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Aussage M. Draheims vom 29. 8. 1961, StA Hannover, Az. 2 Js 299/60 [ZSL, Az. 415 AR-Z 220/1959, Bl. 294 f.]; Aussage W. Schmidts, ebenda, Bl. 260 z f.

¹¹¹ IMT, Bd. 4, Aussage vom 3. 1. 1946, S. 357.

geschult wurden¹¹², geschickt worden. Gaswagenfahrer sagten aus, auf Befehl des Einsatzleiters der Gruppe II D 3 a Fahrzeuge in Berlin abgeholt und zum Einsatzort gebracht zu haben¹¹³.

Folglich war das Amt II D 3 a nicht nur für den Bau der Gaswagen verantwortlich, sondern es steuerte auch zentral vom RSHA aus den Einsatz der Gaswagen¹¹⁴, indem es Wagen, Fahrer und Ersatzteile zur Verfügung stellte, den Einsatz der Fahrzeuge überprüfte und koordinierte.

Zum Abschluß eine Zusammenfassung der Ergebnisse:

1. Innerhalb von vier Monaten ist auf Befehl Himmlers ein neues Tötungsverfahren, der Gaswagen, entwickelt worden, und zwar in dieser zeitlichen Folge:
 - 15./16. 8. 1941 Befehl Himmlers
 - 16./18. 9. Versuche in Minsk und Mogilew
 - Anfang Oktober Auftrag an das Amt II D 3 a
 - 3. 11. Probevergasung in Sachsenhausen
 - Ende November und im Dezember Einsatz der ersten Wagen
2. Dabei arbeiteten im RSHA folgende Dienststellen eng zusammen:
 - das KTI; von ihm ging die Idee aus, Gaswagen zu bauen, und es war für den „chemischen Teil“ und die Versuche zuständig
 - das Referat II D 3 a; es richtete zwei Serien von Wagen her, sechs kleine (Daimond und Opel-Blitz) und dann dreißig Saurer-Wagen; es steuerte und überwachte den Einsatz der Wagen zentral von Berlin aus.
3. Bei der Entwicklung der Gaswagen wurde bewußt auf die Erfahrung während der „Euthanasie“, die im August 1941 offiziell gestoppt wurde, zurückgegriffen, sowohl bei technischen („Kaisers-Kaffee“-Wagen) als auch bei Personalfragen (KTI, Becker, Lange). Im Unterschied zu den „Kaisers-Kaffee“-Wagen ist eine Mitwirkung der Kanzlei des Führers nicht festzustellen. Sie arbeitete zu dieser Zeit an der Entwicklung eines anderen Verfahrens, das ab 1942 in den Vernichtungslagern verwendet wurde¹¹⁵.
4. „Technische Entwicklungen“ waren eine Voraussetzung für die Durchführung der geplanten Verbrechen. Die schrittweise Perfektionierung der Tötungsmethoden, wobei die Entwicklung der Gaswagen nur ein Glied in der Reihe nationalsozialistischer Tötungsverfahren darstellt, hatte zur Folge, daß immer mehr Menschen, vor allem Juden, getötet wurden¹¹⁶.

¹¹² Aussage A. Beckers vom 28. 1. 1960 (Anm. 96), Bl. 43.

¹¹³ Vgl. dazu die Aussagen der Fahrer G. Laabs und K. Gebel (Anm. 1 und 69).

¹¹⁴ Aussage von H. Trühe vom 16. 10. 1959, ZSL, Az. 2 AR-Z 311/59, Bl. 43 ff.

¹¹⁵ Vgl. dazu den Briefentwurf des Sachbearbeiters beim Ministerium für die besetzten Gebiete an den Reichskommissar für das Ostland vom 25. 10. 1941, Dok. NO-365; Aussage des SS- und Polizeiführers im Warthegau W. Koppe vom 2. 2. 1960, StA Bonn, Az. 18 Js 52/60 [ZSL, Az. 220/59, Bl. 138 f.].

¹¹⁶ Aktenvermerk vom 5. 6. 1942 (Anm. 4). Dort heißt es: „Seit Dezember 1941 wurden beispielsweise mit 3 eingesetzten Wagen 97 000 verarbeitet, ohne daß Mängel an den Fahrzeugen auftraten.“

Dokumentation

HORST MÜHLEISEN

ANNEHMEN ODER ABLEHNEN?

Das Kabinett Scheidemann, die Oberste Heeresleitung und der Vertrag von Versailles im Juni 1919

Fünf Dokumente aus dem Nachlaß des Hauptmanns Günther von Poseck*

Für Walter Heinemeyer zum 75. Geburtstag am 5. August 1987

1. Die Bedeutung der Dokumente

Die Ereignisse in Weimar, nach Rückkehr der deutschen Friedensdelegation aus Versailles am 18. Juni 1919, können „immer noch nicht bis in die letzten Einzelheiten“¹ rekonstruiert werden.

Eine von Wilhelm Ziegler bereits 1932 geäußerte Ansicht, ein wirklich exaktes Bild von der genauen Reihenfolge der einzelnen Aktionen sei kaum zu gewinnen², wurde durch die Forschungen von Hagen Schulze bestätigt³.

Schulze konnte eine „Aufzeichnung des Ersten Generalquartiermeisters [Generalleutnant Groener] über die Tage in Weimar vom 18. bis zum 20. Juni 1919“ vorlegen⁴, die im Nachlaß Schleicher vorhanden ist⁵.

Im Mittelpunkt dieser Niederschrift stehen die drei Sitzungen vom 19. Juni 1919 und die beiden Besprechungen Groeners am 18. Juni mit dem preußischen Kriegsminister, Oberst Reinhardt, bzw. am 20. Juni 1919 mit Reichswehrminister Noske.

* Dem Präsidenten des Bundesarchivs Koblenz, Herrn Prof. Dr. Hans Booms, danke ich sehr für sein förderndes Interesse, mit dem er diese Dokumentation unterstützt hat.

Herrn Archivdirektor Dr. Gerhard Granier, Bundesarchiv – Militärarchiv in Freiburg i. Br., bin ich für seine ergänzenden und wertvollen Mitteilungen zu Dank verpflichtet.

¹ Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik (Moderne Geschichte und Politik, Bd. 2), Frankfurt/M. 1973, S. 88.

² Wilhelm Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932, S. 76.

³ Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann [und] Wolfgang Mommsen. Das Kabinett Scheidemann – 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. von Hagen Schulze, Boppard a. Rh. 1971, S. LX (künftig zit.: AdR, Kabinett Scheidemann und die Nummer des Dokumentes).

⁴ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 476–492.

⁵ Bundesarchiv – Militärarchiv (BA/MA) Freiburg i. Br., Nachlaß Schleicher N 42/12.

Bei der Abfassung der erwähnten „Aufzeichnung“ standen Groener alle Niederschriften als Grundlage zur Verfügung. Den Text der Aufzeichnung über seine Besprechung mit Noske am 20. Juni 1919 (Dok. Nr. 5) inserierte er in seine „Aufzeichnung“⁶, während er den Verlauf der Besprechung mit Reinhardt am 18. Juni und den der drei Sitzungen am 19. Juni 1919 in indirekter Rede wiedergab, sieht man von den wenigen wörtlichen Zitaten, die aus den *amtlichen* Niederschriften stammen, ab.

Diese offiziellen Aufzeichnungen sind im Nachlaß Groener⁷ nicht vorhanden⁸. Möglich ist, daß der Erste Generalquartiermeister die Ausfertigungen der Niederschriften nach Abschluß der „Aufzeichnung“⁴ zu den dienstlichen Akten der Obersten Heeresleitung (OHL) gegeben hat⁹. Die von Groener hinterlassenen Papiere, die im Heeresarchiv Potsdam¹⁰ nach der im Mai 1939 erfolgten Übernahme durch Oberheeresarchivrat Dr. Granier geordnet und verzeichnet worden sind¹¹, haben zu irgendeinem Zeitpunkt Verluste erlitten¹².

⁶ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491 f.

⁷ BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Groener N 46.

⁸ Zwei Tage nach Groeners Tod (3. Mai 1939) wurden seine privaten Papiere auf Veranlassung des Chefs der Heeresarchive, Generalleutnant Dr. h. c. von Rabenau, in das Heeresarchiv Potsdam verbracht, um einer Beschlagnahme durch die Geheime Staatspolizei zuvorkommen. Dazu: Dorothea Groener-Geyer, Die Odyssee der Groener-Papiere. In: Die Welt als Geschichte 19 (1959), S. 75–95, hier: S. 76, Anm. 2. Frau Groener-Geyer, die Tochter Groeners aus dessen erster Ehe, berichtet, Rabenau habe seinen Beauftragten befohlen, den Nachlaß „mit der Waffe zu verteidigen“ (ebenda); dies., General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955, S. 344 (mit Anm. 69, S. 363). Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. Hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 41), Göttingen 1957, S. 19.

Über die wechselvolle Geschichte des Groener-Nachlasses: Groener-Geyer, Die Odyssee der Groener-Papiere, S. 75–95; hierzu die Erwiderung: Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Zur „Odyssee der Groener-Papiere“. Kritische Bemerkungen zu dem Aufsatz von Dorothea Groener-Geyer. In: Die Welt als Geschichte 19 (1959), S. 244–253.

⁹ Es steht fest, daß aus den amtlichen Akten der OHL Schriftgut „entfernt und angeblich verbrannt worden“ ist (Tagebucheintragung Groeners vom 4. September 1919, abgedr. bei Groener-Geyer, S. 184).

¹⁰ Karl Ruppert, Heeresarchiv Potsdam 1936–1945. In: Der Archivar 3 (1950), Sp. 177–180. Bernhard Poll, Vom Schicksal der deutschen Heeresakten und der amtlichen Kriegsgeschichtsschreibung. In: Der Archivar 6 (1953), Sp. 65–76, hier: Sp. 71. Adolf Brenneke, Archivkunde. Ein Beitrag zur Theorie und Geschichte des europäischen Archivwesens, bearb. nach Vorlesungsnachschriften und Nachlaßpapieren und ergänzt von Wolfgang Leesch, Leipzig 1953, S. 307 f. Friedrich Peter Kahlenberg, Deutsche Archive in Ost und West. Zur Entwicklung des staatlichen Archivwesens seit 1945 (Mannheimer Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 4), Düsseldorf 1972, S. 22. Gerhard Granier, Josef Henke, Klaus Oldenhege, Das Bundesarchiv und seine Bestände, 3. erg. und neu bearb. Aufl. (Schriften des Bundesarchivs 10), Boppard a. Rh. 1977, S. 39, S. 157 und S. 188.

¹¹ Bernhard Poll, In memoriam Friedrich Granier. In: Der Archivar 6 (1953), Sp. 106–112, hier: Sp. 109; Groener-Geyer, Die Odyssee der Groener-Papiere, S. 78.

¹² Insgesamt wurden 294 Nummern „sehr unterschiedlichen Umfangs sowie eine größere Kartensammlung verzeichnet“ (Groener, Lebenserinnerungen, Einleitung des Herausgebers, S. 19, Anm. 30). Zu den Verlusten des Nachlasses, die anhand des vorliegenden Repertoriums festgestellt

Ein knapper Rückblick auf die Ereignisse, die der am 23. Juni 1919 erfolgten bedingungslosen Annahme des Friedensvertrages unmittelbar vorausgingen, ist notwendig, um die Dokumente in den historischen Zusammenhang einzuordnen¹³.

Die deutsche Delegation verließ Versailles am 16. Juni, um sich mit dem Kabinett wegen der Annahme oder Ablehnung des Vertrages zu beraten. Die Alliierten hatten die deutschen Gegenvorschläge vom 29. Mai, die eine Revision von größeren Vertragsteilen vorsahen, in ihrer Note vom 16. Juni abgelehnt und den endgültigen Text des Vertrages übergeben. Die Frist (der Annahme oder der Ablehnung) lief am 23. Juni 1919 um 19 Uhr ab.

Die Delegation traf am 18. Juni in Weimar ein; sie empfahl der Regierung in einer Denkschrift, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Alle sechs Hauptdelegierten hatten das Memorandum unterschrieben, das dem Kabinett am 18. Juni durch den Leiter der Delegation, den Grafen Brockdorff-Rantzau, übergeben wurde. Sieben Mitglieder des Kabinetts sprachen sich gegen den Vertrag aus, sieben stimmten dafür.

Die Frage des Annehmens oder Ablehnens war auch im Offizierkorps heftig diskutiert worden. Es sollte für den Fall der Ablehnung Vorsorge getroffen werden zu verhindern, daß die Polen sich mit Gewalt Westpreußens und Oberschlesiens bemächtigen, da die Bestimmungen des Vertrages von Versailles diese großen Gebietsabtretungen vorsahen, die von großen Teilen der Bevölkerung als unerträglich abgelehnt wurden.

Groener waren die Absichten, Widerstand im Osten gegen die Polen zu organisieren, einen selbständigen Oststaat zu schaffen und ihn als geschlossene politische Einheit vom Reich zu separieren, nicht verborgen geblieben. Der preußische Kriegsminister Reinhardt und General von Below waren die stärksten Befürworter dieser Pläne im militärischen, der Oberpräsident von Ostpreußen v. Batocki und der Reichskommissar für West- und Ostpreußen Winnig im politischen Bereich. Groener war der Sprecher der Gruppe, die für die *Annahme* des Vertrages eintrat.

Bei einer Besprechung am 14. Mai prallten die Gegensätze zwischen Groener und Reinhardt erstmals hart aufeinander. Der preußische Kriegsminister sah im Fall der Annahme des Friedensvertrages Schwierigkeiten bei der Truppe voraus; im Fall der Ablehnung sei der Osten in der relativ besten Lage, aber im Innern müsse mit starkem Widerstand von unten gerechnet werden¹⁴. Nach Groeners Erinnerungen vertrat Reinhardt „hier zum ersten Male mit aller Deutlichkeit den Gedanken, die deutsche Einheit vorübergehend aufzugeben, um vom selbständigen Osten her den

werden konnten: ebenda, S. 20, Anm. 31 und: Groener-Geyer, *Die Odyssee der Groener-Papiere*, S. 78. Frhr. Hiller von Gaertringen, *Zur „Odyssee der Groener-Papiere“*, S. 245.

¹³ Horst Mühleisen, Kurt Freiherr von Lersner. *Diplomat im Umbruch der Zeiten 1918–1920. Eine Biographie*, Göttingen, Zürich 1987, S. 186 ff. (künftig zit.: Mühleisen, Lersner); ders., *Das Kabinett Bauer, die Nationalversammlung und die bedingungslose Annahme des Vertrages von Versailles im Juni 1919. Zwei Dokumente aus dem Nachlaß von Johannes Bell*. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 38 (1987), S. 65–89, hier: S. 66 f. (künftig zit.: Mühleisen, *Das Kabinett Bauer*...).

¹⁴ Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik 1918–1933*, Köln, Berlin 1964, S. 46.

Widerstand gegen den Feind aufzunehmen. Für diesen Plan, der in zahlreichen preußischen Köpfen eine Rolle spielte, hatte ich kein Verständnis. Die Erhaltung der Reichseinheit war die *conditio sine qua non*, für die ich zu *jedem* Opfer bereit war. Nach meiner Überzeugung war das Entscheidende gewonnen, wenn wir uns die staatliche Einheit der deutschen Stämme erhielten.¹⁵

Noch im September 1919 teilte Groener Reichspräsident Ebert mit, Reinhardt sei „mehrere Wochen vor dem 23. Juni“ an ihn herangetreten, „ob ich bereit sei, mich an die Spitze einer militärischen Aufstandsbewegung im Osten zu stellen, was ich und ebenso der Feldmarschall [von Hindenburg] abgelehnt hätten“¹⁶.

Die von Reinhardt geäußerten Gedanken fanden mehr und mehr Zustimmung, nicht nur bei höheren Offizieren und Truppenkommandeuren. Groener äußerte sich aber nach wie vor ablehnend gegenüber diesen Plänen, auch nach dem 16. Juni, dem Tag der Überreichung des endgültigen Vertragstextes.

Die Pläne einer Sezession des Ostens und die entschiedene, geradezu schroffe Haltung des Ersten Generalquartiermeisters machten eine Kette von Besprechungen und Sitzungen notwendig, um die gegensätzlichen Meinungen und Standpunkte zu den drängenden Problemen, welche die Einheit des Reiches gefährdeten, zu erörtern. Für die Beteiligten stand, so kann vermutet werden, von Anfang an fest, daß ein Konsens nicht erreicht werden konnte.

Den Beginn der Besprechungen bildete die Unterredung zwischen Groener und Reinhardt – „Niederschrift über die Besprechung mit dem Kriegsminister in Weimar am 18. 6. 1919“ (Dok. Nr. 1)¹⁷. Die divergierenden Auffassungen konnten nicht aus-

¹⁵ Groener, Lebenserinnerungen, S. 493. Ausführlich zu diesen Plänen: Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920 (Wehrwissenschaftliche Forschungen – Abt. Militärgeschichtliche Studien 8), Boppard a. Rh. 1969, S. 112–121; ders., Der Oststaat-Plan 1919. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 123–163, hier: S. 151 ff. (künftig zit.: Schulze, Der Oststaat-Plan 1919).

¹⁶ Zit. nach Carsten, S. 46 f. Groener trug diese Notiz am 11. September 1919 in sein Tagebuch ein (S. 47, Anm. 87). Die Bekundung Groeners hinsichtlich Hindenburgs Verhalten ist kritisch zu werten; die gegenteilige Auffassung dürfte zutreffend sein (s. Dok. Nr. 4, Anm. 3). AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 478; dazu: Gerhard W. Rakenius, Wilhelm Groener als Erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19 (Wehrwissenschaftliche Forschungen – Abt. Militärgeschichtliche Studien 23), Boppard a. Rh. 1977, S. 219, Anm. 139.

¹⁷ Am 16. Juni 1919 hatte Groener ein Fernschreiben, das von Noske und Reinhardt gemeinsam unterzeichnet war, in Kolberg, dem Sitz der OHL, erhalten, das ihn, zusammen mit den Generalen von Below und von Lossberg zu einer Besprechung der Lage nach Weimar rief. „Ich war über diese Maßnahme“, so schreibt Groener in seinen Erinnerungen, „von der ich mir nichts Entscheidendes erwartete, einigermaßen erstaunt und hegte das Mißtrauen, daß dahinter ein Versuch Reinhardts stecke, die Generale in seinem Sinne zu beeinflussen. Um dies zu verhindern, fuhr ich nach Weimar und ließ auch Oberst Heye vom A. O. K. Nord und General v. Lüttwitz mit seinem Chef Major v. Stockhausen dorthin kommen“ (Groener, Lebenserinnerungen, S. 502). Und: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 476 f. S. auch: Dok. Nr. 1, Anm. 3 der Edition.

In seiner „Aufzeichnung“ vermerkte Groener: „Ich entschloß mich zur Reise, weil ich besorgt war, daß durch den Einfluß der sehr patriotisch gesinnten, aber wenig nüchtern denkenden Generale von Below und von Lossberg es zu Entschlüssen kommen konnte, deren militärische Tragweite zu übersehen die Regierung unmöglich in der Lage war“ (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 477).

geräumt werden. Der preußische Kriegsminister nahm an, daß der Osten im Fall der Ablehnung des Vertrages in Brand gerate. Groener erläuterte den Standpunkt der OHL und machte deutlich, daß sie hinter der Regierung Scheidemann stehe und den von Reinhardt geforderten Widerstand im Osten ablehne. Die OHL müsse jeden polnischen Angriff so lange zurückweisen, wie die Regierung nicht vertragsmäßig auf die Räumung eingehe oder sie befehle. Im Falle eines Regierungswechsels werde sich die OHL die Entscheidung vorbehalten.

Reinhardt wollte hingegen jede selbständige Bewegung im Osten unterstützen; er werde „für seine Person“ danach handeln.

Der Erste Generalquartiermeister entgegnete, daß der Gedanke der Erhaltung der Reichseinheit seiner Ansicht nach das Ziel sei, das verfolgt werden müsse. Jede Sonderaktion müsse er verurteilen, da sie dem Bestreben, 60 Millionen Deutschen mit allen Mitteln zusammenzuhalten, entgegenstehe. Wenn die Sache wirklich auseinandergefallen sei, dann erst sei der Zeitpunkt gekommen, wo Sonderbestrebungen ihren Lauf nehmen könnten. Er, Groener, glaube auch nicht, daß eine allgemeine Kampfbegeisterung vorhanden sei, vielmehr wolle jeder nur für seine Scholle kämpfen.

Reinhardt erwiderte, daß es verschiedene Wege gäbe, um das zusammenzuhalten, was noch zusammenzuhalten sei. Im Westen werde der Friede durchführbar sein, im Osten sei er praktisch undurchführbar. Es bestehe die Gefahr, daß die westliche und südliche Flaumacherei das nationale Empfinden des national denkenden Ostens verderbe. Ein Bruch zwischen Ost und West werde sich nicht vermeiden lassen. Der Bruch werde sehr groß sein, aber den Bruch könne man in die Hand nehmen, den Westen aufgeben und dafür einen starken Osten, der das Gebiet vielleicht bis zur Elbe umfassen müsse, schaffen. „Das alte Preußen“, so schloß der Kriegsminister seine Darlegungen, „muß den Kern dieses Reiches bilden.“

Diese Besprechung hatte die Positionen abgesteckt. Für den Ersten Generalquartiermeister war, neben den politischen Gegebenheiten, die von ihm ausgearbeitete „Denkschrift! . . . über die Lage am 17. Juni 1919“¹⁸ maßgebend, die er im Kabinett vortragen sollte, wozu es aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht gekommen war.

Die Unterredung vom 18. Juni hatte die bis zum 20. Juni 1919 dauernden Sitzungen eingeleitet, in denen sowohl die umstrittene und heftig diskutierte Frage des Annehmens oder Ablehnens des Vertrages von Versailles als auch, im Falle der Annahme, die Wiederaufnahme des Kampfes im Osten und die Bildung eines selbständigen Oststaates im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen.

Die entscheidende Sitzung der Generale – „eines militärisch unnötigen, ja schäd-

Über die Besprechung am 18. Juni 1919 teilte Groener in seinen Erinnerungen die Kernpunkte der gegensätzlichen Meinungen mit, die er der Niederschrift entnommen hatte (S. 502).

Vgl. auch: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 477 f.

¹⁸ Die „Denkschrift!“ ist auszugsweise abgedruckt: Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379–385.

lichen Kriegsrates“, wie Groener diese Besprechung bezeichnete¹⁹ – fand am Morgen des 19. Juni 1919 in Weimar statt.

Der Erste Generalquartiermeister hatte bereits auf Grund der Aussprache mit Reinhardt am 18. Juni seine Vermutung bestätigt gefunden, daß der Kriegsminister offenbar die Absicht hatte, „die herbeigerufenen Generale zu benutzen, um seine Anschauungen gegenüber der Regierung zu stützen und andererseits die Generale für seine Ideen zu gewinnen“²⁰.

Wichtig war, daß zwischen Noske und Groener in den grundlegenden Ansichten über die Frage des Annehmens des Vertrages und damit über den Fortbestand des Reiches „völlige Übereinstimmung“ bestand²¹.

Groener ließ von der „sehr eindrucksvollen Sitzung“ (Joachim von Stülpnagel²²) eine Niederschrift anfertigen²³ – „Niederschrift über die Sitzung am 19.6. 1919 in Weimar“ (Dok. Nr. 2); sie wird zum ersten Mal veröffentlicht, nachdem in der Literatur die Bedeutung dieser Besprechung stets hervorgehoben wurde²⁴.

¹⁹ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 479. In seinen „Lebenserinnerungen“ bezeichnete Groener diese Sitzung als der „militärisch unnötige, ja gefährliche Kriegsrat, der politisch zur größten Katastrophe für Deutschland führen konnte“ (S. 503). Die Formulierung der „größten Katastrophe“ auch in: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 479.

²⁰ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 477.

²¹ Groener, Lebenserinnerungen, S. 503. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 479.

²² Friedrich von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 182, Anm. 1 mit einem längeren Auszug aus dem Tagebuch des (damaligen) Majors Joachim von Stülpnagel, der an der Sitzung teilgenommen hatte; ferner: Joachim von Stülpnagel, 75 Jahre meines Lebens [1880–1955], Düsseldorf 1960 [Privatdruck], S. 163 (BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Stülpnagel N 5/27) und mdl. Mitteilungen von Herrn General d. Inf. a. D. Joachim von Stülpnagel vom 31. August 1962 und 28. Februar 1965 in Oberaudorf/Obb.

²³ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 479 (mit Anm. 11, S. 479).

²⁴ Erich Otto Volkman, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S. 284 ff. Jacques Benoist-Méchin, Geschichte des deutschen Heeres seit dem Waffenstillstand 1918–1933, Bd. 1, Berlin 1939, S. 247 ff. Rabenau, S. 182, Anm. 1. John W. Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945, Düsseldorf 1954, S. 75 f. (statt: „General v. Bredow“, wie S. 75 angegeben, muß es „General v. Below“ heißen). Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Hannover-Frankfurt a. M. 1955, S. 74. Groener-Geyer, S. 154 f. (General d. Inf. von Below war Kommandierender General des XVII. Armeekorps in Danzig, nicht des VII. Armeekorps, wie es S. 155 heißt). Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie. Männer, Schicksale, Lehren, Göttingen 1958, S. 149. Waldemar Erfurth, Die Geschichte des deutschen Generalstabes 1918–1945 (Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 1), 2. neu bearb. und erw. Aufl., Göttingen, Berlin, Frankfurt 1960, S. 46. Carsten, S. 47 f. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 230 f. Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 117 f.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 135 f. Rakenius, S. 219 f.

Zur Einschätzung der Oststaat-Pläne: Schulze, Der Oststaat-Plan 1919, S. 165.

Von den an der Besprechung anwesenden Teilnehmern haben die Sitzung in ihren Erinnerungen erwähnt: Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 151. [Georg Ludwig] Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Leipzig 1921, S. 286 f. Walter Frhr. von Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 72. Groener, Lebenserinnerungen, S. 503 f. Stülpnagel,

Über diesen „Kriegsrat“ liegen bislang unterschiedliche Quellen vor. Groener übernahm in seine Erinnerungen einen wörtlichen Satz (S. 503), manche Ausführungen in indirekter Rede (S. 503f.), wie er es auch in der genannten „Aufzeichnung“ getan hatte²⁵.

Im Nachlaß Reinhardt (Hauptstaatsarchiv Stuttgart) befindet sich ein ungezeichnetes, zehn Seiten umfassendes „Protokoll der Sitzung in Weimar am 19. Juni 1919“, das von Major Fleck, dem Stabschef Reinhardts, verfaßt und von Fritz Ernst in seinen wichtigsten Teilen veröffentlicht worden war²⁶.

Neben den „Lebenserinnerungen“ Groeners ist diese Publikation die einzige Quelle, die in wissenschaftlicher Hinsicht bis 1958 beachtenswert war.

Oberst van den Bergh, Abteilungschef im preußischen Kriegsministerium, schrieb am 19. Juni abends eine längere Tagebuchaufzeichnung nieder, die Ernst wörtlich bzw. in indirekter Rede, auch in zusammenfassender Form, wiedergab²⁷.

Endlich liegt von Oberst Heye, dem Chef des Generalstabes des Armeeoberkommandos Nord (Bartenstein/Ostpreußen), eine kurzgefaßte Aufzeichnung vor²⁸.

1966 veröffentlichte der DDR-Historiker Kurt Schützele aus den Beständen des ehemaligen Sächsischen Heeresarchivs Dresden handschriftliche Aufzeichnungen in Protokollform über den Verlauf der Sitzung²⁹. Der Verfasser ist nicht zu ermitteln. Vermutlich war es ein Begleitoffizier des sächsischen Generalleutnants Fortmüller, der, anhand von Notizen, die er und Fortmüller während der Besprechung geschrieben hatten, die Aufzeichnung anfertigte³⁰. Ein Vergleich der erwähnten Aufzeichnungen ergibt ein hohes Maß an Übereinstimmung in inhaltlicher Hinsicht. Die von

75 Jahre meines Lebens, S. 163 (Anm. 22); auch Heye erwähnt die Sitzung in seinen ungedruckten „Lebenserinnerungen“, fol. 518 (s. Dok. Nr. 1, Anm. 2).

Die genannten Autoren erwähnen, ausgenommen Maercker und Groener, die Besprechung nur kurz. Groener, aber nicht Maercker, wollte seine Haltung rechtfertigen. Der von Schützele, S. 584, Anm. 1 (s. Anm. 29) erhobene Vorwurf, daß die Verfasser versuchen, „ihre eigene Haltung zu rechtfertigen“, ist allgemein gehalten und entbehrt jeder Grundlage. Maerckers Darstellung ist von Sachlichkeit geprägt.

Die Einleitung von Schützele (S. 584 ff.) ist wenig brauchbar. Die auf S. 585 f. erwähnten Thesen und Ansichten gehören dem Bereich der ideologischen Pflichtübungen an und sind abzulehnen.

Wenn Schützele schreibt: „Der Beratung lag jedoch eine prinzipiellere, viel bedeutungsvollere Fragestellung zugrunde, von der sich alle Teilnehmer leiten ließen: Wie können die Positionen des deutschen Imperialismus und Militarismus im Reich selbst sowie gegenüber den anderen imperialistischen Mächten unter den gegebenen Umständen gehalten bzw. gefestigt werden?“ (S. 585), so liefert er ausschließlich ideologische Ansätze mit bekannten und gängigen Klischees.

²⁵ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 479 ff.

²⁶ Fritz Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt (Teil II). In: Die Welt als Geschichte 18 (1958), S. 67–121; auch separat: Stuttgart 1958 (zit. wird nach der Veröffentlichung in: Die Welt als Geschichte (Teil II), hier: S. 74 ff.).

²⁷ Ernst, S. 72 f., Anm. 23.

²⁸ Bundesarchiv (BA) Koblenz, Nachlaß Luetgebrune Nr. 24.

²⁹ Kurt Schützele, Der „Kriegsrat“ am 19. Juni 1919. In: Zeitschrift für Militärgeschichte 5 (1966), S. 584–594. Der „Bericht“ über die Besprechungen mit den Generalen am 19. 6. 9^o Vorm. in Weimar“ (Dok. 2) ist S. 591–594 abgedruckt.

³⁰ Ebenda, S. 584.

Hauptmann Stumpff angefertigte Niederschrift (Dok. Nr. 2) liegt in einer ausgearbeiteten Fassung vor, wenn man sie mit dem im objektiven Stil gehaltenen „Bericht über die Besprechungen mit den Generalen . . .“²⁹ vergleicht. Die Aussagen der Teilnehmer sind in diesem „Bericht“ unmittelbar wiedergegeben, wie eine quellenkritische Untersuchung zeigen würde³¹.

Ausführlich ging Groener auf die in Weimar stattgefundenen Besprechungen und Sitzungen vom 18. bis zum 20. Juni 1919 ein⁴. Diese „Aufzeichnung“, vermutlich wenige Tage nach den Ereignissen in Weimar niedergeschrieben, kann, wie gezeigt wird, als höchst zuverlässig angesehen werden. Die amtliche Niederschrift (Dok. Nr. 2) bestätigt und ergänzt die bislang bekannt gewordenen Quellen; sie führt in ihrer Eindringlichkeit und konzisen Dichte über die erwähnten Zeugnisse hinaus, die einen mehr informellen Charakter besitzen; sie differenziert die Aussagen, Diskussionspunkte der anwesenden Stabsoffiziere und Generale und strukturiert den Verlauf der Sitzung.

Die Grundlage der Sitzung bildete ein Fragebogen, den Reinhardt zuvor ausgegeben hatte³².

Nach einleitenden Bemerkungen des Kriegsministers schilderten Generalmajor von Loßberg, Chef des Generalstabes des Armeekorps Süd, anschließend Oberst Heye, Chef des Generalstabes des Armeekorps Nord, die militärische Lage. Im Mittelpunkt der Darlegungen, „die sich lediglich auf die Verhältnisse ihres eigenen Befehlsbereichs“ stützten, wie Groener schrieb³³, stand der Kampf im Osten im Fall der Ablehnung des Friedensvertrages. Bemerkenswert war, daß die politischen Faktoren als Grundlage der Entscheidungsfindung nicht berück-

³¹ Ein Beispiel sei angeführt: bei Schützle (Dok. 2) ist vermerkt, bezogen auf Groener: „Ist mit dem Reichswehrminister völlig einig. Einigkeit Deutschlands muß unter allen Umständen erhalten werden. Er geht mit dem Reichswehrminister durch Dick u[nd] Dünn. Schmachparagraph muß beseitigt werden“ (S. 593).

Im „Protokoll der Sitzung in Weimar am 19. Juni 1919“ (Notizen des Majors Fleck: Ernst, S. 74 ff.: s. Anm. 26) ist ausgeführt: „Vor allem muß der Zerfall des Reiches verhindert werden. Die Schmachparagraphen müssen natürlich aus dem Friedensvertrag heraus. Ich [Groener] gehe durch Dick und Dünn mit Noske“ (Ernst, S. 76).

Oberst van den Bergh notierte am Abend des 19. Juni 1919: „Groener antwortete ziemlich temperamentvoll [. . .] Noskes Weg sei der einzig mögliche, um bald wieder hochzukommen. Den Schmachparagraphen müsse man zu beseitigen suchen.“ Das Tagebuch van den Bergh zitiert Groener wörtlich: „Ich bin bereit, mit dem Reichswehrminister durch dick und dünn zu gehen“ (Ernst, S. 73, Anm. 23), während es in der edierten amtlichen Niederschrift heißt: „Er [Groener] für seine Person stehe voll hinter dem Reichswehrminister.“

Weitere Beispiele ließen sich anführen. Die Wendung, Groener werde mit dem Reichswehrminister durch dick und dünn gehen: s. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 481 und Groener, Lebenserinnerungen, S. 504.

³² Der vollständige Wortlaut des Fragebogens (elf Fragen) bei Ernst, S. 73 f. und Schützle, S. 590 f. (Dok. 1).

³³ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 480.

sichtig worden waren³⁴. Loßberg berichtete über die Lage in Schlesien; das Armeekommando könne sich auf seine Truppen fest verlassen; der Geist und die Stimmung seien gut, die Mannschaften hätten Vertrauen zu den Offizieren. Oberst Heye führte aus, daß das Oberkommando Nord innere Unruhen erfolgreich bekämpfen werde. Für Bayern, Sachsen und Württemberg befürchteten die Militärbevollmächtigten schwere Unruhen bei Ablehnung des Friedensvertrages. General von Lüttwitz, Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 1 (Berlin), erklärte, es sei noch fraglich, wie sich die Truppe zur Frage des Vertrages stellen werde, wenn Ablehnung oder Annahme erfolge. Sicher werde die Ablehnung von der Truppe freudig begrüßt, die Truppe werde dann hinter der Regierung stehen; sie werde dies jedoch nicht tun, sofern der Auslieferungsparagraph angenommen werde. Wenn diese Bestimmung nicht abgelehnt werde, sei es möglich, daß sich die Truppe dagegen auflehne oder auseinanderfalle. In den weiteren Erörterungen nahmen die „Schmachparagraphen“, auch Ehrenpunkte genannt, die Artikel 227–231 des Vertrages von Versailles, einen breiten Raum ein. Die Anschauungen von Reinhardt und Groener, den beiden Kontrahenten, waren zumindest in diesem Punkt kongruent.

General von Below³⁵ betonte, im Osten müsse man gegen die Polen offensiv werden; es sei notwendig, gegen hervortretende Sonderbestrebungen fest durchzugreifen. Anschließend sprach Groener; er beschrieb die aussichtslose Situation des Reiches im Fall einer Ablehnung der Unterzeichnung des Vertrages; seine Ausführungen stellten ein Konzentrat seines Vortrages vom 19./20. Mai 1919 im Großen Hauptquartier³⁶ und seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919³⁷ dar. Reichswehrmi-

³⁴ Groeners Kommentar lautete: „Die Urteile der Generale über die militärische Lage gründeten sich lediglich auf die Verhältnisse ihres eigenen Befehlsbereichs und faßten nur die nächsten Ziele eines Kampfes im Osten ins Auge; die militärischen Maßnahmen der Entente wurden nicht berücksichtigt, ein Endergebnis der Gesamtoperationen nicht gezogen. Man sprach über den Kampf im Osten, wie wenn sich dieser von den im Westen zu erwartenden Ereignissen völlig trennen lassen könnte. Insbesondere gab man sich einer groben Selbsttäuschung hin, wenn man annahm, daß die Entscheidung über den Frieden durch Kampferfolge gegenüber den Polen zu unseren Gunsten geändert werden könnte. Über den Frieden und seine Bedingungen fielen im Westen die Würfel. Die politischen Auffassungen der Generale waren naiv, die militärischen begrenzt vom engen Horizont des Truppenführers, insbesondere General von Loßberg berauschte sich an seinen eigenen Worten, die jedes nüchterne, klare und logische Wägen eines im Kriege bewährten Generalstabschefs vermissen ließen. General von Below beschränkte sich auf wenige Worte, die seine Entschlossenheit und Energie zum Ausdruck bringen sollten. Mit mehr Einsicht beurteilte Oberst Heye die Lage, aber auch er schien befangen in dem Gedanken, daß die Regierung selbst eine solche Aufstandsbewegung nicht nur des Militärs, sondern des ganzen Volkes wünsche und vorbereiten wolle“ (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 480).

³⁵ Über General von Belows Ausführungen: s. die ursprünglichen, dann gestrichenen Bemerkungen Groeners: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 480, Anm. 13; Schulze, *Der Oststaat-Plan 1919*, S. 153.

³⁶ „Vortrag des Ersten Generalquartiermeisters über die Lage, gehalten im Gr. H. Qu. [Großen Hauptquartier] am 19./20. Mai 1919“, BA/MA Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 66f–85f; Auszüge bei: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 495. Ein weiterer wörtlicher Auszug bei: Groener-Geyer, S. 143f.

nister Noske schloß sich an; er hob, wie der Erste Generalquartiermeister, hervor, daß der Westen für einen Kampf nicht in Frage komme; es bestünden erhebliche Ernährungsschwierigkeiten; auch hätten sich starke Loslösungsbestrebungen gezeigt (Rheinlande, Hannover). Die süddeutschen Regierungen möchten Frieden haben. Anknüpfend an Groener betonte er, daß der Osten nicht über ausreichende Kohlevorräte verfüge. „Nur wenn wir das Reich leidlich intakt erhalten, ist eine Wiedergeburt Deutschlands möglich.“

Kriegsminister Reinhardt erklärte, es sei zu erwarten, daß die Annahme der Ehrparagraphen ruhige Leute aus dem Hause treiben werde, die Hitzköpfe sogar ins Gegenlager.

Der Erste Generalquartiermeister faßte seine Meinung, wie in der Besprechung mit Reinhardt am 18. Juni dargelegt, dahingehend zusammen, daß der höchste sittliche Wert, der auf dem Spiele stehe, die Erhaltung des Reiches sei; dies sei nur möglich, wenn sich alles hinter den Reichswehrminister stelle. Dieser Vertrauenserklärung stimmten die anwesenden Generale, der Admiral von Trotha und die Staboffiziere zu. Groener propagierte den Gedanken, Noske, unter Belassung seiner Stellung als Minister, zum Ministerpräsidenten zu designieren. Bereits in den folgenden Tagen gab er diese Absicht auf.

Die Gegensätze konnten nicht ausgeräumt werden. Noske verließ nach zweistündiger Anwesenheit die Sitzung. Groener hatte den Eindruck gewonnen, daß „der Kern der Besprechung seine Klärung erfahren hatte“³⁷ und sich jede weitere Aussprache erübrige. Der Erste Generalquartiermeister sollte sich täuschen. Reinhardt fuhr fort, den Fragebogen zu erörtern. Zutreffend hob Groener in seiner „Aufzeichnung“ hervor, daß die anwesenden Offiziere in der Auffassung bestärkt worden seien, der Kampf im Osten sei – entgegen den Darlegungen Noskes – auch gegen den Willen der Regierung beabsichtigt³⁹.

Ein weiterer Punkt muß beachtet werden. Die Ausführungen der Generale von Below und von Loßberg hatten erkennen lassen, daß sie den Kampf im Osten vorerst als ein militärisches Unternehmen betrachteten und die Führung durch die OHL forderten. Die Verantwortung wäre auf die OHL übergegangen und hätte nicht weiter bei den Generalen gelegen. Der Erste Generalquartiermeister mußte diese Absicht ablehnen. Die OHL, so führte er aus, sei ein Organ der Regierung, und es wäre ein politischer Fehler, wenn die OHL an die Spitze dieses selbständigen Kampfes treten und die Sache militärisch aufziehen wolle. Ein Erfolg dieser Bewegung sei nur zu erwarten, wenn sich die militärischen Stellen von der Politik im größten Maße zurückhielten.

Groener hatte auf den Primat der Politik mit deutlichen Worten hingewiesen und

³⁷ „Denkschrift! des Ersten Generalquartiermeisters, Generalleutnant Groener, über die Lage am 17. Juni 1919. G. H. Qu.“, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 87^r–96^r, auszugsweise abgedruckt: Groener-Geyer: Dok. 8, S. 379–385.

³⁸ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 482.

³⁹ Ebenda, S. 482.

den opponierenden Generalen die Grenze ihres Vorgehens, auch in der Frage der Führung, gezogen und sie in ihre Schranken verwiesen. Der Erste Generalquartiermeister wollte kein Hazard-Spieler sein. Politisches wie militärisches Wunschdenken lag ihm fern. Der Große Generalstab der preußischen Armee hatte seine Offiziere in der Beurteilung von Lagen, die auf realen Gegebenheiten aufbauten, geschult. Der bayerische General Ritter von Möhl teilte Oberst von Xylander mit, die Generale von Loßberg, Below und Lüttwitz hätten „einen Volkskrieg gegen Polen verlangt“⁴⁰. Groener, der Nachfolger Ludendorffs, setzte ihren Phantasmagorien heftigsten Widerstand entgegen, weil er die Einheit des Reiches gefährdet sah.

Reinhardt sprach die abschließenden Worte; er hielt fest, die Äußerungen hätten das Bild ergeben, daß der Westen sich beugen werde, der Osten dagegen kämpfe; es werde zu einem Bruch zwischen dem Westen und dem Osten kommen; dieser Bruch werde sehr groß sein, man müsse ihn aber in die Hand nehmen und das Gebiet westlich der Elbe aufgeben und für den Osten alles vorbehalten.

Aus diesen Darlegungen ging hervor, daß der Kriegsminister die Ausführungen von Noske und Groener negiert hatte. Reinhardt hatte sich in der Sitzung als der geistige Kopf einer Offiziersfronde erwiesen, welche die Einheit des Reiches in ihrer schwersten Krisis seit Abschluß des Waffenstillstandes am 11. November 1918 gefährden wollte. Diese Haltung kam einer Insubordination gleich und stellte einen einmaligen Vorgang in der preußischen Militärgeschichte dar.

Ohne eine Einigung erreicht zu haben, wurde die Sitzung beendet.

Am Nachmittag des 19. Juni fand die Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder und des Staatausschusses statt⁴¹. Die offizielle Aufzeichnung – „Niederschrift über die Sitzung des Staatausschusses in Weimar am 19. Juni 1919, 2 Uhr nachm.“ – gibt detaillierte Auskunft (Dok. Nr. 3).

Groener war mit seinen Begleitoffizieren anwesend, ergriff aber nicht das Wort⁴². Reichsfinanzminister Dernburg, zugleich Vertreter des (Reichs-) Ministerpräsidenten, bat die Vertreter der Gliedstaaten um ihre Ansichten zu der Frage, ob der Vertrag angenommen oder abgelehnt werden solle.

Mit Ausnahme von Preußen, das durch den Ministerpräsidenten Hirsch vertreten wurde, des preußischen Kriegsministers Reinhardt und der drei Hansestädte (Bremen, Hamburg, Lübeck) sowie Lippe stimmten alle Vertreter der Länder Baden, Bayern, Hessen, Mecklenburg, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen, Sachsen-Weimar und Reuss „freilich mit unterschiedlichen Akzenten und Begründungen“ (Schulze)

⁴⁰ Zit. nach Carsten, S. 49, Anm. 99; ein Datum des Schreibens ist nicht genannt.

⁴¹ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 483 ff. und: Dok. Nr. 118, S. 504 ff. (Aufzeichnung des Grafen Brockdorff-Rantzau mit Datierungsirrtum). Groener, Lebenserinnerungen, S. 504. M[atthias] Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart und Berlin 1920, S. 377. Erzberger ist der Ansicht, daß in dieser Sitzung die „eigentliche Entscheidung“ über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages gefallen sei. Berücksichtigt man alle Faktoren, ist dieser Ansicht zuzustimmen.

⁴² Der Erste Generalquartiermeister nahm an der Sitzung „nur als Zuhörer“ teil (Lebenserinnerungen, S. 504).

für die Unterzeichnung. Die Bevölkerung lehnte in ihrer erdrückenden Mehrheit – es wurden 85 bis 95 Prozent genannt – die Wiederaufnahme des Kampfes ab⁴³. Zwischen dem badischen Staatspräsidenten Geiß, der vehement für die Annahme des Friedens plädierte, und seinem Minister Dietrich bestand eine abweichende Meinung in der Beurteilung des Vertrages, nachdem Dietrich dessen Ablehnung empfohlen hatte.

Die Rede, die Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau hielt⁴⁴, verfehlte ihre Wirkung. Die Vermutung liegt nahe, daß seine Ausführungen bei den Ministerpräsidenten und Ländervertretern eine entgegengesetzte Reaktion dessen ausgelöst haben, als ursprünglich beabsichtigt war, und sie nun für die Annahme des Vertrages stimmten, abgesehen von Erzberger, der leidenschaftlich für „die Erhaltung der Reichseinheit“ warb, die im Falle der Ablehnung gefährdet sei. Mit dieser Argumentation wußte er sich mit Noske und Groener einig.

In seinen Schlußworten sprach sich Dernburg für die Ablehnung des Vertrages aus. Innerhalb des Kabinetts Scheidemann blieben die divergierenden Ansichten über diese Frage bestehen. Der Rücktritt des Kabinetts, von Noske mehrfach genannt, war nur noch eine Frage von Stunden⁴⁵.

Am Abend des 19. Juni 1919 fand unter Leitung des preußischen Ministers des Innern Heine eine weitere Sitzung statt, an der die Vertreter der Ostprovinzen und der Parteien teilnahmen⁴⁶. Die amtliche „Niederschrift über den Verlauf der Sitzungen in Ostfragen unter Vorsitz des Preußischen Ministers des Innern Heine, am 19. 6. [19]19, 8 Uhr abends in Weimar“ liegt vor (Dok. Nr. 4).

Minister Heine führte aus, daß sich die preußische Regierung für die Ablehnung des Friedensvertrages ausgesprochen habe. Ausgehend von dieser Bekundung stellte er eine Reihe von Fragen, besonders nach den militärischen Bedingungen im Osten und dem Verhalten der Truppe. Die beiden Generalstabschefs der Armeeoberkommandos Süd und Nord, von Loßberg und Heye, beurteilten, wie am Vormittag, die militärische Lage gleich. Loßberg betonte erneut, daß die Truppe bei Unterzeichnung des Friedens auch gegen den Willen der Regierung losschlagen werde. Sowohl Loßberg als auch Heye sahen die militärischen Aussichten im Osten als günstig an. Groener wies darauf hin, daß eine Offensive in Polen kaum im Sinne der Entente sei, betonte weiter, daß die vorhandenen Vorräte für drei Monate reichten. Die weitere Versorgungsfrage hinge von der Entwicklung der Lage ab.

Heftig sprach sich der Reichskommissar für Schlesien, Hörsing, gegen die Absicht aus, den Kampf im Osten wiederaufzunehmen. Er ließ keinen Zweifel

⁴³ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 485. Groener, Lebenserinnerungen, S. 504.

⁴⁴ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 484 f. und: Dok. Nr. 118, S. 505 f.; Groener, Lebenserinnerungen, S. 504.

⁴⁵ Zur weiteren Entwicklung des Kabinetts Scheidemann am 19./20. Juni 1919: AdR, Kabinett Scheidemann, Einleitung, S. LXI f. und: Dok. Nr. 118, S. 502 (mit Anm. 6, S. 502).

⁴⁶ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 486 ff. Groener, Lebenserinnerungen, S. 505; Stülpnagel, S. 163; Schulze, Freikorps und Republik, S. 118; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 154; AdR, Kabinett Scheidemann, Einleitung, S. LXI.

darán, daß im Falle der Annahme des Friedens die schlesische Bevölkerung den Kampf ablehne. Schlesien sei kriegsmüde und nur bereit, im Falle der Ablehnung des Friedens seine Grenzen zu verteidigen. Scharf äußerte er sich zur Polenoffensive. Minister Heine und der Oberbürgermeister von Danzig Sahn pflichteten bei. Der Oberpräsident von Ostpreußen v. Batocki und der Reichskommissar für West- und Ostpreußen Winnig lenkten ein. Batocki führte aus, „die Erklärung Ostpreußens zu einer selbständigen Republik wäre früher vorteilhaft gewesen, jetzt ist es zu spät. Wird der Friede angenommen, müssen wir einen Strich unter den Osten und damit unter Preußen machen“. Sachlich beurteilte auch der Vertreter des Oberpräsidenten von Westpreußen Schnackenburg die Lage, sah aber in einem möglichen Kampf gegen die Polen „Chancen“, die man ausnützen müsse.

Im Mittelpunkt des Schlußwortes von Minister Heine stand die Forderung, „daß Preußen in jedem Falle zusammenhalten muß“.

Diese Sitzung hatte deutlich gemacht, daß die Absichten Reinhardts und der höheren Truppenführer sowie der beiden Generalstabschefs nicht zu verwirklichen waren. Die Bevölkerung lehnte es entschieden ab, den Kampf im Osten wiederaufzunehmen; die Voraussetzungen lagen nicht vor⁴⁷.

Groener hatte denjenigen Mitgliedern des Kabinetts Scheidemann, die den Vertrag unterzeichnen wollten, eine entscheidende Grundlage gegeben und die militärischen Opponenten isoliert; den Oststaat-Plänen fehlte eine ausreichende Basis. Der Gedanke, die Reichseinheit zu erhalten, hatte sich als der stärkere Faktor erwiesen. Die diffusen Vorstellungen höherer Generale und des preußischen Kriegsministers, der spiritus rector der Aktion, die offen eine Revolte gegen die Reichsregierung angedroht hatten, falls ihre Pläne nicht verwirklicht würden, hatten sich nicht durchsetzen können.

Die konsequente und nüchterne Haltung Groeners hatte bewirkt, daß er und Reinhardt – beide Süddeutsche – sich entzweiten. Die Spannungen zwischen dem Ersten Generalquartiermeister und dem Kriegsminister waren in erbitterte Gegnerschaft umgeschlagen.

Am 26. Juni 1919 notierte Groener in sein Tagebuch: „Der Kriegsminister, der stets im Geruch des Idealisten stand, ist doch ein krasser und gerissener Opportunist! – Der Kriegsminister intrigiert weiter! – Er allein hat Below, Loßberg und die anderen gehetzt!“⁴⁸

⁴⁷ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 490. Stülpnagel, der zusammen mit Generalmajor von Seeckt an der abendlichen Sitzung teilgenommen hatte, berichtete über seine Eindrücke: „Seeckt und ich sind anwesend und treffen uns hinterher in der Auffassung, daß der beabsichtigte und von mir stark gewollte Kampf aussichtslos ist, wenn die Vertreter der zivilen Bevölkerung ihn so schroff ablehnen“ (zit. bei Rabenau, S. 182, Anm. 1). Erfurth, S. 47; Carsten, S. 50 (mit weiteren Zitaten); s. auch: Dok. Nr. 4, Anm. 3.

Groener schrieb in seiner „Aufzeichnung“: „Für die militärischen Vertreter war nunmehr Klarheit geschaffen, daß im Falle der Ablehnung des Friedens der im Osten entbrennende Kampf die Unterstützung der Masse der östlichen Bevölkerung finden werde, im Falle der Annahme jedoch auf eine Volkserhebung nicht zu rechnen sei“ (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 490).

⁴⁸ Zit. nach Erfurth, S. 50. Zur Haltung des Offizierkorps gegen Groener; ebenda.

Mag auch eine erhebliche Portion Bitterkeit in dieser ungeschminkten Aussage enthalten sein, so gibt sie die Haltung Groeners und seine Einstellung zu Reinhardt zusammengefaßt wieder.

Am 20. Juni suchte Groener Noske auf⁴⁹. Die „Niederschrift über die Besprechung des Ersten Generalquartiermeisters mit dem Reichswehrminister in Weimar am 20. 6. 1919“ (Dok. Nr. 5) wurde von Groener mit einer Auslassung bzw. einem Zusatz in seine „Aufzeichnung“ korrekt inseriert⁵⁰.

Gegenstand der Besprechung war die nach dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann (20. Juni 1919, kurz nach Mitternacht) ungeklärte Lage, die Absendung der Zwischennote an die Entente (diese Note ist nicht abgeschickt worden⁵¹) und die Regelung der Kommandogewalt bei der Wiederaufnahme des Kampfes.

Am 21. Juni 1919, kurz nach Mitternacht, fuhr Groener mit seiner Begleitung von Weimar nach Kolberg zurück⁵². Er war bei seiner Abfahrt davon überzeugt, daß die Wiederaufnahme des Krieges bevorstehe⁵³. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätten die Alliierten die in der Zwischennote enthaltenen Vorschläge der DDP abgelehnt⁵⁴.

Die Dokumente stellen eine wertvolle Ergänzung zu der Edition „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann“ dar; über die letzten Tage des Kabinetts sind nur zusammenfassende Aufzeichnungen (Dok. Nr. 114, 117 und 118) bekanntgeworden. Die hier edierten amtlichen Niederschriften erhellen manche Vorgänge, klären offengebliebene Fragen und verdeutlichen den Ablauf der Ereignisse, an deren Ende die Demission des Kabinetts Scheidemann stand; die Auseinandersetzung der OHL mit den opponierenden Generalen und Stabsoffizieren wird eindringlich und ausführlich gezeigt. Die Dokumente zeigen weiter, wie zuverlässig Groener die Geschehnisse vom 18. bis zum 20. Juni 1919 in seiner „Aufzeichnung“ dargestellt hat. Die fünf Niederschriften (vermutlich die Ausfertigungen) standen ihm bei der Abfassung zur Verfügung.

Zusammen mit den Aufzeichnungen der Reichsminister Bell und Mayer sowie des

⁴⁹ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491; Groener, Lebenserinnerungen, S. 505.

In seiner Begleitung befanden sich Major von Stülpnagel (Stülpnagel, S. 163) und, so ist zu vermuten, die Hauptleute von Poseck und Stumpff. Einer der beiden Generalstabsoffiziere fertigte die Niederschrift an.

⁵⁰ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491 f.

⁵¹ Zur Zwischennote: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 117, S. 496 f., Anm. 2 und: Dok. Nr. 118, S. 502, Anm. 6 (der Wortlaut der Zwischennote war eng angelehnt an den Vermittlungsvorschlag der DDP).

⁵² AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 492; Groener, Lebenserinnerungen, S. 505; Stülpnagel, S. 163.

Der „Fahrplan“ ist erhalten: BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 189. Die Abfahrt in Weimar erfolgte am 21. Juni 1919, fünf Minuten nach Mitternacht: 12.05 Vorm.; die Ankunft in Kolberg am 21. Juni, 1.40 Nachm.

⁵³ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 492; Groener, Lebenserinnerungen, S. 505.

⁵⁴ AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 492; Schulze, Kabinett Scheidemann, Einleitung, S. LXII.

Gesandten Naumann vom 6. Juli 1919⁵⁵, die nahtlos an die edierten Niederschriften anschließen, werden die dramatischen und hektischen Vorgänge in Weimar weiter rekonstruiert. Annehmen oder Ablehnen des Friedensvertrages – diese Frage war im Juni 1919 zu der Schicksalsfrage des Reiches geworden, wie die Edition der amtlichen Niederschriften belegt.

2. Beschreibung der Vorlagen

Alle Niederschriften liegen in Maschinschrift und in Folio-Format (33 cm × 21 cm) vor. Es finden sich nur kleinere handschriftliche Ergänzungen und Korrekturen.

Die Überlieferungsform⁵⁶ der edierten Aufzeichnungen ist nicht einheitlich. Eine eindeutige Bestimmung ist nicht immer möglich. Ausfertigungen sind, abgesehen von Dokument Nr. 1 und 2, nicht vorhanden. Diese gelangten vermutlich in die amtlichen Akten der OHL und 1920 in das anfangs Oktober 1919 gegründete Reichsarchiv Potsdam⁵⁷; sie wurden, so ist zu vermuten, im April 1945 bei der Zerstörung des Heeresarchivs Potsdam vernichtet⁵⁸.

⁵⁵ Mühleisen, Das Kabinett Bauer, S. 65–89; zu den Anfängen des Kabinetts Bauer: s. die „Einleitung“ der von Anton Golecki besorgten Edition: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Bauer, S. XXII ff. und: Dok. Nr. 3, S. 3–12: „Vortrag des Ersten Generalquartiermeisters über die Entwicklung der Lage vom 21. Juni bis zum 23. Juni 1919“ (s. Dok. Nr. 1, Anm. 13 der Edition); Groener, Lebenserinnerungen, S. 506 ff. bringt die wesentlichen Auszüge seines Vortrages.

⁵⁶ Zur Überlieferungsform: Letzte Fassung der von Johannes Schultze erarbeiteten „Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte“. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 102 (1966), S. 1–10; wieder abgedr. in: Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen. Hrsg. von Walter Heinemeyer (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg-Köln 1978, S. 25–36, hier: S. 30 f. (Ziff. 13); ferner: [Friedrich P. Kahlenberg:] Zur Edition zeitgeschichtlicher Quellen. In: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1975, S. 137–147, hier: S. 140 ff. Ergänzend: Heinz Boberach, Zur Edition zeitgeschichtlicher Quellen. In: Jahrbuch der historischen Forschung. Berichtsjahr 1985. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, München, New York [usw.] 1986, S. 61–68. Und: Politisches Archiv des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen. Inventar der Bestände. Hrsg. von Friedrich Küch (Publikationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven, Bd. 78), Bd. I, Osnabrück 1965 (Neudruck der Ausgabe 1904), Einleitung, S. XXX ff.

⁵⁷ Zum Reichsarchiv, das am 1. Oktober 1919 gegründet wurde: Brenneke, Archivkunde, S. 305 (Anm. 10); Poll, Sp. 65 (Anm. 10); Erfurth, S. 55; Karl Demeter, Das Reichsarchiv. Tatsachen und Personen, Frankfurt a. M. 1969, S. 5 ff., bes. S. 8; Heinrich Otto Meisner, Das Reichsarchiv. In: Archivalische Zeitschrift 66 (1970), S. 50–53 (hier auch ältere Literatur); Kahlenberg, S. 18 ff. (Anm. 10); Granier u. a., Das Bundesarchiv und seine Bestände, S. 39; Eckart G. Franz, Einführung in die Archivkunde (Die Geschichtswissenschaft), 2. Aufl., Darmstadt 1977, S. 16.

⁵⁸ Ruppert, Heeresarchiv Potsdam 1936–1945, Sp. 179 (Anm. 10). Der Angriff auf Potsdam fand in den Abendstunden des 14. April 1945 statt. Poll, Sp. 74; Demeter, S. 48 f., Anm. 23; Horst Mühleisen,

Bei Dokument Nr. 1 liegt, was den aktenmäßigen Befund angeht, die Abschrift der Ausfertigung vor; die Niederschrift der Besprechung umfaßt vier Blätter.

Bei Dokument Nr. 2 handelt es sich um die Ausfertigung; die Niederschrift⁵⁹ liegt als Durchschrift vor und zählt 27 Blätter, Dokument Nr. 3 sechs Blätter; die Überlieferungsform ist nicht sicher zu bestimmen: verbesserter Entwurf des Konzepts *oder* Reinkonzept der Ausfertigung. Die gleiche Aussage gilt auch für Dokument Nr. 4; diese Niederschrift liegt als Maschinen-Abschrift mit elf Blättern vor. Auch bei Dokument Nr. 5, ein Blatt, kann die Überlieferungsform auf Grund der Aktenlage nicht eindeutig bestimmt werden: verbesserter Entwurf des Konzeptes *oder* Reinkonzept der Ausfertigung.

Die Niederschriften vom 18. und 19. Juni 1919 (Vormittag und Nachmittag) (Dok. Nr. 1, 2 und 3) verfaßte Hauptmann Stumpff⁶⁰.

Die Frage, ob Stumpff oder Poseck die Sitzungsniederschrift vom 19. Juni 1919 (Abend) (Dok. Nr. 4) und die Besprechungsniederschrift vom 20. Juni 1919 (Dok. Nr. 5) anfertigte, läßt sich auf Grund des überlieferten Schriftgutes nicht beantworten.

3. Überlieferungsgeschichte

Sämtliche Niederschriften befinden sich im Nachlaß des Hauptmanns a. D. Günther von Poseck, Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg i. Br., N 244/6 a⁶¹.

Günther von Poseck wurde 1890 in Karlsruhe als Sohn des späteren Generals der Kavallerie Maximilian von Poseck geboren⁶². Im September 1908 trat er als dreijähriger Freiwilliger (Fahnenjunker) in das Ulanen-Regiment Kaiser Alexander II. von

sen, Das Archiv der Ritterschaft des Ordens pour le mérite (militärische Auszeichnung). In: Der Archivar 37 (1984), H. 4, Sp. 548–549, hier: Sp. 548.

Im Zuge der Neuorganisation der Heeresarchivverwaltung, insbesondere der Schaffung des Heeresarchivs Potsdam am 1. Oktober 1936 bzw. 1. April 1937 (s. Anm. 10), wurde die schriftliche Überlieferung des preußischen Heeres bis 1920 aus dem Reichsarchiv ausgegliedert und in das Heeresarchiv übernommen. Das Schriftgut wurde in die Hauptabteilung A eingebracht. Die in den drei Obersten Heeresleitungen (1914–1919) entstandenen Akten wurden in das Referat – Großer Generalstab und OHL des Weltkrieges – eingegliedert (Ruppert, Sp. 178).

⁵⁹ Im Nachlaß Poseck N 244/6 a ist der verbesserte Entwurf *oder* das Reinkonzept von Dok. Nr. 2 vorhanden: fol. 104–124.

⁶⁰ Die *Durchschrift* der edierten Vorlage „Niederschrift über die Sitzung des Staatenausschusses in Weimar am 19. Juni 1919, 2 Uhr nachmittags“ (BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 153–158) wurde unterzeichnet: „gez. Stumpff“ (fol. 158).

⁶¹ Granier u. a., S. 618; ferner: Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), bearb. von Wolfgang A. Mommsen (Schriften des Bundesarchivs 17), Bd. 1, Boppard a. Rh. 1971, S. 383 (= Nr. 2860).

Die Lebensdaten des Hauptmanns Günther von Poseck lauten korrekt: 1890–1956.

⁶² Die nachstehenden persönlichen Angaben stützen sich auf den „Personalbogen des Günther Adolf Theodor von Poseck, geb. 15. 9. 1890 zu Karlsruhe“, der als Abschrift vorliegt (BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/1).

Rußland (1.Brandenburgisches) Nr.3 ein und wurde im März 1910 zum Leutnant ernannt.

Ab August 1914 gehörte Poseck als Ordonnanzoffizier der 5.Infanteriedivision an; im September 1916 wurde er zum Stab des Chefs des Generalstabes des Feldheeres versetzt. Nachdem Poseck den zweiten Generalstabslehrgang in Sedan absolviert hatte, erfolgte am 2.Oktober 1917, unter gleichzeitiger Beförderung zum Hauptmann, seine Versetzung in den Generalstab der Armee; er wurde der Operationsabteilung der OHL zugewiesen⁶³, wo er in der Abteilung Ia u.a. Truppenverschiebungen, Ablösungen, Abgrenzung der Armeen, Unterstellung der Divisionen, gedruckte Lagenkarten und die Befehlsgebung zwischen Armee und Marine bearbeitete⁶⁴. Sein späterer Vorgesetzter, Major Joachim von Stülpnagel, ab September 1918 Chef der Operationsabteilung Ia der OHL, betont in seinen Erinnerungen die außerordentliche Tüchtigkeit Posecks⁶⁵.

Die Verwendung Posecks in der Operationsabteilung brachte es mit sich, daß er im Zentrum der Entscheidungen arbeitete und an wichtigen Besprechungen und Sitzungen teilnahm. Der Generalstabsoffizier bewahrte ihm aufschlußreiche Aufzeichnungen, Denkschriften, Befehle, Meldungen, Telegramm-Abschriften, die er zumeist entworfen hatte, auf.

Bis Ende Juli 1919 gehörte Poseck der OHL an und zählte zum Kreis der engeren Mitarbeiter des Ersten Generalquartiermeisters, des Generalleutnants Groener. Im Juli/August 1919 wurde Poseck zum Generalkommando des VI. Reservekorps (Generalmajor Graf von der Goltz) in das Baltikum kommandiert⁶⁶. Mitte August

⁶³ Vgl. Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*, 4. Aufl., Berlin 1919, S.14: „Ich hatte noch viele andere treue Mitarbeiter in meinem Stabe [Chef des Generalstabes des Feldheeres/Erster Generalquartiermeister = OHL]; ich nenne [. . .] die Hauptleute [. . .] v. Poseck und andere mehr.“ S. auch die Tagebuchnotizen des (damaligen) Majors Ritter von Leeb, Generalstabsoffizier im Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern, mit Erwähnung Posecks vom 7. März, 2. November und 7. Dezember 1918: Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen*. Aus dem Nachlaß hrsg. und mit einem Lebensabriß versehen von Georg Meyer (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 16), Stuttgart 1976, S. 106, 150, 162 f.

⁶⁴ „Diensterteilung der Operations-Abteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres“ vom 1. September bzw. 15. September 1918 (BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/5 fol. 34 und 35). Stülpnagel, S. 132 f.

⁶⁵ Stülpnagel, S. 133 f.: „Das wirklich Entscheidende, was mir [Oberstleutnant] Wetzell [Chef der Operationsabteilung bis September 1918] übergab [nach dem 6. September 1918], war eine große Karte, auf der sämtliche Divisionen eingetragen waren und aus der ich zu meiner großen Bestürzung ersah, daß die OHL über kampfkraftige Reserven überhaupt nicht mehr verfügte. Diese Karte führte der vortreffliche Generalstabshauptmann v. Poseck [. . .]“ (s. Anm. 22); zu Poseck: Stülpnagel, S. 150 mit weiteren Mitteilungen.

⁶⁶ Im Nachlaß Poseck befindet sich über diese Abkommandierung aufschlußreiches Material: BA/MA N 244/8; weiteres Schriftgut über den Einsatz von Truppenverbänden im Baltikum: BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/7 und N 244/9.

In den Erinnerungen des Führers des VI. Reservekorps, Rüdiger Graf von der Goltz, *Als politischer General im Osten (Finnland und Baltikum) 1918 und 1920*, 2., völlig neubearb. Aufl., Leipzig 1936,

1919 erfolgte seine Versetzung in den Generalstab der Kommandostelle Kolberg; Anfang Oktober 1919 wurde die Kommandierung in das Reichswehrministerium nach Berlin ausgesprochen, wenige Wochen später die Versetzung in das Ministerium.

Anfang Mai 1920 schied Poseck aus dem aktiven Dienst aus; er fand eine Anstellung bei der Firma Gildemeister in Peru. Wieder in Deutschland, wechselte Poseck in die Kohlenbranche über und ging, nach kurzer Lehrzeit in Oberhausen, zu Giesches-Erben nach Danzig-Zoppot; für die gleiche Firma arbeitete er später in Wien. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte der frühere Generalstabsoffizier dem Deutschen Kohlen-Syndikat in Essen an⁶⁷. Er verstarb am 16. Februar 1956 in Essen – Bredene⁶⁸.

Im September 1961 stiftete Dr. Carl Müller von Blumenron, Köln-Marienburg, der damaligen Dokumentenzentrale des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg i.Br. die hinterlassenen Papiere Posecks. Ob Verluste eingetreten sind, konnte nicht festgestellt werden; es ist kaum anzunehmen. Das Schriftgut ist in ungewöhnlicher Dichte und Reichhaltigkeit überliefert.

Die Papiere wurden in der Dokumentenzentrale klassifiziert, in einzelnen Bänden formiert; die Blätter wurden foliiert.

Mit der Übernahme der Bestände der Dokumentenzentrale gelangte der Nachlaß Poseck ab Dezember 1967 in das Bundesarchiv – Militärarchiv und erhielt die Signatur N 244⁶⁹.

4. Zur bisherigen Auswertung der Dokumente

Die Dokumente Nr. 1 bis 4 werden erstmals ediert; nur einzelne, wörtliche Sätze sind durch Groener in seinen „Lebenserinnerungen“⁷⁰ bzw. in seiner mehrfach erwähnten „Aufzeichnung“⁷¹ mitgeteilt worden; den Verlauf der drei Sitzungen am 19. Juni 1919 und seine Unterredung mit Reinhardt am 18. Juni 1919 schilderte der Erste Generalquartiermeister, dem bei der Abfassung des erwähnten Berichts die fünf edierten Niederschriften vorlagen, überwiegend in indirekter Rede (vgl. Ziff. 1).

Dokument Nr. 5 wurde von Groener mit einer Auslassung bzw. einem Zusatz in seine „Aufzeichnung“ als Insert aufgenommen⁷²; die Gründe sind nicht bekannt. Ein

wird Hauptmann von Poseck namentlich nicht genannt. Graf von der Goltz erwähnt S. 144 nur „die Verbindungsoffiziere des Generals Groener“.

⁶⁷ Diese Angaben stützen sich auf schriftliche Mitteilungen von Frau Margarethe von Bischoffshausen geb. von Poseck, der jüngsten Schwester, Starnberg/Obb., vom Dezember 1980.

⁶⁸ Frdl. Mitteilung des Deutschen Adelsarchivs Marburg vom 2. Juni 1986.

⁶⁹ Frdl. Mitteilungen des Bundesarchivs – Militärarchiv Freiburg i. Br. vom 10. Juni 1986.

⁷⁰ Dok. Nr. 1: Groener, Lebenserinnerungen, S. 502; Dok. Nr. 2: Groener, Lebenserinnerungen, S. 503.

⁷¹ Dok. Nr. 2: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 480 f. Dok. Nr. 4: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 488 f.

⁷² Dok. Nr. 5: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491 f.

Vergleich des vom Ersten Generalquartiermeister mitgeteilten Wortlauts und der edierten Besprechungsniederschrift zeigt erneut, wie zuverlässig Groener gearbeitet hatte.

5. Zur Edition

A) Der Text

Der Abdruck des Textes erfolgt im allgemeinen nach den von Johannes Schultze erarbeiteten Richtlinien⁷³ und den von Friedrich P. Kahlenberg formulierten „Grundsätzen für die Edition zeitgeschichtlicher Quellen“⁷⁴.

An Abweichungen und Besonderheiten sind festzuhalten:

- a) Die *Rechtschreibung* wurde z. T. modernisiert (z. B. „dass“ in „daß“, „preussisch“ in „preußisch“, „Massnahmen“ in „Maßnahmen“, „äussere“ in „äußere“). Die Umlaute in den Substantiven „Aemter“, „Uebergänge“, „Aeusserung“ und „Ueberhand“ wurden in die moderne Schreibweise gebracht. Bewußt wurde aber z. B. die Schreibweise „Disciplin“, „die Centren“ und „von Lossberg“ beibehalten.
- b) Die *Kommasetzung* wurde, um Sinnstörungen zu vermeiden, behutsam dem heutigen Gebrauch angepaßt; im übrigen wurde die Interpunktion ohne Änderung beibehalten.
- c) Die Zusätze des Herausgebers im Text sind mit [] gekennzeichnet; sie dienen der besseren Lesbarkeit und für notwendige Erläuterungen, die im Text nicht in den sachlichen Anmerkungsteil übernommen werden konnten. Die im Anmerkungsteil verwendeten Auslassungen wurden durch [. . .] gekennzeichnet, und die in den Vorlagen verwendeten Unterstreichungen sind durch *Kursivdruck* hervorgehoben worden. Die foliierte Blattzählung wurde mit () kenntlich gemacht, die Vorder- und Rückseite des Blattes bei Dokument Nr. 5 mit fol. 188^r und 188^v. Im Hinblick auf die erstrangige Bedeutung der Niederschriften wurde auch die ursprüngliche Blattzählung mit /Bl. . . / angegeben.

B) Der Kommentar

- a) Die *textkritischen Anmerkungen* in den fünf Dokumenten wurden u. a. verwendet, um die in den Vorlagen gebrauchten Abkürzungen, die mit Ausnahme der Abbrueviatur „O. H. L.“ aufgelöst wurden, nicht zutreffend geschriebene Eigennamen und handschriftliche Verbesserungen zu kennzeichnen.
- b) Die *sachlichen Anmerkungen* sind im Hinblick auf den begrenzten Seitenumfang bewußt knapp gehalten worden, und nur dort, wo es für das Verständnis erforderlich erschien, wurden Erläuterungen gegeben, um die zahlreichen Fakten und Personen in den übergeordneten Zusammenhang einzuordnen. Die Erläuterungen sollen keineswegs immer vollständig sein. Weiterführende Literaturhinweise wurden aufgenommen.

⁷³ S. Anm. 56.

⁷⁴ S. Anm. 56.

Die biographischen Angaben sind in wenigen Fällen unvollständig. Diese Tatsache hängt mit der unterschiedlichen Qualität der verwendeten Hilfsmittel zusammen.

Allen Archiven und Institutionen, die mir bei der Erarbeitung dieser Edition behilflich waren, danke ich herzlich.

Dokument Nr. 1

Niederschrift^a über die Besprechung mit dem Kriegsminister¹ in Weimar^b am 18. 6. 1919²

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol.99–102. Maschinenschrift mit Unterschrift [Abschrift der Ausfertigung]

Kriegsminister:

Wir müssen uns klar werden über die Maßnahmen, die von militärischer Seite zu treffen sind sowohl im Falle der Annahme wie auch bei Ablehnung des Friedensvertrages³.

^a Vorlage: „Niederschrift“: gesperrt

^b Vorlage: „Weimar“: gesperrt

¹ Walther Reinhardt (1872–1930), Oberst, zul. General d. Inf., Januar–August 1919 preußischer Kriegsminister.

² Am 16. Juni 1919 war ein von Reichswehrminister Noske und Reinhardt gemeinsam unterzeichnetes Fernschreiben bei der OHL in Kolberg eingegangen, das Groener, den Ersten Generalquartiermeister, zusammen mit den Generalen von Below und von Loßberg, zu einer Lagebesprechung nach Weimar rief. Groener fuhr am 17. Juni 1919 mit seinem engsten Stab von Kolberg nach Weimar. Zu seiner Begleitung gehörten: General d. Inf. von Below, Kommandierender General des XVII. Armeekorps in Danzig, ein Begleitoffizier Belows, Oberst Heye, Chef des Generalstabes des Armeekorps Nord (Bartenstein/Ostpreußen), Oberst Frhr. von Oldershausen, Chef des Feldeisenbahnwesens, die Majore von Stülpnagel (Joachim) und von Schleicher (OHL), die Hauptleute Werner-Ehrenfeucht, von Poseck und Stumpff. Die Abreise erfolgte in Kolberg um 10.04 Uhr, die Ankunft in Weimar am 18. Juni 11.10 Uhr: „Plan für die Reise mit Sonderzug des Ersten Generalquartiermeisters nach Weimar am 17. Juni 1919“, BA/MA Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 97. „Fahrplan für den Sonderzug Gneisenau am 17./18. Juni 1919“, BA/MA Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 98; s. auch die Einleitung, Anm. 17.

Groener erwähnt diese Besprechung in seinen „Lebenserinnerungen“, S. 502; ferner: Heye: „Lebenserinnerungen des Generaloberst Wilhelm Heye. Teil II „Mein Lebenslauf“ 1914–1942“ fol. 517 f., BA/MA Freiburg i.Br., Nachlaß Heye N 18/4.

Aus der Darstellung von Heye geht hervor, daß er an der Unterredung zwischen Groener und Reinhardt teilgenommen hat.

S. auch die Niederschrift Groeners: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 476–492, hier: S. 477 f. Polemisch gegen Groener: Rakenius, S. 213 f. Der Wortlaut der edierten Niederschrift zeigt, daß die von Rakenius vorgetragene Polemik gegen Groener nicht gerechtfertigt ist. Die Ausführungen beweisen, daß die gegebene Darstellung zutreffend ist (Lebenserinnerungen, S. 502).

Die Besprechung dauerte von 3 bis 4 Uhr nachmittags (Lebenserinnerungen, S. 502, und: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 477 f.).

³ Am 16. Juni 1919 war der deutschen Friedensdelegation in Versailles die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge vom 29. Mai überreicht worden. Die Frist betrug zunächst fünf

Wenn der Friede unterzeichnet ist, wie werden sich dann die Truppen im Osten verhalten⁴?

*General Groener*⁵:

Dies ist weniger eine militärische als eine politische Frage.

Ohne Zweifel sind politische Sonderbestrebungen im Gange⁶. Wenn diese nicht in die Erscheinung treten, wird es möglich sein, die Truppen, abgesehen von Einzelfällen, in der Hand zu behalten. Es müssen dann jedoch auch politische Pronuntiamentos, wie sie zum Beispiel⁷ von Batocki⁷ und Winnig⁸ erlassen sind⁹, vermieden werden, denn diese können auf die Haltung der Truppen gefährlich wirken.

Kriegsminister:

nimmt an, daß der Osten in Brand gerät.

General Groener:

Etwaige Bewegungen haben, sofern sie örtlich beschränkt bleiben, keine Fernwirkung.

Ein Angriff von seiten der Polen erscheint mir nicht wahrscheinlich¹⁰. Die O.H.L.¹¹ steht auf dem Standpunkt, daß jeder polnische Angriff zurückgewiesen werden muß, solange nicht ein neuer Befehl, der die Räumung der fraglichen Gebiete betrifft¹², an die

⁵ Vorlage: „Groener“: gesperrt

⁴ Vorlage: „z. B.“

Tage; Generalkommissar Simons gelang es, die Annahmefrist um zwei Tage zu verlängern; ausführlich: Mühleisen, Lersner, S. 186; ders., Das Kabinett Bauer, S. 67; vgl. auch: Einleitung.

Die Mantelnote mit der Antwort der Alliierten vom 16. Juni ist gedruckt: Urkunden zum Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919, zusammengestellt von Herbert Kraus und Gustav Rödiger, Erster Teil, Berlin 1920, Nr. 64 a und 64 b.

⁴ Detailliert: Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 107 ff., S. 114 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 134 ff.

⁵ Wilhelm Groener (1867–1939), Generalleutnant, Oktober 1918–Juli 1919 Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres.

⁶ Gemeint sind die in die Literatur als Oststaatpläne und „Below-Putsch“ eingegangenen Bestrebungen, den Osten als zusammenhängende politische Einheit vom Reich zu separieren und auf eigene Verantwortung den Kampf gegen Polen fortzuführen; ausführlich: Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 112 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 134 ff.

⁷ Adolf von Batocki-Friebe (eigentlich: Tortilowicz von Batocki) (1866–1944), 1914 Oberpräsident von Ostpreußen, Januar 1918–Juni 1919 Oberpräsident von Ostpreußen.

⁸ August Winnig (1878–1956), seit 23. Januar 1919 Reichs- und preußischer Staatskommissar für Ost- und Westpreußen und die besetzten russischen Gebiete.

⁹ Zu den Pronuntiamentos: Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 114 ff. mit Anm. 55, S. 115; ausführlich: ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 130 f., S. 143 ff., bes. S. 147 und S. 151 (Aufruf Winnigs vom 15. Juni 1919).

¹⁰ Hierzu: „Denkschrift! des Ersten Generalquartiermeisters, Generalleutnant Groener, über die Lage am 17. Juni 1919“, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6a fol. 94 ff.: Ausführungen Groeners über die Operationen im Osten.

Diese Denkschrift ist auszugsweise abgedruckt bei: Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379–385. Groener, Lebenserinnerungen, S. 500 f. bringt Auszüge aus dem Memorandum; dazu: Rakenius, S. 218.

¹¹ Abkürzung für: Oberste Heeresleitung. Diese Abbeviatur wird nicht aufgelöst.

¹² Hierzu: Groener, Lebenserinnerungen, S. 502: „Ich stellte mich namens der O. H. L. auf den Standpunkt, daß jeder polnische Angriff so lange zurückgewiesen werden müsse [...]“.

Truppe ergangen ist. Ein solcher Befehl, der die Räumung von Gebieten entsprechend den Abmachungen des Friedensvertrages anordnet, muß zunächst von der Reichsregierung an die O.H.L. gelangen, die ihn dann der Truppe weitergibt.

Wenn die Räumung der fraglichen Gebiete angeordnet wird, ist es möglich, daß dann die örtlichen Gegenbewegungen einsetzen. Die O.H.L. kann, solange sie hinter der Regierung steht, diesen Wider- (fol. 100) /Bl. 2/ stand jedoch nicht organisieren.

Die O.H.L. kann erst auf Grund der jeweiligen Lage, Zusammensetzung der etwaigen neuen Regierung¹³ und so weiter^c ihren Entschluß fassen, ob sie weiter hinter der Regierung stehen will, und damit die Verbindung nach dem Osten abschneiden, oder ob sie sich der selbständigen Gegenbewegung anschließen und dort sogar die Führung in die Hand nehmen will¹⁴.

Kriegsminister:

ist der Ansicht, daß jede selbständige Bewegung im Osten unterstützt werden muß und wird für seine Person dementsprechend handeln. Er bittet um Äußerung über die Stellungnahme der O.H.L.¹⁵.

General Groener:

Der Gedanke der Erhaltung der Reichseinheit ist meiner Ansicht nach das Ziel, welches wir allein verfolgen müssen. Somit muß ich jede Sonderaktion verurteilen, da sie dem Bestreben, die 60 Millionen Deutsche mit allen Mitteln zusammenzuhalten, entgegen steht. Ist die Sache wirklich auseinandergefallen, dann ist erst der Zeitpunkt gekommen, wo Sonderbestrebungen ihren Lauf nehmen können. Ich glaube auch nicht, daß eine allgemeine Kampfbegeisterung vorhanden ist, vielmehr jeder nur für seine Scholle kämpfen will¹⁶.

Kriegsminister:

Es gibt verschiedene Wege, um das zusammenzuhalten, was noch zusammenzuhalten ist. Im Westen wird der Friede durchzuführen sein, im Osten ist er meiner Ansicht nach

^c Vorlage: „usw.“

¹³ Zur Bildung des Kabinetts Bauer am 21. Juni 1919: AdR, Kabinett Scheidemann, Einleitung, S. LXII; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Bauer. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann [und] Hans Booms, bearb. von Anton Golecki, Boppard a. Rh. 1980, Dok. Nr. 3, S. 3, Anm. 4. Danach fand um 15 Uhr die konstituierende Sitzung des Kabinetts Bauer statt. Mühleisen, Lersner, S. 190; ders., Das Kabinett Bauer, S. 67.

¹⁴ Vgl. auch die Ausführungen Groeners während der Besprechung am 19. Juni 1919 in Weimar: Dok. Nr. 2 der Edition und Groener, Lebenserinnerungen, S. 504. Die OHL stellte sich hinter die Regierung Bauer.

Zur Entwicklung nach dem 19. Juni 1919: s. Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 122 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 154 ff.

¹⁵ Reinhardt war einer der entschiedensten Vertreter eines Oststaaten-Planes (s. Anm. 6 und Einleitung).

¹⁶ Diese Aussage auch wörtlich: Groener, Lebenserinnerungen, S. 502. Groener: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 478. Zu dem in diesem Zusammenhang oft geäußerten „Yorck-Gedanken“ von 1813: s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 493; Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 116 f.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 153.

praktisch undurchführbar¹⁷. Es besteht die Gefahr, daß die westliche und südliche Flaumacherei das nationale Empfinden des national denkenden Ostens verdirbt. Ein Bruch zwischen Ost und West wird sich nicht vermeiden lassen, der Bruch wird sehr groß werden. Wir können den Bruch aber in die Hand nehmen, den Westen aufgeben und uns dafür einen starken Osten, der aber auch das Gebiet vielleicht bis zur Elbe umfassen müßte, schaffen. Das alte Preußen muß den Kern dieses Reiches bilden¹⁸.

General Groener^f:

vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß versucht werden muß, (fol. 101) /Bl. 3/ alles zusammenzuhalten¹⁹.

Notwendig ist eine starke Reichsregierung, die mit der Revolution aufräumt. Wir müssen dann eine feste innere Politik treiben, zur Außenpolitik fehlen uns die Mittel²⁰.

Kriegsminister:

Wird der Friede unterzeichnet, kommt der Moment, wo wir abrüsten müssen. Die militärischen Bedingungen haben nur eine unwesentliche Abänderung erfahren, sind teilweise sogar verschärft worden²¹.

Wird die vorgeschriebene Abrüstung durchgeführt, werden wir völlig wehrlos. Technisch wird die Abrüstung in der vorgeschriebenen Form undurchführbar sein.

General Groener^f:

Eine schnelle Durchführung der Abrüstung ist nicht geboten. Wir wissen nicht, was für Veränderungen im Laufe der Zeit eintreten können. Den jetzigen Friedensvertrag werden wir nur mit Einschränkungen unterschreiben können²².

Kriegsminister:

Eine Unterschrift mit Einschränkungen oder Protesten wird nicht möglich sein, die letzte Note der Entente fordert ein klares Ja^f oder Nein^{g23}.

General Groener^f:

Die O. H. L. wird, sofern die Regierung die Unterzeichnung ablehnt, die dann zu erwartenden Befehle der Regierung ausführen²⁴.

^f Vorlage: „ja“

^g Vorlage: „nein“

¹⁷ Gegenteilige Auffassung von Groener, Lebenserinnerungen, S. 493.

¹⁸ Dieser Absatz auch wörtlich: Lebenserinnerungen, S. 502.

¹⁹ S. hierzu: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 478.

²⁰ Groener äußerte sich in seiner „Denkschrift!“ (s. Anm. 10) wesentlich zurückhaltender (Dok. Nr. 8, S. 384).

²¹ Die militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles waren im Teil V festgelegt worden.

²² Aus der Äußerung geht nicht hervor, um welche „Einschränkungen“ es sich handelt. In jedem Fall sind die „Schmachparagrafen“, auch „Ehrenpunkte“ genannt, angesprochen; dazu: Mühleisen, Lersner, S. 190 f.; ders., Das Kabinett Bauer, S. 67.

²³ Gemeint ist die alliierte Mantelnote vom 16. Juni 1919 (s. Anm. 3).

²⁴ Nach: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 478 forderte Reinhardt Groener nicht auf, „seitens der Regierung die Führung eines Aufstandes zu übernehmen“, wie dieser bekundet.

Kriegsminister:

Im Falle der Unterzeichnung durch die Regierung einschließlich der Schmach-Paragrafen²⁵ muß die Regierung wissen, wie sich die Offiziere verhalten werden²⁶.

Es muß betont werden, daß wir Menschen und Kriegsmaterial zur Wiederaufnahme des Kampfes zur Verfügung haben²⁷. Es fehlen uns dagegen Betriebsstoffe und bewegliche Nahrungsmittelreserven²⁸. Vor allen Dingen fehlt aber auch der einheitliche Wille des Volkes zu einem neuen Kampfe²⁹. Trotzdem glaube ich, daß erst die letzte uns gegebene Chance ausge-(fol. 102) /Bl. 4/ nutzt werden muß, besonders für den Fall, daß die Entente auf der Anerkennung auch der Schmachparagrafen besteht³⁰.

Für die Richtigkeit:
gez. Stumpff[f]³¹
Hauptmann.

²⁵ Vgl. Anm. 22.

²⁶ Hierzu: Groeners Ausführungen in seiner „Denkschrift! [. . .] über die Lage am 17. Juni 1919“, auch abgedruckt: Lebenserinnerungen, S. 501. „Ein großer Teil der Truppen“, so heißt es in dem Memorandum, „und vor allen Dingen das Offizierkorps wird auch einen aussichtslosen Kampf der Annahme der schmähtlichen Friedensbedingungen vorziehen. Ich habe daher pflichtmäßig darauf hinzuweisen, daß bei der Annahme der sogenannten Schmachparagrafen eine große Anzahl Offiziere und Freiwilligentruppen der Regierung den Dienst aufsagen wird.“ Der Chef des Generalstabes des Feldheeres, Feldmarschall von Hindenburg, übermittelte diese Warnung am 23. Juni dem Reichspräsidenten Ebert mit gleichem Wortlaut (Lebenserinnerungen, S. 506; Schulze, Der Oststaat-Plan 1919, S. 155).

²⁷ Zum Vergleich der Stärken: s. die Darlegungen Groeners in seiner „Denkschrift! [. . .] über die Lage am 17. Juni 1919“, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 91. Groener betonte die zahlenmäßige Überlegenheit im Osten und gab 389 000 Mann an. Schulze, Freikorps und Republik, S. 119 und ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 155 gibt 300 000 Mann an.
S. auch: Übersicht über die Truppenaufstellung: „Für Gegenoffensive gegen Polen stehen zur Verfügung“ vom 12. Juni 1919, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 86.
Weitere Ausführungen: Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383. Reinhardt stützte sich bei diesen Darlegungen auf die „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919.

²⁸ Zur Frage der Verpflegung: s. die in Anm. 27 erwähnte „Denkschrift!“ (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 382). Bereits am 19. und 20. Mai 1919 hatte Groener darauf hingewiesen, daß die Lebensmittel- und sonstige Reserven Deutschlands kaum für einen Kampftag ausreichen: „Vortrag des Ersten Generalquartiermeisters über die Lage, gehalten im Gr. H. Qu. am 19./20. Mai 1919“, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 66–85. Groener-Geyer, S. 143 f. bringt Auszüge.

²⁹ Groener, Lebenserinnerungen, S. 496.

³⁰ Der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau bestand in der Note vom 22. Juni 1919 auf der Anerkennung der Art. 227–231 des Vertrages von Versailles; Mühleisen, Lersner, S. 191; ders., Das Kabinett Bauer, S. 68.

³¹ Hans-Jürgen Stumpff (1889–1968), Hauptmann, gehörte vom 1. Januar 1918–11. August 1919 dem Stab des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an, 1934 Übertritt zur Luftwaffe, Juli 1940 Generaloberst, Februar 1944–Mai 1945 Chef der Luftflotte Reich.

Am 9. Mai 1945 unterzeichnete Stumpff als Vertreter der Luftwaffe (für den verwundeten Feldmarschall Ritter von Greim), zusammen mit Feldmarschall Keitel und Generaladmiral von Friedeburg, die Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst: s. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), eingel. und erläutert von Percy Ernst Schramm, Bd. IV: 1. Januar 1944–22. Mai 1945, Zweiter Halbband, Frankfurt a. M. 1961, S. 1437, S. 1679.

Dokument Nr. 2

Niederschrift^a über die Sitzung am 19.6. 1919^a in Weimar^b

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6a fol.125–151. Paraphierte Maschinen-Durchschrift der Ausfertigung

Zugegen²:

Reichswehrminister Noske^{c3},
 Preußischer^d Kriegsminister Reinhardt^e,
 1. Generalquartiermeister,
 General von Lüttwitz^{f4},
 General Maercker^{g5},
 General [Ritter von] Möhl^{h6}, Bayern,

^a Vorlage: „Niederschrift“: gesperrt

^b Rechts oben, von Poseck handschriftlich hinzugefügt: „Duplikat“

^c Vorlage: „Noske“: gesperrt

^d Vorlage: „Preuss.“

^e Vorlage: „Reinhardt“: gesperrt

^f Vorlage: „von Lüttwitz“: gesperrt

^g Vorlage: „Maercker“: gesperrt

^h Vorlage: „Möhl“: gesperrt

¹ Die Sitzung begann um 9 Uhr vormittags im Geschäftszimmer des Kriegsministeriums im Marstallgebäude in Weimar, Kegelpplatz 1; hierzu: Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt (Teil II), S. 67–121, hier: S. 72, Anm. 23. Tagebucheintragung des Oberst Max van den Bergh vom 19. Juni 1919, zit. bei Ernst, S. 72 f., Anm. 23. Groener, Lebenserinnerungen, S. 503. Schütze, Der „Kriegsrat“ am 19. Juni 1919, S. 591. Rakenius, S. 219, Anm. 142. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 476–492, hier: S. 479.

Noske war nur während des ersten Teiles der Sitzung anwesend; er verließ um 11.10 Uhr die Besprechung, die fortgeführt wurde (Ernst, S. 76).

² Neben den in dem Anwesenheitsvermerk erwähnten Teilnehmern nahmen noch Generalmajor von Seeckt, der bisherige „Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensgesandtschaft“, Oberst van den Bergh, Abteilungschef im preußischen Kriegsministerium, und die Majore von Stülpnagel (Joachim), Chef der Operationsabteilung der OHL, von Schleicher und Jarosch (OHL), von Gilsa, Chefadjutant von Noske, sowie Fleck, der Stabschef von Reinhardt, teil; mit großer Wahrscheinlichkeit auch Major von Stockhausen, Chef des Stabes des Reichswehrgruppenkommandos 1 (Berlin); ferner Hauptmann Stumpff, der die Niederschrift anfertigte. Ob Poseck anwesend war, geht aus seinen im Nachlaß vorhandenen Papieren nicht mit letzter Gewißheit hervor, dürfte hingegen wahrscheinlich sein. Hinzu kommt noch der namentlich nicht bekannte Begleitoffizier des sächsischen Generals Fortmüller (Schütze, S. 584). Insgesamt waren es etwas über 30 Teilnehmer (Ernst, S. 74; AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 479, Anm. 10; Schütze, S. 585; Meier-Welcker, S. 230).

³ Gustav Noske (1868–1946), Februar 1919–März 1920 Reichswehrminister. Noske erwähnt die Sitzung in seinen Erinnerungen: Von Kiel bis Kapp, S. 151.

⁴ Walter Frhr. von Lüttwitz (1859–1942), General d. Inf., März 1919–März 1920 Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 1 (Berlin).

⁵ Georg Ludwig Maercker (1865–1924), Generalmajor, Dezember 1918 Kommandeur des nach ihm benannten Freiwilligen Landesjägerkorps, übernahm im Februar 1919 den militärischen Schutz der Nationalversammlung in Weimar.
 Zur Sitzung: Maercker, S. 286.

⁶ Arnold Ritter von (Militär-Max-Joseph-Orden 1917) Möhl (1867–1944), Generalmajor, Mai 1919.

General Fortmüllerⁱ⁷, Sachsen,
 General Rennerⁱ⁸, Württemberg,
 General von Below^{k9}, Kommandierender^l General [des] XVII. A[rmee] K[orps],
 General von Lossberg^{m10}, Chef [des] Generalstabesⁿ [des] A[rmee] O[ber] K[ommandos]
 Süd¹¹,
 Oberst Heye^{o12}, Chef [des] Generalstabesⁿ [des] A[rmee] O[ber] K[ommandos] Nord,
 Oberst Frh. von Oldershausen^{p13}, Chef des Feldeisenbahnwesens.
 Admiral von Trotha^{q14}, Chef der Admiralität.

ⁱ Vorlage: „Fortmüller“: gesperrt

^j Vorlage: „Renner“: gesperrt

^k Vorlage: „von Below“: gesperrt

^l Vorlage: „K.der“

^m Vorlage: „von Lossberg“: gesperrt

ⁿ Vorlage: „Genst.“

^o Vorlage: „Heye“: gesperrt

^p Vorlage: „Frh. von Oldershausen“: gesperrt

^q Vorlage: „von Trotha“: gesperrt

Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 4 (München) und Landeskommandant von Bayern.

⁷ Christoph Fortmüller (1864–1942), Generalleutnant, Februar–September 1919 Militärbefehlshaber von Sachsen.

⁸ Theodor Renner (1865–1950), Generalmajor, 1919–1920 württembergischer Militärbevollmächtigter in Berlin.

⁹ Otto von Below (1857–1944), General d. Inf., Januar–Juni 1919 Kommandierender General des XVII. Armeekorps in Danzig, am 25. Juni 1919 zur Disposition gestellt.

¹⁰ Friedrich Karl von Lossberg (1868–1942), Generalmajor, 10. Januar–23. Juli 1919 Chef des Generalstabes des Armeeeoberkommandos Grenzschutz Süd in Breslau (Oberbefehlshaber: General d. Inf. Kurt von dem Borne [1857–1933]).

¹¹ Nach dem polnischen Aufstand in Posen im Dezember 1918 und ständigen Überfällen durch polnische Insurgenten hatte die OHL begonnen, Freiwilligentruppen aufzustellen, um sie im Osten einzusetzen. Mitte Dezember 1918 wurde ein Armeeeoberkommando (A.O.K.) Heimatschutz Ost gebildet, das Mitte Januar 1919 in die A.O.K. Süd und Nord aufgeteilt wurde. Das A.O.K. Grenzschutz Süd lag in Breslau, das A.O.K. Grenzschutz Nord in Bartenstein/Ostpommern.

Loßberg (s. Anm. 10) beschreibt in seinen Erinnerungen: Meine Tätigkeit im Weltkriege 1914–1918, Berlin 1939, S. 364 den Befehlsbereich des A.O.K. Süd: „Das Grenzschutz-O.K. Süd hatte die Grenzen von ganz Schlesien zu verteidigen und reichte nach Norden weiter bis etwa in die Gegend zwischen Schneidemühl und Bromberg.“

¹² Wilhelm Heye (1869–1947), Oberst, 1. Mai–September 1919 Chef des Generalstabes des A.O.K. Grenzschutz Nord in Bartenstein/Ostpommern (Oberbefehlshaber: General d. Inf. Ferdinand von Quast [1850–1939]).

Nach den „Lebenserinnerungen“ Heyes (s. Dok. Nr. 1, Anm. 2) fol. 510 verfügte das A.O.K. Nord über die Truppen im Baltikum unter Generalmajor Graf von der Goltz (VI. Reservekorps), die bis vor Mitau und Riga lagen, und über die Truppen um Königsberg (General von Estorff) und um Danzig (General von Below).

Die Nahtstelle der A.O.K. Süd und Nord war Meseritz, westlich Posen.

¹³ Erich Frhr. von Oldershausen (1872–1945), Oberst, seit November 1916 Chef des Feldeisenbahnwesens, Juli 1919 zur Disposition gestellt.

¹⁴ Adolf von Trotha (1868–1940), Konteradmiral, März 1919–September 1920 Chef der Admiralität bzw. der Marineleitung.

Kriegsminister:

Der Entschluß, ob Annahme oder Ablehnung erfolgt, ist noch nicht gefaßt¹⁵. Es ist aber notwendig, jetzt schon die Maßnahmen zu erörtern, die in beiden Fällen von militärischer Seite getroffen werden müssen¹⁶.

Es sind Fragebogen zur Verteilung gelangt¹⁷, um die Ansichten der einzelnen Kommandobehörden in möglichst bestimmter und kurzer Form zu hören.

I. Für alle, außer O.H.L.

1. Wie wird im Befehlsbereich des berichtenden Generals oder Chefs die militärische Lage beurteilt, wenn demnächst schwere innere Unruhen ausbrechen?

(fol. 126) / Bl. 2/

2. Inwieweit wird das Kommando mit seinen Mitteln unter Wirkung des Belagerungszustandes und unter energischer Mitheranziehung der ordnungsliebenden, kampfwilligen Zeitfreiwilligen¹⁸ die Ordnung und Regierungsgewalt aufrechterhalten können, namentlich den Verkehr?

*General von Lossberg^m:**Innere Lage Schlesiens:*

Bei den Arbeitern Oberschlesiens hatte sich in letzter Zeit ein ausgesprochener Umschwung zu Gunsten Deutschlands bemerkbar gemacht. Anzeichen eines nationalen Aufschwunges lagen vor.

Die Folge hiervon war eine rege polnische Propaganda, die nunmehr einsetzte und zwar mit viel Erfolg durch Flugblätter pp.¹⁹ besonders auf dem Lande, mit Lebensmitteln besonders in den Städten arbeitete. Sie nutzte in gewandter Weise die bestehende Mißstimmung auf dem Lande (drohende Vermögensabgabe, bevorstehende Abgabe von Grund und Boden, Zwangswirtschaft) aus. Die Polen schrecken auch nicht von der Anwendung von Gewalt zurück, wenn sie sich davon Erfolg versprechen und bedrohen diejenigen Deutschen, die sich in nationalem Sinne betätigen.

Leider sind die Eisenbahnbeamten in Schlesien nicht zuverlässig. Nach Auskunft des Eisenbahnpräsidenten von Kattowitz sind von seinen rund 40000 Beamten und Arbeitern 70 Prozent polnisch gesinnt. Infolgedessen ist die Wahrnehmung des Bahnschutzes durch Eisenbahner unmöglich. Wir helfen uns mit Patrouillenzügen, die mit gutem Erfolge Verwendung gefunden haben.

¹⁵ Wegen der Frage: Ablehnen oder Annehmen des Vertrages war das Kabinett Scheidemann in der Sitzung vom 18./19. Juni 1919 geteilt. Mühleisen, Lersner, S. 188; ders., Das Kabinett Bauer, S. 67.

¹⁶ S. Dok. Nr. 1, Anm. 3.

¹⁷ Der Wortlaut des Fragebogens ist abgedruckt bei Ernst, S. 73 f. (eigenhändiger Entwurf Reinhardt auf Grund der Vorlage in dessen Nachlaß) und Schützle, S. 590 f. (Exemplar des sächsischen Generals Fortmüller).

¹⁸ Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin [-Ost] 1971, S. 157 ff.; s. auch: Harold J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt a. M. 1959, S. 28 f.

¹⁹ Abkürzung für: perge, perge: fahre fort; s.: Abkürzungen aus Personalschriften des XVI. bis XVIII. Jahrhunderts, bearb. von Frank Ausbützel unter Mitarbeit von Uwe Bredehorn und Rudolf Lenz (Marburger Personalschriften – Forschungen, Bd. 1), hrsg. von Rudolf Lenz, Marburg/Lahn 1978, S. 53.

Auf Grund der polnischen Agitation hat Spartakus²⁰ und (fol. 127) /Bl. 3/ Kommunismus Fortschritte gemacht, und zwar sicher in Oberschlesien, in den anderen Teilen Schlesiens noch nicht erkennbar. Die in Erscheinung getretenen Einzelfälle haben nur lokale Bedeutung.

Diese innere Entwicklung der Lage hat zahlreiche Meldungen zur Reichswehr und zu den Einwohnerwehren²¹ zur Folge gehabt. Ein Nachlassen der Meldungen zur Reichswehr macht sich seit Einsetzen der polnischen Agitation bemerkbar, die Meldungen zu den Einwohnerwehren sind hierdurch nicht ungünstig beeinflusst worden. Neueinstellungen und Abgänge halten sich bei der Reichswehr zur Zeit^r ungefähr die Waage²².

Die Einwohnerwehren haben eine Höhe erreicht

bei V.A[rmee] K[orps]: rund 34 000 Mann²³,

bei VI.A[rmee] K[orps]: rund 25 000 Mann²⁴.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Gebiete mit polnischem Einschlag für die Bildung von Einwohnerwehren völlig ausfallen.

Der Gesamteindruck ist, daß sich die polnische Agitation in den gleichen Bahnen wie die Spartakusbestrebungen bewegt.

Für die Frage der Abstimmung muß berücksichtigt werden, daß, sobald unsere Truppen die fraglichen Gebiete geräumt haben, die schon vorhandene polnische militärische Organisation die Überhand gewinnt und unter Anwendung von Terror arbeiten wird. Das Abstimmungsergebnis wird dann sehr fraglich sein²⁵. Deshalb müssen deutsche Truppen auch während der Abstimmung in Oberschlesien bleiben, was insofern auch gerechtfertigt ist, als die Mehrzahl der dort beim Grenzschutz stehenden Mannschaften in Schlesien beheimatet ist und deshalb mitabstimmen könnte.

Das Ergebnis der Abstimmung kann für uns günstig gestaltet (fol. 128) /Bl. 4/ werden nur bei [der] Verteilung von viel Lebensmitteln und [der] Anwendung von viel Geld.

^r Vorlage: „z. Zt.“

²⁰ Der Spartakusbund, eine linksradikale revolutionäre Vereinigung, war unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg entstanden. Der Bund vertrat seit der russischen Oktoberrevolution die bolschewistische Richtung. In der deutschen Novemberrevolution 1918 forderte er das Rätesystem. Auf dem Parteitag 1918/19 nahm der Spartakusbund den Namen Kommunistische Partei Deutschlands an. Der Name stammt von den Spartakusbriefen, die Liebknecht seit Januar 1916 veröffentlicht hatte.

²¹ Zu den Anfängen der vorläufigen Reichswehr (Gesetz vom 6. März 1919 über die vorläufige Reichswehr): Gordon, S. 62 ff.; Erfurth, S. 26 ff.; Schulze, Freikorps und Republik, S. 46 f.

Zu den Einwohnerwehren: Könnemann, S. 123 ff. und Gordon, S. 28 f.

²² Aufschlußreich: Gordon, S. 66 ff., S. 74 ff. (reichhaltiges Material in dem Bestand: Reichswehr-Brigade 14: Generallandesarchiv Karlsruhe).

²³ Bei Kriegsende 1918 und wegen des polnischen Aufstandes in Posen im Dezember 1918 wurde das Generalkommando des V. Armeekorps von Posen nach Glogau verlegt. Diese Verbände wurden nicht demobilisiert, sondern in den Grenzschutz Ost integriert.

Zu den Kämpfen in Posen: Erfurth, S. 32 ff. und Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 102 ff.

²⁴ Das Generalkommando des VI. Armeekorps befand sich in Breslau.

²⁵ Die Volksabstimmung in Oberschlesien fand am 20. März 1921 mit einem eindeutigen Votum von 707 393 (59,8%) deutschen gegenüber 479 365 (40,2%) polnischen Stimmen für das Deutsche Reich statt.

Zur Frage I, 1:

Das A.O.K. Süd kann sich auf seine Truppen fest verlassen, Geist und Stimmung sind gut, die Mannschaften haben volles Vertrauen zu ihren Offizieren.

Beim Kampf gegen den äußeren Feind können alle Truppen uneingeschränkt Verwendung finden; beim Kampf im Innern wird das A.O.K. seine besten Truppen aussuchen und glaubt dann, auskommen zu können.

Die Front ist im allgemeinen schwach gehalten, dafür sind starke operative Reserven für [den] Kampf nach außen und im Innern an den Eisenbahnen bereitgestellt. Bedenklich ist hierbei nur die vorhin schon erwähnte unzuverlässige Haltung der Eisenbahner.

Zur Frage I, 2:

Das A.O.K. kann bei [der] Erklärung des Belagerungszustandes mit eigenen Kräften unter Heranziehung der Einwohnerwehren die innere Ordnung aufrechterhalten, gegen den äußeren Feind die Grenzen halten.

Reichswehrminister:

Das Angebot der Abstimmung in Oberschlesien wird wahrscheinlich einen Stimmenschwung dortselbst zur Folge haben. Wie werden sich nunmehr die Truppen verhalten, wenn sie Gewehr bei Fuß stehen sollen, auch wenn die Regierung unterschreibt?

General von Lossberg^m:

Greift der Pole nicht an, wird auch die Truppe ruhig bleiben; greift der Pole dagegen an, so bleibt die Truppe und kämpft auch gegen den Willen der Regierung.

(fol. 129) /Bl. 5/

Kriegsminister:

ist der Auffassung, daß eine alliierte Truppe nach Oberschlesien kommen wird.

Reichswehrminister:

Auf Grund der Stimmung im Lande ist der Kampf im Westen aussichtslos; für den Kampf im Osten dürfen wir auch keine zu großen Hoffnungen hegen.

Die Mehrheit der Nationalversammlung wird mit einigen Rechtsverwahrungen dem Friedensvertrage zustimmen²⁶.

Im Kabinett sind die Stimmen geteilt, aber auch hier herrscht die Auffassung, daß auf die Dauer der von der Entente uns diktierte Frieden nicht aufzuhalten ist.

Das Kabinett wird jedenfalls am 20.6. zurücktreten.

Sobald unterzeichnet ist, tritt für Oberschlesien die Frage der Räumung ein. Von der Bevölkerung wird auf Grund der zugebilligten Abstimmung die Zahl derjenigen, die mit der Waffe in der Hand kämpfen wollen, nur gering sein. Wie wird sich aber die Truppe verhalten?

General von Lossberg^m:

Die Truppe wird kämpfen. Der Widerstand ist aussichtsreich, bei [der] Offensive von unserer Seite ist der Erfolg sicher.

²⁶ Zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles: Mühleisen, Lersner, S. 197; ders., Das Kabinett Bauer ..., S. 89, Anm. 18.

Oberst Heye^o:

Im Bereich des [A.]O.K. Nord sind zwei Gebiete zu unterscheiden:

- 1.) das Gebiet, in dem der deutschnationale Standpunkt vertreten wird, das ist die Zone, in der die Grenzschutztruppen stehen und die polnischen Flüchtlinge sich aufhalten.
- 2.) das rückwärtige Gebiet der Kampfzone bis zur See. Hier herrschen die spartakistischen Bestrebungen vor, (fol. 130) /Bl. 6/ die den Friedensvertrag annehmen wollen. Besonders gefährliche Centren dieser Bewegungen sind: Tilsit, Insterburg, Elbing, Danzig, Stettin.

Die Polen verhalten sich äußerlich ruhig, sie haben jedoch im geheimen alles genau vorbereitet. Sobald die Entente kommt, wird der Pole den Kampf aufnehmen. Auch alle Ämter hat der Pole bereits an ihm genehme Leute verteilt²⁷. Die spartakistischen Bestrebungen sind deshalb so übel, weil sie erheblichen Einfluß auf die Arbeiterschaft gewinnen.

Eine dritte Richtung wird sich aber bemerkbar machen, die zunächst noch nicht erheblich in Erscheinung tritt: das sind die nicht mehr deutschdenkenden Leute, besonders aus den Handels- und Verwaltungsbeamtenkreisen und zwar vor allen Dingen in der Gegend [von] Allenstein und Danzig. Diese drängen alle von dem zusammengebrochenen Deutschland fort. Danzig hat schon die Absicht, sich selbst zum Freistaat zu erklären²⁸.

Das A.O.K. [Nord] arbeitet an der Niederwerfung der Streiks und hofft, dies auch weiter mit Erfolg tun zu können. Alle Generalkommandos [der Armeekorps] haben Weisung erhalten, im Falle von Streiks diese mit schärfsten Mitteln zu bekämpfen, eventuell^e den Arbeitszwang einzuführen.

Wenn wir unseren Willen militärisch durchsetzen wollen, so haben wir die Mittel dazu jedenfalls in der Hand.

Eine besondere Stellung nimmt Pommern ein, im besonderen Stettin. Dort fehlen die Zegrotverbände²⁹ noch vollkommen, auch die Maßnahmen der Regierung lassen zu wünschen übrig. Es ist erwünscht, daß auch Pommern dem Reichskommissar beim A.O.K. Nord unterstellt wird³⁰, damit dort fest durchgegriffen werden kann. (fol. 131) /Bl. 7/ Zusammenfassend ist also zu sagen, daß das [A.]O.K. Nord innere Unruhen wird erfolgreich bekämpfen können, ausgenommen in Stettin.

General [Ritter von] Möhl^h, Bayern:

In Südbayern herrscht zur Zeit Ruhe³¹, ebenso in München. Spartakistische Bewegun-

^o Vorlage: „evtl.“

²⁷ S. Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, S. 102 f. und Erfurth, S. 32 f.

²⁸ Zu Danzig: s. Dok. Nr. 4, Anm. 32.

²⁹ Abkürzung für: Zentralstelle Grenzschutz Ost. Zum „Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren“ wurde am 15. November 1918 ein A.O.K. „Grenzschutz Ost“ gebildet, das am 1. Februar 1919 die Bezeichnung „Zentralstelle Grenzschutz Ost“ erhielt. Leiter der Zentralstelle wurde Major Friedrich Wilhelm Fähr. von Willisen (1876–1933).

Zur Bildung von Freiwilligenverbänden für den Heimatschutz Ost: Erfurth, S. 19; bes. Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, S. 104 ff.

³⁰ D. h. dem Reichskommissar für Ost- und Westpreußen, August Winnig.

³¹ Zur Lage in Bayern: Erfurth, S. 37 ff.; Gordon, S. 51 ff.; Schulze, *Freikorps und Republik*

gen sind augenblicklich nicht zu befürchten, es fehlt der Gegenpartei die erforderliche Organisation und die Waffen.

Die Bildung der Reichswehr macht gute Fortschritte; desgleichen die Bildung von Einwohnerwehren in Stadt und Land³².

In Nordbayern liegen die Verhältnisse weniger klar, es ist allerdings bisher nichts vorgekommen. Für Nordbayern ist die Lage in Nürnberg ausschlaggebend, wo bisher noch alles ruhig ist. Es ist allerdings in Nürnberg noch nie fest zugefaßt worden, sondern alles auf dem Wege der Verhandlungen erreicht worden.

Die Bildung der Reichswehr in Nordbayern ist noch im Rückstande³³. Es wirkt hier nachteilig, daß der Reichswehr die guten Elemente ferngehalten werden, die zur Zeit noch im Grenzschutz gegen Böhmen Verwendung finden. Nach vorliegenden Agentennachrichten soll in Böhmen keinerlei Angriffsabsicht bestehen, vielmehr sollten unsere Maßnahmen Beunruhigung in Böhmen hervorgerufen haben.

1. Generalquartiermeister:

O.H.L. hat keinen Wert auf den Grenzschutz gegen Böhmen gelegt.

Kriegsminister:

hält diesen Grenzschutz jetzt auch nicht mehr für nötig.

(fol. 132) / Bl. 8/

General [Ritter von] Möhl^h:

Zu Frage I, 1:

Für die nächsten Wochen ist der Verbleib einer reichsdeutschen Truppe in Bayern noch erforderlich. Im übrigen ist die eigene Truppe sicher und ausreichend genug.

Erwünscht ist die Unterstellung der bayrischen Truppen unter den Reichswehrminister, damit das bayrische Ministerium für militärische Angelegenheiten nach Möglichkeit ausgeschaltet wird.

Bei Ablehnung des Friedens ist sicher mit großen Streiks in München, wahrscheinlich auch in Nürnberg, zu rechnen.

Wenn wir unsere Truppen aus Bayern zurückziehen, wird sich Spartakus in München wieder bemerkbar machen³⁴.

Bei Ablehnung besteht auch die große Gefahr, daß sich Bayern vom Reiche löst.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Bayern etwaiger Unruhen Herr werden wird.

Zu Frage I, 2:

Die Verkehrsverhältnisse sind zufriedenstellend, können auch bei Unruhen als ziemlich sicher angesehen werden. Nur im Falle der Ablehnung wird die Haltung der Eisenbahner unsicher werden.

1918–1920, S. 90 ff.; bes. Alan Mitchell, *Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik*, München 1967, S. 277 ff.

³² Zur Bildung von Einwohnerwehren in Bayern: Könnemann, S. 146 ff.

³³ Zum Einsatz der norddeutschen (d.h. preußischen) Truppen in Bayern: Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, S. 95.

³⁴ Zu den Vorgängen im April/Mai 1919 in München: Gordon, S. 55 ff.; Erfurth, S. 39; Mitchell, S. 284 ff.; Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, S. 96 ff.

General Fortmüller¹, Sachsen:

Leipzig ist nach erfolgter Sanierung ruhig geblieben.

An anderen Stellen sind örtliche Unruhen vorgekommen, die jedoch niedergeworfen worden sind, die Truppe hat sich dabei bewährt und zuverlässig gezeigt.

{fol. 133} /Bl. 9/ Es ist anzunehmen, daß auch weiterhin Unruhen, die sich aus dem Unbehagen über die gegenwärtige Lage ergeben, niedergehalten werden können.

Die Bildung der Reichswehr ist gut vonstatten gegangen, auch die jetzige Übergangszeit³⁵ ist ohne Schädigung für den Zusammenhalt der Truppe geblieben.

Die Bildung der Einwohnerwehren in Leipzig und Dresden hat noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, in Industriegebieten wird sie sich überhaupt kaum durchsetzen lassen; die Arbeiter machen nicht mit, die anderen haben zum großen Teile Sorge vor den Arbeitern.

Bei Ablehnung des Friedens werden starke Unruhen ausbrechen, besonders im westlichen Teil von Sachsen; wir werden dieser Unruhen aber zunächst sicher Herr werden können, bei längerer Dauer der Unruhen wird diese Möglichkeit nachlassen und auf die Dauer überhaupt unmöglich werden.

General Maercker⁶:

In Leipzig werden wir Ordnung halten können.

Die Lage in Erfurt ist ungünstig, hier macht sich der üble Einfluß von Gotha fühlbar³⁶. Es ist in Erfurt auch zu spät eingegriffen worden. Gestern abend ist der Belagerungszustand in Erfurt verhängt worden, es stehen nunmehr Streiks in Aussicht, vor allen Dingen bei der Eisenbahn. Ausdehnung dieser in Form von Sympathiestreiks ist zu erwarten.

Sehr unerfreulich sind auch noch die Verhältnisse in Bitterfeld und Jena. Die Einwohnerwehren – bisher etwa 100 – sind in ihrer Bildung gut fortgeschritten. Es ist aber von ihnen keine zu große Unterstützung zu erwarten, da das Bürgertum {fol. 134} /Bl. 10/ sich zu schlapp zeigt. Die Arbeiter sehen in den Einwohnerwehren eine gegen sie⁴ gerichtete Gefahr, der sie dadurch begegnen wollen, daß sie jetzt selbst in diese Wehr eintreten. Leider ist die Unterstützung durch die oberen Behörden sehr schlecht und unzureichend.

Die unter meinem Befehl stehende Truppe ist jedenfalls gegen spartakistische Lockungen und Bestrebungen immun, ich kann den mir zugewiesenen Bezirk halten. Ob sich der Verkehr in vollem Umfang wird aufrechterhalten lassen, vermag ich nicht zu beurteilen.

General von Lüttwitz¹:

Die Truppe ist trotz aller an sie herangetretenen Versuchungen gut geblieben, auch die Truppe im Westen ist durchaus brauchbar. Wir sind in der Lage, innere Unruhen niederzuwerfen. Wir müssen dabei die Centren der Bewegung fassen und mit besonderer Rücksichtslosigkeit durchgreifen. Auch die Regierung muß energisch auftreten. Dazu gehört [ein] rechtzeitiges Verbot der Zeitungen und Flugblätter mit Hetzartikeln, Verhaftung der Führer der Gegenpartei, Erklärung des Belagerungszustandes, Verhängung des Standrechtes. Dann werden wir der Unruhen Herr werden.

⁴ Vorlage: „sich“

³⁵ Gemeint ist die Zeit des Übergangs von der vorläufigen Reichswehr bis zur Bildung der Reichswehr (Frühjahr 1919–1. Januar 1921).

³⁶ Zum Einsatz des Landesjägerkorps in Gotha: Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 87 f.; Maercker, S. 126 f.

Es ist noch fraglich, wie sich die Truppe zur Frage des Friedensvertrages stellen wird, wenn [die] Ablehnung oder [die] Annahme erfolgt. Sicher würde die Ablehnung von der Truppe freudig begrüßt werden, die Truppe würde dann hinter der Regierung stehen. Sie wird dies jedoch nicht tun, sofern der Auslieferungsparagraph angenommen wird. Wird dieser nicht abgelehnt, ist es möglich, daß sich die Truppe dagegen auflehnt oder auseinander fällt.

(fol. 135) /Bl. 11/ In der Verkehrsfrage ist zu bemerken, daß bei ausgedehnten Streiks, besonders der Eisenbahn, der Verkehr in vollem Umfange nicht überall wird aufrechterhalten werden können, die Hauptstrecken können aber gesichert werden.

General von Below^k:

Vor allen Dingen ist Energie notwendig. Der nationale Aufschwung in Westpreußen wird dann groß sein.

Besonders muß bei hervortretenden Sonderbestrebungen fest durchgegriffen werden. Solche sind einmal von seiten des Magistrats der Stadt Danzig, der Danzig selbständig zum Freistaat erklären will²⁸, andererseits von seiten der Arbeiter zu erwarten. Letztere denken an Ausrufung der Räterepublik.

Im Osten müssen wir gegen die Polen offensiv werden; die beabsichtigten Maßnahmen mit den Truppen im Westen kann ich nicht verstehen.

Das Generalkommando [des] XVII.A[rmee] K[orps] [in Danzig] wird der in seinem Bereich hervortretenden Unruhen Herr werden können. Auch der Verkehr wird auf den Hauptstrecken aufrechtzuerhalten sein.

Erster Generalquartiermeister:

Wir werden die Ostprovinzen halten können, auch bezüglich Pommerns hege ich keine Befürchtungen.

Was die Truppen anbetrifft, kann ich den bisherigen Ausführungen zwar im Allgemeinen zustimmen; man darf sich aber nicht täuschen über die verschiedenen Motive, die das Verhalten der Truppe bedingen. Es ist zu fürchten, daß es an manchen Stellen mit Disziplin und Haltung der Truppe vorbei sein wird, wenn es hart auf hart kommt.

Die nationale Ver lumpung des deutschen Volkes ist sehr groß. Einen Aufschwung können wir erst von unserer Jugend erwarten, wenn sie entsprechend erzogen wird. Diese Auf- (fol. 136) /Bl. 12/ fassung vertreten auch die an die O.H.L. gelangten Mitteilungen.

Eine Offensive von unserer Seite würde den Truppen großen Schwung geben, die Offensive muß aber auch Erfolg haben.

Im Westen müssen wir mit zehnfacher Überlegenheit der Entente rechnen. Unser Widerstand wird frühestens an der Elbe möglich sein.

Im Osten wird Foch³⁷ bei einem Angriff von unserer Seite die Polen veranlassen, zunächst auszuweichen, damit die polnische Armee erhalten bleibt³⁸; uns muß es dagegen darauf ankommen, die polnische Armee frühzeitig zu schlagen, Geländegewinn allein nützt uns nichts.

³⁷ Ferdinand Foch (1851–1929), Marschall (1918) von Frankreich, seit April 1918 Oberbefehlshaber der verbündeten Heere in Frankreich.

³⁸ Vgl. die entsprechenden Ausführungen Groeners in der Sitzung am 19. Juni 1919 abends in Weimar mit den Vertretern der Ostprovinzen (Dok. Nr. 4 der Edition).

Zunächst kommt es darauf an, die jetzigen Stellungen zu halten, zum Angriff aber erst überzugehen, wenn der Feind die Feinseligkeiten eröffnet hat.

Reichswehrminister:

Wir müssen zwei Teile in Deutschland unterscheiden:

Der Westen kann für einen Kampf nicht in Frage kommen, er ist sogar in Sorge vor dem Kampf, besonders vor der Rache der Belgier. Es bestehen dort erhebliche Ernährungsschwierigkeiten. Starke Loslösungsbestrebungen haben sich bereits im Westen gezeigt (Rheinlande, Hannover). Die Regierungen Württembergs, Badens und Hessens wollen Frieden haben, 99 Prozent der Bevölkerung dieser Gebiete ist jeder Kampfhandlung abgeneigt. Auch in Bayern wird kein erheblicher Teil zum Kampf bereit sein, Bayern dürfte vielmehr auch einen guten Boden für Loslösungsbestrebungen abgeben.

Wir müssen uns klar sein, daß die Aufnahme des Kampfes im Westen ein selbständiges Süddeutschland, ein selbständiges Rheinland und vielleicht auch ein selbständiges (fol. 137) /Bl. 13/ Hannover zur Folge haben wird³⁹.

Ferner müssen wir bei Ablehnung des Friedens mit Streiks im großen Umfange rechnen. Mitteldeutschland wird seiner ganzen Lage nach nicht zu halten sein. Bremen ist vielleicht zu halten, Hamburg wird sich sofort zur Räterepublik erklären.

Dann der Osten: Er kann in Oberschlesien und Westpreußen Überraschungen bringen. Treten dort Bewegungen von großem Elan hervor, will ich sie nicht unterbinden, ich glaube jedoch nicht an diesen Riesenelan⁴⁰. Die Nachricht aus Danzig (selbständige Erklärung zum Freistaat)²⁸ spricht Bände. Die großen Städte im Osten scheiden für eine Erhebung in nationalem Sinne aus. Die guten Elemente werden hier durch die spartakistischen und kommunistischen ausgeglichen.

Der Osten wird nicht lange die genügende Kohle haben, dagegen die Lebensmittel⁴¹. Diese werden erst knapp werden, wenn ein größerer Zustrom aus dem Westen erfolgt. Die Materialbeschaffung im Osten ist sehr schwer.

Zu berücksichtigen ist, daß sich in der Ostsee 40 bis 50 feindliche Kriegsschiffe befinden. Hierdurch ist auch eine Beunruhigung durch feindliche Fliegerkräfte möglich.

Nur wenn wir das Reich leidlich intakt⁴² erhalten, ist eine Wiedergeburt Deutschlands möglich.

Die Friedensdelegation hat sich auf die Ablehnung des Friedens festgelegt, auch einige Kabinettsmitglieder. Der Rücktritt des Kabinetts ist sicher⁴².

Es ist die Möglichkeit erwogen worden, daß ich unter Beibehaltung meiner Stellung

²⁸ Vorlage: „im Takte“: vermutlich ein Hörfehler

³⁹ Dieser und die folgenden fünf Abschnitte sind als wörtliche Zitate in: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 480f. aufgenommen (Ausführungen von Noske); s. auch: Groener, Lebenserinnerungen, S. 503.

⁴⁰ Die überlieferten Äußerungen Noskes in der offiziellen Sitzungsniederschrift machen deutlich, daß die gegen die methodische Unzuverlässigkeit Groeners gerichtete Behauptung von Rakenius (S. 220, Anm. 146) nicht gerechtfertigt ist.

⁴¹ Vgl. anderslautend: „Denkschrift! [...] über die Lage am 17. Juni 1919“, auszugsweise abgedruckt bei Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379–385, hier: S. 382.

Zu den Kohlenvorräten: vgl. die „Denkschrift!“ Groeners vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 382).

⁴² Zum Rücktritt des Kabinetts Scheidemann: AdR, Kabinett Scheidemann, Einleitung, S. LXII; Mühleisen, Das Kabinett Bauer, S. 67.

als Reichswehrminister Ministerpräsident werde. Für mich ist hierbei Vorbedingung, daß ich der Unterstützung der Offiziere sicher bin⁴³. Denn {fol. 138} /Bl. 14/ auch wenn wir unterschreiben, müssen wir mit Unruhen rechnen. Um dann durchgreifen zu können, muß ich gewiß sein, daß die Führer auf meiner Seite sind. Es ist die Ansicht geäußert worden, daß im Falle der Unterzeichnung von seiten des Offizierkorps solches Widerstreben hervortreten würde, daß das Militär unbrauchbar wird. Ich selbst habe nicht diese Auffassung. Auch nicht nach der heutigen Besprechung.

Kriegsminister:

Es ist zu erwarten, daß die Annahme der Ehrparagrafen ruhige Leute aus dem Hause treiben wird, die Hitzköpfe sogar ins Gegenlager.

Erster Generalquartiermeister:

betont, daß der höchste sittliche Wert, der auf dem Spiele steht, die Erhaltung der Einheit des Reiches sei. Diese sei nur möglich, wenn sich alles hinter den Reichswehrminister stelle. Er für seine Person stehe voll hinter dem Reichswehrminister.

General von Lüttwitz^f:

stimmt den Ausführungen des 1. Generalquartiermeisters bei.

Im Verlaufe des Krieges sind oft zu viel Hoffnungen erweckt worden, wir dürfen jetzt nicht in das Gegenteil umschlagen und alle Hoffnungen aufgeben. Es ist Zeit, daß die Regierung sich mal mit einem kräftigen Aufruf an das Volk wendet, es ist in dieser Hinsicht bisher von seiten der Regierung zu wenig geschehen.

Für den Kampf im Westen werden an der Elbe 300 bis 400 000 Mann genügen, sofern wir die Ruhe im Innern aufrechterhalten. Es ist aber erforderlich, daß im Westen die Truppe unter Nachhutgefechten zurückgeht. Diese werden den Vormarsch {fol. 139}/ Bl. 15/ des Feindes doch verzögern.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß der Feind unter Umständen überhaupt nicht marschiert.

Sofern die Schmachparagrafen aus dem Friedensvertrage gestrichen werden, wird die Truppe nach wie vor hinter dem Reichswehrminister stehen.

Chef der Admiralität:

Die Marine hat nur die Sehnsucht nach fester Führung auf ein Ziel, der Gedanke einer Reaktion liegt ihr fern. Sie verlangt nur, daß die Ehre gewahrt bleibt. Die Annahme der Schmachparagrafen wird die Offiziere auseinandertreiben.

Sicher ist, daß Angehörige der Marine sich nicht mehr dazu bereitfinden werden, weitere Schiffe nach England zu bringen⁴⁴. Im übrigen steht die Marine fest hinter dem Reichswehrminister.

General von Lossberg^m:

Der Name des Reichswehrministers hat bei der Truppe einen guten Klang. Wird der Friede abgelehnt und tritt der Reichswehrminister an die Spitze, wird jeder Soldat hinter ihm stehen. Wird der Friede angenommen und ein Kabinett unter Vorsitz des Reichswehrministers gebildet, so muß der Fortfall der Ehrenparagrafen gesichert sein, wenn die Truppe hinter der Regierung weiter stehen soll.

⁴³ Zu dieser Erwägung: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 481.

⁴⁴ Vgl. Friedrich Ruge, Scapa Flow 1919. Das Ende der deutschen Flotte, Oldenburg und Hamburg 1969; Mühleisen, Lersner, S. 241 ff.

Die Reichsregierung darf aber den Befehl zur Räumung der abzutretenden und der Gebiete, in denen abgestimmt werden soll, nicht geben. Die Truppe wird diesen Befehl, mag ihn geben wer ihn will, nicht ausführen. Die Polen mögen sich selbst holen, was sie wollen.

General von Below^h:

stimmt den Ausführungen des Generals v. Lossberg zu.

(fol. 140) /Bl. 16/

General [Ritter von] Möhl^h:

Das Offizierkorps in Bayern erhofft und erwartet eine feste Führung, die auch Bayern in die Hand nimmt. Bayern selbst ist unfähig, sich zu regieren. Der Oberbefehl des Reichswehrministers wird im bayrischen Offizierkorps ersehnt.

*General Renner*ⁱ:

Die Truppe wird hinter dem Reichswehrminister stehen.

*General Fortmüller*ⁱ:

erklärt, daß die Truppe hinter dem Reichswehrminister stehen wird.

Reichswehrminister:

betont, daß es sich nur um eine unverbindliche Anfrage gehandelt habe⁴⁵.

1. Generalquartiermeister:

sieht die einzige Rettung Deutschlands darin, daß der Reichswehrminister Noske die Führung übernimmt⁴⁶.

(fol. 141) /Bl. 17/

Besprechung der Frage II

II. Für Inneres und Westen

3. Wie wird im dortigen Befehlsbereich das Gelingen der Räumung Süd- und Westdeutschlands bis hinter die Elbe *ohne* eigenen Waffengebrauch beurteilt?
4. Mit welchen Kräften wird nach Auffassung des Berichtenden hinter der Elbe gerechnet?
5. Wie weit können damit die Übergänge gesichert, die Zwischenstrecken überwacht werden?

General [Ritter von] Möhl^h:

Im Falle der Ablehnung wird der Loslösungsgedanke in Bayern gefährliche Formen annehmen. Es erscheint zweifelhaft, ob es gelingen wird, viele Mannschaften aus Bayern herauszubekommen.

*General Fortmüller*ⁱ:

Die Räumung bis hinter die Elbe wird möglich sein. Es ist allerdings zu erwarten, daß in dem geräumten Gebiet eine große Unruhe eintreten wird.

⁴⁵ Vgl. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 482. Aufschlußreich ist der Kommentar Groeners zu diesem geäußerten und von ihm geförderten Gedanken (ebenda, S. 482).

⁴⁶ Um 11.10 Uhr (Ernst, S. 76) und: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 482 (ohne Angabe der Uhrzeit) sowie Schützle (Dok. Nr. 2, S. 593) verließ Noske „nach kurzem Dank an die Teilnehmer die Sitzung“.

Von sächsischen Verbänden ist zu rechnen mit:

15 000 Mann der Reichswehrbrigade,
5 000 Mann Zeitfreiwillige.

Mit einer Neigung zu hartnäckigem Widerstande ist nicht zu rechnen.

General von Lüttwitz[†]:

Die Möglichkeit der Räumung ohne Kampf hängt vom Feinde ab. Bei starkem Nachdrängen des Feindes wird es kaum möglich sein.

Es sind zurückzuführen einschließlich^v der Truppen aus Süddeutschland:

60 000 Mann; dazu kämen vom Reichswehrgruppenkommando^w I⁴⁷:
60 000 Mann, so daß im ganzen zur Verfügung ständen:
120 000 Mann

(fol. 142) /Bl. 18/ Wenn der Friede abgelehnt wird, ist zu hoffen, daß eine allgemeine Einziehung erfolgt, die Zahlen würden sich dann wohl verdreifachen.

Oberst von Oldershausen:

Selbst wenn der Feind marschiert und nicht einen Eisenbahnvormarsch ausführt, wird die Rückführung aller für [den] Rücktransport mit der Bahn in Betracht kommenden Teile in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich sein.

Kriegsminister:

verspricht sich von Nachhutkämpfen im Westen keinen großen Nutzen. Der hierdurch angerichtete Schaden würde nicht im richtigen Verhältnis zu dem voraussichtlichen Nutzen stehen.

1. Generalquartiermeister:

Für die Wiederaufnahme des Kampfes ist es erforderlich, daß die Gesamtführung des Kampfes in den Händen der O.H.L. liegt, auch das Reichswehrgruppenkommando I muß an die Weisungen der O.H.L. gebunden sein.

Die Reichswehrbrigaden aus den zu räumenden Gebieten müssen zunächst hinter die Weser und obere Saale ausweichen. An der Elbe müssen Sammelpunkte für die aus dem Gebiet westlich der Elbe kommenden Wehrfähigen geschaffen werden.

Es liegen Nachrichten vor, daß der Feind seinen Vormarsch zunächst mit Fußmarsch antritt und Vorhuten auf Kraftwagen vorschiebt, um die bekannte Linie Stuttgart-Hamm zu erreichen⁴⁸. An dieser Linie wird er zunächst aufschließen und abwarten, was bei uns im Innern vor sich geht und wie es mit unserer Regierung steht⁴⁹.

^v Vorlage: „einschl.“

^w Vorlage: „Reichswehrgruppenkdo.“

⁴⁷ Das Reichswehrgruppenkommando 1 wurde auf Grund des vom Reichspräsidenten verfügten Erlasses vom 9. März 1919 über die Regelung der militärischen Befehlsgewalt gebildet. Das Gruppenkommando 1 lag in Berlin und umfaßte Ostelbien, Provinz und Freistaat Sachsen sowie die osthüringischen Staaten, zunächst auch Hannover und Braunschweig. Oberbefehlshaber war bis März 1920 General d. Inf. Frhr. von Lüttwitz (s. Anm. 4).

⁴⁸ Die Ausführungen Groeners stützen sich auf: „Denkschrift! [...] über die Lage am 17. Juni 1919“, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 92^v (nicht abgedruckt bei Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379–385).

⁴⁹ Ebenda.

Wir werden etwa eine Woche Zeit haben, die Mannschaften aus dem Westen in das Gebiet östlich der Linie Stuttgart- (fol. 143) /Bl. 19/ Hamm zu bringen. Zur Sammlung der Wehrfähigen zwischen dieser Linie und der Elbe wird uns verhältnismäßig viel Zeit zur Verfügung stehen. Diese Sammlung der Wehrfähigen, ihre Zurückführung hinter die Elbe, ihre Einteilung in Verbände, Ernährung usw. muß aber organisiert werden⁵⁰.

Die Unterstellung des Reichswehrgruppenkommandos I⁴⁷ würde nur für den Kampf gegen den äußeren Feind erfolgen⁵¹. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern würde das Reichswehrgruppenkommando^w I, wie bisher, dem Reichswehrminister unterstellt bleiben.

General von Lüttwitz:

stimmt dieser Unterstellung unter die O.H.L. zu.
(fol. 144) /Bl. 20/

Besprechung der Frage III

III. Für den Osten

6. Welche Aussichten hat die Abwehr eines Polenangriffes im dortigen Befehlsbereich, wenn das Oberkommando auf seine eigenen Kräfte und seinen eigenen Nachschub angewiesen bleibt?

7. Welche Führung der Operation schlägt das Oberkommando vor?

General von Lossberg:

Das [A.]O.K. Süd hat mit zwei Feinden zu rechnen:

1.) Die Tschechen. Diese sind zur Zeit festgelegt durch den Kampf gegen die Ungarn⁵². Die äußere militärische Lage hat dort auch auf die innere Lage eingewirkt. Die Stellung der Minister ist nicht mehr fest. Das tschechische Heer hat an Wert verloren.

Durch diese Verhältnisse ist die Organisation der Deutsch-Österreicher im Sudetenland gefördert. Diese Bewegung wird losbrechen, sobald es den Tschechen schlecht geht.

Die Tschechen haben uns gegenüber 30–40000 Mann eingesetzt, denen aber erheblicher Wert nicht beizumessen ist⁵³.

Wir haben unsere Front den Tschechen gegenüber deshalb schwächer halten können und nur 8000 Mann gegenüberstehen.

2.) Die Polen. Diese sind zweifellos zum Angriff gegen uns aufmarschiert. An kongreßpolnischen Truppen einschließlich^v der Hallerschen⁵⁴ [Truppen] verfügen sie über

⁵⁰ Vgl. auch die Ausführungen Groeners am 23. Juni 1919 im Großen Hauptquartier der OHL in Kolberg (AdR, Kabinett Bauer – Dok. Nr. 3, S. 12 [s. Dok. Nr. 1, Anm. 13]).

⁵¹ Vgl. die Darlegungen Groeners in Dok. Nr. 5 der Edition: Besprechung mit Reichswehrminister Noske am 20. Juni 1919.

⁵² In der „Denkschrift!“ Groeners über die Lage vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379–385) wird dieser Gesichtspunkt erwähnt (S. 382). Die Ausführungen Lossbergs sind eng an die „Denkschrift!“ angelehnt.

⁵³ Groener gibt in seinem Memorandum 50000 Mann an (S. 382).

⁵⁴ Josef Haller de Hallenburg (1873–1960), General, bis 1912 österreichischer Generalstabsoffizier, 1914 polnischer Legionsgeneral auf seiten der Mittelmächte, trat nach dem Frieden von Brest Litowsk (1918) auf die russische Seite und bildete im Sommer 1918 in Frankreich aus polnischen Kriegsgefangenen und Überläufern die „Blaue Division“, für deren Verlegung nach Polen die

130–150 000 Mann, dazu kommen 50 000 Posener Polen. Gegen die Front des A.O.K. Süd wird die Zahl der eingesetzten Polen auf 87 000 Mann geschätzt⁵⁵.

Die Angriffsziele der Polen sind erkennbar:

- a) gegen Oberschlesien wollen sie mit einer Abschnürung operieren. Hier sind 50 000 Polen eingesetzt.

Wir haben demgegenüber 18 700 Mann in der Front, an Reserven 22 500 Mann zur (fol. 145) /Bl. 21/ Verfügung.

- b) Das südposensche Gebiet. Hier stehen von den Polen 37 000 Mann.

Wir haben demgegenüber in der Front 35 000 Mann, dazu 6 000 Mann in Reserve.

Es stehen also im ganzen: 87 000 Polen den Deutschen in Stärke von 82 000 Mann gegenüber⁵⁶

Was den Wert der Truppe anbetrifft, so sind wir überlegen⁵⁷. Der Sieg wird auf unserer Seite sein, besonders wenn wir die Offensive ergreifen.

Bei Wiederaufnahme des Kampfes besteht in Oberschlesien die Gefahr eines Aufstandes der schlesischen Polen.

Eine neue Mobilmachung wird bei uns das Beste sein. Diese ist bei den guten Elementen mit Hilfe der Bezirkskommandos schon vorbereitet. Bei dem VI. [Armee] Korps wird mit rund 50 000 Mann zu rechnen sein, von denen 25 000 Mann sofort zur Verfügung stehen.

Das Verhalten der Truppe wird abhängig sein von dem Verhalten der Regierung.

Der Vormarsch der Entente im Westen wird nur begrenzt sein, denn die Entente muß erst das neue besetzte deutsche Gebiet sanieren.

Im Osten wird Foch den Polen und Tschechen den Befehl zum Angriff geben. Von seiten der Tschechen ist nicht viel zu befürchten, sie werden vielleicht keine Erfolge haben. An ein Ausweichen der Polen glaube ich nicht⁵⁸. Wir müssen gegen ihn als den gefährlicheren Feind unsere Kräfte zusammen-(fol. 146) /Bl. 22/ halten. Unser Ziel gegen ihn muß sein, die polnische Armee zu schlagen, Bodengewinn ist ohne Bedeutung⁵⁹. Zur Erreichung unseres Ziels müssen wir zum Angriff auf der ganzen Front übergehen. In dieser Offensive liegt auch der beste Schutz Oberschlesiens.

Entente auf Grund des Waffenstillstandsvertrages den Durchmarsch durch deutsches Gebiet verlangte; Haller kehrte mit der Legion 1919 nach Polen zurück.

Zur Stärke der Haller- bzw. Polen-Truppen: „Denkschrift!“ Groeners vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383).

⁵⁵ Diese Zahlenangabe findet sich nicht in der „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919.

⁵⁶ Vgl. die Aufstellung Groeners in der erwähnten „Denkschrift!“ (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383) und die in Dok. Nr. 1, Anm. 27 erwähnte Übersicht über die Truppenaufstellung vom 12. Juni 1919.

⁵⁷ Vgl. aber die dezidierten Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383 – Abschnitt: „Zusammenfassender Vergleich“).

⁵⁸ Groener vertrat in dieser Hinsicht die gegenteilige Auffassung: s. seine Ausführungen: Dok. Nr. 2 und 4 der Edition.

⁵⁹ In diesen beiden Absichten waren sich Groener und Löffberg einig. In der „Denkschrift!“ [...] über die Lage am 17. Juni 1919“, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 95^v heißt es unter Ziffer 4: „Ich komme nunmehr zum 4. Fall, dem ich allein die Möglichkeit einer großen kriegsentscheidenden Wirkung zubilligen kann: das ist die konzentrische Offensive nach Polen hinein zur völligen Zertrümmerung des neu entstandenen polnischen Staates“ (bei Groener-Geyer: Dok. Nr. 8 ausgelassen).

Der Befehl zu unserem Aufmarsch muß aber sofort gegeben werden, sobald die Regierung zur Ablehnung entschlossen ist. Jedes Abwarten kann unsere Lage nur verschlechtern. Nimmt die Regierung den Frieden an, ist es möglich, daß die Polen entgegen den Bestimmungen über die Abstimmung in Oberschlesien einrücken, es wird dann hier zu lokalem Kampf kommen. Kommen die Polen aber nicht, so muß Oberschlesien doch von den deutschen Truppen geräumt werden. Die Grenzschutztruppen werden den Befehl zur Räumung aber nicht ausführen, sondern selbständig handeln. Die Offiziere werden dann in einen schweren Konflikt kommen, ob sie entsprechend dem Befehle der Regierung die Truppe, die führerlos eine große Gefahr für die innere Ordnung bilden wird, verlassen sollen, oder entgegen dem Befehl der Regierung bei der Truppe verbleiben. Die Offiziere werden den Befehl der Regierung bei der Truppe nicht durchsetzen können, denn die Truppe wird, sofern sie sich durch die Regierung getäuscht sieht, zu allem fähig sein. Die Offiziere werden deshalb bei ihren Mannschaften bleiben müssen.

Zusammenfassend ist zu sagen:

Nimmt die Regierung den Frieden an, ist der Kampf im Osten noch nicht zu Ende, das Ende des Kampfes ist nicht abzusehen.

Lehnt die Regierung den Frieden ab, wird der Kampf ohne (fol. 147) /Bl. 23/ Zweifel aufs Neue entbrennen, im Osten müssen wir dann offensiv werden.

Es folgt eine Besprechung über die Durchführung der Operationen⁶⁰:

General von Lossberg betont die Notwendigkeit, unsere Offensive auch aus Oberschlesien heraus zu führen.

Der Erste Generalquartiermeister weist für den Fall, daß eine Offensive gegen Kongreßpolen⁶¹ geplant ist, auf die Notwendigkeit hin, unsere Operationen längs der Eisenbahnen zu führen, unser Operationsziel muß Warschau sein⁶².

Vorher ist eine Operation gegen Posen durchzuführen⁶³.

General von Lossberg hält unsere Offensive aus Oberschlesien heraus gerechtfertigt durch die Notwendigkeit, Oberschlesien wegen seiner Kohle auf alle Fälle zu halten⁶⁴.

Der Kriegsminister glaubt, daß die Regierung den Befehl zum Angriff von unserer Seite auf keinen Fall vor erfolgtem feindlichen Angriff geben wird. Es ist notwendig, daß der Beginn und damit die Schuld an neuen Feindseligkeiten der Gegenpartei zugeschoben wird.

Oberst Heye:

Im Falle der Wiederaufnahme des Kampfes wird der Oberbefehlshaber des [A.]O.K. Nord⁶⁵ mit der Operationsabteilung nach Danzig gehen⁶⁶.

⁶⁰ Hierzu: die genannte „Denkschrift!“ Groeners vom 17. Juni 1919, bes. Teil II: „Operationen“ fol. 92^v–96^v (bei Groener-Geyer: Dok. Nr. 8 nicht abgedruckt).

⁶¹ Unter Kongreßpolen wird der Teil Polens bezeichnet, der 1815 durch den Wiener Kongreß an Rußland fiel.

⁶² S. die in Anm. 59 zitierte Ziffer 4 aus der „Denkschrift!“ Groeners vom 17. Juni 1919.

⁶³ S. die Darlegungen Groeners in dem Memorandum vom 17. Juni 1919 fol. 95^v (BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6a).

⁶⁴ Vgl. die Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 382).

⁶⁵ Ferdinand von Quast (1850–1939), General d. Inf., Januar–Juni 1919 Oberbefehlshaber des A.O.K. Nord (Bartenstein/Ostprenßen).

⁶⁶ In Danzig lag das Generalkommando des XVII. Armeekorps, dessen Kommandierender General General d. Inf. von Below war (Anm. 9).

Es ist möglich, daß sich der Osten mit eigener Regierung selbständig erklärt.

Das [A.]O.K. Nord wird mit seinen Truppen zunächst defensiv bleiben, damit die Polen mit den Feindseligkeiten beginnen. (fol. 148) /Bl. 24/ Unsere Küstenfront ist zur Verteidigung mit den ersten Geschützen nicht vor etwa 5 Tagen fertig. Sind alle Geschütze schußbereit, wird auch die Abwehr eines feindlichen Angriffs an der Seefront möglich sein⁶⁷.

Wir müssen die Masse unserer Truppen an unserer Südfront gegen die Polen verwenden.

Auch bei selbständigem Handeln der Ostprovinzen sind einheitliche Weisungen von einer oberen Stelle, besonders bezüglich des Zeitpunktes unserer Offensive, erwünscht.

Es muß die Mobilmachung erneut befohlen werden. Pferde und Wagen müssen ausgehoben werden. Die Ersatzfrage wird einen langen Kampf nicht ermöglichen. 4 Wochen werden wir gut aushalten können, dann wird ein gewisser Mangel am Nachschub eintreten.

(fol. 149) / Bl. 25/

Besprechung der Frage IV

IV. Für Oberste Heeresleitung

8. Wie gedenkt die O.H.L. eine etwaige Abwehroperation zu führen?
9. Welches selbsttätige Handeln würde die O.H.L. für die Oberkommandos empfehlen, damit auch ohne Oberleitung bei einer Abwehr der Polen ein Zusammenwirken und eine gegenseitige Unterstützung erreicht bleibt?

1. Generalquartiermeister:

Unsere Vorräte an Kriegsmaterial werden für ein Vierteljahr ausreichen. Solange sind wir operationsfähig. Nur die Betriebsstoffe fehlen.

Wird der Friede abgelehnt, muß die Regierung Weisungen an die O.H.L. für die Führung des Kampfes geben. Die O.H.L. gibt dann die entsprechenden Befehle an die unterstellten Truppen und trifft Entscheidung über offensives oder defensives Verhalten; im Falle der Offensive, auch in welchem Umfange sie durchgeführt werden soll.

Bei Annahme des Friedens unter einigen Änderungen ist es möglich, daß der Osten selbständig den Kampf aufnimmt. Die O.H.L. scheidet als Organ der Regierung für die einheitliche Führung dieses Kampfes aus. Die [A.]O.K. Nord und Süd müssen dann selbständig handeln, vor allen Dingen in Verbindung mit den zu bildenden Regierungen und Parlamenten. Die neuen Regierungen müssen die erforderlichen Befehle für den Kampf geben. Sie tragen völkerrechtlich dann auch die Verantwortung. [Die] [A.]O.K. Nord und Süd müssen in Übereinstimmung handeln, die Entsendung von Verbindungsoffizieren und Verabredung von Stichworten ist zu empfehlen.

General von Lossberg:

erbittet eine Erklärung, ob bei selbständigem Kampf im (fol. 150) / Bl. 26/ Osten die O.H.L. die Führung nicht in die Hand nehmen kann.

1. Generalquartiermeister:

weist nochmals darauf hin, daß die O.H.L. ein Organ der Regierung ist. Es würde ein politischer Fehler sein, wenn die O.H.L. an die Spitze dieses selbständigen Kampfes tre-

⁶⁷ Zum Küstenschutz: s. die Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919, BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 93^v (bei Groener-Geyer: Dok. Nr. 8 nicht abgedruckt).

ten und die Sache militärisch aufziehen wollte. Ein Erfolg dieser Bewegung ist nur zu erwarten, wenn sich die militärischen Stellen von der Politik im größten Maße zurückhalten.

Ob der Generalfeldmarschall⁶⁸ sich zur Truppe begibt, muß seinem eigenen Entschluß vorbehalten bleiben.

{fol. 151}/ Bl. 27/

*Besprechung der Frage V**

V. Für Alle

10. Welche Haltung und Entschlüsse scheinen den Kommandeuren in ihrem Befehlsbereich notwendig, wenn der Friede unterzeichnet wird und die Feinde im Westen und Osten zu seiner Durchführung schreiten?

11. Welche Aussicht hat dabei die Regierungsgewalt, der etwaigen Widerstände gegen die Durchführung Herr zu werden?

General Renner:

In Württemberg wird die Durchführung keine Schwierigkeiten machen.

General [Ritter von] Möbl:

schließt sich der Äußerung des Generals Renner an.

General Maercker^y:

Die Truppe wird auch in diesem Falle fest in der Hand bleiben.

General von Lüttwitz:

stimmt der Äußerung des Generals Maercker^y zu, hält aber die Erklärung des Belagerungszustandes für erforderlich.

General von Lossberg:

Die Frage ist durch meine vorhergehenden Äußerungen geklärt, die Truppe wird nicht räumen.

Oberst Heye:

Die Truppe wird die Gebiete nicht räumen.

Kriegsminister:

Die Äußerungen ergeben das Bild, daß der Westen sich beugen wird, der Osten dagegen kämpft. Es wird also zu einem Bruch zwischen dem Westen und Osten kommen. Dieser Bruch wird groß werden, wir müssen ihn deshalb in die Hand nehmen, das heißt^z wir müssen das Gebiet westlich der Elbe aufgeben und uns für den Osten alles vorbehalten^{aa69}.

* In der Vorlage folgt an dieser Stelle ein Zusatz; er lautet: „(Unter der Voraussetzung, daß Schmachparagrafen fortfallen.)“

^y Vorlage: „Märcker“

^z Vorlage: „d. h.“

^{aa} Die Durchschrift der Ausfertigung ist paraphiert: St[umpff]

⁶⁸ Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934), Generalfeldmarschall, seit August 1916–Juli 1919 Chef des Generalstabes des Feldheeres, 1925–1934 Reichspräsident.

⁶⁹ Zu der von Oberst Reinhardt beabsichtigten Bildung eines Oststaates: Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 114 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 148 ff.

Dokument Nr. 3

Niederschrift^a über die Sitzung des Staatenhauses in Weimar^c am^b 19. Juni 1919, 2 Uhr nachmittags^d

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 159–164². Maschinenschrift ohne Unterschrift bzw. Paraphe [verbesserter Entwurf oder Reinkonzept der Ausfertigung]

Minister Dernburg³:

Die Antwort der Entente auf unsere Gegenvorschläge ist eingegangen⁴. Wir stehen nunmehr vor einer schweren Entscheidung. Zweck der heutigen Sitzung ist, die Bundesstaaten zu der Frage „Annahme“ oder „Ablehnung“ des Friedensvertrages zu hören.

Unsere Friedensdelegation, die erst heute morgen hier eingetroffen ist⁵, hat erklärt, daß zwar einige Verbesserungen⁶ in dem neuen Entwurf⁷ enthalten sind, die jedoch nur unwesentlich sind. Die allgemeine Tendenz des ursprünglichen Friedensentwurfes ist unverändert bestehen geblieben.

Redner bespricht dann die vorgenommenen Änderungen im einzelnen, bittet dann die Vertreter der Bundesstaaten um Äußerung ihrer Ansichten.

Für Preußen erklärt *Kriegsminister Reinhardt⁸*:

Der Friedensvertrag ist auch jetzt für uns unannehmbar.

Ministerpräsident von Bayern⁹:

stellt die Frage, wie weit die Reichsregierung¹⁰ mit ihren Entschlüssen gekommen sei¹¹. Es ist erwünscht, daß die Friedensdelegation uns hier über den Vertrag unterrichtet.

^a Vorlage: „Niederschrift“: gesperrt

^b Auf der Vorlage, rechts oben, von Poseck handschriftlich hinzugefügt: „Duplikat“

^c Vorlage: „[. . .] am 19. Juni 1919, 2 Uhr nachm.“: unterstrichen

^d Vorlage: „nachm.“

^e Vorlage: „Reinhardt“: gesperrt

¹ S. auch: AdR Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 476, bes. S. 483 ff. Groener nahm an der Sitzung mit seinen beiden Begleitoffizieren teil (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 483). Die Namen nennt er nicht; neben Hauptmann Stumpff, der die Niederschrift anfertigte, ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß der zweite Offizier Poseck oder der Adjutant Groeners, Oberleutnant Kroenig, war. Zum Gesamtzusammenhang: Mühleisen, Lersner, S. 189.

² Im Nachlaß Poseck (BA/MA Freiburg i.Br.) N 244/6 a fol. 153–158 liegt die maschinenschriftliche Durchschrift der Aufzeichnung vor („gez. Stumpff“) (fol. 158).

³ Bernhard Jakob Ludwig Dernburg (1865–1937), Bankier, Januar 1919–Juni 1930 MdR (DDP), April–Juni 1919 Reichsfinanzminister und Vertreter des (Reichs-)Ministerpräsidenten.

⁴ Hierzu: Mühleisen, Lersner, S. 186 und Dok. Nr. 1, Anm. 3 der Edition.

⁵ Irrtümliche Angabe Dernburgs. Die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation trafen am Morgen des 18. Juni 1919, aus Versailles kommend, in Weimar ein; Mühleisen, Lersner, S. 186 f.

⁶ Zu den Verbesserungen: Mühleisen, Lersner, S. 187.

⁷ S. Urkunden zum Friedensvertrage von Versailles vom 28. Juni 1919. Erster Teil, Berlin 1920 – Nr. 64 b (Dok. Nr. 1, Anm. 3).

⁸ Zu Reinhardt: Schulze, Freikorps und Republik, S. 117 und ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 152 sowie die Einleitung zu dieser Dokumentation.

⁹ Johannes Hoffmann (1867–1930), Lehrer, Kommunalpolitiker, März 1919–März 1920 bayerischer Ministerpräsident.

¹⁰ Das Kabinett Scheidemann amtierte vom 13. Februar bis 20. (21.) Juni 1919.

¹¹ Hierzu: Mühleisen, Das Kabinett Bauer, S. 67.

Minister Dernburg^f:

Die Reichsregierung kann eine Erklärung über ihre Auffassung zur Zeit noch nicht abgeben.

Ministerpräsident Gradnauer^g¹²:

Die zu treffende Entscheidung ist schwer, eine endgültige Stellungnahme kann ich heute noch nicht abgeben. Die Ablehnung des Friedens wird zu einer Katastrophe führen. Die Vorbedingungen zur Ablehnung fehlen. Es wird zu einer neuen Revolution kommen, die uns dann eine Regierung bringt, die doch unterschreibt.

Die Annahme des Friedens bedeutet für uns Zeitgewinn, denn ich glaube an die Möglichkeit politischer Veränderungen, die auf einen gemeinsamen Wiederaufbau Europas hinzielen.

Die Annahme verlangt von uns das schwerste Opfer, es muß aber gebracht werden.

Im Hinblick auf die bestehenden Gegensätze innerhalb[b] des Kabinetts bittet er um Äußerung, ob seitens der Regierung der Versuch gemacht wird, die Basis für eine Verständigung zu schaffen.

Minister Dernburg^f:

Wenn auch verschiedene Strömungen innerhalb des Kabinetts vorhanden sind¹³, besteht natürlich die Neigung, die Basis für eine Einigung zu schaffen.

Minister Giesberts^h¹⁴, Friedensdelegation:

erklärt, daß das von der Friedensdelegation abgegebene Urteil¹⁵ ohne Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland abgefaßt sei, da die Delegation während ihres Aufenthaltes in Paris über diese nicht unterrichtet gewesen sei¹⁶. (fol. 160) / Bl. 2/ Erleichterungen sind in dem Vertrage nur an Punkten 2. Ordnung vorgenommen worden. Vor allen Dingen sollen wir nach wie vor allein die Schuld am Krieg auf uns nehmen¹⁷. Mündliche Verhandlungenⁱ sind völlig abgelehnt¹⁸.

Die Friedensdelegation bezeichnet diesen vorliegenden Vertrag als „unannehmbar, undurchführbar, rechtsverletzend und unaufrichtig“.

^f Vorlage: „Dernburg“: gesperrt

^g Vorlage: „Gradnauer“: gesperrt

^h Vorlage: „Giesberts“: gesperrt

ⁱ Vorlage: „Verhandlungen“: handschriftlich verbessert aus: „Vernehmen“

¹² Georg Gradnauer (1866–1946), Redakteur, März 1919–Mai 1920 sächsischer Ministerpräsident (SPD).

¹³ Die „verschiedenen Strömungen innerhalb des Kabinetts“ bezogen sich auf die Frage des Annehmens oder des Ablehnens des Vertrages von Versailles.

¹⁴ Johann Giesberts (1865–1938), Arbeitersekretär, Februar 1919–März 1920, Juni–November 1920 Reichspostminister, von April–Juni 1919 einer der sechs Hauptdelegierten der deutschen Friedensdelegation in Versailles. – Giesberts war bei Sitzungsbeginn nicht anwesend; er mußte „herbeigeholt“ werden (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 483).

¹⁵ Das Urteil („Denkschrift der deutschen Friedensdelegierten zu den Friedensforderungen der Entente. Versailles-Weimar, 17. Juni 1919“): AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 113, S. 469–475. Die Denkschrift war von allen sechs Hauptdelegierten unterzeichnet worden (S. 475).

¹⁶ Die Aussage von Giesberts ist zutreffend; Mühleisen, Lersner, S. 183.

¹⁷ Hierzu: Mühleisen, Lersner, S. 159 f. und Dok. Nr. 5, Anm. 5.

¹⁸ Mündliche Verhandlungen waren in Versailles ab Mai 1919 nicht zugelassen worden.

Minister Dernburg^f:

weist darauf hin, daß wir die Zinsen unserer Krieganleihen erst dann bezahlen dürfen, wenn wir die nötigen Zahlungen für die Entente geleistet haben¹⁹.

Ministerpräsident Bloß^{jk20}, Württemberg:

Auch wenn wir zuerst den Friedensvertrag als unannehmbar bezeichnet haben, können wir uns trotzdem jetzt zur Annahme bereiterklären. Jules Favre²¹ befand sich 1871 in ähnlicher Lage.

Bei Ablehnung des^l Vertrages wird Frankreich einmarschieren²². Württemberg ist darauf gefaßt; die zu treffenden Maßnahmen haben wir schon beraten.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß der Einmarsch der Franzosen in Süddeutschland das Ende des deutschen Reiches bedeutet. Denn wenn auch Württemberg beim Reiche bleiben will, der Bevölkerung absolut sicher sind wir uns dann nicht mehr, wer weiß, ob sie auf die Dauer den Versuchungen, die an sie herantreten, widerstehen können. Wenn aber erst einmal ein neuer Rheinbund geschaffen ist, wird es sehr schwer halten, die Sache später wieder in Ordnung zu bringen.

Die Unterzeichnung ist das kleinere Übel. In Württemberg sind alle Parteien gehört worden, besonders auch die ländliche Bevölkerung, die bei Ablehnung am ersten geneigt sein wird, in das andere Lager überzugehen.

Minister Graf Brockdorff-Rantzau^{m23}:

dankt für das ihm bisher entgegengebrachte Vertrauen und bittet, dies auch weiter zu tun, auch wenn seineⁿ nachfolgenden Ausführungen vielfach nur auf Kombinationen beruhen²⁴.

Die Aufgabe der Friedensdelegation war unerfüllbar: Dem Gedanken der Erhaltung der Reichseinheit auf der einen Seite stand auf der anderen die Forderung, brauchbare Friedensbedingungen zu schaffen, gegenüber.

^j Vorlage: „Bloß“

^k Vorlage: „Bloß“: gesperrt

^l Folgt, gestr.: „Friedens-“

^m Vorlage: „Brockdorff-Rantzau“: gesperrt

ⁿ Vorlage: „seinen“

¹⁹ Die finanziellen Bestimmungen des Vertrages waren in den Art. 232ff. festgelegt worden. Die Äußerung Dernburgs fehlt in der Groener-Aufzeichnung (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 484).

²⁰ Wilhelm Bloß (1849–1927), Journalist und Schriftsteller, März 1919–Juni 1920 Staatspräsident von Württemberg.

²¹ Jules Favre (1809–1880), französischer Politiker, nach dem Sturz von Napoleon III. Außenminister 1870/71.

²² Zu dieser Frage: Dok. Nr. 5, Anm. 14.

²³ Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928), Februar–Juni 1919 Reichsaußenminister, April–Juni 1919 Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles.

Graf Rantzau nahm erst ab diesem Zeitpunkt an der Sitzung teil (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 118, S. 504 ff.).

²⁴ Der nachstehende Text gibt den Inhalt der Ausführungen des Außenministers nur sinngemäß wieder. Eine Aufzeichnung, die sich jedoch substantiell von den Bekundungen in der edierten Sitzungsniederschrift nicht unterscheidet, findet sich in: PA/AA, Deutsche Friedensdelegation Versailles, Pol 1 b, Bd. 2 fol. 144–149.

Die Unterzeichnung wird schwere Folgen haben, die Ablehnung nicht minder, unsere Festigkeit wird aber einen Keil in die Einigkeit der Entente treiben.

Die Verhältnisse in den einzelnen Ententeländern sind folgende:

In Frankreich nimmt die Streikgefahr mehr und mehr zu, die Streiks tragen wachsend politischen Charakter. Die Arbeiter machen immer mehr größere Schwierigkeiten. Die Disziplin der Truppen hat nachgelassen²⁵. Die Wirtschaftspolitiker, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, sind entschieden gegen den Gewaltfrieden, der geschlossen werden soll.

In *England* macht sich eine schwankende Haltung bemerkbar, Lloyd George²⁶ hat Versuch zum Einlenken gemacht. Die öffentliche Meinung ist gegen eine Wiederaufnahme der Blockade, dagegen herrscht viel Stimmung für [die] sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund²⁷.

(fol. 161) /Bl. 3/ Bei den englischen Truppen sind bereits Meutereien vorgekommen.

In *Amerika* will die Geschäftswelt vor allen Dingen die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverbindungen, ist gegen eine Absperrung Deutschlands. Sagen wir „Ja“, so nehmen wir Amerika die Möglichkeit, uns zu helfen, da die Entente sich dann immer auf unsere Unterschrift berufen wird. Amerikanische Reisende haben allgemein vor der Unterzeichnung gewarnt. Die Truppen sollen zwar zum Vormarsch bereit sein, ihr Wunsch, nach Hause zu kommen, soll aber immer zunehmen.

Von *italienischer* Seite ist ein Angriff auf Süddeutschland zweifelhaft. Man kann sagen, daß Italien innerlich schon auf unserer Seite steht. Orlando²⁸ will neue Gewaltpolitik gegen Deutschland nicht mitmachen, da Italien ein zu starkes Frankreich zu fürchten hätte.

Japan hat ein lebhaftes Interesse, Deutschland nicht weiter zu schwächen, man darf annehmen, daß es der Entente eher Schwierigkeiten bereiten wird, als in ihrer Gewaltpolitik gegen Deutschland zu unterstützen.

In *Belgien* ist der Wunsch nach Rache und Vergeltung nach wie vor sehr groß. Aber auch dort macht sich die sozialistische Bewegung bemerkbar. Belgien wird über kurz oder lang selbst Revolution haben²⁹.

Es liegt mir ein Telegramm des Gesandten aus Bern, Müller³⁰, vor: nach diesem ist die Revolution in Frankreich und Italien sicher zu erwarten. Unser „Ja“ würde nirgends verstanden werden, es würde uns in der Welt nur verächtlich machen³¹.

²⁵ Vgl. Telegramm Graf Rantzaus an die Paxkonferenz, Versailles, 9. Juni 1919 – Fr. K.A. 1060, PA/AA, Deutsche Friedensdelegation Versailles, Pol 13, Der Friedensvertrag, Bd. 4. Die Grundlage der Ausführungen des Ministers waren diese Mitteilungen.

²⁶ David Lloyd George (1863–1945), 1916–1922 britischer Premierminister.

²⁷ Hierzu: Dok. Nr. 5, Anm. 4.

²⁸ Vittorio Emanuele Orlando (1860–1952), 1917–1919 italienischer Premierminister.

²⁹ Graf Brockdorff-Rantzau irrte sich; in Belgien brach 1919 keine Revolution aus. Von Juli 1917 bis Ende 1919 regierte das Kabinett de Broqueville. In der in Anm. 24 erwähnten Aufzeichnung heißt es: „Manche Berichte sprechen davon, daß Belgien nahe vor dem Ausbruch revolutionärer Bewegungen steht“ (fol. 149).

³⁰ Adolf Müller (1865–1943), Arzt, Januar 1919–August 1933 Gesandter in Bern.

³¹ S. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 118, S. 506. Das von Graf Rantzaus erwähnte Telegramm Müllers stammt vom 19. Juni 1919. PA/AA Bonn, Deutsche Friedensdelegation Versailles, Pol 13, Bd. 5.

*Ministerpräsident von Baden*³²:

schließt sich den Ausführungen der Vertreter von Sachsen¹² und Württemberg²⁰ an.

Baden wird am meisten unter der Besetzung zu leiden haben. Die Bevölkerung will zu 85–90% das „Ja“ hören. Die Ablehnung kann uns auch keinen besseren Frieden bringen.

*Ministerpräsident von Hessen*³³:

Der Wunsch auf Besserung des Vertrages besteht bei uns natürlich auch, es ist aber zweifelhaft, ob dazu irgend eine Aussicht vorhanden ist. Ich glaube nicht an die Revolution in den Ententeländern.

Lehnen wir den Frieden ab, so wird die Entente uns zwingen. Unterzeichnen wir, können wir wenigstens den Wiederaufbau in die Hand nehmen. Mehr als 95% der Bevölkerung bei uns will das „Ja“ hören.

Bei Ablehnung werden die französischen Truppen bei uns einrücken, wir – die Regierung – dürfen dann nicht fliehen, sondern müssen auf unserem Posten bleiben und werden weiter nachdrücklich das Reichsinteresse vertreten sowie jede auf Sonderbestrebungen gerichtete Aktion nach wie vor ablehnen.

Wir sind für [die] Annahme mit Protest, damit wir dann die Arbeit des Wiederaufbaus in die Hand nehmen können.

*Minister Erzberger*³⁴:

Die Ablehnung des Friedens kann für uns die Aussichten nicht verbessern. Das Hauptziel, welches wir jetzt verfolgen müssen, ist die Erhaltung der Reichseinheit. Diese ist aber im Falle der Ablehnung gefährdet: die Rheinlande werden verlorengehen, Hannover desgleichen. Süddeutschland wird abgesprengt werden. Aber auch aus⁹ innerpolitischen Gründen ist die Annahme des Friedens notwendig.

(fol. 162) /Bl. 4/ Die Einheit innerhalb der Regierung muß aber herbeigeführt werden, da sonst jede Wirkung nach Außen fehlt. Gelingt die Verständigung nicht, so erleidet die Regierung ein Fiasko. Die drei Parteien³⁵ müssen auf einer Mittellinie zusammengefaßt werden, dann erst besteht Aussicht auf Erfolg für unsere außenpolitischen Handlungen.

Die Vorbedingungen für eine Ablehnung fehlen, wir müssen deshalb unter Protest unterzeichnen³⁶.

*Vertreter von Mecklenburg*³⁷:

Wir müssen in der Regierung zu einer Einigung kommen und dann unter Protest unterzeichnen. Vor allen Dingen müssen wir die Aufnahme in den Völkerbund fordern.

^o Vorlage: „uns auch“: handschriftlich hinzugefügt

^p Vorlage: „Erzberger“: gesperrt

⁹ Vorlage: „aus“: maschinenschriftlich verbessert aus: „das“

Zur Rede des Außenministers: vgl. Groeners Kommentar: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 485.

³² Anton Geiß (1858–1944), Schreiner, April 1919–August 1920 badischer Staatspräsident.

³³ Carl Ulrich (1853–1933), Buchdrucker, 1919–1928 Staatspräsident des Volksstaates Hessen.

³⁴ Mathias Erzberger (1875–1921), Lehrer, Februar–Juni 1919 Reichsminister ohne Geschäftsbereich (Kabinett Scheidemann).

³⁵ D.h. die Mehrheitsparteien, die das Kabinett Scheidemann bildeten: Zentrum, Sozialdemokratische Partei und die deutsche Demokratische Partei; Mühleisen, Das Kabinett Bauer, S. 67.

³⁶ Vgl. Schulze: AdR, Kabinett Scheidemann, Einleitung, S. LIX und Dok. Nr. 105, S. 435 f. (Punkt 2 und 3 der Kabinettsitzung vom 10. Juni 1919).

³⁷ Oberzolldirektionspräsident Lorentz (weitere Angaben konnten nicht ermittelt werden).

*Vertreter von Sachsen-Weimar*³⁸:

stellt sich auf den Standpunkt der süddeutschen Bundesstaaten. Die von dem Grafen von Brockdorff-Rantzau vorgeschlagene Politik ist bedenklich. Gibt es überhaupt Revolution, so wird sie auch bei Unterzeichnung des Friedens in die Ententeländer kommen⁸.

*Vertreter von Braunschweig*³⁹:

kann noch keine endgültige Stellungnahme abgeben. Die Äußerungen des Grafen Brockdorff-Rantzau verdienen jedenfalls Beachtung.

*Ministerpräsident Hirsch von Preußen*⁴⁰:

Der Friedensvertrag auch in seiner jetzt vorliegenden [sinngemäß zu ergänzen: Fassung] ist für uns ganz unannehmbar⁴¹.

Die Stimmung im Osten ist sehr erregt⁴². Die Kommunisten sind für Ablehnung, die Unabhängigen [Sozialisten] für Annahme des Friedens.

Wir⁴ müssen sowohl bei Annahme wie auch bei Ablehnung im Innern mit Unruhen rechnen.

*Vertreter von Anhalt*⁴³:

kann nur seine persönliche Auffassung äußern, aber noch keine endgültige Stellungnahme abgeben.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist bei uns gegen die glatte Ablehnung und stimmt für Annahme unter Protest.

*Vertreter von Mecklenburg-Strelitz*⁴⁴:

die Mehrheit der Bevölkerung ist für die Unterzeichnung.

*Vertreter von Lippe*⁴⁵:

spricht sich gegen die Annahme des Friedens aus.

*Vertreter von Reuss*⁴⁶:

spricht sich für die Annahme des Friedens aus.

¹ Vorlage: „süd“ [. . .]: handschriftlich hinzugefügt

⁵ Vorlage: ab hier eine andere Schreibmaschinentype

¹ Vorlage: „Wie“

³⁸ Walter Franz Koch (geb. 1870), Dr. iur., Kgl. sächsischer Staatsminister a. D., Februar 1919 sächsischer Gesandter in Berlin.

³⁹ Friedrich Boden (1870–1947), Wirklicher Geheimer Rat, März 1906–Februar 1934 Bevollmächtigter Braunschweigs im Bundesrat bzw. Reichsrat der Länder (mit dem Titel eines Gesandten), während der Übergangsphase, ab Ende Februar 1919, Bevollmächtigter Braunschweigs im Staatenausschuß der Länder.

⁴⁰ Paul Hirsch (1868–1940), Journalist, Kommunalpolitiker, November 1918–März 1920 preußischer Ministerpräsident.

⁴¹ Vgl. auch die Aussagen des preußischen Ministers des Innern Heine: Dok. Nr. 4 der Edition.

⁴² Hierzu: Schulze, Freikorps und Republik, S. 112 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 148 ff.

⁴³ Arnold Rudolf Otto Paulssen (geb. 1864), Wirklicher Geheimer Rat, seit 1912 Bevollmächtigter der Thüringischen Bundesstaaten.

⁴⁴ Oberzolldirektionspräsident Lorentz (wie Mecklenburg-Schwerin).

⁴⁵ Adolf Neumann-Hoefler (1867–1925), Dr. rer. pol., 1919 Bevollmächtigter Lippes im Staatenausschuß der Länder.

⁴⁶ Arnold Rudolf Otto Paulssen (s. Anm. 43).

*Vertreter von Lübeck*⁴⁷:

spricht in sehr warmen, nationalen Tönen und betont, daß die Ehre der Nation auf alle Fälle gerettet werden muß]. Wir dürfen nur klar ablehnen ohne Vorbehalte und Proteste. Vielleicht ergibt sich für uns noch am ersten⁴⁸ die Möglichkeit zu mündlichen Verhandlungen.

*Vertreter von Hamburg*⁴⁸:

schließt sich den Ausführungen des Vertreters von Lübeck an.

Der jetzige Vertrag schneidet Hamburg seine Lebensmöglichkeiten, die auf dem Handel mit der übrigen Welt beruhen, ab. Bei Annahme sowohl wie bei Ablehnung wird Hamburg bis ins Herz getroffen, seine Selbständigkeit vernichtet. Aber gerade deshalb gewinnen für Hamburgs Stellungnahme die (fol.163) /Bl.5/ ideellen Momente ganz besondere Bedeutung, wir sind deshalb für Ablehnung.

*Vertreter von Bremen*⁴⁹:

erklärt, daß der Senat (unter 18 Senatoren 10 Mehrheitssozialisten) einmütig an dem „Unannehmbar“ festhält.

*Minister Dietrich*⁵⁰, *Baden*:

betont, daß die nationale Ehre gewahrt werden muß. Die gegen unsere Ehre gerichteten Paragraphen sind zu schmähsch, nach Inhalt und Fassung, als daß wir sie annehmen könnten¹⁷. Auch die territorialen Forderungen, die wir erfüllen sollen, gehen zu weit.

*Bayrischer Finanzminister*⁵¹:

kann sich mit seiner Stellungnahme noch nicht festlegen, meint, eine Verständigung müsse nochmals angestrebt werden. [Eine] Aufklärung ist erwünscht in folgenden Fragen:

- Wie steht es mit der Sicherheit im Innern?

Wie ist die Ernährungslage?

Wie ist die Kohlenlage?

Bei feindlichem Einmarsch werden an vielen Stellen im Reiche Loslösungsbestrebungen zu Tage treten. Diese werden durch die Feinde Förderung finden, und zwar werden die Franzosen nicht mit der Peitsche, sondern mit Zuckerbrot arbeiten.

Ein Teil des eventuellen^v Erfolges der Loslösungsbestrebungen dürfte aber auch auf die Fassung des Entwurfes für die Reichsverfassung⁵² zurückzuführen sein.

^u Die Edition folgt der Vorlage; möglich ist auch, daß die Formulierung lauten sollte: „[...] am ehesten [...]“

^v Vorlage: „evtl.“

⁴⁷ Emil Ferdinand Fehling (1847–1927), Bürgermeister, seit Oktober 1913 lübeckischer Bevollmächtigter beim Bundesrat bzw. seit Februar 1919 beim Staatsausschuß der Länder.

⁴⁸ Friedrich Stahmer (1856–1931), Jurist, März–September 1919 Bevollmächtigter Hamburgs für den Staatsausschuß der Länder.

⁴⁹ Friedrich Nebelthau (1863–1947), Dr. iur., Senator, 1919 Vertreter Bremens im Staatsausschuß der Länder.

⁵⁰ Hermann Robert Dietrich (1879–1954), Jurist, September 1918–August 1920 Minister für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten in der badischen Regierung.

⁵¹ Karl Friedrich Speck (1862–1942), Mai 1919–Januar 1920 bayerischer Finanzminister.

⁵² Hugo Preuß (1860–1925), Jurist, Februar–Juni 1919 Reichsminister des Innern.

Die Ehrparagrafen betreffend^w Schuld und Auslieferung¹⁷ können wir nicht unterschreiben.

Einige andere Bedingungen sind einfach nicht erfüllbar, wir handeln also unwahr, wenn wir durch unsere Unterschrift die Erfüllung zusagen, obgleich wir wissen, daß wir dies nicht halten können.

Besondere Beachtung verdient, daß die Fürsorge für unsere Kriegshinterbliebenen zurückstehen soll hinter der Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen der feindlichen Mächte.

Wir müssen vor allen Dingen Aufnahme in den Völkerbund fordern¹⁷.

Wir können nur mit Einschränkung unterzeichnen.

Auch bei feindlichem Einmarsch wird die bayrische Regierung auf ihrem Posten bleiben.

*Vertreter von Hessen*⁵³:

Wir dürfen uns unseres Rechtes nicht begeben. Unterzeichnen wir, opfern wir damit auch unsere Freiheit.

Völlig unmöglich ist die Annahme des Auslieferungs- und des Schuldparagrafen²⁷.

Noch sind wir nicht so weit, daß wir keinen anderen Ausweg als Unterzeichnung mehr hätten. Dies müssen wir ausnutzen.

Notwendig ist allerdings, daß zunächst eine Einigung in [der] Regierung erfolgt.

Ministerpräsident Blos^x:

betont, daß er von einem Abfall der süddeutschen Staaten vom Reiche nicht gesprochen habe. Der letzte Entschluß der Württembergischen Regierung ist noch vorbehalten.

*Minister Dernburg*⁵⁴:

Vom militärischen Standpunkt aus ist die Unterzeichnung besser, denn es werden dann Truppen im Grenzschutz Ost frei⁵⁵, mit denen die Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern gesichert werden kann.

In der Verpflegungsfrage ist zu sagen, Brotgetreide ist bis zur neuen Ernte ausreichend vorhanden. Desgleichen Fleisch, dies allerdings nur in geringer Menge. Bei Ablehnung des Friedens werden die besonderen Zuschüsse in Fortfall kommen, die größeren Städte sind aber auch in dieser Hinsicht für mehrere Monate versorgt.

(fol. 164) /Bl. 6/ In der Kohlenfrage ist Vorbedingung, daß Oberschlesien uns verbleibt, dann wird die Kohlenversorgung einigermaßen gesichert sein⁵⁶.

^w Vorlage: „betr.“

^x Vorlage: „Bloss“

⁵³ Maximilian Frhr. von Biegeleben (1859–1945), Wirklicher Geheimrat, Dr. Ing., Mai 1911 Großherzoglich hessischer Gesandter in Berlin und ständiger Vertreter Hessens im Bundesrat, nach dem Regierungswechsel im November 1918 bestätigt.

⁵⁴ Reichsminister Dernburg beantwortete die Fragen des bayerischen Finanzministers in seiner Eigenschaft als Vertreter Scheidemanns. Groeners Ansicht (s. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 486) dürfte nicht zutreffend sein. Vgl. auch Groeners Kommentar über diese Sitzung: Ebenda, S. 486.

⁵⁵ Zum Grenzschutz Ost: Erfurth, S. 32 ff., bes. S. 34; Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 101 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 135 f. und S. 148 ff.

⁵⁶ Vgl. die Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379 ff., hier: S. 382) über die Kohlenlage. Die Darlegungen sind mit den Bemerkungen Hörsings vom Abend des 19. Juni 1919 identisch (Dok. Nr. 4).

Minister Dietrich hat ganz richtig betont, daß das Volk geführt werden muß, und diese Führung muß die Regierung in der Hand haben, sonst füllt sie ihren Platz nicht aus.

Das Volk ist über die Bedeutung des Friedensvertrages noch gar nicht unterrichtet. Erst wenn die Durchführung kommt⁵⁷, wird sich das Volk über die Schwere der Bedingungen klar werden und dann Vorwürfe gegen die Regierung, die diesen Frieden bezeichnet hat⁵⁸, erheben. Es gibt keinen Friedensvertrag, der so gegen die Arbeiter gerichtet ist, wie der vorliegende. Noch haben wir die Kraft, diese muß aber auch erprobt werden.

Wir dürfen den vorliegenden Friedensvertrag nicht annehmen.

Für die Richtigkeit:^y
Hauptmann.

Dokument Nr. 4

Abschrift.

Niederschrift^a über den Verlauf der Sitzungen in Ostfragen^b unter Vorsitz des Preussischen Ministers des Innern Heine am 19. 6. [19]19, 8 Uhr abends in Weimar¹

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 177–187². Maschinenschrift ohne Unterschrift bzw. Paraphe [Abschrift des verbesserten Entwurfes oder Abschrift des Reinkonzepts der Ausfertigung]

Zugegen³:

Vertreter aller Parteien der Ostprovinzen⁴,

^y Die Vorlage ist weder unterzeichnet noch paraphiert, hingegen die Durchschrift der Aufzeichnung: „gez. Stumpff“ (BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 158).

^a Vorlage: „Niederschrift“: gesperrt

^b Vorlage: Rechts oben, von der Hand Posecks handschriftlich hinzugefügt: „Duplikat“

⁵⁷ Zur Durchführung des Vertrages von Versailles: Mühleisen, Lersner, S. 223 ff.

⁵⁸ Zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles am 28. Juni 1919: Mühleisen, Lersner, S. 197 f.; ders., Das Kabinett Bauer, S. 89, Anm. 18.

¹ Nach Meier-Welcker, S. 231, fand die Sitzung im Landgerichtsgebäude in Weimar statt.

² Die Maschinen-Durchschrift der Vorlage ist erhalten: BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 166–176.

³ An der Sitzung nahmen weiter Generalmajor von Seeckt, der bisherige „Leiter der militärischen Vertretung der deutschen Friedensgesandtschaft“ (Meier-Welcker, S. 219), und Major Joachim von Stülpnagel, Chef der Operationsabteilung der OHL, teil (Meier-Welcker, S. 231; Rabenau, S. 182, Anm. 1 und Stülpnagel, S. 163).

Die Anwesenheit der beiden Offiziere an der Sitzung läßt sich damit erklären, als Seeckt am Nachmittag des 19. Juni 1919 Stülpnagel aufgesucht hatte. Stülpnagel berichtete Seeckt, Hindenburg sei mit ihm, Seeckt, bereit, sich an die Spitze der Bewegung wegen der Abtrennung der Ostprovinzen zu stellen, falls die Regierung unterschreibe. Seeckt sagte zu, diesen Vorschlag zu überlegen (Tagebuchnotiz Stülpnagels vom 19. Juni 1919, zit. bei Rabenau, S. 182, Anm. 1); Stülpnagel, S. 163; Meier-Welcker, S. 231; Carsten, S. 50.

Auf diesen Vorgang bezieht sich wohl auch Seeckts Notiz in seinem Tagebuch vom 19. Juni 1919: „Wieder Chef?“ (Rabenau, S. 182, Anm. 1 und Meier-Welcker, S. 231).

⁴ Die Namen sind aus der Niederschrift zu ersehen. Groener erwähnt diese Sitzung in seinen

I. Generalquartiermeister,
Chefs der Generalstäbe (der) A[rmee] O[ber] K[ommandos] Süd und Nord,
Gen[eral] d[er] Inf[anterie] v. Below, Kommandierender^c General des XVII.A[rmee]
K[orps]

Minister Heine^d:

Die Preußische Regierung hat sich für [die] Ablehnung des Friedensvertrages ausgesprochen⁶. Die einzelnen Fraktionen verhandeln; die Lage ist dadurch erschwert, daß die Fraktionen in sich gespalten sind. Die Verhandlungen scheinen jedoch der Lösung zuzustreben, den Friedensvertrag anzunehmen⁷.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Polen vorzeitig angreifen, da ihnen alles, was ihnen zugesprochen ist, in sicherer Aussicht steht⁸.

Es muß die Frage geklärt werden: Was muß geschehen, wenn der Friede geschlossen ist? Wie sind die militärischen Bedingungen im Osten, wird die Truppe allein losschlagen⁹? Eventuell mit welcher Aussicht?

Weder [die] Reichs- noch [die] Preußische Regierung können nach Annahme des Friedensvertrages einen neuen Krieg heraufbeschwören¹⁰.

Es ist ferner zu erwägen, was die Gebiete, die abzutreten sind¹¹, machen werden. Wie steht es mit den Aussichten der Abstimmung in Ostpreußen und in Oberschlesien?

General v. Lossberg^d: (A.O.K. Süd)

{fol. 178} /Bl. 2/ gibt Beurteilung der militärischen Lage im Befehlsbereich des A.O.K. Süd entsprechend seinen Ausführungen in der Sitzung am 19. 6. [19]19 vormittags¹². Er

^c Vorlage: „Kdr.“

^d Vorlage: „Lossberg“: gesperrt

„Lebenserinnerungen“ (S. 504 f.), ferner Heye in seinen Memoiren (s. Dok. Nr. 1, Anm. 2) (fol. 519 ff.). Heye berichtet, auch Reichswehrminister Noske habe an der Sitzung teilgenommen. Diese Aussage ist nach Überprüfung aller vorhandenen weiteren Zeugnisse nicht zutreffend.

⁵ Wolfgang Heine (1861–1944), Rechtsanwalt, März 1919 – März 1920 preußischer Innenminister, 1933 Emigration in die Schweiz.

⁶ Im Nachlaß des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, Bestand I. HA Rep. 92, Otto Braun, Nr. 19a) sind in Abschrift zahlreiche Protokolle von Sitzungen des Preußischen Staatsministeriums vom 2., 3., 17., 18., 23. und 28. Juni 1919 überliefert.

Herrn Archivrat Dr. Biewer, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, bin ich für seine umfassenden und vielfältigen Recherchen dankbar (frdl. Mitteilung vom 9. Juli 1986).

⁷ Die Situation innerhalb der preußischen Regierung glich der der Reichsregierung (Kabinett Scheidemann). Eine offizielle Stellungnahme der preußischen Staatsregierung zum Vertrag von Versailles ist nicht bekannt geworden (frdl. Mitteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz vom 9. Juli 1986).

⁸ Hierzu: „Denkschrift!“ Groeners vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379–385). Das Memorandum ist nur auszugsweise abgedruckt; die Erörterung über die möglichen Operationen gegen Polen wurde ausgelassen (Teil II: Operationen). Die Denkschrift auch in: BA/MA Freiburg i. Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 87–96.

⁹ Vgl. Schulze, S. 112 ff. und ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 148 ff.

¹⁰ Diese Ansicht vertrat konsequent auch der Erste Generalquartiermeister, General Groener.

¹¹ Zu den Gebietsabtretungen auf Grund des Vertrages von Versailles: Mühleisen, Lersner, S. 155 ff.

¹² Vgl. die Ausführungen Lossbergs in der Sitzung am 19. Juni 1919 in Weimar anl. der Besprechung der Frage III (Dok. Nr. 2 der Edition); auch: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 487.

betont, daß bei Unterzeichnung des Friedens die Truppe auch gegen den Willen der Regierung losschlagen wird, da sie die fraglichen Gebiete freiwillig nicht räumen will. Der Offizier wird sich bei der Wahl, entweder die unterstellten Mannschaften zu führen oder den Abmachungen der Regierung entsprechend zu handeln, seinen Mannschaften anschließen, da diese ohne Führer eine große Gefahr auch für das eigene Land bilden würden.

*Minister Heine*⁶:

betont demgegenüber in der Offizierfrage, daß das Entscheidende sei, welche Pflicht der Offizier dem Staate gegenüber habe¹³.

I. Generalquartiermeister:

glaubt nicht an Offensivabsichten der Polen, auch jetzt noch nicht¹⁴. Eine Offensive der Polen dürfte kaum im Sinne der Entente sein. Clemenceau¹⁵ strebt die Schaffung einer Demarkationslinie zwischen Tschechen und Ungarn an, wozu die letzteren auch geneigt sein sollen. Es würden dann wieder die jetzt gegen die Ungarn verwendeten tschechischen Truppen zum Einsatz an unserer schlesischen Grenze verfügbar werden. Es ist anzunehmen, daß die Entente bei einem Angriff von unserer Seite den Polen vielmehr zum Ausweichen raten wird¹⁶, bis eine Unterstützung der Polen möglich wird. Diese kann an den schlesischen Grenzen in etwa 6 Wochen eintreten, sobald die Entente das Wegerecht durch Süddeutschland hat¹⁷.

*Oberst Heye*¹: (A.O.K. Nord)

gibt Beurteilung der militärischen Lage im Befehlsbereich des A.O.K. Nord¹⁸ entsprechend seinen Ausführungen in der Sitzung am 19.6. vormittags¹⁹. Er betont, daß die Truppe fest in der Hand der Führer sei. Trotzdem könnten (fol.179) /Bl.3/ sich bei Annahme des Friedensvertrages die Verhältnisse bei der Truppe so gestalten, daß das nationale Empfinden die Einsicht übertreffe und die Truppe allein losschlage.

I. Generalquartiermeister:

Küstenschutz hat sich in letzter Zeit gebessert, besonders durch [die] Zuführung weittragender Artillerie. Küstenverhältnisse lassen jedoch [eine] Landung fast überall möglich

⁶ Vorlage: „Heine“: gesperrt

¹ Vorlage: „Heye“: gesperrt

¹³ Zu Groeners Haltung in dieser Frage: s. seine Ausführungen in der „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr.8, S.384f.; Groener, Lebenserinnerungen, S.501; auch: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr.114, S.487).

¹⁴ Vgl. auch die Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ über die Lage vom 17. Juni 1919, in: BA/MA Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol.94^v–95^v (bei Groener-Geyer: Dok. Nr.8 ausgelassen). AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr.114, S.487.

¹⁵ Georges Clemenceau (1841–1929), Arzt, 1917–1920 französischer Ministerpräsident, 1919/20 Präsident der Friedenskonferenz.

¹⁶ Vgl. die entsprechenden Ausführungen Groeners: Dok. Nr.2 der Edition: Besprechung der Frage I, 2.

¹⁷ Vgl. die Bemerkungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 (Anm.13) fol.95 (bei Groener-Geyer: Dok. Nr.8 ausgelassen). AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr.114, S.487.

¹⁸ Hierzu: Dok. Nr.2, Anm.11.

¹⁹ „Niederschrift über die Sitzung am 19.6.1919 in Weimar“ (Dok. Nr.2 der Edition).

erscheinen, besonders, wenn die Truppen des A.O.K. Nord an der Südfront West- und Ostpreußens kämpfen²⁰.

*Professor] Herrmann*²¹: (Oberschlesien)

bittet um Aufklärung über Ausrüstung der Truppe mit Bekleidung, Munition usw.

General v. Lossberg:

A.O.K. [Süd] ist mit Munition für 10 Tage versorgt, weitere Munitionszüge sind durch [die] O.H.L. in Aussicht gestellt. Bekleidung würde nur knapp werden, wenn [ein] starker Zustrom von Freiwilligen aus dem Westen käme. Bei der Eisenbahnlage ist zu berücksichtigen, daß nach Auskunft des Eisenbahndirektionspräsidenten in Kattowitz 70% der Eisenbahner nicht absolut zuverlässig sind²².

I. Generalquartiermeister:

ergänzt die Ausführungen des Generals v. Lossberg. Die vorhandenen Vorräte reichen für ein Vierteljahr²³. Die weitere Versorgungsfrage hängt dann von der Entwicklung der Lage ab. In der Kohlenfrage ist zu betonen, daß bei Ausfall des Ruhrgebietes infolge feindlicher Besetzung und bei erheblichem Rückgang der Kohlenförderung in Oberschlesien infolge etwaiger⁸ Streiks die Eisenbahnen innerhalb [von] 14 Tagen für Truppenverschiebungen ausfallen würden, und nur noch für {fol.180} /Bl.4/ Nachschubzwecke Verwendung finden können.

Artilleristisch sind wir den Feinden an Feldartillerie erheblich überlegen und an schwerer Artillerie gewachsen. Die Zahl der Tanks wird bei den Polen auf 150 geschätzt²⁴. Wir verfügen im Grenzschutz nicht über Tanks. Die Arbeiten an dieser Waffe in der Heimat schreiten infolge Widerstandes der Arbeiter nur sehr langsam vorwärts.

Minister Heine^c:

weist auf Nachrichten hin, die behaupten, daß die Stimmung der Truppen in Ost- und Westpreußen viel zu wünschen übrig lasse.

General von Below^h:

weist diesen Vorwurf als unberechtigt zurück.

Oberst Heye^f:

glaubt, daß vielleicht unter den aus dem Baltikum gekommenen Verbänden ungeeignete Elemente sein könnten, deren Entfernung betrieben würde.

⁸ Vorlage: Folgt, gestr.: „Truppenverschiebungen ausfallen“

^h Vorlage: „Below“: gesperrt

²⁰ Vgl. die Ausführungen Heyes in Dok. Nr. 2 (s. Anm. 19): Besprechung der Frage III.

²¹ Alfred Herrmann (1879–1960), Akademieprofessor, Januar 1919–Juni 1920 MdR (DVP). Herrmann war Abgeordneter der Nationalversammlung für den Wahlkreis Posen; vgl. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 487.

²² Vgl. die entsprechenden Darlegungen Lossbergs in Dok. Nr. 2: Besprechung der Frage I, 1: Sitzung vom 19. Juni 1919.

²³ Vgl. die „Denkschrift!“ Groeners über die Lage vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 382).

²⁴ Groener nennt in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 diese Zahl nicht (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383).

I. Generalquartiermeister:

macht Unterschied zwischen den Mannschaften, die ihre Heimat verteidigen und gut sind, und diejenigen, die der Gelderwerb usw. zur Truppe gelockt hat.

Minister Heine^e:

bittet den Reichskommissar für Oberschlesien und Südposen Hörsing um Äußerung über die Kohlenlage in Oberschlesien.

Reichskom[missar] f[ür] Schlesien u[nd] Südposen Hörsing²⁵:

nimmt scharf Stellung gegen die voraufgegangenen Ausführungen des Generals von Lossberg.

Er erklärt: Wie die Dinge liegen, ist Oberschlesien nicht zu halten. Nach dem Verträge will die Entente Besatzungstruppen schicken und dann die Abstimmung vornehmen lassen²⁶. Unsere Truppen könnten dann jedenfalls (fol. 181) /Bl. 5/ nicht in Oberschlesien bleiben; es wäre aber vielleicht möglich, die Besetzung durch polnische Truppen abzulehnen.

Sobald [die] Reichsregierung den Friedensvertrag unterschrieben hat, muß der Grenzschutz sich an die Regierungsentscheidung halten.

Der Ostschutz ist seinerzeit geschaffen worden, um zu verhindern, daß die Polen während der Verhandlungen in das Land kämen; ferner um die Heimat zu verteidigen im Falle der Ablehnung des Friedensvertrages. Will der Grenzschutz auch gegen den Willen der Regierung nach Unterzeichnung des Friedensvertrages kämpfen, so wird er hierdurch die Einheit des Reiches zerschlagen. Wir müssen uns hüten, in dieser Frage mit dem Feuer zu spielen²⁷.

Minister Heine^e:

lehnt die Ausführungen des Reichskommissars Hörsing in einer unter seinem Vorsitz als Mitglied der Preußischen Regierung stattfindenden Versammlung als nicht diskutierbar ab und bittet Hörsing erneut um Äußerung über die Kohlenlage in Schlesien.

General von Lossberg^d:

bittet, da er abreisen muß, noch einmal kurz um das Wort und betont, daß die militärischen Behörden in Schlesien keine eigene Politik treiben wollten, daß er sich aber verpflichtet gefühlt habe, die Stimmung der Truppen zu schildern, damit sich die Regierung hierüber nicht im Unklaren sei.

Reichskommissar Hörsingⁱ:

schildert die Kohlenlage und führt aus, wenn der Friede angenommen wird und die Truppe die zu räumenden Gebiete nicht freiwillig verläßt, müsse der Kampf entbrennen. Werde der Friede abgelehnt, setze eine neue (fol. 182) /Bl. 6/ Blockade ein, es gäbe nichts zu essen. Die Kohlenförderung sei in beiden Fällen innerhalb [von] 14 Tagen erledigt²⁸.

ⁱ Vorlage: „Hörsing“: gesperrt

²⁵ Otto Friedrich Hörsing (1874–1937), Kesselschmied, Parteisekretär, Januar 1919–Dezember 1922 MdB (SPD). – Heye beschreibt in seinen „Lebenserinnerungen“ (s. Dok. Nr. 1, Anm. 2), fol. 520, den Auftritt und die Rede Hörsings mit scharfen Worten.

²⁶ Die Abstimmung in den an Polen abzutretenden Gebieten bzw. Gebietsteilen fand am 10. Januar 1920 statt. An diesem Tag trat der Vertrag von Versailles in Kraft; Mühleisen, Lersner, S. 266 f.

²⁷ Zum Grenzschutz Ost: s. Dok. Nr. 3, Anm. 55.

²⁸ Die Ausführungen Hörsings sind identisch mit denen Groeners (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 382).

Abgeordneter aus Posen (Flüchtling):

Die Regierung habe erklärt, daß sie einen Frieden, mit dem die Abtretung deutschen Bodens verbunden sei, niemals unterschreiben werde. Die Stimmung in Posen sei verzweifelt. [Die] Internierungen der männlichen Bewohner in Posen habe[n] begonnen. Wenn die Regierung den Friedensvertrag in seiner jetzigen Form doch annimmt, erblicken die Deutschen Posens hierin einen Verrat der Regierung.

Abgeordneter Ulitzka²⁹: (Zentrum, Oberschlesien)

dankt für die militärische Orientierung und wird seinerseits die Auffassung der Zivilbevölkerung schildern.

Wird der Friedensvertrag abgelehnt, so wird die Bevölkerung für die Verteidigung deutschen Grund und Bodens eintreten. Die weitere Durchführung liegt dann in Händen der Regierung und der Obersten Heeresleitung [O.H.L.]. Ob der dann entbrennende Kampf aussichtsvoll ist, kann er nicht beurteilen. Er muß auf folgendes hinweisen: Das Volk will keinen Krieg. In Oberschlesien haben wir eine Randbevölkerung, die kein so ausgeprägtes Nationalgefühl hat, sie wird sich passiv verhalten, teilweise sogar auf Seiten der Polen stehen.

Wird der Frieden angenommen, so ist ein neuer Krieg nicht möglich, das Volk muß vor selbständigen kriegerischen Maßnahmen gewarnt werden. Es darf vor allen Dingen kein Volkskrieg entbrennen, da die Kämpfer in diesem Falle als außerhalb des Gesetzes stehend und als Rebellen anzusehen wären³⁰.

(fol. 183) /Bl.7/ Die Bedingungen für die Abstimmung in Oberschlesien sind so festgesetzt, daß wir keine Aussichten hegen dürfen. Polen soll eben Oberschlesien erhalten, Oberschlesien ist also trotz der bewilligten Abstimmung nicht besser daran als die ohne weiteres abzutretenden Gebiete.

Reichskommissar Hörsing¹:

Schlesien ist kriegsmüde. Wird der Friede abgelehnt, werden wir alles tun, um unsere Grenzen zu schützen. Wird der Friede angenommen, so ist ein neuer Krieg nicht mehr möglich.

Es besteht das Gerücht, daß sich Ostpreußen als selbständige Republik erklären will³¹. Jede Absplitterung muß als ein Verbrechen angesehen werden. Es würde auch nicht helfen, da die Polen sich doch das nehmen, was ihnen zugesprochen ist.

Die Gerüchte von der Erklärung einer selbständigen Republik in Schlesien lehnt er als unzutreffend ab.

Oberbürgermeister Sahn³² (Danzig):

Wird der Friede abgelehnt, will Danzig bei Deutschland bleiben. Wird der Frieden angenommen, wird sich Danzig aus außen-innerpolitischen Gründen als selbständiger Freistaat proklamieren³³.

¹ Vorlage: „Sahn“: gesperrt

²⁹ Carl Ulitzka (1873–1953), Prälat, Domherr, Januar 1919–März 1933 MdR (Zentrum).

³⁰ Vgl. AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 488 (wörtliche Zitate aus der Sitzungsniederschrift).

³¹ S. hierzu die in Anm. 9 genannte Literatur.

³² Heinrich Sahn (1877–1937), seit Februar 1919 Oberbürgermeister von Danzig bzw. Vorsitzender des Staatsrates während der Zeit der alliierten Verwaltung der Stadt.

³³ Auf Grund von Art. 100 des Vertrages von Versailles erfolgte am 10. Januar 1920 die Abtrennung

In Danzig ist eine Volkserhebung nicht zu erwarten.

Der Verkauf der Heereswerkstätten hat schon große Beunruhigung unter den Arbeitern hervorgerufen.

Wird der Kampf noch einmal aufgenommen, ist ein Generalstreik der Arbeiter wahrscheinlich.

Minister Heine^e:

betont, daß die Vorbereitungen zum Verkauf der Heereswerkstätten mehr eine Kundgebung für unsere Friedensbereitschaft seien und die notwendige (fol. 184) /Bl. 8/ Abrüstung vorbereiten sollten.

Reichskommissar Winnig^k (West- und Ostpreußen):

Die Gefahr eines groß-polnischen Staates liegt für uns in der dadurch herbeigeführten Trennung von Rußland und der Absperrung in der Richtung, in der wir uns entwickeln müssen.

Gutwillig lassen wir uns nicht polonisieren. Wir werden jeden polnischen Angriff, solange er rechtswidrig ist, zurückweisen. Auch wenn eine Minderheit (Spartakus)³⁴ die jetzige Regierung verdrängt, wird sich der Osten nicht beugen.

Es ist damit zu rechnen, daß auch bei Ablehnung des Friedens sich die Unabhängigen [Sozialisten] nicht an der Verteidigung deutschen Bodens beteiligen werden, wie es die Mehrheits-Sozialisten zu tun beabsichtigen.

Wird der Friede angenommen, ist auch Ost- und Westpreußen daran gebunden, es sei denn, daß der nationale Aufschwung so stark ist, daß er sich allein durchsetzt.

Er betont, daß vor allen Dingen die Parteikämpfe ein Ende finden müssen und alle deutsch denken müssen.

Oberpräsident [von] Batocki^l (Ostpreußen):

Die Aussichten für die Abstimmung in Ostpreußen sind ungünstig, wenn die Bedingungen hierfür so durchgeführt werden, wie sie gedacht sind.

Es besteht die Gefahr, daß Ostpreußen nach seiner Abschnürung polonisiert wird, auch wenn wir, wie wir es tun werden, dagegen ankämpfen. Die Erklärung Ostpreußens zu einer selbständigen Republik³⁵ wäre früher vorteilhaft gewesen, jetzt ist es zu spät. Wird der Friede angenommen, müssen wir einen Strich unter den Osten und damit unter Preußen machen.

Wird der Friede abgelehnt, wird die Masse der Bevölkerung die Truppe in der Abwehr unterstützen.

(fol. 185) /Bl. 9/

Die Gefahr von Streiks ist dann nicht zu hoch zu veranschlagen, auch der Verkehr dürfte sichergestellt sein. Nimmt dagegen die Regierung den Frieden an, wird sich nur eine geringe Minderheit für den Kampf finden.

^k Vorlage: „Winnig“: gesperrt

^l Vorlage: „Batocki“: gesperrt

von Danzig und Umgebung vom Deutschen Reich, um Polen einen Zugang zur Ostsee zu sichern. Am 15. November 1920 wurde Danzig gem. Art. 102 des Vertrages als selbständiger Staat unter dem Schutz des Völkerbundes begründet.

Zu Danzig: Rüdiger Ruhnau, Die Freie Stadt Danzig 1919–1939, Berg am See 1979.

³⁴ S. Dok. Nr. 2, Anm. 20.

³⁵ S. hierzu die in Anm. 9 genannte Literatur.

Minister Heine^e:

erklärt, daß die Preußische Staatsregierung bei der Reichsregierung gegen die beabsichtigte Art der Abstimmung in Ostpreußen Protest eingelegt habe.

Abgeordneter von Zentrum (Oberschlesien):

schließt sich im Allgemeinen den Ausführungen des Reichskommissars Hörsing an. Da wir im Westen nicht kämpfen, können wir es im Osten auch nicht tun. Selbst im Falle der Ablehnung des Friedens verurteilt er den Kampf im Westen wie im Osten. Die Einwohnerwehren³⁶ können für den Kampf gegen den auß[e]ren Feind nicht Verwendung finden.

In der Abstimmungsfrage schließt er sich den Ausführungen des Abgeordneten Ulitzka an.

Abgeordneter Schulz^{m37} (Westpreußen):

Wird der Friede angenommen oder abgelehnt, in beiden Fällen ist Widerstand unmöglich; die Arbeiter in Westpreußen lehnen jeden Kampf ab. Es ist anzunehmen, daß die polnischen Arbeiter im Falle der Ablehnung des Friedens den Bürgerkrieg entfachen würden. Er glaubt, daß von den Truppen auch nur diejenigen kämpfen würden, die ihre heimische Scholle verteidigen³⁸.

Oberpräsident Schnackenburgⁿ³⁹ (Westpreußen):

stimmt im Allgemeinen den Ausführungen des Reichskommissars Winnig zu.

Wird der Friede angenommen, ist ein neuer Kampf unmöglich; er befürchtet aber, daß die militärischen Stellen einen solchen hervorrufen könnten.

Wird der Friede abgelehnt, bedeutet der neue Kampf auch nur einen Verzweiflungskampf. Er hat vielleicht (fol. 186) /Bl. 10/ nur wenig Aussicht auf Erfolg, ist aber nicht zwecklos, denn die Polen werden nicht in das Land kommen. Es sind Chancen^o in diesem Kampf vorhanden, und wir müssen sie ausnutzen.

Er widerspricht dem^p O[ber] P[räsidenten] v. Batocki darin, daß das Deutschtum in Ostpreußen nicht zu erhalten sein sollte.

^m Vorlage: „Schulz“: gesperrt

ⁿ Vorlage: „Schnackenburg“: gesperrt

^o Vorlage: „Chancen“

^p Vorlage: „den“

³⁶ Zu den Einwohnerwehren: s. Dok. Nr. 2, Anm. 18.

³⁷ Hermann Schulz (1872–1929), Metalldreher, Gewerkschaftsangestellter, Januar 1919–August 1929 MdR (SPD).

³⁸ Der Gedanke, die eigene Scholle zu verteidigen, findet sich auch in der „Denkschrift!“ Groeners vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383) und in Dok. Nr. 1.

³⁹ Hier liegt eine irrtümliche Angabe vor. Einen Oberpräsidenten von Westpreußen „Schnackenburg“ gab es nicht. Der letzte Oberpräsident von Westpreußen war Ernst Ludwig von Jagow. Seine Amtszeit endete am 15. Mai 1919. Am 23. August 1919 übernahm Regierungspräsident Förster die Geschäfte eines Oberpräsidenten von Westpreußen, ohne diesen Titel zu erhalten (vgl. Regierungsamtsblatt Marienwerder 1919, S. 270). In diesem offiziellen Verordnungs- und Mitteilungsblatt ist auf S. 147 ein Oberpräsidialerlaß vom 19. Mai 1919 mit „Schnackenburg“ unterschrieben, so daß anzunehmen ist, daß ein Beamter dieses Namens zumindest die Amtsgeschäfte eines Oberpräsidenten geführt haben muß.

Für freundliche Recherchen ist Herrn Archivrat Dr. Biewer vom Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, sehr zu danken (Schreiben vom 18. Juni 1986).

*Abgeordneter Gehl*⁹ (Vertreter des Reichskommissars Winnig in Westpreußen) [:] erklärt Bereitwilligkeit zum Kampf bei Ablehnung des Friedens, bei Annahme [ist] Kampf unmöglich. Er bedauert die vorangegangenen Reden der militärischen Vertreter von Nord und Süd⁴¹ und glaubt⁴², daß die Offiziere Mittel und Wege finden müssen, um ihren Soldaten bei Annahme des Friedens am beabsichtigten Kampf zu verhindern⁷.

Abgeordneter der Rechtsparteien (Westpreußen) [:]

dankt dem Militär, daß es im Grenzschutz noch Männer gibt, die zum Kampf bereit sind⁴³.

Bei Ablehnung des Friedens wird die Bevölkerung in Westpreußen kämpfen.

Er bittet den Vertreter der Regierung um eine Äußerung, in welcher Weise die Interessen der deutschen Ansiedler gewahrt werden sollen.

*Abgeordnete Käthe Schirmacher*⁴⁴ (Deutschkonservative) [:]

tritt für [die] Ablehnung des Friedens ein. Sie gibt ebenfalls der Befürchtung Ausdruck, daß das Deutschtum sich in Polen nicht halten können, da ein Volk wie die Polen, auf so geringer Kulturstufe stehend, die schärfsten Maßregeln zur Vernichtung des Deutschtums anwenden wird.

*Abgeordneter Graf Dohna*⁴⁵ (Westpreußen, Deutsche Volkspartei) [:]

Bei Annahme des Friedens ist der Kampf unmöglich. Der Friede muß aber⁴ abgelehnt werden, da sich an der Auffassung seit Übersendung des Friedensvertrages durch die Entente (fol. 187) /Bl. 11/ nichts geändert hat.

Er glaubt, daß die Polonisierung im Osten mit ganz anderen Mitteln betrieben werden wird, als von uns bisher die Germanisierung.

Abgeordneter – – – (Demokrat) [:]

hofft auf Ablehnung des Friedens, wie die ganze demokratische Partei es tut.

Die Arbeiter wollen Frieden, wie die Demokraten auch, aber nicht um jeden Preis, man muß auch an die Zukunft denken. Bei Ablehnung des Friedens bleibt uns eine, wenn auch geringe, Hoffnung. Endet dann auch der Kampf mit [einem] Mißerfolg, wird immer wenigstens ein glühender Haß zurückbleiben.

Minister Heine:

Für die Ansiedler wird die Regierung sorgen, soweit es in ihren Kräften steht⁴⁶.

⁹ Vorlage: „Gehl“: gesperrt

⁷ Die Edition folgt der Vorlage; der Halbsatz müßte stilistisch korrekt lauten: „[...] um ihre Soldaten bei Annahme des Friedens am beabsichtigten Kampf zu hindern.“

⁵ Vorlage: „Deutschkons.“

⁴ „aber“: handschriftlich über die Zeile in der Vorlage eingefügt

⁴⁰ Julius Gehl (1869–1932), Maurer, Parteisekretär, Januar 1919–Juni 1920 MdR (SPD).

⁴¹ Gemeint sind: Oberst Heye und Generalmajor von Lossberg.

⁴² Diese Bekundung ist in der Groener-Aufzeichnung (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114) nicht überliefert.

⁴³ Hierzu: Schilderung Heyes in seinen „Lebenserinnerungen“ (s. Dok. Nr. 1, Anm. 2) fol. 520.

⁴⁴ Käthe Schirmacher (1865–1930), Dr. phil., Schriftstellerin, Januar 1919–Juni 1920 MdR (SPD).

⁴⁵ Burggraf und Graf Alexander Georg Theobald zu Dohna-Schlodien (1876–1944), Jurist, Ordinarius an der Universität zu Königsberg, Januar 1919–Februar 1921 MdR (DVP).

⁴⁶ Diese Äußerung fehlt in: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 490.

Er betont noch einmal, daß die ganze preußische Regierung für Ablehnung des Friedens eingetreten ist. Er betont die Notwendigkeit, daß Preußen in jedem Falle zusammenhalten muß, dann, nur dann, wären die Mittel vorhanden, um alle die zu entschädigen, die gelitten haben[.]⁴⁷

Dokument Nr. 5

Niederschrift^a über die Besprechung des Ersten Generalquartiermeisters mit dem Reichswehrminister in Weimar am 20. 6. 1919¹

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg i.Br., Nachlaß Poseck N 244/6 a fol. 188^r–188^v. Maschinschrift ohne Unterschrift bzw. Paraphe [verbesserter Entwurf oder Reinkonzept der Ausfertigung]

Reichswehrminister:

Die Lage ist noch ungeklärt. Die Kabinettsbildung bisher nicht geglückt².

Es ist Entschluß zur Absendung einer Zwischennote an die Entente gefaßt³.

^a Vorlage: „Niederschrift“: gesperrt

⁴⁷ Heye schildert in seinen „Lebenserinnerungen“ (s. Dok. Nr. 1, Anm. 2) eine die damalige Atmosphäre bezeichnende Szene: „Als Minister Heine die vorstehend geschilderte Sitzung des Ostparlaments in Weimar schloß, ereignete sich noch ein für uns Soldaten in unserer Bedrücktheit erfrischender Zwischenfall: in die Stille nach den Schlußworten des Ministers Heine klang plötzlich die knurrende Stimme des allseitig beliebten und hochverehrten Generals Otto v. Below, der, unbemerkt von uns allen, im Hintergrunde gesessen hatte, hinein: ‚Solche Schweinerei.‘ Das war ein richtiges Wort! So dachten nicht nur wir Armeevertreter in Weimar, sondern die ganzen Osttruppen! – Es war einigermaßen schwer für uns, die Angriffsvorbereitungen unserer Truppen zum Stillstand zu bringen und die kampfesfreudigen Verbände zu beruhigen. – Deutschland nahm später das ganze Schanddiktat von Versailles an“ (Nachlaß Heye N 18/4 fol. 521).

¹ Vor der Besprechung mit Noske, die am Nachmittag des 20. Juni 1919 stattfand (Groener, Lebenserinnerungen, S. 505 und: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491) hatte eine zweite Unterredung zwischen Ebert und Groener stattgefunden (Groener, S. 505 und: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491).

An der Besprechung mit Noske nahm auch der Chef der Operationsabteilung der OHL, Major Joachim von Stülpnagel, teil (Stülpnagel, S. 163).

Auf Grund der Aktenlage konnte nicht ermittelt werden, welche Begleitoffiziere bei der Unterredung Noske/Groener anwesend waren; es kann mit Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß es die Hauptleute von Poseck und Stumpff waren, ferner der Adjutant Groeners, Oberleutnant Kroenig.

Dok. Nr. 5 lag Groener bei der Abfassung der „Aufzeichnung [...]“ vor (AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 476–492) und wurde von ihm in die Niederschrift mit einer Auslassung inseriert (S. 491 f.).

Der Abdruck erfolgt einerseits, um die Edition abzurunden, vor allem, um die von Rakenius aufgestellte Behauptung erneut zu widerlegen, „die Niederschrift Groeners in Kabinett Scheidemann Nr. 114, S. 479 ff. ist äußerst kritisch zu betrachten, da sie erst nachträglich angefertigt wurde [...]“ (Rakenius, S. 220, Anm. 144). Eine quellenkritische Betrachtung zeigt, daß Groener sorgfältig gearbeitet hat.

² Hierzu: Mühleisen, Lersner, S. 187 ff.; ders., Das Kabinett Bauer, S. 67 f.

³ Diese Note wurde nicht abgesandt. Hierzu: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 117, S. 496 ff. („Geheime Aufzeichnung des Reichsministers des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Rantzau über die Kabinettsitzungen in Weimar am 20. Juni 1919, 1. Juli 1919“), bes. S. 499 f. mit Anm. 6 (S. 499).

Inhalt:

Es findet sich kein Kabinett, auch keine Mehrheit in der Nationalversammlung, die den Friedensvertrag in der vorliegenden Form annehmen kann. Es wird sich jedoch ein Kabinett finden, wenn [die] Entente in folgenden Punkten Entgegenkommen zeigt: Völkerbundfrage⁴, Schuldfrage⁵, Auslieferungsfrage⁶, Festsetzung der Entschädigungssumme durch neutrale Kommission⁷, Danzig und Westpreußen unter Völkerbund⁸, Revidierung des Vertrages in zwei Jahren durch den Völkerbund.

Nunmehr drei Fälle möglich:

- 1.) Entente macht Zugeständnisse im Sinne der Note.
- 2.) Entente lehnt Note ab, gewährt aber Fristverlängerung für neue Entschließung.
- 3.) Entente lehnt Note glatt ab, dann Wiederbeginn der Feindseligkeiten.

I. Generalquartiermeister:

Im Falle glatter Ablehnung und Wiederbeginn der Feindseligkeiten ist Erklärung des Kriegszustandes notwendig⁹.

Die Truppen im Grenzschutz Ost¹⁰ bleiben zunächst in ihren Stellungen¹¹ stehen, der Kampf würde erst bei polnischem Angriff¹² beginnen^c.

^b Vorlage: „Auslieferungsfrage“: über die Zeile eingefügt

^c In der in AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 491 f. abgedruckten Niederschrift heißt

Der Wortlaut der beabsichtigten Note: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 117, S. 496 f., Anm. 2. Groener (vgl. Lebenserinnerungen, S. 505) gibt den Inhalt zutreffend wieder.

⁴ Deutschland war nicht in den durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Völkerbund aufgenommen worden. Die Aufnahme erfolgte erst am 10. September 1926; s. Jürgen Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924–1926. Ein Beitrag zur Außenpolitik der Weimarer Republik, Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1966.

⁵ Zur Kriegsschuldfrage (Art. 231 des Vertrages von Versailles): Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, München 1964, und Mühleisen, Lersner, S. 159 f.

⁶ Zur Auslieferungsfrage: Mühleisen, Lersner, S. 268 ff.

⁷ Der Wiedergutmachungsausschuß (Reparationskommission) bestand aus den Vertretern der fünf Hauptmächte: Vereinigte Staaten von Amerika, England, Frankreich, Italien, Japan und Belgien.

⁸ Die Art. 27, 28, 87, 92 und 255 des Vertrages sahen vor, daß der größte Teil der Provinz Westpreußen an Polen abgetreten werden sollte.

Zu Danzig: s. Dok. Nr. 4, Anm. 33.

⁹ In dem „Vortrag des Ersten Generalquartiermeisters über die Entwicklung der Lage vom 21. bis zum 23. Juni 1919“, den Groener am 23. Juni im Großen Hauptquartier der OHL in Kolberg hielt, führte er aus, er halte die Wiederaufnahme des Kampfes für Wahnsinn. „Ein solcher Entschluß würde nicht nur erhebliche Blutverluste, die Zerstörung weiter blühender Gebiete und Industriezentren, langjährige feindliche Besetzung für unser Wirtschaftsleben wichtiger Gebiete nach sich ziehen, sondern meiner festen Überzeugung nach einen restlosen Vernichtungskrieg Frankreichs gegen Deutschland zur Folge haben“ (AdR, Kabinett Bauer, Dok. Nr. 3, S. 3 ff., Zitat: S. 12 [s. Dok. Nr. 1, Anm. 13]).

Diese Ausführungen auch in: Groener, Lebenserinnerungen, S. 509.

Zur Frage der Wiederaufnahme des Kampfes: s. die Darlegungen Groeners in seiner „Denkschrift“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 383 f.; Abschnitt: „Gedanke der Wiedermobilmachung“).

¹⁰ Zum Grenzschutz Ost: s. Dok. Nr. 3, Anm. 55.

¹¹ Dazu: Schulze, Freikorps und Republik, S. 111 f., S. 119 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 155.

¹² Dieser Angriff fand nicht statt; die Reichsregierung (Kabinett Bauer) und die Nationalversammlung

Es ist Entscheidung notwendig, ob die Provinz Posen wiedergewonnen werden soll¹³, wenn der Pole zwar nicht angreift, die Entente jedoch einmarschiert¹⁴. Der Waffenstillstand ist dann beendet, (fol. 188^v) /Bl.2/ die Wiedernahme Posens hätte moralische Berechtigung und ist militärisch sogar erwünscht.

In der Frage der Regelung der Kommandogewalt bei Wiederbeginn der Feindseligkeiten¹⁵ betont die O.H.L. die Notwendigkeit der einheitlichen Führung im Osten und Westen. Die Unterstellung des Reichswehrgruppenkommandos I¹⁶ für den Kampf im Westen gegen [den] äußeren Feind unter die O.H.L. ist erforderlich¹⁷. Die Unterstellung des Reichswehrgruppenkommandos I in der Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern unter den Reichswehrminister wird hierdurch nicht berührt¹⁸.

Damit jetzt schon die Vorarbeiten durch [das] Reichswehrgruppenkommando im Sinne der O.H.L. erfolgen, sind mündliche Vereinbarungen mit diesem seitens der O.H.L. beabsichtigt. [Das] Kriegsministerium[m] würde für die Versorgung des Heeres zu sorgen haben.

es ergänzend: „[. . .], der Kampf würde erst bei polnischem Angriff oder auf Befehl unsererseits zum Angriff beginnen. Die Regierung muß sich darüber schlüssig werden, ob und wann die OHL die Offensive freigeben wird.“

stimmten am 23. Juni 1919 dafür, den Vertrag von Versailles bedingungslos anzunehmen; s.: Mühleisen, Lersner, S. 192 f. Ausführlich: ders., Das Kabinett Bauer, S. 68.

Zum Scheitern des Planes eines Oststaates: Schulze, Freikorps und Republik, S. 121 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 156 ff.

¹³ Hindenburg hatte in einer Niederschrift für die Reichsregierung vom 17. Juni die militärischen Aussichten und die Einstellung der OHL gekennzeichnet: „Wir sind bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen. Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperation ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmachlichen Frieden vorziehen“ (zit. nach Groener, Lebenserinnerungen, S. 501).

Zum Posen-Komplex: Erfurth, S. 32 ff.; Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, S. 102 ff., bes. S. 107 ff.; ders., Der Oststaat-Plan 1919, S. 124 ff.

¹⁴ Vgl. hierzu die Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 379 ff., bes. S. 381: Abschnitt „Bereitschaft der feindl. Truppen zum Vormarsch“). Die Frage, ob Marschall Foch im Falle der Ablehnung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung nach Deutschland einmarschiert wäre, läßt sich nicht mit letzter Gewißheit beantworten. Die operativen Planungen von Foch waren undurchführbar. Die Alliierten waren im Obersten Rat uneinig, Fochs Haltung war nicht immer eindeutig; er vertrat eine „separatistische Strategie“, um die süddeutschen Staaten für Sonderverhandlungen geneigt zu machen.

Henning Köhler, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1980, S. 309 ff., bes. S. 312, S. 323. Herausgeber wird zum Thema „Der Vertrag von Versailles und die Haltung der süddeutschen Staaten 1919“ eine Untersuchung vorlegen.

¹⁵ Der Kriegszustand wäre, falls der Vertrag von Versailles abgelehnt worden wäre, erneut eingetreten. Die Frist lief am 23. Juni 1919 um 19 Uhr ab; s. Mühleisen, Lersner, S. 191; ders., Das Kabinett Bauer, S. 68.

¹⁶ Zum Reichswehrgruppenkommando 1: s. Dok. Nr. 2, Anm. 47.

¹⁷ Vgl. hierzu die Äußerung Groeners im gleichen Sinn in: Dok. Nr. 2 der Edition.

¹⁸ Ebenda: Dok. Nr. 2.

Es wird betont, daß die Stellung der Offiziere der Freiwilligentruppen bei Annahme des Friedensvertrages im wesentlichen abhängig sein wird vom Ein- oder Ausschluß der Schmachparagraphe[n]^{19,20}.

Reichswehrminister:

wird bezüglich der Erklärung des Kriegszustandes und der Wiedernahme der Provinz Posen die Entscheidung der Reichsregierung herbeiführen²¹, die Regelung der Kommandogewalt mit dem Kriegsminister besprechen^d.

Hauptmann.

^d Der letzte Absatz, beginnend ab: „Reichswehrminister: [. . .]“ fehlt in: AdR, Kabinett Scheidemann – Dok. Nr. 114, S. 492.

¹⁹ Vgl. hierzu die Ausführungen Groeners in seiner „Denkschrift!“ vom 17. Juni 1919 (Groener-Geyer: Dok. Nr. 8, S. 384 f.; Abschnitt: „Schlußfolgerungen“) [s. Dok. Nr. 1, Anm. 26]. Diese abschließenden Bemerkungen auch in: Groener, Lebenserinnerungen, S. 501.

²⁰ Zu den sog. Schmachparagrafen, auch Ehrenpunkte oder -klauseln genannt: Mühleisen, Lersner, S. 190 f.; ders., Das Kabinett Bauer, S. 67.

²¹ Die Nationalversammlung nahm am 23. Juni 1919 den Vertrag von Versailles bedingungslos an (s. Anm. 12).

Der größte Teil der Provinz Posen wurde an Polen abgetreten.

Neuerscheinungen

Gisela Framke: Im Kampf gegen Südtirol

Ettore Tolomei und das »Archivio per l'Alto Adige«

Ca. 330 Seiten. Ln ca. DM 84.-. ISBN 3-484-82067-5

(Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom. Band 67)

Lutz Winckler: Kulturelle Erneuerung und gesellschaftlicher Auftrag

Zur Bestandspolitik der Öffentlichen Bibliotheken und Betriebsbüchereien
in der SBZ und der DDR 1945 bis 1951

Ca. 125 Seiten. Kart. ca. DM 36.-. ISBN 3-484-35020-2

(Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur. Band 20)

Walter F. Peterson: The Berlin Liberal Press in Exile

A History of the »Pariser Tageblatt – Pariser Tageszeitung«, 1933–1940

Ca. 340 Seiten. Kart. ca. DM 114.-. ISBN 3-484-35018-0

(Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur. Band 18)

Niemeyer

Notizen

DIE ERSCHLIESSUNG BRITISCHER QUELLEN ZUR BESATZUNGSZEIT IN DEUTSCHLAND 1945–1949/55

Jede der vier Siegermächte stand 1945 vor der Aufgabe, für die Dauer der Besatzung das gesamte öffentliche Leben in ihrer jeweiligen Zone zu gestalten und zu kontrollieren. Die Akten der von ihnen zu diesem Zweck eingesetzten obersten Verwaltungsbehörden geben in vielerlei Hinsicht Auskunft über die konkreten Probleme, mit denen sie sich auf allen Ebenen der Administration konfrontiert sahen. Während die archivierten Bestände der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wohl auf absehbare Zeit der historischen Forschung verschlossen bleiben werden, stehen die Unterlagen des Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS) seit 1973 der Öffentlichkeit zur Verfügung. Seit Anfang der achtziger Jahre können sie zu einem großen Teil in verfilmter Form auch in der Bundesrepublik eingesehen werden. Was das Material des Conseil de Contrôle de la France pour l'Allemagne betrifft, so darf es als ein Fortschritt verzeichnet werden, daß dies inzwischen nicht nur am Quai d'Orsay in Paris, sondern auch unmittelbar am Ort seiner Archivierung, in Colmar, benutzt werden darf.

Obwohl ein Teil der Akten der Control Commission for Germany/British Element (CCG/BE) bereits gegen Ende der Besatzungszeit in Deutschland vernichtet worden ist, fanden weit über 20 000 Akteneinheiten den Weg in das Public Record Office (PRO) in Kew bei London. Der Umfang des Bestandes und die begrenzten personellen Möglichkeiten der britischen Archivverwaltung haben es nicht erlaubt, den größten Teil dieser Unterlagen vor 1985 freizugeben. Trotz dieser relativ späten Freigabe muß das Material als kaum erschlossen bezeichnet werden. Die bisherige Systematisierung der englischen Findbücher (Class-lists) ist nicht nur wenig aussagekräftig, sondern teilweise auch irreführend. Sie wird weder der Vielfalt des tatsächlichen Akteninhalts gerecht, noch vermag

sie, regionale oder institutionelle Besonderheiten differenzierend wiederzugeben. Obwohl eine umfassende Erschließung des Bestandes vor allem im Interesse der deutschen Zeitgeschichtsforschung liegt, wird sie auch von britischer Seite sehr begrüßt und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten unterstützt.

Im April 1987 wurde nunmehr im PRO die Arbeit an einem Projekt aufgenommen, das sich eine umfassende Inventarisierung der dort archivierten britischen Unterlagen aus der Besatzungszeit in Deutschland zum Ziel gesetzt hat. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen von Professor Adolf M. Birke, dem Direktor des Deutschen Historischen Instituts London, der es in konzeptioneller Abstimmung und in Zusammenarbeit mit den Archivverwaltungen des Bundes und der Länder Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durchführt. Die Finanzierung des Vorhabens wird zu zwei Dritteln von der Stiftung Volkswagenwerk gewährleistet. Das verbleibende Drittel tragen die genannten Archivverwaltungen und das Deutsche Historische Institut London. Es wird davon ausgegangen, daß die im PRO zu leistende Arbeit im Zeitraum von drei Jahren von drei ganztags beschäftigten Mitarbeitern bewältigt werden kann.

Als Ergebnis des Erschließungsprojekts soll ein auf zwölf Bände veranschlagtes sachthematisches Inventar vorgelegt werden, das über die übliche Titelaufnahme weit hinausgeht. Indem der tatsächliche Inhalt jedes Dokuments stichwortartig festgehalten und dann in einen umfassenden Index aufgenommen wird, soll das Inventar gezielt und zuverlässig über die vorhandenen Bestände informieren. Um größtmögliche Vollständigkeit zu erzielen, sollen neben den Akten der CCG/BE auch die wesentlich kleineren Bestände des Control Office for Germany and Austria (COGA), die Deutschland

betreffenden Gruppen der General Correspondence (FO 371) sowie Teile der War Diaries, der Board of Trade-, Cabinet- und Treasury-Akten aufgenommen werden. Ob letztlich auch noch Archivalien erfaßt werden können, die nicht im PRO untergebracht sind (zum Beispiel Nachlässe oder Unterlagen der Bank von England), wird sich erst zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden lassen.

Der Wert des geplanten Inventars dürfte darin liegen, daß es ein Hilfs- und Arbeitsmittel darstellen wird, das vom jeweiligen Forschungsstand unabhängig ist. Es öffnet sowohl für die lokal- und regionalgeschichtliche Forschung in Deutschland als auch für vergleichende, übergreifende Fragestellungen den Zugang zu den entsprechenden britischen Archivalien. Indem es für jede Form der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der britischen Besatzungszeit eine schnelle Orientierung bietet, wird es bestimmte Forschungsinitiativen überhaupt erst ermöglichen. In diesem Sinne könnte es nicht nur zur Differenzierung unseres Bildes der britischen Deutschlandpolitik beitragen; es wird vermutlich vor allem die notwendige Voraussetzung für eine umfassende Geschichte der britischen Besatzungspolitik bilden, die nach wie

vor als ein Desiderat der Forschung bezeichnet werden muß. Damit ermöglicht es zugleich, die Nachkriegsentwicklung in Deutschland stärker als bisher in die Erforschung der internationalen Beziehungen dieser Jahre einzubeziehen.

Ob und in welcher Form sich diese Perspektiven konkretisieren, wird frühestens im Laufe des Jahres 1988 ein Symposium aufzeigen, dessen Aufgabe es sein soll, auf der Grundlage der dann vorliegenden Ergebnisse die Schwierigkeiten der Erfassung, die forschungsmäßige Umsetzung sowie die Fortführungsmöglichkeiten des Projekts zu diskutieren. Darüber hinaus steht zu erwarten, daß sich neben der Publikation des Inventars für das Deutsche Historische Institut London aus diesem Projekt eine Ausweitung der Forschungstätigkeit zur deutschen Geschichte nach 1945 ergeben wird. Es darf davon ausgegangen werden, daß die begonnene Arbeit nicht nur die Mängel der bisherigen Erfassung beseitigen (und somit zum Beispiel die Voraussetzung für gezielte künftige Quelleneditionen bieten), sondern daß sie vor allem neue und entscheidende Forschungsimpulse geben wird.

Helmut Reifeld

„MACHTBEWUSSTSEIN“ IN EUROPA

Eine Kooperative europäischer Zeitgeschichtler

Die zunehmende Etablierung der Zeitgeschichte als eigenständiger Zweig der Geschichtswissenschaft in allen westeuropäischen Staaten während der letzten beiden Jahrzehnte hat die Durchführung internationaler zeitgeschichtlicher Colloquien erfreulicherweise sehr erleichtert und gefördert. Es liegt in der Natur des Gegenstands, daß gerade die Behandlung des 20. Jahrhunderts in unserer Wissenschaft am stärksten internationalisiert ist, europäische Interaktionen heute im Vordergrund des Interesses stehen und komparatistische Betrachtungen auch der inneren Entwicklung der europäischen Staaten selbstverständlich geworden sind.

Die meisten internationalen Fachtagungen zur Zeitgeschichte, soweit sie nicht im Rahmen größerer Historikerkongresse stattfinden, kommen allerdings nur ad hoc zu bestimmten Themen zustande; ein Personenkreis trifft sich und geht wieder auseinander.

Eine kontinuierlichere und einen größeren historischen Zeitraum behandelnde Kooperation hat sich eine Gruppe renommierter Zeitgeschichtsforscher aus den vier großen westeuropäischen Staaten Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland vorgenommen. Diese vier haben in den letzten fünfzig Jahren im wesentlichen die europäische Politik bestimmt, vor dem Zweiten Weltkrieg als unabhängige Großmächte, danach in mehr oder weniger starker Abhängigkeit von der amerikanischen Supermacht. Es lag deshalb der Gedanke wohl nicht fern, Historiker aus diesen Ländern zu gemeinsamen vergleichenden Untersuchungen über das Selbstverständnis ihrer Nationen anzuregen. Eine solche Untersuchung der Selbsteinschätzung der Nationen, ihrer Rolle im europäischen Kräftespiel und der in ihnen wirksam werdenden politischen Mentalitäten sollte sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken und möglichst alle politisch relevanten Bereiche

erfassen. Nur durch die Darstellung des Wandels der politischen Bewußtseinslage, vor allem bei den Entscheidungsträgern der Nation, bekommt ein solches komparatistisches Forschungsunternehmen seinen besonderen Reiz. Man nahm als Ausgangspunkt die Konstellation am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, 1938, und als weitere Stichjahre 1948, 1958 usw. Untersucht werden jeweils folgende Entscheidungsebenen bzw. Sektoren der Öffentlichkeit: a) Entscheidungsträger im Bereich der Außenpolitik, b) Haltung der Parteien und Politiker, c) Haltung und Funktion der Militärs, d) Wirtschaftspolitische Probleme und Entscheidungen, e) Öffentliche Meinung und Kulturbereich, f) Weltpolitische Positionen (Kolonialpolitik bzw. Europapolitik).

Die erste Anregung zu solchen internationalen Colloquien ging 1980 von René Girault (damals Paris X – Nanterre, jetzt Paris I – Sorbonne) aus, der zusammen mit Robert Frank (Paris X – Nanterre) die Organisation der französischen Beiträge übernahm; die Organisatoren auf britischer Seite sind R. A. C. Parker (Oxford) und Anthony Adamthwaite (Loughborough), in Italien Ennio di Nolfo (Florenz) und Brunello Vigizzi (Mailand) und in der Bundesrepublik Josef Becker (Augsburg) und Franz Knipping (Tübingen).

Um die Fülle der Beiträge zu den einzelnen Colloquien zu bewältigen, trägt jeweils ein Sektionsleiter aus jeder der beteiligten Nationen den Inhalt der Referate zu einem der oben genannten Bereiche in einem zusammenfassenden Bericht vor, dem sich eine allgemeine Diskussion anschließt. Verkehrssprachen auf den bisherigen Colloquien waren Englisch und Französisch. Die Sektionsberichte aus allen vier Nationen werden jeweils in einem Sammelband veröffentlicht, die nationalen Einzelbeiträge teils ebenfalls in Sammelpublikationen, teils in Zeitschriften.

Das erste Colloquium fand vom 14. bis 17. April 1982 im Château de Sèvres am Stadtrand von Paris unter dem Präsidium von René Girault statt und war dem Machtbewußtsein der genannten vier europäischen Mächte vor Beginn des Zweiten Weltkriegs gewidmet, vor allem im Jahr der Münchener Konferenz 1938. Ziel dieser Tagung war eine Art Bestandsaufnahme des westeuropäischen Machtbewußtseins am Vorabend des Krieges, um damit einen Bezugsrahmen für die späteren, dem Niedergang der europäischen Mächte in der Nachkriegszeit gewidmeten Arbeiten zu bieten. In seinem die Ergebnisse des Colloquiums bilanzierenden Schlußvortrag stellte René Girault fest, der Begriff „Macht“ im Sinne von „Großmacht“ sei am Vorabend des Zweiten Weltkriegs sowohl philosophisch wie politisch, historisch und geographisch aus der europäischen Entwicklung definiert gewesen. Bei führenden Entscheidungsträgern ein und desselben Landes zeigte er sich aber in unterschiedlicher Ausprägung und Differenzierung entsprechend den Veränderungen der politischen Situation in den Jahren 1938 und 1939. Klare Befunde würden nicht nur durch oft schwer durchschaubare Propagandaabsichten der Regierenden erschwert, sondern vor allem auch durch Auseinanderklaffen und Interaktion von wirtschaftlicher und politischer Macht. Während im Jahre 1938 Deutschland auf dem Wege zu einer Weltmacht aus eigener Kraft gewesen sei, sei Großbritannien unbestritten als solche anerkannt gewesen, habe Italien sich, ohne befriedigenden Erfolg, um die internationale Anerkennung als Großmacht bemüht und sei Frankreich, zunehmend von schleichender „Dekadenz“ unterminiert, auf dem Wege in die Katastrophe des Jahres 1940 begriffen gewesen.

Die Sammelreferate der verschiedenen Sektionen dieses Colloquiums sind veröffentlicht in dem Band: *La Puissance en Europe 1938-1940, sous la direction de René Girault et Robert Frank*, Paris (Publications de la Sorbonne) 1984. Im Anhang dieses Bandes finden sich Hinweise auf den Publikationsort der französischen Einzelbeiträge. Die deutschen Beiträge zu diesem Colloquium sind gesammelt in einem von Franz Knipping und Klaus-Jürgen Müller herausgegebenen Band: *Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Welt-*

krieges, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1984.

Das zweite Colloquium über die Sicht der Mächtekonstellation in den vier Staaten während der Jahre 1945 bis 1948 wurde vom 3. bis 7. April 1984 im Haus St. Ulrich in Augsburg unter der Leitung von Josef Becker und Franz Knipping abgehalten. Die Diskussion stand nun im Zeichen der durch den Weltkrieg verursachten Selbstentmachtung der europäischen Staaten und der Problematik der sich anbahnenden westeuropäischen Einigung. In allen Referaten offenbarte sich der epochale Machtverlust der europäischen Hauptmächte in der durch die Polarisierung der Blöcke gekennzeichneten neuen Weltordnung. Unterschiede zeigten sich freilich sowohl hinsichtlich des Ausmaßes des „Abstiegs vom Podest der Großmacht“ als auch hinsichtlich dessen mentaler Realisierung. Ein erhebliches Gefälle von Großbritannien über Frankreich und Italien hin zu Deutschland wurde sichtbar, dem beinahe spiegelverkehrt der Grad eines neuartigen Anlehnungsbedürfnisses an die europäischen Nachbarn und die USA entsprach. Das historisch gewachsene Machtbewußtsein vermochte die radikalen Veränderungen in der Nachkriegs-Realität aber nicht ohne weiteres mitzuvollziehen. Großbritannien wollte den Abschied vom überkommenen nationalen Selbstverständnis vorerst überhaupt nicht in Betracht ziehen und beanspruchte die Anerkennung als dritte, wenn auch schwächste Weltmacht neben den USA und der UdSSR. In Frankreich hegte man zumindest in den ersten Nachkriegsjahren die Illusion, mit amerikanischer Hilfe, Stützung auf die Kolonien und angesichts einer dauernden Entmachtung Deutschlands eine Führungsrolle in der europäischen Kooperation und eine neue Großmachtposition aufbauen zu können. Auch in Italien hielten sich angesichts des rechtzeitigen Umschwenkens auf die Siegerseite noch Illusionen über Möglichkeiten einer Fortsetzung der autonomen Machtpolitik der Vorkriegszeit. In Deutschland zeigte sich nach den Erfahrungen der Hitlerischen Kriegspolitik und des totalen Zusammenbruchs mit anschließender Besetzung des ganzen Landes am stärksten die Bereitschaft zu einem radikalen Neubeginn und einer vollen Integration in eine neue europäische Gemeinschaft.

Bernd-Jürgen Wendt (Hamburg) unterstrich in seiner Schlußbilanz die unterschiedlich stark ausgeprägte Widersprüchlichkeit zwischen subjektivem „Machtbewußtsein“ und objektiver „Realität der Ohnmacht“ und hob die Bedeutung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Europa für die Wiedergewinnung machtpolitischer Handlungsfreiheiten hervor. Mit Hinweisen auf den im ersten Nachkriegsjahrzehnt noch verkannten Dekolonisationsprozeß, seine Auswirkungen auf die Perzeption nationaler Macht, die fortschreitende europäische Integrationsbewegung und ihre aus den Spannungen des Ost-West-Konflikts und der „deutschen Frage“ sich ergebenden Probleme leitete er auf die Thematik des folgenden Colloquiums über.

Die Hauptreferate aller vier Nationen in den sechs Sektionen wurden in englischer Sprache veröffentlicht in dem Band: *Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950*, hrsg. von Josef Becker and Franz Knipping, Berlin, New York (Walter de Gruyter) 1986, dort im Anhang auch Hinweise auf Publikationen der nationalen Einzelbeiträge. Die deutschen Referate erscheinen in dem Sammelband: *Im Schatten der Ohnmacht. Machtbewußtsein im Nachkriegsdeutschland (1945–1949)*, hrsg. von Josef Becker und Franz Knipping, Paderborn (Ferdinand Schöningh) 1987.

Die Organisation des dritten Colloquiums, das der Rolle der vier europäischen Nationen im internationalen System der fünfziger Jahre und vor allem dem Integrationsgedanken – von der Gründung der NATO bis zur EWG – gewidmet sein wird, hat auf italienischer Seite Ennio di Nolfo mit großer Tatkraft in die Hand genommen; es wird vom 24. bis 27. September 1987 in Florenz stattfinden. Inzwischen sind auch schon Überlegungen im Gange, 1990 in England ein weiteres Colloquium über die sechziger Jahre zu veranstalten.

Allen diesen internationalen Treffen gingen und gehen nationale Tagungen voraus, auf denen die Thematik der Einzelbeiträge festgelegt, erarbeitet und besprochen wird; vor allem auf französischer und italienischer Seite werden die Colloquien offensichtlich intensiv vorbereitet. Wie sich gezeigt hat, dienen sie nicht nur der Annäherung und Angleichung der nationalen historischen Sehweisen und damit dem gegenseitigen Verständnis. Die hier praktizierte intensive internationale Zusammenarbeit einer großen Gruppe von Historikern des 20. Jahrhunderts trägt vor allem auch dazu bei, ein gemeinsames begriffliches Instrumentarium zu entwickeln, das für eine moderne Geschichtswissenschaft auf europäischer Ebene und die Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsbildes unerlässlich ist.

Hellmuth Auerbach

MITARBEITER DIESES HEFTES

Mathias Beer (7000 Stuttgart, Stockheimerstr. 25), arbeitet zur Zeit an einem Thema aus der Geschichte des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit, neben Fragen zur Geschichte der Frau, des Kindes und der Familie liegen seine Forschungsinteressen im Bereich der Geschichte der Kommunikation (Komplex Brief) und der Zeit des Nationalsozialismus (technische Entwicklungen).

Dr. Knut Borchardt, ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der Universität München (8000 München 22, Geschwister Scholl Platz), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen „Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte“ (Göttingen 1978) und „Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ (Göttingen 1982); seit einiger Zeit beschäftigt er sich intensiv mit der Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik und wurde in diesem Zusammenhang mit zwei bahnbrechenden Aufsätzen zum Urheber der sogenannten „Borchardt-Kontroverse“.

Dr. Christoph Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte u. a. „Deutsche Gewerbeexporte nach England in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts“ (Ostfildern 1983) und „Deutschland auf dem Weltmarkt am Ende des 19. Jahrhunderts“ (in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71, 1984), „Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs - Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft“ (in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34. Jg., 1986, Heft 1, S. 117-145); arbeitet zur Zeit an einer Studie über die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft nach 1945.

Dr. Norbert Frei, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46b), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen u. a. „Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern“ (Stuttgart 1980), „Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier“ (München 1986), „Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945“ (München 1987), „Ernst Friedländer: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946-1950“ (Hrsg. München 1982), Hrsg., zusammen mit M. Broszat „Ploetz Das

Dritte Reich. Ereignisse, Ursachen, Wirkungen (Freiburg 1983); gegenwärtige Forschungen zur amerikanischen Deutschlandpolitik und Deutschlandperzeption in der Nachkriegszeit.

Dr. Jürgen C. Heß, Professor für Neueste Geschichte an der Vrije Universiteit Amsterdam (Postbus 7161, NL - 1007 MC Amsterdam), veröffentlichte neben zwei Monographien zur Geschichte des Liberalismus in der Weimarer Republik u. a. eine Reihe von Aufsätzen zum deutschen Liberalismus seit 1918, zur britischen Arbeiterbewegung in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, zur niederländischen Perzeption Deutschlands seit 1945 und zur aktuellen Diskussion über die deutsche Frage in der Bundesrepublik Deutschland, ausdrücklich genannt sei hier die zusammen mit Friso Wielenga im Auftrag des Wissenschaftlichen Beirats der Niederländischen Regierung verfasste Studie „Duitsland in de Nederlandse pers - altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980“ (Den Haag 1982); derzeit beschäftigt mit einer Monographie über Theodor Heuss in den Jahren 1945 bis 1949.

Dr. Horst Mühleisen, Assessor des Archivdienstes, Mitarbeiter am Stadtarchiv Trier (5500 Trier, Straßburger Allee 1), veröffentlichte u. a. „Bibliographie der Werke Ernst Jüngers“ (Stuttgart 1985), zus. mit Hans Peter des Coudres „Kurt Freiherr von Lersner. Diplomat im Umbruch der Zeiten 1918-1920. Eine Biographie“ (Göttingen, Zürich 1987), Beiträge und Editionen in deutschen und französischen Zeitschriften und Sammelbänden; zur Zeit mit Arbeiten über „Deutsch-vatikanische und deutsch-amerikanische Friedensfühler 1942-1944. Die Beteiligung des Freiherrn Kurt von Lersner“ und „Mittelalterliches Armenwesen und Armenfürsorge in Trier vom 13. bis 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ beschäftigt.

Friso Wielenga, von der Stiftung Volkswagenwerk geförderter Wissenschaftlicher Assistent an der Vakgroep Geschiedenis der Vrije Universiteit Amsterdam (Postbus 7161, NL - 1007 MC Amsterdam), veröffentlichte verschiedene Aufsätze zu den niederländisch-deutschen Beziehungen, zusammen mit J. C. Heß verfasste er die Studie „Duitsland in de Nederlandse pers - altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980“ (Den Haag 1982); zur Zeit arbeitet er an einer Monographie über die Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1955.